ROLAND BOHLINGER

VERFASSUNGSHÜTER ODER TYRANNENKNECHTE?

Verfassungsschützer im Dienst verfassungsfeindlicher Umtriebe

Meine Auseinandersetzung mit dem Innenminister in Schleswig-Holstein

Teil 1

VERLAG FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG

ROLAND BOHLINGER

VERFASSUNGSHÜTER ODER TYRANNENKNECHTE?

Verfassungsschützer im Dienst verfassungsfeindlicher Umtriebe

Meine Auseinandersetzung mit dem Innenminister in Schleswig-Holstein

Teil 1

VERLAG FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG

SCHRIFTENREIHE DES DEUTSCHEN RECHTS- UND LEBENSSCHUTZ-VERBANDS

Heft 7

Herausgeber: Roland Bohlinger

Diese Veröffentlichung kam zustande in Verbindung mit dem *Arbeitskreis zur Erforschung und Verhütung von Verbrechen des Massen- und Völkermords*

Verlag für ganzheitliche Forschung, D-25884 Viöl
Eigendruck

ISBN 3-927933-45-7

Roland Bohlinger

Verlag für ganzheitliche Forschung
Postfach
25884 Viöl

Offener Brief an den
Innenminister des Landes Schleswig-Holstein,
Herrn Prof. Dr. Hans Peter Bull
Düsternbrooker Weg 92

D-24100 Kiel

Betr.: Verfassungsschutzbericht 1993 Viöl, 5.9.1994

Sehr geehrter Herr Innenminister Prof. Dr. Bull!

Ihr ***Verfassungsschutzbericht 1993*** enthält Äußerungen über mich und einen meiner Verlage. Die Äußerungen sind unzutreffend und rechtswidrig. Ich protestiere dagegen mit allem Nachdruck.

Unter korrekt handelnden Menschen ist es selbstverständlich, daß sie keine Beschuldigung gegen eine Person erheben, ohne dieser zuvor die Gelegenheit gegeben zu haben, sich dazu zu äußern. Besonders selbstverständlich ist das dann, wenn die Beschuldigung öffentlich vorgetragen wird und dem Betroffenen daraus erhebliche Nachteile entstehen.

Sie gaben Ihren Bericht bekannt, ohne mich vorher um Stellungnahme zu bitten.

Und Sie haben gegen mich Vorwürfe erhoben, die heutzutage äußerst wirkungsvoll sind, vor allem den

Vorwurf des "Rechtsextremismus".

Ihre Vorwürfe führen nicht nur zu einer *Rufschädigung,* sondern auch zu einer *Geschäftsschädigung.* Überdies animieren solche Vorwürfe bestimmte extreme Kreise *zu gewalttätigen Angriffen,* wie sich in der Vergangenheit schon mehrfach gezeigt hat. Ich erinnere nur an den Fall der Ermordung des Berliner Liga-Abgeordneten Kaindl. Weitere Beispiele kennen Sie sicherlich ebensogut, wenn nicht besser als ich.

- In diesem Jahr kam es bereits zu **fünf Brandanschlägen** auf mein Anwesen. Ob diese Anschläge politisch motiviert waren, ist bislang nicht erkennbar. Auf jeden Fall wurde mir trotz der Häufung dieser Anschläge *jeder Polizeischutz verweigert.*
- Seit 1978 kam es zu mehreren **Mordversuchen** gegen mich. Der letzte scheint im vergangenen Frühjahr erfolgt zu sein. Damals widerfuhr mir eine schwere Vergiftung mit Nervengiften und

die zu dieser Vergiftung vorliegenden Untersuchungsergebnisse lassen kaum einen anderen Schluß zu, als daß es sich hierbei um die Folge eines Anschlags handelte.

Interessant ist, daß die deswegen erstattete *Strafanzeige bislang unbearbeitet blieb*. Warum? Die Staatsanwaltschaft unterliegt Ihren Weisungen. Haben Sie in dieser Sache eine Weisung erteilt?

- Im Jahre 1987 wurde ein **Spreng- und Brandanschlag** gegen mein Verlagsgebäude unternommen, während ich mich zusammen mit einem meiner Söhne darin aufhielt. Der Erfolg dieses Anschlags wurde von mir im letzten Augenblick verhindert. Ich entdeckte und vertrieb die Terroristen, als sie gerade dabei waren, den Zünder anzubringen. Danach erschien in der linksextremistischen Zeitschrift *radikal* das *Bekenner- und Diskussionspapier* einer nichtgenannten Terrorgruppe, in dem nicht nur der Anschlag geschildert wurde, sondern zugleich verkündet wurde, *"auf welcher Grundlage ... wir die Diskussion um politischen Mord führen."*
  Interessant ist, was im Zusammenhang mit diesem Anschlag sonst noch geschah:

- Die *Strafanzeige* gegen die Herausgeber der Zeitschrift und deren Verbreitung *blieb unbearbeitet.* Die Staatsanwaltschaft stellte dann nach einiger Zeit das Ermittlungsverfahren wegen presserechtlich bedingter Verjährung ein, obwohl die Anzeige rechtzeitig eingereicht worden war und es sich hier nicht nur um ein Pressedelikt, sondern um ein *Bekenntnis zu Brandschatzung und Mord* an bestimmten politischen Gegnern handelte.

- Die *Verhaftung* der Gruppe, aus der heraus der Anschlag erfolgt sein dürfte, kam später durch Zufall zustande: aufgrund von Hinweisen Dritter. *Die Haft wurde aber bald wieder aufgehoben, die Strafverfolgung eingestellt.* Zuvor hatte sich schon aus vielen Indizien ergeben, daß dieser angebliche Flügel der *RAF* nicht nur Beziehungen zu einigen Abgeordneten der *GRÜNEN,* zu *linken Gewerkschafts- und Kirchenkreisen* und zu Personen im Umfeld der *taz* unterhielt, sondern auch zu Personen innerhalb des *BKA*. Das *BKA* wiederum hat vor Jahren mit dem *OSI* und mit dem *MOSSAD,* der nachgewiesenermaßen vor *politischen Morden* nicht zurückscheut, eine Vereinbarung getroffen, im Kampf gegen die sogenannte rechtsradikale Opposition zusammenzuarbeiten. Eine Kopie der Vereinbarung liegt mir vor. In diesem Umfeld operieren - allem Anschein nach mit Duldung der Bundesregierung und mit Unterstützung der Regierungen in Israel und den USA - neuerdings auch noch Killer-Kommandos der *KACH* und der *ADL,* wie ich am 12.4.1993 in einem Brief an den Bundeskanzler sowie noch eingehender in einem Artikel darlegte, der in der Zeitschrift NATION (1993/3/10ff.) erschien. Meine Sicht wurde nicht widerlegt. Im Gegenteil, durch die Art, wie das Bundeskanzleramt mir antwortete, nämlich den entscheidenden Fragen auswich, wurde der Verdacht nur noch verstärkt. Denn: wer ausweicht, will etwas verbergen. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß mir von Leuten aus den USA umfangreiches Material vorgelegt worden ist, wonach die *ADL* nicht nur eng mit der *JDL*, dem *B'nai B'rith* und israelischen und amerikanischen Regierungskreisen verquickt ist, sondern auch mit einem Teil des organisierten Verbrechens in den USA.
  Einige Monate nach meiner Veröffentlichung geriet die *KACH* durch den *Massenmord von Hebron* in die Schlagzeilen. Offiziell wird sie jetzt in Israel verfolgt; nach meiner Kenntnis aber nicht ernsthaft, sondern nur zum Schein. Man folgt wohl dem üblichen Brauch: Wenn etwas schiefgeht, distanziert man sich und verspricht Gegenmaßnahmen. Doch der, dem die Dreckarbeit aufgetragen wurde, bleibt weitgehend ungeschoren.
  Mir liegt im übrigen eine Presseerklärung der *REP* vom 6. Juni 1994 vor. Danach hat das Münchner Polizeipräsidium im Auftrag des *BKA* Herrn Schönhuber gewarnt, daß *"jüdische Geschäftsleute ein israelisches Killerkommando angeheuert"* hätten, um ihn zu ermorden. Was das *BKA* so alles weiß! Da haben ein paar jüdische Geschäftsleute ein Killerkommando angeheuert, und schon weiß das *BKA* davon. Die gute deutsche Polizei. Oder war es vielleicht der

Roland Bohlinger
Am Tolling 15
2257 Struckum

An die
Staatsanwaltschaft
beim Landgericht Flensburg
Südergraben 22

2390 Flensburg

Struckum, den 08.11.1988

Betr.: Strafanzeige wegen Verdachts des öffentlichen Aufrufs zum politischen Mord an meiner Person

Hiermit erstatte ich Strafanzeige

gegen

den oder die Verantwortlichen für die Ausgabe Nr. 135 der Zeitschrift "Radikal", darunter den Bundestagsabgeordneten der Berliner Alternativen/Grünen, dessen Namen ich noch nicht feststellen konnte, der jedoch laut untenstehendem Bericht in der "Welt" Mitherausgeber der Zeitschrift "Radikal" sein soll,

wegen des Verdachts der

Volksverhetzung und der Aufstachelung zum politischen Mord gegen Mitgliedee einer politischen und religiösen Minderheit, darunter auch gegen mich als Führer dieser Gruppe.

In der Zeitung "Die Welt" erschien am 26.10.1988 der in der nachfolgenden Kopie wiedergegebene Artikel:

Ruft Radikal zum politischen Mord auf?

Untergrundblatt will in der „Szene" offenbar wieder mehr Einfluß gewinnen

WERNER KAHL, Bonn

Wer finanziert in der Bundesrepublik und in der Schweiz die Leute, die als Herausgeber der Untergrundzeitschrift „Radikal" in der neuen Ausgabe des Blattes für den „politischen Mord" eintreten? Während gestern die deutschen Sicherheitsbehörden nach dem linksterroristischen Blatt fahndeten, wurden in Zürich in alternativen Buchläden Exemplare der Nr. 135 verkauft. Die Schweizer Bankenmetropole ist konspirativer Anlaufpunkt für Vertrieb und Herstellung des 1978 als „Sozialistische Zeitung" in West-Berlin gegründeten Szenenblattes.

Versuchen anonyme Herausgeber jetzt, ihre Anhänger auf den „politischen Mord" in der Bundesrepublik einzustimmen, der in früheren Ausgaben von „Radikal" als sinnlos bezeichnet worden war? Erstmals werde damit parallel zur „Rote Armee Fraktion (RAF)" eine eigene Position aufgebaut. „Das ist neu", hieß es gestern von kompetenter Seite gegenüber der WELT. „In unserer Militanz unterscheiden wir nicht zwischen ‚Gewalt gegen Personen'", heißt es in „Radikal". Es werde nur noch „zwischen Beteiligten und Unbeteiligten" unterschieden. Wer sich „für Recht und Ordnung, als Objektschutz oder Denunziant in unserer Praxis einmischt, macht sich zum Beteiligten wie jeder Staatsbüttel". Politisch motivierte Mordanschläge würden unter anderem von „folgenden Bedingungen abhängig gemacht: „Von der politischen Notwendigkeit, vom politischen Nutzen: für die Entwicklung antifaschistischen Bewußtseins, für die Entwicklung militanter Praxis, für die Einheit des anti-imperialistischen Widerstandes ..." Und: „Auf dieser Grundlage wollen wir die Diskussion um politischen Mord führen".

Als potentielle Feinde werden Ökologen und AKW-Gegner genannt, die sich dem Kreis um den früheren verstorbenen General Ludendorff und dessen Frau Mathilde angeschlossen hätten. Sie werden als „neue und alte Nazis" angegriffen. Eine Zentrale dieser „deutschgläubigen", von „Gotteserkenntnis" geleiteten „Lebens- und Umweltschützer" wird in „Radikal" in Bremen angegeben.

Die neue Ausgabe versucht vor allem die Niederlage militanter autonomer und terroristischer Gruppen während der Jahresversammlung der Weltbank und Internationalen Weltwährungsfonds in West-Berlin zu überspielen. Das in den vergangenen Jahren ziemlich bedeutungslos gewordene Blatt will offensichtlich mit einer verschärften Anschlagsstrategie in der Szene wieder Boden gewinnen. Frühere „Radikal"-Herausgeber, Benny Härlin und Michael Klöckner, wurden zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Vor Rechtskraft des Urteils wurden sie von den Grünen für die Regenbogenfraktion des Europa-Parlaments in Straßburg nominiert. Einen Mitherausgeber, der aus der „DDR" gekommen war, schütze die Immunität als Bundestagsabgeordneter der Berliner Alternativen/Grünen vor Strafverfolgung.

Welt, 26.10.88

Nach diesem Artikel soll in der Nummer 135 der Zeitschrift "Radikal" zum politischen Mord aufgerufen worden sein, wobei als Opfer ausdrücklich eine politische und religiöse Gruppierung genannt wird, deren Kopf ich bin.

Diese Gruppe wurde ursprünglich von Walther Soyka (Bremen) und mir geleitet. Wir gründeten 1976 das erste private Umweltschutzinstitut der Bundesrepublik, das "Institut für biologische Sicherheit". Danach waren wir Kläger und Prozeßbevollmächtigte für weitere hunderte von Klägern in dutzenden von Atomprozessen. Wir spielten zugleich eine maßgebliche Rolle in der Öko-Bewegung. Im Jahr 1981 trennten sich Walter Soyka und ich. Walter Soyka widmete sich seitdem hauptsächlich dem Studium der Religionswissenschaft. Ich führte die Prozesse fort, wurde außerdem Gründer und Vorsitzender des "Deutschen Rechts- und Lebensschutz-Verbands". Darüber hinaus bin ich als Verleger und Publizist tätig.

Eine einigermaßen zutreffende Darstellung meiner Tätigkeit auf dem Öko-Sektor bietet ein Artikel im "Franz-Weber-Journal" vom Januar 1988. Eine Kopie davon befindet sich in der Anlage (Anlage 1).

Eine weitere einigermaßen zutreffende Darstellung, die hauptsächlich eine Übersicht über Verfolgungsmaßnahmen, die mir widerfuhren, enthält, erschien in der Zeitschrift "Deutschland". Eine Kopie befindet sich ebenfalls in der Anlage (Anlage 2).

Da auf mich schon früher Anschläge verübt worden sind, zuletzt der mißglückte Spreng- und Brandanschlag vom Herbst 1987, sollten unbedingt die diesbezüglichen Ermittlungsakten des Landeskriminalamts hinzugezogen werden.

Weitere Hinweise auf personelle und organisatorische Hintergründe könnten die in der Anlage beigefügten Hetzartikel bieten.

Mit besten Grüßen

Roland Bohlinger

Anlage: Liste über die mitgesandten Anlagen
verschiedene Anlagen

radikal

5 Mark

135 oktober '88

POLIZEI

kriminalisiert

PEINLICH PEINLICH PEINLICH PEINLICH PEINLICH
Das kommt eine Erklärung, die uns schon seit längerem vorliegt. Wir haben es versäumt sie in der letzten Nummer abzudrucken.... Wir finden sie aber sehr wichtig. Sie hat nichts an Aktualität verloren, obwohl die Ereignisse ein Jahr zurückliegen. Sie wirft für uns wichtige Fragen auf, "politischer Moral", die unter uns selten diskutiert werden und erklärt das Verhalten der Gruppe in einer schwierigen Situation. Dann holen wir es einfach nach.

WER HÄTTE DAS GEDACHT?

Abschrift:
8.10.87
Kein Laut, kein Lichtschein hat uns verraten-
DAS SCHWEIN HAT UNS GEROCHEN!
DIE Tür zu seinem Schlafzimmer im 1. Stock stand offen; die Treppenhausbeleuchtung brannte. Das ganze untere Stockwerk des Hauses dient ausschließ das Archiv, den Verlag, der Versandbuchhandlung. Im Seitenflügel, dem entlegendsten seiner freistehenden Villa, hatten wir den Brandanschlag vorbereitet. Eine Explosion hätte die Faschisten geweckt; der Fluchtweg über Treppe und Haustür stand ihnen offen.
Gegen 2.15 uhr trennte uns nur noch die verglaste terrassentür von dem Ludendorf-Faschisten Roland Bohringer. Er stand mit seinen Pantoffeln in einer Pfütze von 50 litern Benzin. Wir waren dabei, Räucherstäbchen zu entzünden, die 15 Minuten später das Haus in brand gesetzt und völlig zerstört hätten.
Wir haben das Benzin nicht direkt gezündet, sondern den Anschlag abgebrochen, weil wir den Faschisten sofort getötet hätten. Wir hinterließen ein 30 cm großes Loch in seiner tür. In ihm steckte ein Vitamin-Röhrchen für 20 Tabletten, das jetzt mit einem Zündgemisch aus 3 Teilen Unkraut-Ex und ein Teil Puderzucker gefüllt war. Sonst keine Spuren.
Aus folgenden Gründen haben wir uns DAGEGEN entschieden, Roland Bohlinger zu töten:
1. In unserer Militanz unterscheiden wir nicht zwischen "Gewalt gegen Sachen" und "Gewalt gegen Personen". Wir unterscheiden zwischen Beteiligten und Unbeteiligten. Unbeteiligte wollen wir nicht bedrohen, gefährden oder schädigen. Wer sich jedoch für Recht und Ordnung, als Objektschützer oder Denunziant in unserer Praxis einmischt, macht sich zum Beteiligten wie jeder Staatsbüttel.
2. Wir organisieren unsere Militanz gegen neue und alte Nazis und ihre Einrichtungen, weil sie sich in der Tradition des erbgesunden Herrenmenschentums und imperialistischen Massenvernichtung stellen. In Wort und Tat konservieren sie offen das [illegible] Bewußtsein in diesem Land. Es gibt Grund genug, sie mit allen verfügbaren Mitteln zu bekämpfen.
3. Roland Bohringer ist als entschiedener Rassist und Antikommunist Beteiligter, nicht nur Handlanger, sondern mit mehr als 30 Jahren wesentliche Stütze faschistischer [illegible]organisation und Propaganda. Den zufälligen Tod angegriffener Faschisten nehmen wir jedoch nicht billigend in Kauf. Wir wollen ihn vermeiden, solange wir ihn nicht bewußt und unmittelbar herbeiführen.



ANTIFASCHISTISCHE PARTISANEN IN GRIECHENLAND 1944

Politischen Mord machen wir von folgenden Bedingungen abhängig:
- von der politischen Notwendigkeit: von der objektiven [illegible] in ihrem logistischen Aufbau, von der persönlichen Rolle in ihrer organisatorischen Struktur, von der [illegible] sozialistischer Überfälle.
- vom politischen Nutzen: für die Entwicklung antifaschistischen Bewußtseins, für die Entwicklung militanter Praxis, für die Einheit des antiimperialistischen Widerstands.
- vom politischen Kräfteverhältnis: von unseren und ihren Strukturen, von unseren und ihren logistischen Mitteln, von unserer Entschlossenheit in der konkreten und generellen Konfrontation.
Auf dieser Grundlage wollen wir die Diskussion um politischen Mord führen.
Politischer Zusammenhang und Hintergrund:

ROLAND BOHLINGER gründete 1972 eine Lehr-, Lehrmittel und Versandbuchhandlung, die dem Verlag für ganzheitliche Forschung (und Kultur) angegliedert ist: in ihm ist das gesamte neonazistische Spektrum vertreten. "Ganzheitlich" bedeutet im Sinne dieses Verlages "völkische" sowie Literatur aus dem Nationalsozialismus, die für sogenannte Forschungszwecke als Faksimile-Drucke von Büchern aus dem [illegible] angeboten wird. Hier tritt besonders die Verflechtung "völkische Strömungen" mit biopolitischen und Anti-Atom-Bestrebungen zutage. Bohlinger lieferte in einigen Städten und Gemeinden Lehr- und Lernmittel an die Schulen. Aufgrund von Beschlüssen der Gemeindevertretung über ein Kaufverbot bei seinem Versand sank in den folgenden Jahren der Umsatz des Versands auf ein Fünftel.
Zusammen mit Walter Soyka gründete Bohlinger 1976 das INSTITUT FÜR BIOLOGISCHE SICHERHEIT, das von ihnen als das erste "Lebensschutzinstitut" bezeichnet wird. Zu diesem Zeitpunkt war Bohlinger zugleich Chef des INSTITUT FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG, dessen Mitteilungsdienst erklärtermaßen "aus völkischer Sicht wichtig erscheinendes Material" anbietet.
Zusammen mit Soyka wurde er ebenfalls in den Anti-AKW-Prozessen tätig und führte sie nach 1981 alleine weiter. Mit Berufung auf Bundesfinanzminister Stoltenberg nimmt Bohlinger für sich in Anspruch, mit seinen Prozessen ein "Investitionsstau von 40 Milliarden DM" in der Atomindustrie und damit die Verhinderung des Baus zahlloser AKWs erreicht zu haben. Er will der Atomindustrie 25 Millionen DM und mehr wert gewesen sein, die sie ihm JÄHRLICH für den Aufbau einer faschistischen Bürgerrechtsbewegung zahlen wollte, wenn er seine Aktivitäten gegen das Atomprogramm aufgibt.
WALT(H)ER SOYKA ist bekannter, erst spät enttarnter Ludendorffer, "Lebens- und Umweltschützer" in der Öko-Szene. Seit Anfang der 70er Jahre arbeitet Soyka vor allem gegen AKWs. Beispielsweise brachte er 1975 im linken Oberbaum-Verlag das Buch "Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie: 60 Erwiderungen" (Kritik einer Werbeschrift der Atomindustrie) heraus. Daneben gab Soyka eine "Dokumentenreihe aus dem Archiv für biologische Sicherheit" heraus. Mit Roland Bohlinger gründete Soyka 1976 das INSTITUT FÜR BIOLOGISCHE SICHERHEIT IN Bremen, Soykas Wohnsitz. Gleichzeitig war Soyka Sekretär des FORUM HUMANUM-INTERNATIONALES KOMITEE FÜR BIOLOGISCHE SICHERHEIT UND ÖKOLOGIE, ebenfalls in Bremen.
Soykas Aktivitäten bestanden im Wesentlichen in der Teilnahme an Einwendungen, Klagen usw. gegen AKW-Betreiber und verantwortliche Politiker sowie in der Publikation seines verwirrenden Einflusses in der Öko-Bewegung. Als angeblicher Experte in Sachen Anti-Atom-Kampf hatte er Kontakte zu allen möglichen Umweltschützern, die vom eigentlich faschistischen WELTBUND ZUM SCHUTZ DES LEBENS (WSL) bis ins linke Spektrum reichten, z.B. zu dem eher linken Physiker-Kreis der Bremer Universität. Erst nachdem Soykas enge Zusammenarbeit und seine Kontakte zu den Bohlingers seit Ende der 70er Jahren öffentlich wurden, bekannte er sich offen zum Ludendorffertum. 1981 entschied sich Soyka wegen Erfolglosigkeit seiner juristischen Aktivitäten, Überlastung in den Atom-Prozessen und mangelnder finanzieller Unterstützung, fast sämtliche Klagen in den Atomprozessen zurückzuziehen, in denen er für ca. 1000 Leute Prozeßbevollmächtigter war. Zum Ludendorffer Soyka-Kreis gehörte auch HARTMUT GRÜNDLER, der sich Anfang der 80er Jahre mit der Parole "kein Plutonium nach Gorleben" selbst verbrannte.

DIE LUDENDORFFER haben unter Berufung auf GENERAL LUDENDORFF, Mitputschist Hitlers 1923 beim sogenannten Marsch auf die Feldherrnhalle in München, und seine Frau Dr. MATHILDE LUDENDORFF eine Verschwörungstheorie, die eine Weltweite Verschwörung von Juden, Freimaurern und Jesuiten und der katholischen Kirche gegen das "Deutsche Volk" konstruiert. Nach 1945 sah sich der harte Kern der Ludendorff-Faschisten mehreren Prozessen gegenüber. Ende 1976 nach 13-jährigen Prozessieren erreichte der Ludendorffsche BUND FÜR GOTTERKENNTNIS seine völlige Rehabilitierung. Sein Verbot und seine organisatorische Auflösung wurden aufgehoben.
Die auf lange antisemitische Tradition aufbauende demagogie beruft sich bis heute - wie einst Hitler in "Mein Kampf" - u.a. auf das im zaristischen Rußland zusammengebraute Machwerk "Protokolle der Weisen von Zion". Die

STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM
HANSEATISCHEN OBERLANDESGERICHT
REFERAT: II

Aktenzeichen: 2 OJs 18/88
[illegible]

Hamburg, den 20. April 1989
Fernsprecher 34 97- 7 69

Staatsanwaltschaft bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht
Postfach 30 28 01 · 2000 Hamburg 36

Herrn
Roland Bohlinger
Am Tolling 15

2257 Struckum

Betr.: Strafanzeige vom 8.11.1988 gegen die Verantwortlichen der Druckschrift "radikal 135" wegen Volksverhetzung und weiterer Delikte

Sehr geehrter Herr Bohlinger!

Das Verfahren ist gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt worden. Die Strafverfolgung ist verjährt (§ 23 Abs. 1 HmbPresseG, 78 Abs. 1 StGB).

Darüber hinaus haben die umfangreichen Nachforschungen auch nicht zur Ermittlung der unbekannten Verfasser, Hersteller oder Versender der beanstandeten Schrift geführt.

Hochachtungsvoll

Tewes
Oberstaatsanwalt

SITZ: SIEVEKINGPLATZ 3 (STRAFJUSTIZGEBÄUDE) · 2000 HAMBURG 36 · FERNSPRECHER (040) 34 97-1 TELEX 2 162 236 jubh d
Neue Anschrift 2000 Hamburg 36, Gorch-Fock-Wall 15

Mossad? Herr Schönhuber wird für die Pflege des Feindbildes im herrschenden System und dessen Neurose* dringend gebraucht, also wird er gewarnt. Bei einigen anderen, die auch zur Hinrichtung vorgesehen sein dürften, ist das anders. Falls auch meine Person vorgesehen sein sollte, dürfte es allerdings einige Probleme geben, vor allem innerhalb des jüdischen Volkes. Ich bin Vertreter der *"Esau-Fraktion"*. Nach *Lehre der Thora* ist die Hinrichtung eines Vertreters der *Esau-Fraktion* nicht gestattet; auch und gerade dann nicht, wenn er, wie ich, kein und gerade dann nicht, wenn er, wie ich, kein Anhänger der *Thora* und Nichtjude ist. Erfolgt die Hinrichtung trotzdem, führt sie nach Lehre der Thora zu schwersten Bestrafungen der *"Jakob-Fraktion"* durch Jahweh. Daher gibt es führende Vertreter des jüdischen Volkes, die mich und meinen Kampf für die Erhaltung, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung *aller* Völker auf der Grundlage einer *allgemeinen* Rechts- und Friedensordnung respektieren und jegliche unsachliche Auseinandersetzung mit mir ablehnen. Wie sonst z.B. wäre es mir vorletztes Jahr möglich gewesen, in der geistigen Hochburg des amerikanischen Judentums, im *Union Hebrew College* in Cincinnati, wo auch der *B'nai B'rith* seinen offiziellen Sitz hat, ungehindert Studien zu treiben und viele Gespräche über grundsätzliche Fragen mit verschiedenen, dort arbeitenden und lehrenden Rabbinern zu führen! Ich wohnte sogar in ihrem *Dormitary*. Ich bin eben kein "Antisemit", sondern "Fachmann für Judaistik", unter anderem. Und ich kämpfe mit den *Mitteln* der *Wissenschaft* und der *Publizistik*

> für die Erhaltung und Selbstbestimmung *jedes* Volkes, auch des jüdischen Volkes, ebenso wie für die *Befreiung aller* Völker von Imperialismus, Ausbeutung, Gewaltherrschaft, Krieg und Völkermord.

Ich bin also ein *Verteidiger und Förderer* freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlicher Strömungen und ein Erforscher und Kritiker imperialistischer, rechtsfeindlicher Bestrebungen innerhalb wie außerhalb des Judentums. Forscher und Publizisten mit dieser Einstellung gibt es auch im jüdischen Volk. Man lese z. B. nur die in Deutschland erscheinende *Semit-Times*.

Und noch etwas. Die Zeitschrift *radikal* erscheint nach wie vor; sie wird in zahlreichen Verkaufsständen und Jugendzentren offen ausgelegt und verkauft, obwohl darin immer wieder "Steckbriefe", Aufforderungen zu Gewalttaten gegen bestimmte Personen, Anleitungen zum Bombenbasteln u.a.m. enthalten sind. Das geschieht, obwohl in Ihrem Hause der offensichtlich rechtswidrige Inhalt der Zeitschrift gut bekannt ist (s. *Verfassungsschutzbericht 1993*, S. 59 u.a.). Also geschieht dieses Treiben ohne ernsthafte Abwehr *Ihres Ministeriums*. Warum? Handeln Sie nach der Empfehlung des Macchiavelli, daß der kluge Herrscher sich seine eigene Opposition hält? Weshalb Macchiavelli das empfiehlt, können Sie bei ihm nachlesen. Ich jedenfalls halte es lieber mit dem *Antimacchiavelli* von Friedrich dem Großen.

In dem Umfeld, in dem *radikal* angesiedelt ist, bewegen sich im übrigen auch die *Atze*- und *Avanti*-Gruppierungen in Kiel und in anderen Städten (in Schleswig-Holstein vor allem noch in Lübeck und Flensburg). Die *Atze-Gruppe* bereitet derzeit wieder eine Aktion gegen mich vor. Im letzten Jahr kam es zu einer äußerst verlogenen Hetzkampagne dieser Gruppe, die auch mir galt. Sie sollte zur Vorbereitung terroristischer Aktionen gegen mich und andere dienen. Die hiergegen erstattete Strafanzeige blieb ohne Erfolg, trotz des Vorliegens *eindeutiger Straftatbestände*, trotz Kenntnis der *Kontaktadresse*, trotz des *Vorhandenseins eines Informanten Ihres Ministeriums in dieser Gruppe* und trotz *Einschätzung dieser Gruppe als* und *militant-autonom (=terroristisch)* in Ihrem eigenen Verfassungsschutzbericht (1993, S. 59 u.a.).

---

* Gemeint ist die "Schuldneurose", vor allem der Führungsschicht der BRD. Siehe dazu meinen Aufsatz "Schuldneurose" in: Roland Bohlinger, *Die deutschen Ostgebiete aus historisch-politischer und völkerrechtlicher Sicht*, Viöl 1991, 6. Auflage, S. 112 ff.

Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/6081

08. 11. 93

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/5863 —

Auf die Antwort zu den Fragen 13 und 20 wird verwiesen. Allgemein ist im übrigen auf folgendes hinzuweisen:

Aufgrund der in Artikel 5 Abs. 1 GG garantierten Meinungs-, Informations-, Presse- und Rundfunkfreiheit sowie der in Artikel 5 Abs. 3 GG garantierten Kunstfreiheit, auf die sich auch Verleger berufen können, ist in der Bundesrepublik Deutschland eine allgemeine Überwachung der Medien nicht zulässig.

Einschränkungen des Grundrechts aus Artikel 5 Abs. 1 GG sind gemäß Artikel 5 Abs. 2 GG nur im Rahmen der allgemeinen Gesetze, also etwa des Strafrechts, der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und dem Recht der persönlichen Ehre möglich. Die Grenzen der Kunstfreiheit können sich nur aus der Verfassung selbst ergeben.

Innerhalb dieses von der Verfassung bezogenen Rahmens ist eine Kommentierung von Verlagsprogrammen oder eine politische Einordnung von Verlagsunternehmen durch staatliche Stellen weder zulässig noch geboten.

Da dies alles

unter Ihrer Oberhoheit

geschieht und nirgendwo erkennbar ist, daß Ihr Ministerium ernsthaft versucht, gegen diesen **tatsächlich vorhandenen Extremismus** einzuschreiten,

kommen Sie Ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Schutzpflicht nicht nach.

Damit sind Sie *mitverantwortlich* für die gegen mein Leben und meinen Besitz gerichteten Straftaten, und zwar für jene, die in letzter Zeit stattfanden und für jene, die in nächster Zeit zu erwarten sind.

Ihr Ministerium reagiert nicht einmal, trotz mehrfacher Anmahnung, auf meinen Antrag, mir die Reparatur meiner Schrotflinte zu gestatten, obwohl ich über eine Waffenbesitzkarte für diese Waffe verfüge. Hätte Ihr Ministerium gute Gründe für die Ablehnung, würde es diese sicherlich nennen. Aber es schweigt. Hat man also nur schlechte Gründe? Bis zum Beweis des Gegenteils muß ich daher annehmen, daß mir selbst die *rechtlich* zustehende *Möglichkeit* einer wirksamen *Notwehr gegen meine Ermordung und Brandschatzung* bewußt, also vorsätzlich, *verwehrt* werden soll.

Das aber läßt den Verdacht aufkommen, daß hier eine Komplizenschaft mit linksextremen Gewalttätern und Mördern vorliegt.

Dieser Verdacht wird erhärtet durch folgende Tatsachen:

- Ihr Amt veröffentlichte in seinem Verfassungsschutzbericht keine personenbezogenen Daten über linksextreme Gruppen, sehr wohl aber über mich. Warum diese unterschiedliche Behandlung? Insbesondere wird in Ihrem Verfassungsschutzbericht nicht die Postadresse meines Verlags angegeben, sondern die kleine Siedlung, in der ich wohne. Auch hier frage ich: warum? Um es linksautonomen Gewalttätern besonders leicht zu machen? Jedenfalls verstießen Sie damit gegen ihr eigenes Landesverfassungsschutzgesetz, nämlich gegen § 21, Abs. 2.
- Außerdem sollen nach § 6 Absatz 1 des Landesverfassungsschutzgesetzes *"in der Regel"* nur verfassungswidrige Bestrebungen *"einer Organisation oder einer unorganisierten Gruppe"* Gegenstand der Ausforschungen und der Berichterstattung des Verfassungsschutzes sein. Weder mein Verlag noch ich selbst sind eine *"Organisation"* oder eine *"unorganisierte Gruppe"*.
- Schließlich heißt es in einer *"Antwort der Bundesregierung"* auf eine Anfrage der *PDS* im Bundestag (*Bundestags-Drucksache* 12/5863, 8.11.1993):

  "... eine Kommentierung von Verlagsprogrammen oder eine politische Einordnung von Verlagsunternehmen durch staatliche Stellen [ist] *weder zulässig noch geboten."*

  Diese Äußerung geschah unter Bezugnahme auf Artikel 5 des Grundgesetzes. Mit anderen Worten:

Ihr Verfassungsschutzbericht über mich und meinen Verlag verletzt unabhängig von der Art seiner inhaltlichen Aussagen in mehrfacher Hinsicht geltendes Recht. Ich werde von Ihnen praktisch als Jagdziel öffentlich ausgeschrieben. Warum?

BERICHT BERICHT BERICHT BERICHT



Verfassungsschutzbericht 1993

Seite

finden. Durch un- und bewaffnete Gemeinde- und Gau-Aufstände, durch lokale und regionale Notstandsbewältigung in Eigenmacht wird sich die Erneuerung von Volk und Staat der Deutschen vollziehen. Es geht nur von unten her. Werwölfe werden so manchen Fremdling, der sich zum Freier überhebt, und so manchen Systemling, der dem Deutschenhaß und dem Antigermanismus frönt, beiroden."

Kennzeichnend für die Funktion des AfdP als Sammelbekken und Diskussionsforum der Rechtsextremisten ist, daß auch eine solche Bürgerkriegsrhetorik dort dargeboten werden kann, ohne daß militante Positionen dieser Art herkömmliche Politikansätze, die auf Wahlerfolge setzen, verdrängen. Besonders engagiert werden - z. T. auch durch Mitarbeit maßgeblicher AfdP-Aktivisten - Parteigründungen unter dem Vorzeichen einer nationalen Sammlungsbewegung begleitet.

7 Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste

Die in Schleswig-Holstein ansässigen rechtsextremistischen Verlage und Vertriebsdienste sind überwiegend dem Gedankengut des "Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V." (BfG) verpflichtet und in einem Fall dem unmittelbaren Umfeld dieser Vereinigung zuzurechnen.

Der rechtsextremistische BfG tritt in Schleswig-Holstein seit 1993 wieder aus der Bedeutungslosigkeit heraus. In Schönhagen bei Westensee (Kreis Rendsburg-Eckernförde) betreibt diese Weltanschauungsgemeinschaft ein sogenanntes Ferienheim, in dem insbesondere Vortrags- und Schulungsveranstaltungen stattfinden. Diese ziehen - über den kleinen und durchweg überalterten Kreis der schleswig-holsteinischen BfG-Mitglieder hinaus - auch Angehörige anderer rechtsextremistischer Organisationen in nicht unbeträchtlicher Zahl an. Es gibt Anzeichen dafür, daß das durch Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiparlamentarismus und Weltver-

33 34

schwörungstheorien geprägte BfG-Gedankengut, das auf den esoterisch-pseudowissenschaftlichen Schriften der Mathilde Ludendorff beruht, insbesondere in Teilen der rechtsextremistischen Publizistik aufgegriffen wird.

7.1 Eine unmittelbare Anbindung an den BfG ist bei der "Versandbuchhandlung Gisela Stiller" in Stafstedt (Kreis Rendsburg-Eckernförde) erkennbar, die Mitte 1993 hier bekannt geworden ist. In mehreren Anzeigen in der Zeitschrift des BfG wird darauf hingewiesen, daß die "Versandbuchhandlung Gisela Stiller" den Vertrieb der BfG-Schriften übernommen habe.

7.2 Im engeren Umfeld des BfG ist der LÜHE-Verlag (Mohrkirch/Kreis Schleswig-Flensburg) anzusiedeln, der von einem wegen seiner extremistischen Betätigung aus dem öffentlichen Dienst entfernten früheren Lehrer betrieben wird. Der Kleinverlag wirbt neuerdings in einigen rechtsextremistischen Zeitschriften ("Die Bauernschaft", "NATION") intensiv für seine Publikationen, die insbesondere deutliche Bezüge zu den antisemitischen und antidemokratischen Verschwörungstheorien des BfG aufweisen.

7.3 Der seit langem bekannte "Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur" (Bondelum/Kreis Nordfriesland) wird von Roland Bohlinger geführt, der sich ebenfalls als BfG-Anhänger zu erkennen gibt. Seit etwa Mitte 1992 hat Bohlinger sein Betätigungsfeld um die Herausgabe der Zeitschrift "NATION" erweitert. Dabei ist es ihm gelungen, der Publikation mit den von ihm als Verleger und Autor langjährig besetzten Themenfeldern (Leugnung des Holocaust, Kampf gegen die Freimaurerei) den Stempel aufzudrücken.

In seinem Verlag hat Bohlinger mehrere Nachdrucke von erstmals während der NS-Zeit erschienenen antisemitischen Agitationsschriften veröffentlicht.

Und nun zu den inhaltlichen Aussagen im Verfassungsschutzbericht Ihres Hauses.

In Ihrem auf Seite 33 unter Ziffer 7 beginnenden Bericht über "Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste" heißt es auf S. 34f. unter Ziffer 7.3:

> *"Der seit langem bekannte "Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur" (Bondelum / Kreis Nordfriesland) wird von Roland Bohlinger geführt, der sich ebenfalls als BfG-Anhänger zu erkennen gibt. Seit etwa Mitte 1992 hat Bohlinger sein Betätigungsfeld um die Herausgabe der Zeitschrift "NATION" erweitert. Dabei ist es ihm gelungen, der Publikation mit den von ihm als Verleger und Autor* ***langjährig besetzten Themenfeldern (Leugnung des Holocaust****, Kampf gegen die Freimaurerei) den Stempel aufzudrücken.*
>
> *In seinem Verlag hat Bohlinger mehrere Nachdrucke von erstmals während der NS-Zeit erschienenen antisemitischen Agitationsschriften veröffentlicht."* (Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, *Verfassungsschutzbericht 1993,* Kiel, Juni 1994, S. 34 f.)

1. **Leugnung des Holocaust.**

1.1. Ihnen dürfte bekannt sein, daß nach den Gesetzen dieses Landes die *"Leugnung des Holocaust"* eine **Straftat** darstellt. Doch nach den Gesetzen dieses Landes ist *ebenfalls* eine Straftat, wer einen Anderen öffentlich beschuldigt, eine Straftat begangen zu haben, auch noch wiederholt (*"langjährig besetztes Themenfeld"*), obwohl er wegen der behaupteten Straftat nicht rechtskräftig verurteilt worden ist. Erst recht ist es strafbar, wenn er wegen der behaupteten Tat nicht angeklagt worden ist, und noch mehr, wenn er sie offensichtlich nicht einmal begangen hat.

1.2. **Es ist offensichtlich, daß ich weder als "Verleger und Autor" noch als "Herausgeber" der NATION noch als Privatmann die behauptete Tat begangen habe, geschweige denn, daß ich wegen einer solchen Tat angeklagt oder gar verurteilt worden bin. Gegenteiliges haben Sie nicht nachgewiesen. Ja, Sie haben nicht einmal ansatzweise *versucht,* dieses nachzuweisen.**

1.3. Um jedoch keinerlei Unklarheiten im Raum stehen zu lassen, sei ausdrücklich betont, daß ich die Tat auch nicht in einer *verschleierten Art* begangen habe. Ich habe lediglich *wissenschaftliche Einwände* gegen bestimmte Einzeldarstellungen, Schlußfolgerungen und Wertungen erhoben, ohne hierbei stattgefundene Massenmordmaßnahmen gegen das jüdische Volk direkt oder indirekt zu leugnen. Im Anhang zu dem hauptsächlich von mir verfaßten *Gutachten zur Frage der Echtheit des sogenannten Wannsee-Protokolls* habe ich das eindeutig, unmißdeutbar und selbst für Böswillige nicht anders auslegbar klargestellt. Ich druckte dort u.a. meinen Brief vom 3.3.1994 an die *Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz* in Berlin ab. Daraus sei das Wichtigste hier zitiert, da es eindeutig Richtung und Kontext zeigt, in dem ich forsche und publiziere, soweit es das Thema Holocaust betrifft:

> ***"Die Fortsetzung holocaustischer Denk- und Verhaltensweisen in der Geschichte unseres Volkes und anderer Völker*** *kann mit jenen Methoden, die heutzutage unter dem Oberbegriff >Vergangen-*

Roland Bohlinger
Postfach, 25884 Viöl

An die Gedenkstätte
Haus der Wannseekonferenz
Am Großen Wannsee 56-58

D-14109 Berlin

Viöl, 3.3.1994

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor über einem Jahr übersandte ich Ihnen das hauptsächlich von mir verfaßte *Gutachten zur Frage der Echtheit des sogenannten Wannsee-Protokolls*. Sie hatten eine Stellungnahme zugesagt. Doch eine solche ist bis heute nicht eingetroffen. Derzeit bereite ich eine verbesserte und stark erweiterte Fassung des Gutachtens vor. Ihre Stellungnahme hätte ich gern im Anhang wiedergegeben.

Herr Prof. Dr. Benz, mit dem Sie zusammenarbeiten, hat sich kürzlich recht abfällig über die kritischen Arbeiten geäußert, die in den letzten Jahren zum sogenannten Wannsee-Protokoll erschienen sind. Eine sachliche und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Arbeiten legte er aber nicht vor. Er berief sich auch nicht auf eine solche Auseinandersetzung. Gäbe es eine solche, er hätte das vermutlich getan. Gibt es also keine? Ich jedenfalls fand keine. Das ist natürlich bedauerlich. Nicht für unser Gutachten, denn dessen Ergebnis wird sich durchsetzen. Bedauerlich ist das vor allem deshalb, weil sich daraus ergibt, daß sich die "Zunftwissenschaft" in dieser Angelegenheit als Instrument der Propaganda und nicht der Wahrheitsforschung erweist. Polemische Äußerungen, wie die von Prof. Dr. Benz, sind hierbei ebensowenig wie das von anderer Seite gepflogene Totschweigen geeignet, diesen Tatbestand aufzuheben, sie bestätigen ihn höchstens.

Die Fortsetzung holocaustischer Denk- und Verhaltensweisen in der Geschichte unseres Volkes und anderer Völker kann mit jenen Methoden, die heutzutage unter dem Oberbegriff "Vergangenheitsbewältigung" üblich sind, nicht verhindert werden. Diese Methoden sind vor allem nicht konsequent. Außerdem sind sie oft unehrlich und irreführend.

Wollen wir das "Holocaust-Syndrom" überwinden, muß strengste Suche nach der Wahrheit die oberste Regel sein. Denn ohne Erkenntnis keine richtige Lösung.

Viele sogenannte revisionistische Historiker gehen beim Holocaust-Thema vor allem der Frage nach, inwieweit die vorherrschenden Darstellungen zutreffen. Das ist legitim. Viele unter ihnen werden hierbei von der Absicht getrieben, die nationalsozialistische Führung und das deutsche Volk zu entlasten. Auch das ist legitim, sie tun damit nichts anderes als das, was ein Verteidiger in einem Prozeß betreibt. Ob sie auf diese Weise die Wahrheit herausfinden, ist allerdings fraglich. Auf der anderen Seite werden revisionistische Darstellungen von den heute herrschenden Kreisen oft mit großem Nachdruck und nicht selten auch unsachlich bekämpft. Auch da ist es fraglich, ob auf diese Weise die Wahrheit herausgefunden werden kann.

Völlig falsch ist es aber, wenn - wie das vielfach geschieht - der Nationalsozialismus wie der berühmte Sündenbock im Alten Testament behandelt wird, indem man ihn mit aller Schuld belädt und dann einfach in die Wüste schickt. So gelingt es nicht, das Syndrom zu überwinden.

Meiner Meinung nach werden folgende Fragen in der Diskussion zu wenig behandelt:

- Die Rolle der Finanzierung Hitlers aus dem In- und Ausland, insbesondere durch internattionale Großkonzerne, jüdische Banken, römisch-katholische Kirche und Stalin, dazu ganz allgemein das Problem der Bildung großer Kapitalmassen in der Hand kleiner, imperialistisch eingestellter Gruppen und deren Einfluß auf die Politik;
- Die Rolle von staatlichen Geheimdiensten und überstaatlichen Geheimorganisationen, wie z. B. Thule-Orden, Germanenorden, Freimaurerei, Jesuitenorden;
- Die Rolle der Kirchen, des Zionismus, des Bolschewismus;
- Die Rolle und die Methoden der Massensuggestion und Gehirnwäsche, wie sie schon lange von vielen Machtgruppen, darunter auch von den Kirchen gepflogen werden;
- Die Rolle der herrschenden Gesellschaftsordnung, insbesondere der heutigen Art der staatlichen Organisation, des Bildungswesens und der Wirtschaftsordnung;
- Die Möglichkeiten einer erfolgreichen antiimperialistischen Politik und Erziehung.

In verschiedenen Veröffentlichungen habe ich darauf hingewiesen, daß den Vorgängen im Dritten Reich Wurzeln zugrunde liegen, deren Entstehung zum Teil sehr weit in die Vergangenheit zurückreichen. Ich habe hierbei auch aufgezeigt, daß 1945 keineswegs ein Ende der völker- und rechtsstaatfeindlichen Politik eingetreten ist, und daß die heutige Art der Vergangenheitsbewältigung eher zur Verdeckung und Fortsetzung als zur wirklichen Bewältigung dient. So ist z. B. die Entwicklung zahlreicher Massenmordmittel und noch mehr die damit verbundene Denkweise und Strategie, wie sie nach 1945 stattfand, eindeutig holocaustorientiert. Auch die Errichtung und der Betrieb von Atomanlagen fällt unter diesen Begriff, sodann die Behandlung der Dritten Welt durch imperialistisch-kapitalistische Machtgruppen in den Industrienationen, ebenso die rassistische Art der heutigen Bevölkerungs- und Ausländerpolitik, die Befürwortung der Abtreibung, die Art der Behandlung der gesamten Lebenswelt u.a.m.

Auf die Erstellung des Gutachtens zum sogenannten Wannsee-Protokoll habe ich keineswegs deshalb soviel Mühe verwandt, um damit revisionistische Positionen im Sinne einer Vertuschung oder Exculpierung zu fördern. Mir geht es um etwas ganz anderes. Ich will an einem zentralen Beispiel, dem später noch weitere Beispiele folgen sollen, deutlich machen, daß die herrschende Geschichtsschreibung gegenüber ihrer zentralen Aufgabe weitgehend versagt, nämlich durch ganzheitliche Wahrheitsfindung dafür zu sorgen, daß Geschichte zur Lehrmeisterin für die Politik und Erziehung werden kann.

Wer aus Furcht, disqualifiziert zu werden, zentrale Tatsachen verfälscht oder unterdrückt und Unwahres für wahr erklärt, macht sich mitschuldig an kommenden Katastrophen. Das heißt: wer aus Anpasserei an herrschende Meinungen darauf verzichtet, zentrale Papiere, wie das sogenannte Wannsee-Protokoll, mit den üblichen wissenschaftlichen Methoden auf Echtheit und Aussagerichtigkeit zu überprüfen, wer obendrein bereit ist, zu diesem Verzicht auf Wahrheitsfindung auch noch den weitgehenden Verzicht auf eine Bekämpfung von Fälschungen, Übertreibungen, Erfindungen und einseitigen Schuldzuweisungen zu fügen, der macht sich schuldig. Dadurch wird das Schreckliche des vergangenen Geschehens ebenso relativiert und verfälscht, werden die Opfer ebenso beleidigt und ihre Leiden und ihr Tod ebenso zur Sinnlosigkeit verdammt, wie das durch eine Geschichtsschreibung geschieht, die zum Zweck der Exculpierung die Tatsachen mißachtet oder verfälscht. Die bei uns herrschende Sichtweise, die nicht zuletzt durch eine Historikerzunft möglich wurde, die sich der herrschenden völkerfeindlichen Politik und deren Ideologie unterwarf, ist genauso unmoralisch und verderbt, wie die sogenannte rechtsradikale Sichtweise. Beide Sichtweisen passen im Grunde zusammen. Sie bilden zwei Seiten der gleichen Medaille. Noch schlimmer ist aber, daß die herrschende Seite, gefördert durch das Fehlverhalten eines großen Teils der

heitsbewältigung< üblich sind, nicht verhindert werden. **Diese Methoden sind vor allem nicht konsequent.** Außerdem sind sie oft unehrlich und irreführend.

Wollen wir das >Holocaust-Syndrom< überwinden, muß **strengste Suche nach der Wahrheit die oberste Regel sein. Denn ohne Erkenntnis keine richtige Lösung.**

Viele sogenannte revisionistische Historiker gehen beim Holocaust-Thema vor allem der Frage nach, inwieweit die vorherrschenden Darstellungen zutreffen. Das ist legitim. Viele unter ihnen werden hierbei von der Absicht getrieben, die nationalsozialistische Führung und das deutsche Volk zu entlasten. Auch das ist legitim, sie tun damit nichts anderes als das, was ein Verteidiger in einem Prozeß betreibt. **Ob sie auf diese Weise die Wahrheit herausfinden, ist allerdings fraglich.** Auf der anderen Seite werden revisionistische Darstellungen von den heute herrschenden Kreisen oft mit großem Nachdruck und nicht selten auch unsachlich bekämpft. **Auch da ist es fraglich, ob auf diese Weise die Wahrheit herausgefunden werden kann.**

Völlig falsch ist es aber, wenn - wie das vielfach geschieht - der Nationalsozialismus wie der berühmte Sündenbock im Alten Testament behandelt wird, indem man ihn mit aller Schuld belädt und dann einfach in die Wüste schickt. **So gelingt es nicht, das Syndrom zu überwinden.**

Meiner Meinung nach werden folgende Fragen in der Diskussion zu wenig behandelt:

- Die Rolle der Finanzierung Hitlers aus dem In- und Ausland, insbesondere durch internationale Großkonzerne, jüdische Banken, römisch-katholische Kirche und Stalin, dazu ganz allgemein das Problem der Bildung großer Kapitalmassen in der Hand kleiner, imperialistisch eingestellter Gruppen und deren Einfluß auf die Politik;
- Die Rolle von staatlichen Geheimdiensten und überstaatlichen Geheimorganisationen, wie z. B. Thule-Orden, Germanenorden, Freimaurerei, Jesuitenorden;
- Die Rolle der Kirchen, des Zionismus, des Bolschewismus;
- Die Rolle und die Methoden der Massensuggestion und Gehirnwäsche, wie sie schon lange von vielen Machtgruppen, darunter auch von den Kirchen gepflogen werden;
- Die Rolle der herrschenden Gesellschaftsordnung, insbesondere der heutigen Art der staatlichen Organisation, des Bildungswesens und der Wirtschaftsordnung;
- Die Möglichkeiten einer erfolgreichen antiimperialistischen Politik und Erziehung.

In verschiedenen Veröffentlichungen habe ich darauf hingewiesen, daß den Vorgängen im Dritten Reich Wurzeln zugrunde liegen, deren Entstehung zum Teil sehr weit in die Vergangenheit zurückreichen. Ich habe hierbei auch aufgezeigt, daß 1945 keineswegs ein Ende der völker- und rechtsstaatfeindlichen Politik eingetreten ist, und daß die heutige Art der Vergangenheitsbewältigung eher zur Verdeckung und Fortsetzung als zur wirklichen Bewältigung dient. So ist z. B. die Entwicklung zahlreicher Massenmordmittel und noch mehr die damit verbundene Denkweise und Strategie, wie sie nach 1945 stattfand, eindeutig holocaustorientiert. Auch die Errichtung und der Betrieb von Atomanlagen fällt unter diesen Begriff, sodann die Behandlung der Dritten Welt durch imperialistisch-kapitalistische Machtgruppen in den Industrienationen, ebenso die rassistische Art der heutigen Bevölkerungs- und Ausländerpolitik, die Befürwortung der Abtreibung, die Art der Behandlung der gesamten Lebewelt u.a.m.

Auf die Erstellung des Gutachtens zum sogenannten Wannsee-Protokoll habe ich keineswegs deshalb soviel Mühe verwandt, um damit revisionistische Positionen im Sinne einer Vertuschung oder Exculpierung zu fördern. Mir geht es um etwas ganz anderes. Ich will an einem zentralen Beispiel, dem später noch weitere Beispiele folgen sollen, deutlich machen, **daß die herrschende Geschichtsschreibung gegenüber ihrer zentralen Aufgabe weitgehend versagt, nämlich durch ganzheitliche Wahrheitsfindung dafür zu sorgen, daß Geschichte zur Lehrmeisterin für die Politik und Erziehung werden kann.**

Wer aus Furcht, disqualifiziert zu werden, zentrale Tatsachen verfälscht oder unterdrückt und Unwahres für wahr erklärt, **macht sich mitschuldig an kommenden Katastrophen.** Das heißt: wer aus Anpasserei an herrschende Meinungen darauf verzichtet, zentrale Papiere, wie das sogenann-

te Wannsee-Protokoll, mit den üblichen wissenschaftlichen Methoden auf Echtheit und Aussagerichtigkeit zu überprüfen, wer obendrein bereit ist, zu diesem Verzicht auf Wahrheitsfindung auch noch den weitgehenden Verzicht auf eine Bekämpfung von Fälschungen, Übertreibungen, Erfindungen und einseitigen Schuldzuweisungen zu fügen, der macht sich schuldig: ***Dadurch wird das Schreckliche des vergangenen Geschehens ebenso relativiert und verfälscht, werden die Opfer ebenso beleidigt und ihre Leiden und ihr Tod ebenso zur Sinnlosigkeit verdammt, wie das durch eine Geschichtsschreibung geschieht, die zum Zweck der Exculpierung die Tatsachen mißachtet oder verfälscht.*** *Die bei uns herrschende Sichtweise, die nicht zuletzt durch eine Historikerzunft möglich wurde, die sich der herrschenden völkerfeindlichen Politik und deren Ideologie unterwarf,* ***ist genauso unmoralisch und verderbt, wie die sogenannte rechtsradikale Sichtweise. Beide Sichtweisen passen im Grunde zusammen. Sie bilden zwei Seiten der gleichen Medaille. Noch schlimmer ist aber, daß die herrschende Seite, gefördert durch das Fehlverhalten eines großen Teils der sogenannten rechtsradikalen Opposition, zu diesem Fehlverhalten auch noch den weitgehenden Verzicht auf eine redliche Bewältigung auf moralischem und weltanschaulichem Gebiet fügt und dafür überwiegend Rituale und Ideologien pflegt, die sowohl den Nationalsozialismus aus dem Traditionsfluß isoliert, wie sie heutige, in verwandter Tradition stehende Denk- und Verhaltensweisen vertuscht und das Ganze obendrein mit einer geistigen Zerstörung des eigenen Volkes und anderer Völker verknüpft.***

Durch die überwiegend inkonsequente und unehrliche Art der vorherrschenden Vergangenheitsbewältigung ***sind wir mitten dabei, ein neues holocaustisches Kapitel zu schreiben. Wie bei der Entstehung des vorigen Kapitels tragen auch jetzt die herrschenden alten Mächte und das Streber- und Anpassertum in allen Bevölkerungsschichten die Hauptverantwortung. Denn sie sind nicht bereit, der ungeteilten Wahrheit ins Auge zu sehen und die ständigen Schuldverschiebungen und Schuldverdrängungen zu beenden, so, wie sie nicht bereit sind, auf den Mißbrauch ihrer Macht zu verzichten und den dringend notwendigen weltanschaulichen, moralischen und wirtschaftlichen Wandel herbeizuführen."***

Mit den zitierten Worten ist mein Standpunkt genau beschrieben. *Dieser Standpunkt ist rechtlich nicht zu beanstanden.* Ihn zu vertreten gehört zu meinem **durch die Verfassung verbrieften Recht**

- als Bürger dieses Staates,
- als Historiker,
- als Leiter einer wissenschaftlichen Einrichtung,
- als Vorsitzender einer Rechts- und Lebensschutzvereinigung, des *Deutschen Rechts- und Lebensschutz-Verbandes,*
- als Rechtswahrer, der als Kläger und Prozeßbevollmächtigter in zahlreichen anti-holocaustisch ausgerichteten Lebensschutzprozessen aufgetreten ist.

Darüberhinaus sind die von mir erhobenen *wissenschaftlichen* Einwände

> **rechtlich und politisch *notwendig*: denn ohne Erkenntnis der wesentlichen geschichtegestaltenden Kräfte, die bei den Ungeheuerlichkeiten in diesem Jahrhundert wirksam waren, finden wir nicht den Weg zur Überwindung dieser Kräfte und damit auch nicht den Weg in eine wirklich freiheitlich-demokratische Rechtsstaatlichkeit, die unserem Volk und allen anderen Völkern ebenso dient wie dem Frieden und einer allgemeinen kulturellen Höherentwicklung.**

1.4. Im übrigen dürfte es allgemein bekannt sein, daß ich immer wieder **in Wort und Schrift sowie auf dem Rechtsweg g e g e n jede Art von Massen- und Völkermord, Krieg und Gewaltherrschaft** aufgetreten bin, vor allem, wenn es um aktuelle Vorgänge innerhalb unseres Landes ging. Als *Beispiele* nenne ich

POLITISCHE GRUNDPRINZIPIEN DER NATION

Politik soll Leben, Freiheit, Kultur und Heimat des Einzelnen und seiner Lebensgemeinschaft schützen, und sie soll dem Frieden und der Verständigung unter den Völkern dienen.

Eine solche Politik kann nur gedeihen, wenn sie von Liebe getragen ist. Zuallererst sollte sie getragen sein von Liebe zum zentralen Gegenstand ihres Wirkens: von Liebe zum Menschen und zum Volk. Solche Liebe kann allerdings nicht wahllos sein. Sie kann nicht dem dienen, was schlecht ist oder falsch. Uneingeschränkt gelten kann sie deshalb nur der Menschentums- und Volksidee in ihrer idealen Gestalt oder gegenüber einem einzelnen Menschen oder Volk auf dem Gebiet, wo dieser Idee in reiner Weise gedient wird.

Menschen- und Volksliebe allein genügen jedoch nicht. Politik muß auch geleitet sein von der Liebe zum Recht und zur Gerechtigkeit.

Und da ein rechtes und gerechtes und überhaupt ein richtiges Handeln nicht möglich ist ohne vorherige Wahrheitsfindung, daher muß Politik auch getragen sein von Liebe zur Wahrheit.

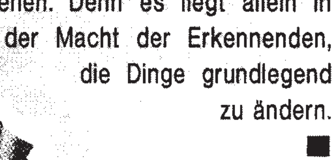
Außerdem muß Politik stets durchdrungen sein von Liebe zur Freiheit. Denn ohne Freiheit stirbt der menschliche Geist, sterben Individualität, Würde, Kultur, Recht und Lebensfreude. Schließlich muß Politik, weil sie häufig sichtbare Werke schafft – seien es Straßen, Brücken, Städte oder Landschaften – auch von Liebe zur Schönheit und Harmonie geleitet sein.

All diese Liebe wächst aber kaum im politischen Tageskampf, unter dem Widerstreit verschiedenster Interessen, unter dem allzuhäufigen Anprall von Unwissen, Engstirnigkeit, Neid, Bosheit, Rachsucht oder gar Betrug und Gewalt. Darum bedarf Politik der Hilfe jener, die die verschiedensten Richtungen der Liebe am reinsten zu verwirklichen vermögen: der Mütter und Bauern, der Forscher, Künstler und Philosophen. Sie alle müssen sich zusammentun in Akademien, in Schulen, in Verlagen, in freien und offenen Gemeinschaften. Sie müssen sich selbst und ihre Mitbürger begeistern und erziehen für eine Wiederkehr des edlen und gerechten, des freiheitlichen und friedlichen Wesens im Zusammenleben der Menschen. Das aber kann nur gelingen, wenn jeder sich an die Erkenntnis hält, daß allein die absolute Reinheit der Idee und der Liebe unüberwindlich ist, daß hier jede Abweichung dem Ganzen schadet.

Daher sollte jeder, der auf andere Menschen einwirkt – auch und gerade publizistisch –, sich uneingeschränkt auf den Boden der Wahrhaftigkeit und des Rechts stellen und jeglichen Imperialismus verwerfen, gleichgültig wie dieser sich äußert, ob in geistiger Manipulation, in Lug, Trug oder ungerechten Beschuldigungen, in wirtschaftlicher Ausbeutung, in Drohung mit oder Anwendung von Gewalt.

Das bedeutet insbesondere die Anerkennung der Rechte eines jeden Volkes und eines jeden Einzelnen auf Schutz und freie Entfaltung seines Lebens, seiner Eigenart und seiner angestammten Heimat. Nur wer dies alles anerkennt, wer also völligen Verzicht leistet auf die Anwendung irgendwelcher imperialistischer Mittel, nur der kann für sich in Anspruch nehmen, nicht Zerstörer, sondern Diener dessen zu sein, was wahres Menschsein ausmacht.

Das heißt aber, daß die Durchsetzung dieser Haltung im Volksleben solange ein Traum bleibt, ein bloßer Wunsch, solange wir diese Haltung nicht in uns selbst tragen. Je reiner wir diese Haltung in uns selbst verwirklichen, desto mehr strahlt sie aus auf andere Menschen, desto eher wird sie sich durchsetzen. Und somit ist die Verantwortung des Einzelnen, jedes Einzelnen, der erkannt hat, worum es geht, riesengroß. Diese Einzelnen tragen sogar die Hauptverantwortung für das Geschehen. Denn es liegt allein in der Macht der Erkennenden, die Dinge grundlegend zu ändern. ■



- meine Aufsatzreihe *"Die Vernichtung des Holocaust-Syndroms"*,
- meine in Vorbereitung befindliche Buchreihe *Das Holocaust-Syndrom,*
- die von mir besorgte Herausgabe der Buch- und Schriftenreihe *Genozid* und
- mein Schreiben vom 11.06.1991 an alle Abgeordneten des deutschen Bundestages, in dem es um die *"Beteiligung von Abgeordneten des deutschen Bundestages an Völkermordmaßnahmen"* ging,
- außerdem bin ich Vorsitzender des *Arbeitskreises zur Erforschung und Verhütung von Verbrechen des Massen- und Völkermordes.*

Aus der gleichen Einstellung heraus wurde ich

- 1956 zum ersten erfolgreichen *Totalverweigerer von Wehr- und Ersatzdienst* in der Bundesrepublik,
- danach trat ich juristisch und publizistisch für eine *antiimperialistisch-patriotische Verweigerung des Wehrdienstes innerhalb der NATO* ein und gegen das von Luns verkündete "Recht" der NATO auf den atomaren Erstschlag,
- weiterhin wehrte ich mich in rund *40 Verwaltungsstreitverfahren* als Kläger und als Prozeßbevollmächtigter für fast tausend weitere Kläger *gegen den Betrieb von Atomanlagen,* was u.a. auch zur **offenen Unterstützung meiner Person durch politische Führer Ihrer Partei** geführt hat, vor allem, nachdem ich in Haft kam wegen meiner grundsätzlichen Weigerung, Prozeßkosten aus Atomverfahren zu bezahlen (peinlich, diese Unterstützung - oder vielleicht ein Stück echter Anständigkeit und lebendiger freiheitlich-rechtsstaatlicher Gesinnung in Ihrer Partei?).

Durch diese und viele weitere Tätigkeiten in gleicher Richtung zeigte ich **ganz eindeutig und unter hohem persönlichem Einsatz** - bis hin zur Inkaufnahme meiner Ermordung und der ständigen Gefährdung meiner wirtschaftlichen Existenz - wo ich **tatsächlich** stehe. In diesen Tätigkeiten drückt sich ein konsequentes Verhalten seit meiner Jugend aus, ohne irgendwelche Anlehnungen an Gruppen des "Establishments", seien es Parteien, Kirchen, Verbände oder Konzerne, aber auch ohne Anlehnungen an extreme Randgruppen oder geheime Gesellschaften.

Im übrigen: Ich habe dies nicht etwa deshalb dargelegt, weil ich es für notwendig halte, mich zu verteidigen. Dazu würde es genügen, Ihr Amt gerichtlich zu zwingen, seine Behauptungen über mich zu begründen, und wenn das nicht gelingt, sie zurückzunehmen. Mir geht es vor allem darum, aufzuzeigen, daß Ihr Verfassungsschutzamt Kämpfer für Wahrheit und Recht und gegen Gewaltherrschaft, Krieg und Völkermord verfolgt und damit verfassungsfeindlichen Umtrieben dient.

2. Ihr Amt behauptet, ich sei **Anhänger des *Bundes für Gotterkenntnis.***

2.1. Ich weiß nicht, was Ihr Amt unter einem *"BfG-Anhänger",* also einem Anhänger des *Bundes für Gotterkenntnis* versteht. Vermutlich soll "Anhänger" Mitglied bedeuten.
Ich bin von niemandem und nichts ein "Anhänger", auch kein Mitglied. Ich bin ein selbständig denkender und handelnder Mensch.

2.2. Die Philosophie Mathilde Ludendorffs ist die weltanschauliche Grundlage des *BfG.* Ich

Weltanschauungsgemeinschaft
Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.

82327 Tutzing/Oberbayern
Mühlfeldstraße 2
Fernsprecher 0 81 58 / 63 17
7.9.94
Postgiroamt München
Konto-Nr. 317 365-805
BLZ 700 100 80
Ver. Sparkassen Starnberg
Zweigstelle Tutzing
Konto-Nr. 430 574 228
BLZ 700 540 80
Raiffeisenbank Weilheim eG
Konto-Nr. 116 661
BLZ 701 696 02

Sehr geehrter Herr Bohlinger!

Wunschgemäß bestätige ich Ihnen, daß Sie nicht Mitglied des Bundes für Gotterkenntnis sind.

Mit freundlichen Grüßen!

Dr. Duda, 1.Vors.

---

schätze diese Philosophie. Doch damit bin ich noch nicht *"BfG-Anhänger"*. Ich schätze auch unsere Verfassung. Das macht mich aber noch lange nicht zum Mitglied des sogenannten Verfassungsschutzes. Mein Gott, das fehlte noch!

Ich ließ mich von vielen Erkenntnissen in der Ludendorffschen Philosophie geistig befruchten. Doch mich haben auch Erkenntnisse Friedrich Schillers, Wilhelm von Humboldts, Nicolai Hartmanns und vieler anderer befruchtet. Ich studierte auch die *Bibel,* den *Talmud,* das *Kapital* von Karl Marx und das Partei-Programm der *SPD*, da gab's allerdings weniger Befruchtendes.

Im übrigen: geistige Befruchtungsvorgänge werden bei uns zwar nach Kräften gesteuert und behindert, aber sie sind, da nicht verbietbar, noch nicht verboten.

2.3. Aber auch dann, wenn eine Mitgliedschaft im *BfG* bestünde, wäre damit nichts bewiesen. Denn die *bloße Mitgliedschaft* in einer *weltanschaulichen* Vereinigung kann wohl kaum etwas beweisen über die *wirkliche politische Einstellung* und noch weniger über die *Art und Weise der politischen Betätigung des einzelnen Mitglieds.* Ich denke, meine Herren Verfassungshüter, wir befinden uns in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat! Da sind kollektive Ausgrenzungen, Beschuldigungen und Verurteilungen weder vorgesehen noch zulässig, Sie verwechseln das mit den Regeln früherer Zeitläufte (als zum Beispiel der Satz galt: "Alle Juden sind schuld!" oder noch früher: "Alle Heiden sind Götzendiener!").

Mit anderen Worten: wenn Sie bei mir etwas inkriminieren wollen, dann beschränken Sie sich bitte auf das, was *ich* zu verantworten habe. Und wenn Sie bei dem, was ich zu verantworten habe, nichts wirklich Inkriminierbares finden, dann können Sie sich natürlich eine Fi-

gur zurechtbasteln, die zu Ihren Verfolgungsvorstellungen paßt. Nur: diese Figur ist dann Ihr Werk, nicht meines. Verfolgen Sie dann auch gefälligst sich selbst.

2.4. Im übrigen ist die *Beschimpfung und Verleumdung einer weltanschaulichen Vereinigung,* wie dies auf S. 33 und 34 Ihres *Verfassungsschutzberichts 1993* vorgenommen wird, unzulässig. Das gilt vor allem für folgende Äußerung:

> *"... das durch Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiparlamentarismus und Weltverschwörungstheorien geprägte BfG-Gedankengut, das auf den esoterisch-pseudowissenschaftlichen Schriften der Mathilde Ludendorff beruht..."*

Das *"Gedankengut des BfG"* ist laut Satzung *ausschließlich die Ludendorffsche Philosophie.* Diese Philosophie ist in insgesamt 13 philosophischen Werken schriftlich niedergelegt. Irgendwelche Beweise in der hier behaupteten Richtung müßten also ohne weiteres in Form von Zitaten aus diesen Werken (unter korrekter Berücksichtigung des Kontextes, in dem sie stehen) vorgezeigt werden können. Doch solche Zitate wurden nicht vorgelegt, sie lassen sich auch nicht vorlegen. Denn es handelt sich hier lediglich um eine Beschimpfung und Verleumdung.

Ich stelle den unbewiesenen Behauptungen im Verfassungsschutzbericht die Behauptung entgegen, daß die Philosophie Mathilde Ludendorffs **bestens geeignet ist, als geistige Grundlage für freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliches Verhalten zu dienen.** Von den religiösen Grundlagen der meisten, in diesem Staat anerkannten Religionsgemeinschaften kann das nicht behauptet werden. Ein diesbezügliches Gutachten ist in Arbeit.

2.5. Und noch etwas: seit wann sind religiöse oder weltanschauliche Vereinigungen Gegenstand der observierenden und berichtenden Tätigkeit des Verfassungsschutzes?

An sich wäre eine kritische Beurteilung solcher Vereinigungen durchaus zu begrüßen. Aber werden nun künftig auch **christliche, mosaische, islamische und andere Religions- und Weltanschauungsvereinigungen auf die Verfassungsmäßigkeit ihres Charakters untersucht?** Zum Beispiel hinsichtlich eines

- Bestehens imperialistischer Zielsetzungen
- oder der Praktizierung des autoritären Führungsprinzips
- oder der Anwendung von Suggestion, Höllenverängstigung, Gehirnwäsche und anderen menschenverachtenden Manipulationspraktiken
- oder der Befürwortung und Anwendung von Glaubenszwang, Terror und Mord?

Können Sie mir sagen,

nach welchen Grundsätzen Sie Ihre Beurteilung vornehmen?

Können Sie mir vor allem sagen,

> warum der *Bund für Gotterkenntnis,* dem nach meiner Kenntnis die vorstehend aufgezählten, für viele Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften *typischen* Charakteristika *allesamt* fehlen, Gegenstand Ihres *Verfassungsschutzberichts 1993* ist, jedoch keine jener Vereinigungen, denen sie *nicht* fehlen?

Könnte es vielleicht sein, daß nach Ihrer Meinung und der Ihres Amtes eine imperialistische Zielsetzung, die Praktizierung des autoritären Führungsprinzips, die Anwendung von Gehirnwäsche oder die Befürwortung von Glaubenszwang, Terror und Mord nicht verfassungswidrig sind? Oder sind Sie einfach nur Parteigänger einer dieser Vereinigungen, viel-

leicht mit dem Auftrag, eine grundlegende Alternative zu diesen Vereinigungen, wie sie der *Bund für Gotterkenntnis* zu verwirklichen versucht, zu verfolgen?

3. Sie halten mir **Kampf gegen die Freimaurerei** vor.

3.1. Die Freimaurerei ist ein **Geheimbund.** Geheimbünde sind grundsätzlich *nicht freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlich* organisiert, sondern mehr oder weniger nach dem **autoritären Führungsprinzip**. Das liegt in ihrem Wesen begründet, Geheimbund sein zu wollen. Darüberhinaus ist ein Geheimbund ein Bund, der Geheimnisse hat. **Warum aber hat er Geheimnisse?** Sind es Geheimnisse, die das Licht der Öffentlichkeit zu *scheuen* haben? So scheint es. Denn das, **was recht und richtig ist, braucht sich nicht zu verbergen.** Und schon gar nicht braucht dieses den Schutz des Innenministers. Denn das, was recht und richtig ist, kann sich, wird es zu Unrecht angegriffen, *offen,* notfalls *vor Gericht,* selbst verteidigen. Vor allem dann, wenn dieser Bund in diesem Staat keiner politischen Verfolgung unterliegt und führende Persönlichkeiten im In- und Ausland Mitglied in diesem Bund sind. Die Freimaurerei hat es aber bisher tunlichst vermieden, sich mit mir offen auseinanderzusetzen. Auf der wissenschaftlichen Ebene zöge sie auch den Kürzeren. Sie ging auch nicht wegen meiner Veröffentlichungen vor Gericht. Warum? *Ist es also doch nicht so recht und richtig, was sie treibt?*

3.2. Im Strafgesetz der Bundesrepublik Deutschland war bis 1968 Geheimbündelei verboten. Es hieß da in § 128 StGB:

> *"§ 128 [Geheimbündelei]*
>
> *Die Teilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheimgehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu sechs Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahr zu bestrafen.*
>
> *Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von einem bis zu fünf Jahren erkannt werden."*

Es war also in der Bundesrepublik rund 20 Jahre lang *jede* Geheimbündelei strafbar. Das heißt, der Nachweis einer kriminellen Zielsetzung war für die Strafbarkeit nicht Voraussetzung, denn die Geheimbündelei selbst war bereits eine Straftat. Gab es darüberhinaus noch eine kriminelle Zielsetzung und Tätigkeit, dann kam § 129 StGB. ("Kriminelle Vereinigungen") infrage. Der § 128 StGB.wurde im *Achten Strafrechtsänderungsgesetz* vom 25.6.1968 gestrichen, und zwar *ohne jede* Begründung (BGBl. I, 1968, 29. Juni 1968, Nr. 43, S. 748).

Was lange Zeit und aus guten Gründen strafbar gewesen ist, kann nicht plötzlich ohne Grund ein solches Rechtsgut geworden sein, daß Kritik daran unzulässig, ja verfassungswidrig wäre!

3.3. **Wer es mit dem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat wirklich ernst meint, also nicht nur zum Schein dafür eintritt, der muß *jede* Art von Geheimbündelei ablehnen, gleichgültig, ob diese nun durch einen Strafgesetzparagraphen verboten ist oder nicht.**

Ich jedenfalls lehne *jede* Geheimbündelei zur Durchsetzung politischer, wirtschaftlicher oder anderer Ziele *grundsätzlich* ab, also nicht nur jede "freimaurerische", sondern auch jede "rechte", "linke", "christliche", "heidnische" oder sonstige Geheimbündelei. Ich habe mich in

§ 128 [Geheimbündelei]

(1) Die Teilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheimgehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu sechs Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre zu bestrafen.

(2) Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von einem bis zu fünf Jahren erkannt werden.

1 I. Strafgrund der Geheimbündelei ist, daß das Bestehen geheimer Verbindungen geeignet ist, in der Bevölkerung ein Gefühl der Beunruhigung und Unheimlichkeit zu verbreiten; geschützt ist also der öffentliche Frieden. Ein staats- oder verfassungsfeindlicher Zweck der Verbindung ist nicht erforderlich (BGH 2 StR 770/52 u. a. bei Wagner GA 1960, 225). Nicht notwendig ist, daß ein rechtswirksames Verbot der Verbindung ergangen ist (BGH 2 StR 770/52 u. a. bei Wagner aaO). Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des § 128 vgl. Willms NJW 1957 S. 566.

2 **II. Unter einer Verbindung** ist die auf längere Dauer berechnete Vereinigung mehrerer Menschen zur Verfolgung gemeinsamer Zwecke zu verstehen, in der der einzelne regelmäßig unter den Willen der Gesamtheit untergeordnet ist (RGSt. 17 194, vgl. auch RG JW 1931 S. 3667). Zwischen Verbindung und Vereinigung besteht kein sachlicher Unterschied (vgl. RGSt. 13 273, Werner LK Anm. II; and. Jagusch LK § 90a Anm. 2); vgl. daher § 90a Anm. 3. Die Berechnung auf längere Dauer unterscheidet die Verbindung von der Ansammlung (RGSt. 13 277, 24 330); das Vorhandensein einer gewissen Organisation unterscheidet die Verbindung von der Verabredung. Der Begriff der Verbindung erfordert nicht, daß sie über die bei der Gründung vorhandenen Mitglieder hinaus berechnet sein muß (Mezger LK § 49b Anm. 2; and. Frank Anm. I). Die Vereinigung braucht auch nicht eine so feste Form angenommen zu haben, daß sie als ein besonderes Rechtssubjekt erscheint (and. Frank aaO). Auch der Teil einer Organisation kann eine Verbindung i. S. des § 128 sein (BGHSt. 10 16, vgl. auch BGHSt. 7 223).

III. Erfaßt werden von der Vorschrift nur Verbindungen bestimmter Art.

3 1. Einmal solche, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheimgehalten werden soll. Erforderlich ist, daß die Verbindung eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten erstrebt (RGSt. 13 278, 35 180, 41 264; Kohlrausch-Lange Anm. III, Werner LK Anm. II; and. Frank Anm. I), wenn auch nicht in staatsgefährdender oder strafbarer Weise; auf kriminelle Vereinigungen findet § 129, auf verfassungsverräterische § 90a Anwendung. Weiterhin ist es erforderlich, daß das Dasein der Verbindung oder ihre Verfassung oder ihr Zweck vor der inländischen Behörde geheimgehalten werden soll. Es reicht aus, wenn ein wichtiger Teil der Verfassung oder des Zwecks verschleiert wird (BGH StE 18/54 vom 19. 2. 1955, StE 1/52 vom 4. 6. 1955), nicht dagegen, wenn einzelne organisatorische Verhältnisse oder die Örtlichkeiten geheimgehalten werden, an denen die Verbindung zusammentritt; auch der vereinzelte Gebrauch von Decknamen genügt nicht (BGH StE 49/52, 68/52 u. a. bei Wagner GA 1960, 225). Zur Verfassung i. S. des § 128 gehören nicht nur die Satzungen, sondern auch das organisatorische Gefüge der Verbindung und die Person des verantwortlichen Leiters (BGH 6 StR 92/55 bei Wagner aaO). Unter Staatsregierung wird hier jede zuständige Stelle zu verstehen sein.

4 **2. Zum anderen werden Verbindungen erfaßt, in denen gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird. Trotz des Wortlauts werden Verbindungen der zweiten Art nur dann unter diese Vor-**

schrift zu rechnen sein, wenn ihr Dasein, Verfassung oder Zweck vor einer Behörde geheimgehalten werden soll.

5 **IV. Täter** ist, wer **Mitglied** der Verbindung ist. Für die Erlangung der Mitgliedschaft ist keine formelle Erklärung erforderlich; die Mitgliedschaft kann bereits in der Unterordnung des einzelnen unter den Willen der Gesamtheit zum Ausdruck kommen (RG JW 1931 S. 3667, BGH NJW 1960 S. 1773). Die Mitgliedschaft allein genügt aber nicht; es ist weiter erforderlich, daß das Mitglied eine Tätigkeit zur Förderung der Ziele der Verbindung entfaltet (RG HRR 1928 Nr. 689, Frank Anm. I, Werner LK Anm. IV). Auch Mitglieder einer Verbindung, die außerhalb des Bundesgebiets kein Geheimbund ist, können sich nach § 128 strafbar machen, wenn sie im Bundesgebiet die hier geheim arbeitende Verbindung unterstützen (BGH StE 18/54 vom 19. 2. 1955).

6 Als Täter sind ferner strafbar, und zwar mit einer höheren Strafe, die **Stifter** und **Vorsteher**; diese brauchen nicht Mitglieder zu sein (RGSt. 6 216, RG DJ 1934 S. 129, Werner LK Anm. IV). Vorsteher ist nur, wer an der Leitung der Verbindung beteiligt ist (RG DJ 1934 S. 129). Dazu gehört jeder, der innerhalb der Verbindung mit wesentlichen Weisungsbefugnissen ausgestattet ist oder das Zustandekommen von Weisungen an untergeordnete Stellen maßgeblich beeinflußt (BGH 6 StR 283/54 u. a. bei Wagner GA 1960, 227). Auch die Leiter von Untergliederungen gehören hierher (BGH 6 StR 301/54 bei Wagner aaO).

7 Da § 128 alle Arten der Teilnahme an einer Verbindung erschöpfend aufzählt, ist eine Beihilfe zugunsten der Verbindung als solcher nicht strafbar. Jedoch ist Beihilfe zugunsten eines Täters i. S. des § 128 möglich (BGH NJW 1960 S. 1772; weit. Nachw. bei Wagner GA 1960 S. 228).

8 **V. Über Strafschärfung** bei staatsgefährdender Absicht s. § 94. Über Einziehung empfangener Gelder vgl. § 129 Anm. 16.

9 **VI. Idealkonkurrenz** ist möglich mit § 129, ferner mit § 90a (BGH 6 StR 301/54 u. a. bei Wagner GA 1960, 229).

§ 129 [Kriminelle Vereinigungen]

(1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet ist, strafbare Handlungen zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, sie sonst unterstützt oder zu ihrer Gründung auffordert, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Gehört der Täter zu den Rädelsführern oder Hintermännern oder liegt sonst ein besonders schwerer Fall vor, so kann auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren erkannt werden. Daneben kann Polizeiaufsicht zugelassen werden.

(3) Bei Beteiligten, deren Schuld gering und deren Mitwirkung von untergeordneter Bedeutung ist, kann von Strafe abgesehen werden.

(4) Nach diesen Vorschriften wird nicht bestraft, wer das Fortbestehen der Vereinigung verhindert oder von ihrem Bestehen einer Behörde so rechtzeitig Anzeige erstattet, daß eine den Zielen der Vereinigung entsprechende Straftat noch verhindert werden kann. Dies gilt auch für den, der sich freiwillig und ernstlich bemüht, das Fortbestehen der Vereinigung oder die Begehung einer ihren Zielen entsprechenden Straftat zu verhindern, wenn nicht sein Bemühen, sondern ein anderer Umstand dies erreicht.

Vorbem. Neugefaßt durch Gesetz vom 30. 8. 1951, BGBl. I S. 739.

1 **I.** Die Vorschrift behandelt die **Teilnahme an kriminellen Vereinigungen.** Im Unterschied zu § 128 begründet hier Zweck oder Tätigkeit der Vereinigung die Strafbarkeit.

2 **II. Erfaßt** werden Vereinigungen, deren Zweck oder deren Tätigkeit darauf gerichtet ist, strafbare Handlungen zu begehen. Nicht notwendig ist, daß die Organisation rechts-

dieser Beziehung in vielen Veröffentlichungen klar geäußert. So in meiner in mehreren Auflagen nach 1971 erschienenen Schrift *Volksschöpfung,* dann in verschiedenen Aufsätzen, vor allem in dem Artikel *"Deutsche Vorherrschaft in Europa? - Gibt es eine Befreiung von den falschen Traditionen?",* erschienen u.a. in der Zeitschrift NATION (10-11/1992). In dem genannten Artikel habe ich im übrigen auch meine politische Theorie umrissen. Hierbei habe ich dargelegt, warum ein politisches Wirken in Verbindung mit Geheimbündelei keine freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen Verhältnisse fördert, sondern deren Gegenteil. Darüber hinaus stehen dort folgende, den Kontext kennzeichnenden Sätze:

> *"Aus der ganzen Entwicklung gehen Deutschland und die nahestehenden verbündeten Staaten als zentrale Ordnungsmacht in Europa und, neben Japan, weltweit hervor. Das Problem ist nur: Welcher Geist und welche Gruppen werden dann diese zentrale Ordnungsmacht regieren? ... Es kann natürlich* ***nicht in unserer Zielrichtung*** *liegen, daß die Führungsrolle, die Deutschland jetzt in den Schoß fällt, für imperialistische Zwecke mißbraucht wird.* ***Worauf wir hinwirken müssen, das ist die Überwindung imperialistischer und liberalistisch-materialistischer Kräfte zugunsten einer freiheitlich-rechtsstaatlichen, das Eigenleben der Völker achtenden, von Verantwortung gegenüber dem Leben und der Zukunft getragenen kulturellen Höherentwicklung."***

3.4. Normalerweise richtet sich die Kritik an der Freimaurerei gegen ihre politischen Zielsetzungen und Tätigkeiten, weniger gegen die Art ihrer Verfaßtheit und gegen das Streben ihrer Mitglieder, sich gegenseitig politische und geschäftliche Vorteile zuzuschieben. Manche Zielsetzungen und Tätigkeiten der Freimaurerei lassen sich durchaus unter verfassungs- und strafrechtlichen Gesichtspunkten als unzulässig einstufen. Sie dürften nach meiner Ansicht ausreichen, um ein Verbotensein nach Artikel 9 II GG. feststellen zu lassen. Die derzeitigen politischen Verhältnisse lassen eine derartige Feststellung allerdings nicht zu, auch wenn Artikel 9 II GG. bereits als rechtliche Grundlage für das Verbot der *SRP* und der *KPD* gedient hat.

In der Politik geschehen immer wieder Verbrechen. Es hat jedoch den Anschein, daß derzeit in allen europäischen Ländern die Zusammenarbeit zwischen Politikern und dem sogenannten organisierten Verbrechen erheblich zunimmt. Dabei taucht in den Berichten immer wieder der Name der Freimaurerei auf. Mir liegen hunderte solcher Berichte vor, vor allem aus Italien. Dort gerieten ins Rampenlicht nicht nur *angeblich* "irreguläre" oder "illegitime" Abspaltungen der Freimaurerei, wie einige Zeit zuvor die berüchtigt gewordenen Loge "P2" - die in Wirklichkeit alles andere als "irregulär" gewesen war -, **sondern neuerdings auch der "reguläre" Teil der Freimaurerei, und zwar wegen Zusammenarbeit mit der Mafia und wegen vieler weiterer krimineller Aktivitäten.** Aus der Fülle des Materials zitiere ich hier einige Berichte:

> *"Rom - dpa Die italienische Staatsanwaltschaft hat* ***gegen mehrere hundert Mitglieder geheimer Freimaurerlogen Ermittlungen eingeleitet. Ihnen wird vorgeworfen, das Gesetz gegen kriminelle Vereinigungen verletzt und mafiaähnliche Organisationen gegründet zu haben. Unter den Verdächtigten sollen sich zahlreiche prominente Politiker, Richter und Journalisten befinden.***
>
> *Der Großmeister der offiziellen italienischen Freimaurer-Loge Grande Oriente D'Italia, de Bernardo, bestreitet jede Verbindung zu diesen >illegitimen< Logen. Er war am Wochenende vier Stunden lang von der Polizei verhört worden: Neben Vorwürfen der Bestechung und Korruption besteht der Verdacht, die Logen wollten >Einfluß auf den Staat und Verfassungsorgane< nehmen."*

(dpa-Meldung vom 3.11. 1992, zit. nach: ID - *Informations- und Dokumentationsdienst des Instituts für ganzheitliche Forschung,* Viöl 1994/1, Dok. 0023.)

Licio Gelli, der ehemalige Kopf der angeblich "illegitimen" Freimaurerloge P2 (die schon vor mehr als zehn Jahren wegen Putschplänen und wegen ihrer Verflechtung mit Verbrecherorganisationen, führenden Politikerkreisen und dem Vatikan ins Gerede gekommen und gerichtlich untersucht worden war), erklärte in einem Interview für die Mailänder Zeitung *L'Independente,* daß seine Loge keineswegs illegitim gewesen sei. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete am 21.8.1992 u.a. über dieses Interview. Es heißt in dem Bericht unter dem Titel "Die Verschwörung der zwei Kraken":

> *"Er [Gelli] habe, obwohl >Bankier ohne Lizenz<, sein Geld durch Kommissionen für die Vermittlung von rund 15 Milliarden US-Dollar von angesehenen Banken und internationalen Anlegern verdient; die Loge P2, die schon 1885 gegründet worden sei, habe er* ***im Auftrag der italienischen Großloge Grande Oriente reorganisiert, um das >Beste vom Besten der italienischen Freimaurerei zu vereinen, im stärksten Geist der Logen-Tradition<.***
>
> *Gelli dirigierte als >Ehrwürdiger< Italiens >Beste<: Die von der Polizei im März 1981 beschlagnahmte Liste mit 991 Logenbrüdern - heute schätzt man sie auf 2000 -* ***las sich wie ein Gotha von Politik, Militär und Big Business. Geheimdienstchefs, höchste Militärs, einflußreiche Bankiers, Verleger und Regierungspolitiker*** *- für die DC-Abgeordnete Tina Anselmi, die den Untersuchungsausschuß gegen die P2 leitete, dessen Akten längst nicht ausgewertet sind,* ***nistete sich die Loge auf bedrohliche Weise in allen Nervensträngen des Staates ein.*** *Signora Anselmi wurde von ihrer Partei inzwischen abgehalftert, viele Ex-Brüder der P2 aber haben Karriere gemacht.*
>
> *Gelli höhnte jetzt nachträglich, die Finanzpolizei sei 1981 bei der Durchsuchung so verdattert gewesen, ihre eigenen Generäle in der Logen-Liste zu finden, daß sie die wichtigsten Akten aus dem Untergeschoß vergessen hätte: die ganze P2-Korrespondenz, die Personalien der >Brüder<, die Vereidigungen. >Das habe ich in 58 Pakete getan und ins Ausland gebracht, wo es zerstört worden ist.< Kopien habe er dem italienischen Großmeister des Grande Oriente übergeben.* ***Wenn alles bekanntgeworden wäre, >hätte es für Italien eine Katastrophe bedeutet.<"***

Im gleichen Bericht der *Süddeutschen Zeitung* war außerdem zu lesen:

> *"Die unheimliche Perfektion der Bombenanschläge, mit denen die Mafia* [bzw. die sie steuernden oder beauftragenden >Aktions-Logen<, R.B.] *die Richter Giovanni Falcone und Paolo Borsellino und mit ihnen neun Begleiter ermordet hat, fachte Mutmaßungen über mächtige, verborgene Auftraggeber und* ***vom Ausland gesteuerte Konspirationen*** *wieder an. Der christdemokratische Parteipräsident Ciriaco De Mita glaubt gar Geheimlogen am Werk, um seine - von Fraktionskämpfen gebeutelte - Democrazia Cristiana zu zerstören, spekuliert aber auch über seltsame internationale Zusammenhänge. >In dem, was in den Oststaaten geschieht, erkennt man die unvorstellbare* ***Präsenz der internationalen Freimaurerei.<***
>
> *Italiens Kripo und Geheimdienste bringen offensichtlich* ***Verzahnungen zwischen Mafia und Freimaurern*** *mit Waffenschiebungen und Rauschgiftschmuggel in Verbindung. Für Falcone, Borsellino und ihren Antimafia-Pool waren schon im >Maxi-Prozeß< gegen 474 Mafiosi Mitte der achtziger Jahre in Palermo die Aktivitäten von Mafiabossen in sizilianischen Logen beweisbare Tatsachen gewesen. Der Richter Guiseppe Ayala, der auch im Pool tätig war und heute linksliberaler Abgeordneter in Rom ist, erinnerte daran, daß sowohl der Fürst Valerio Borghese wie auch der sizilianische Bankier Michele Sindona - der zur Loge P2 gehörte* [wie Borghese, R.B.] *- die Mafia für ihre Umsturzpläne gegen Rom einsetzen wollten."*

In der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 3.4.1993 war unter der Überschrift "Italien - mit der Mafia im gleichen Haushalt" u.a. zu lesen:

> *"Der Präsident der Antimafiakommission des italienischen Parlaments hat dieser Tage den Entwurf einer Analyse über die gesellschaftlichen Verstrickungen der Mafia veröffentlicht. Der Bericht zeichnet das Bild eines engen Geflechts zwischen Politik, Cosa nostra,* ***Freimaurerei*** *und sizilianischer Unternehmerschaft... Die von offizieller Seite nicht, aber von den Medien lange Zeit ver*

hehlten Interdependenzen zwischen Mafia und Politik werden gegenwärtig bereits durch die Untersuchungen der Staatsanwaltschaften über die allgemeine Schmiergeldwirtschaft Italiens ans Licht gezerrt. Auch das Gesuch um die Aufnahme von Untersuchungen gegen Senator Giulio Andreotti zeigt, daß die Abneigung gegen eine Offenlegung der Zusammenhänge langsam überwunden wird: Während dem ehemaligen Regierungschef bisher nur ein >schlechter Umgang< vorgeworfen worden ist, soll nun ermittelt werden, ob er sich damit nicht auch der Komplizenschaft bei schweren Mafiadelikten schuldig gemacht habe...

Der Bericht bezieht sich hauptsächlich auf die sizilianische Cosa nostra, die weitaus älter und tiefer verwurzelt ist als die anderen mafiosen Organisationen Süditaliens und in gewisser Beziehung auch als deren Lehrmeisterin gelten kann...

Zur Konsolidierung des gesellschaftlichen Einflusses ***habe sich die Mafia sodann gewisser Freimaurerlogen bedient.*** [Überwiegend war es wohl umgekehrt, schließlich verfügt die Freimaurerei über viel mehr Macht und internationale Verbindungen bis in die höchsten Kreise hinein als die Mafia, R.B.] ***Wichtige Mafiaexponenten*** *(unter ihnen auch Salvatore >Totò< Riina, Michele Greco, Francesco Madonia, Stefano Bontade)* ***seien Logenbrüder. Die einflußreiche und verschwiegene Freimaurerei habe als willkommenes Bindeglied zu den Politikern und zu den Unternehmern gedient. Die Logen hätten ihrerseits versucht, auf Cosa nostra einzuwirken...*** [aha!] *Der Bericht erwähnt einige Beispiele: 1970 sei Cosa nostra um Unterstützung für die Putschpläne von Junio Valerio Borghese und - einige Jahre später - um Hilfe bei der Befreiung des von den Rotbrigadisten entführten christlich-demokratischen Politikers Aldo Moro ersucht worden. Vermischungen freimaurerischer und mafioser Interessen ließen sich ferner bei der angeblichen Entführung des Bankiers Michele Sindona nach Sizilien und auch beim Zusammenbruch des Banco Ambrosiano von Robert Calvi nachweisen.*

Seit Anbruch der Hegemonie der Clans aus Corleone (seit dem Ende der fünfziger Jahre) erweist sich Cosa nostra offenbar auch im Bund mit den politischen Parteien als stärkerer Partner...

Die Verbindungen zu Politikern auf nationaler Ebene dienten hauptsächlich dem Ziel der Beeinflussung des Kassationsgerichtes (des italienischen >Bundesgerichtes<) - die >Forderung< nach Annullierung der Urteile aus dem sogenannten Maxiprozeß von Palermo ist beispielsweise schon weitgehend erfüllt worden. Besonders schwere Vorwürfe richtet der Bericht an die erste Strafkammer dieses Gerichtes und an deren Präsidenten...

Die Kommission hebt hervor, daß sich nicht nur auf nationaler Ebene eine intensive >coabitazione< zwischen Politik, Unternehmern und Mafia entwickelt habe. Die Abhängigkeiten sickerten tief in die Mikrostrukturen der Gemeinden hinein, konditionierten das tägliche Leben und ***schalteten die Rechtsstaatlichkeit vollständig aus."***

In der gleichen Zeitung stand folgende dpa-Meldung:

"Ermittlungen gegen 2.500 Personen

Rom, 1. April. (dpa) In Italien ermittelt die Staatsanwaltschaft derzeit laut Zeitungsberichten gegen mehr als 2.500 Politiker, Funktionäre, Beamte, Unternehmer und Manager wegen Korruption, Amtsmißbrauch oder Verwicklung in Mafiamachenschaften. Im Senat in Rom werden nach einem Bericht der römischen Zeitung >La Republicca< vom Donnerstag ***59 der 326 Abgeordneten und im Abgeordnetenhaus 204 der 630 Volksvertreter*** *von Staatsanwälten illegaler Aktivitäten beschuldigt. Seit Beginn der Aktion >Mani pulite< (saubere Hände) der Staatsanwaltschaft Mailand vor über einem Jahr seien* ***mehr als 1.350 Personen festgenommen, mehr als 1.100 Verfahren offiziell eröffnet worden,*** *schreibt der >Corriere della Sera< aus Mailand.*

Bis auf die Grünen und die Protestparteien der norditalienischen Ligen und der >Rete< sind Politiker und Funktionäre aller Parteien betroffen: unter anderem werde gegen 465 Christlichdemokraten, 288 Sozialisten, 71 Exkommunisten des PDS, 39 Sozialdemokraten und 4 Neofaschisten des MSI ermittelt. Fast 1.500 Personen stammen nach Angaben der Zeitungen aus der Wirtschaft und über 850 aus der öffentlichen Verwaltung. *Ihnen wird meist aktive oder passive Bestechung beziehungs-*

Süddeutsche Zeitung (München)

Ein Land, in dem Verschwörung blüht

Italiens Staatsanwälte ermitteln: Sind Freimaurer die Drahtzieher von Verbrechen?

Von Giovanni di Lorenzo

Für spektakuläre Enthüllungen ist Italiens ehemaliger Staatspräsident Cossiga mehr berüchtigt als bekannt: Das ständige Coming-out von sich selbst wie von Freund und Feind in der Politik wurden sein höchst zweifelhaftes Markenzeichen. Eine Äußerung aus der Sommerfrische in Cortina d'Ampezzo sprengt diesen Rahmen: Was Cossiga über die Rolle von Geheim-Logen und Diensten in der italienischen Nachkriegspolitik verbreitete, war zwar nicht ganz neu, aber auf diesem Gebiet ist er wirklich Fachmann. Der unberechenbare Christdemokrat war jahrelang Innenminister und gilt als verstrickt im paramilitärischen Geheimbund „Gladio". Jetzt bezeichnete er unter anderem die vielen scheinbar ziellosen Bombenanschläge der vergangenen Jahrzehnte als das Werk von Geheimorganisationen, insbesondere der 1981 aufgeflogenen Loge P2.

Verschwörungstheorien aller Art haben in Italien Tradition. Die Undurchschaubarkeit der Tatmotive, die Vielzahl von Spuren, die oft im Nebel gestrandeten Ermittlungen haben eine Kultur des Verdachts entstehen lassen – die freilich den ablenkenden Absichten der Täter sehr viel näher gekommen sein dürften als der jeweiligen Aufklärung des Verbrechens. So blieb meist ungeklärt, ob und auf welcher Ebene die offensichtliche Übereinstimmung zwischen vielen Verbrechen und politischen Interessen abgesprochen werden. Einen möglicherweise folgenreichen Anfang nehmen da die Ermittlungen, welche Generalstaatsanwalt Agostino Cordova im kalabrischen Palmi aufgenommen hat. Ausgehend von einem Drogenhandel der 'ndrangheta, der in Kalabrien ansässigen Spielart der Mafia, kam man zur Verhaftung des sozialistischen Senators im Parlament, Zito, von dort zum vermeintlichen P2-Chef Gelli, schließlich zu den italienischen Freimaurern. Cordova ließ gar die Mitgliederbücher des „Grande Oriente d'Italia" beschlagnahmen.

Noch vor Prozeßeröffnung tat Cordovas bislang engster Mitarbeiter, Staatsanwalt Francesco Neri, zutiefst verstörende Erkenntnisse kund – was Cossiga nur andeutet, gewinnt nunmehr an justitiablem Gehalt. Bei einem Seminar der Anti-Mafia-Partei „La Rete", auf dem er unangemeldet und schwerbewacht auftrat, widersprach Neri der in Italien gängigen Lesart, nach der die P2 – jene Geheimloge aus Industriellen und Militärs, Politikern und Juristen, die nachweislich nicht nur an einigen der größten Finanzskandalen beteiligt war, sondern auch eine Art Gegenmacht zur demokratischen Willsenbildung sein wollte – die „durchgeknallte Fraktion" einer ansonsten ehrenwerten Geheimorganisation sei. Für Neri war die P2 ein „integrierter Bestandteil des Freimaurertums in Italien". Die politische Konsequenz daraus berührt den Kern des Erneuerungsprozesses nach dem Zusammenbruch der Parteinherrschaft ebenso wie das Selbstverständnis eines Machtkartells, das in seiner fast 300jährigen Geschichte ganz andere Umwälzungen überstanden hat: „In einer wirklich demokratischen, offenen Gesellschaft", sagt Neri, „ist kein Platz mehr für Organisationen, die ihre Mitglieder und Beschlüsse nicht transparent machen wollen."

Die Tageszeitung
(Hamburg)

Die Mafia kungelt mit Logen und Katholikenvereinigungen. Von der „P 2" zum „Heiligen Grab zu Jerusalem" ■ Aus Rom Werner Raith

Unfrommes von den Rittern der Unterwelt

Palermos Antimafia-Ermittler wanden sich: Ja, man müsse, man werde dem noch nachgehen ... Doch so ganz genau wollten es die Fahnder damals, Anfang 1993, noch nicht wissen. Der Fall war selbst für die eben neu konstituierte Antimafia-Sonderkommission unter dem beherzten Generalstaatsanwalt Caselli ziemlich heikel: Mafiosi sollen nicht nur in einer Reihe von Gruppen, die den mächtigen Freimaurerdachverbänden angehören, das Sagen haben. Auch in ganz und gar „unverdächtigen", kirchenverbundenen Organisationen sollten Treffen zwischen korrupten Beamten und mafiaverbandelten Unternehmern angebahnt worden sein.

Mittlerweile ist es unübersehbar: Nahezu überall, wo die Mafia auftritt, sind auch andere Bünde nicht ferne, die mehr oder weniger geheim tätig sind. Neben einigen Freimaurerlogen ins Blickfeld gerückt ist dabei auch der „Orden vom Heiligen Grab zu Jerusalem", eine offiziell frommen Katholiken vorbehaltene Gruppierung mit ebenfalls recht heimlichtuerischem Charakter.

Ausgerechnet ihr sizilianischer Statthalter, Erzbischof Cassisa, ist in eine höchst dubiose Angelegenheit verwickelt: Vom Mobiltelefon seiner Kurie hat der steckbrieflich gesuchte Mehrfachmörder und derzeitige Vorsitzende des Mafia-Leitorgans „Cupola", Leoluca Bagarella, Gespräche geführt. Außerdem soll sich der Monsignore ansehnlich mit Schmiergeldern bereichert und an Subventionsbetrug aus EG-Kassen beteiligt haben – und dies jeweils mit aktiver Unterstützung des besonders aggressiven Clans der Corleonesier.

Sollten sich die Ermittlungen über derlei Logen und Orden nun allmählich doch ausweiten, stehen so manchem schlimme Zeiten bevor – möglicherweise auch in Deutschland. Speziell in der Welt der Bankiers und dem Topmanagement. Jahrelang konzentrierten sich Italiens Ermittler, wenn schon mal von Zusammenspiel zwischen Logen und Mafia die Rede war, auf eine Gruppe: die 1981 aufgeflogene Loge „Propaganda 2" des „Maestro Venerabile" Licio Gelli, eine nach Angaben des Dachverbandes „Großer Orient Italiens" *deviante*, auf Abwegen wandelnde, Gruppe. Doch mittlerweile müssen die Strafverfolger immer öfter in vorgeblich harmlosen „Kulturzirkeln" und „Spirituellen Treffpunkten" nachgucken, wenn sie Mafiaverbindungen oder Geldwäschewegen nachspüren.

Fast 600 Einzellogen weist der Freimaurerbund „Großer Orient Italiens" auf, mit mehr als 18.000 Mitgliedern; die Konkurrenz der „Großen Loge Italiens" kommt auf 255 Einzellogen und 7.000 Mitglieder. Alleine in Sizilien sind 113 Logen bekannt. Sie tragen mitunter eher nüchterne, von Gründerfiguren oder Vorbildern abgenommene Namen („A. Lagi", „G. Mazzini"), oft aber auch esoterische oder kryptische Bezeichnungen (Nationale Italienische Großloge „AA. LL. AA. MM. Sokrates", „Freie Jugend Söhne Oretos"). Manche haben nur ein paar Mitglieder, die größten mehrere hundert („Lux" mit 339, „Palermo" mit 281, „Garibaldi" mit 198).

Daß der ehemalige Chef der „Propaganda 2" (P 2) und seine alten Kombattanten trotz der per Gesetz verfügten Auflösung seiner Gruppe noch immer eine herausragende Rolle spielt, ist überaus wahrscheinlich: Der 1982 in der Schweiz verhaftete, dort aus dem Gefängnis ausgebüchste „Maestro Venerabile" hatte sich 1988 wieder in der Schweiz gestellt. Er war aber von dort mit derart restriktiven Auflagen nach Italien ausgeliefert worden, daß man ihm just wegen der schwersten ihm zur Last gelegten Verbrechen – Beihilfe zu Sprengstoffattentaten und Deckung von Terroristen – nicht den Prozeß machen durfte.

Seither sammelt er nach Polizeierkenntnissen erneut umstürzlerische Gruppen um sich und werkelt

So manchem Bankier und Topmanager stehen schlimme Zeiten bevor

weiter an seinem alten „Plan der demokratischen Erneuerung", nach dem Italien in eine autoritäre Präsidentialrepublik umgewandelt werden soll. Ende 1993 beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft Wertpapiervermögen von umgerechnet 16 Millionen Mark, die Gelli an verschiedenen Stellen deponiert hatte und die möglicherweise zur Realisierung dieser Absichten verwendet werden sollten. Auch andere ehemalige P 2-Brüder machen wieder von sich reden: Der Journalist Luigi Bisignano etwa, P 2-Mitgliedsnummer 203, hat umgerechnet 100 Millionen Mark Bestechungsgelder des Ferruzzi-Konzerns für Parteien gewaschen – und zwar über das päpstliche Bankinstitut IOR. Das hat Tradition, und hier kommen angestammte Beziehungen zur Mafia in Erinnerung.

Schon in den sechziger Jahren knüpfte der Bankier Michele Sindona Verbindungen zwischen Logen, Mafia und Vatikan. Er brachte die von der Mafia „verdienten", riesigen Geldmengen in seinen Kreditanstalten in Italien, der Schweiz, den USA und Deutschland unter (etwa der Wolff-Bank in Hamburg). Dabei bediente er sich der Deckung durch das vatikanische Geldinstitut IOR.

1970 vermittelte Sindona zwischen putschwütigen Mitgliedern der Geheimdienste – fast alle später als Mitglieder der „Propaganda 2" ausgewiesen – und der Mafia wegen eines geplanten Umsturzes. Als sein Imperium Mitte der siebziger Jahre pleite ging, schickte Vatikanbank-Chef Paul Marcinkus zwei leibhaftige Erzbischöfe in die USA, um für Sindona zu bürgen – einer davon, Erzbischof Caprio, steht seit den achtziger Jahren als „Kardinal-Großmeister" an der Spitze des „Ordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem".

Nach Sindonas Sturz übernahm sofort das „Propaganda 2"-Mitglied Roberto Calvi der Mailänder Banco Ambrosiano – ebenfalls eng mit dem IOR verbunden – die angestammten Beziehungen. Calvi wurde 1982 unter der „Brücke der Schwarzen Brüder" in London erhängt aufgefunden. Es gibt über-

weise Mißbrauch öffentlicher Gelder vorgeworfen, vielen inzwischen aber auch die Verwicklung in Geschäfte der organisierten Kriminalität."

In der *Süddeutschen Zeitung* vom 7.9.1993 stand unter der Überschrift "Ein Land, in dem Verschwörung blüht" u.a.:

"Italiens Staatsanwälte ermitteln: ***Sind Freimaurer die Drahtzieher von Verbrechen?***

Was Cossiga [Italiens ehemaliger Staatspräsident] *über die Rolle von Geheim-Logen und Diensten in der italienischen Nachkriegspolitik verbreitete, war zwar nicht ganz neu, aber auf diesem Gebiet ist er wirklich Fachmann. Der unberechenbare Christdemokrat war jahrelang Innenminister und gilt als verstrickt im paramilitärischen Geheimbund "Gladio".* ***Jetzt bezeichnete er unter anderem die vielen scheinbar ziellosen Bombenanschläge der vergangenen Jahrzehnte als das Werk von Geheimorganisationen, insbesondere der 1981 aufgeflogenen Loge P2...***

Einen möglicherweise folgenreichen Anfang nehmen da die Ermittlungen, welche Generalstaatsanwalt Agostino Cordova im kalabrischen Palmi aufgenommen hat. ***Ausgehend von einem Drogenhandel der 'ndrangheta, der in Kalabrien ansässigen Spielart der Mafia, kam man zur Verhaftung des sozialistischen Senators im Parlament, Zito, von dort zum vermeintlichen P2-Chef Gelli, schließlich zu den italienischen Freimaurern. Cordova ließ gar die Mitgliederbücher des >Grande Oriente d'Italia< beschlagnahmen.***

Noch vor Prozeßeröffnung tat Cordovas bislang engster Mitarbeiter, Staatsanwalt Franceso Neri, zutiefst verstörende Erkenntnisse kund - was Cossiga nur andeutet, gewinnt nunmehr an justiziablem Gehalt. Bei einem Seminar der Anti-Mafia-Partei >La Rete<, auf dem er unangemeldet und schwerbewacht auftrat, ***widersprach Neri der in Italien gängigen Lesart, nach der die P2 - jene Geheimloge aus Industriellen und Militärs, Politikern und Juristen, die nachweislich nicht nur an einigen der größten Finanzskandale beteiligt war, sondern auch eine Art Geheimmacht zur demokratischen Willensbildung sein wollte - die >durchgeknallte Fraktion< einer ansonsten ehrenwerten Geheimorganisation sei. Für Neri war die P2 ein >intergrierter Bestandteil des Freimaurertums in Italien<... >In einer wirklich demokratischen, offenen Gesellschaft<, sagt Neri, >ist kein Platz mehr für Organisationen, die ihre Mitglieder und Beschlüsse nicht transparent machen wollen.<"***

Im *Hamburger Abendblatt* wurde unter der Überschrift "Die Portokasse der P2" am 29.12. 1993 u.a. berichtet:

"Italiens Mafia-Jäger beschlagnahmen das Vermögen von Logenchef Gelli

SAD Rom - Nicht weniger als 1.115 Italiener und Bürger des Vatikanstaates haben nach Schätzung der Staatsanwaltschaft vergangene Nacht sehr schlecht geschlafen. ***Denn ebenso viele Wirtschaftsbosse, Kardinäle und Militärs waren in der illegalen Geheimloge P2 (Propaganda 2), die einen Staatsstreich plante, eingetragen.*** *Nun müssen sie Haftstrafen fürchten, nachdem ihr ehemaliger Großmeister und überzeugter Faschist* [sic!] *Licio Gelli (73) ernste Schwierigkeiten mit der Justiz hat.*

Nachdem das Großreinemachen des Korruptionsskandals in Italien vor allem die Politiker der Volksparteien getroffen hatte, versuchte Staatsanwältin Elisabetta Cesqui ein düsteres Kapitel der italienischen Geschichte zu enthüllen: das ***Komplott zwischen Geheimloge, Rechts-Terrorismus, Vatikan und Staat.***

Sie machte eine entsetzliche Entdeckung. Die P2, die am Tod der 85 Menschen beim Bombenanschlag von Bologna 1980 [aha!] *und an weiteren Attentaten mitschuldig sein soll, wurde nie vollständig zerschlagen...*

Italiens christdemokratischer Innenminister Nicola Mancino mutmaßte, daß >die Justiz sich schlicht nicht traute, gegen Gelli vorzugehen<. Jetzt traute sich Staatsanwältin Cesqui. Sie ließ die Konten Gellis beschlagnahmen, der in seiner Steuererklärung ein Jahreseinkommen von 60.000 Mark angegeben hatte. In seiner Villa fanden sich Wertpapiere über insgesamt 16 Millio

Italien – mit der Mafia im gleichen Haushalt

Über die gesellschaftlichen Verstrickungen von Cosa nostra

Der Präsident der Antimafiakommission des italienischen Parlaments hat dieser Tage den Entwurf einer Analyse über die gesellschaftlichen Verstrickungen der Mafia veröffentlicht. Der Bericht zeichnet das Bild eines engen Geflechts zwischen Politik, Cosa nostra, Freimaurerei und sizilianischer Unternehmerschaft. Seine Verabschiedung ist wegen der Aufforderung an die Gerichte, gegen Senator Andreotti zu ermitteln, ins Stocken geraten.

T. K. Rom, 1. April

Die von offizieller Seite nicht, aber von den Medien lange Zeit verhehlten Interdependenzen zwischen Mafia und Politik werden gegenwärtig bereits durch die Untersuchungen der Staatsanwaltschaften über die allgemeine Schmiergeldwirtschaft Italiens ans Licht gezerrt. Auch das Gesuch um die Aufnahme von Untersuchungen gegen Senator *Giulio Andreotti* zeigt, dass die Abneigung gegen eine Offenlegung der Zusammenhänge langsam überwunden wird: Während dem ehemaligen Regierungschef bisher nur ein «schlechter Umgang» vorgeworfen worden ist, soll nun ermittelt werden, ob er sich damit nicht auch der Komplizenschaft bei schweren Mafiadelikten schuldig gemacht habe. Der von *Luciano Violante*, dem Präsidenten der Antimafiakommission des italienischen Parlaments, in dieser Woche vorgelegte Bericht spricht im Falle Siziliens von einer eigentlichen «coabitazione» zwischen Mafia, Politikern, Unternehmern, Bürokratie und gewissen Freimaurerlogen.

Schlüsselrolle der Freimaurerei

Der Bericht bezieht sich hauptsächlich auf die sizilianische Cosa nostra, die weitaus älter und tiefer verwurzelt ist als die andern mafiosen Organisationen Süditaliens und in gewisser Beziehung auch als deren Lehrmeisterin gelten kann. Cosa nostra wird als eine kriminelle Organisation mit genauen Verhaltensnormen, formellen Führungsorganen, ausgewählten Kaderkräften und einem «tendenziell totalitär» verwalteten Territorium dargestellt. Wichtige Bedingung für ihr Funktionieren sei die *faktische Straffreiheit*, die sie sich über gewisse gesellschaftliche Verbindungen verschaffe. Zur Beeinflussung von Gerichtsprozessen werde mittels Drohung und Belohnung auf Richter und Untersuchungsbehörden eingewirkt. Die Polizei sei unterwandert worden, in den Gefängnissen erführen die Angehörigen von Cosa nostra Vorzugsbehandlung und würden teilweise auch einfach laufengelassen. Die Entwichenen und Gesuchten müssten sich kaum verstecken, weil sie von der «omertà» geschützt würden und die Vertreter der Behörden sich normalerweise vor allzu grosser Neugierde hüteten.

Zur Konsolidierung des gesellschaftlichen Einflusses habe sich die Mafia sodann gewisser Freimaurerlogen bedient. Wichtige Mafiaexponenten (unter ihnen auch Salvatore «Totò» Riina, Michele Greco, Francesco Madonia, Stefano Bontade) seien Logenbrüder. Die einflussreiche und verschwiegene Freimaurerei habe als willkommenes Bindeglied zu den Politikern und zu den Unternehmern gedient. Die Logen hätten ihrerseits versucht, auf Cosa nostra einzuwirken, ohne dass es jedoch gelungen wäre, deren strategische Pläne zu beeinflussen oder ihr gar Befehle zu erteilen. Der Bericht erwähnt einige Beispiele: 1970 sei Cosa nostra um Unterstützung für die Putschpläne von *Junio Valerio Borghese* und – einige Jahre später – um Hilfe bei der Befreiung des von den Rotbrigadisten entführten christlichdemokratischen Politikers *Aldo Moro* ersucht worden. Vermischungen freimaurerischer und mafioser Interessen liessen sich ferner bei der angeblichen Entführung des Bankiers *Michele Sindona* nach Sizilien und auch beim Zusammenbruch des Banco Ambrosiano von *Roberto Calvi* nachweisen.

Geschickt arrangierte Straffreiheit

Seit Anbruch der Hegemonie der Clans aus Corleone (seit dem Ende der fünfziger Jahre) erweist sich Cosa nostra offenbar auch im Bund mit den politischen Parteien als der stärkere Partner. Die Organisation wird von den reumütigen, zur Aussage bereiten Delinquenten *(pentiti)* als ideologisch wenig gebunden dargestellt. Mit Ausnahme der Kommunisten und Neofaschisten komme ihr grosser Einfluss auf das Wahlverhalten der Bürger allen Parteien zugute, wobei die gegenseitigen Leistungen jedoch immer genau abgewogen werden. Die Verbindungen zu Politikern auf nationaler Ebene dienten hauptsächlich dem Ziel der Beeinflussung des Kassationsgerichtes (des italienischen «Bundesgerichtes») – die «Forderung» nach Annullierung der Urteile aus dem sogenannten Maxiprozess von Palermo ist beispielsweise schon weitgehend erfüllt worden. Besonders schwere Vorwürfe richtet der Bericht an die erste Strafkammer dieses Gerichtes und an deren Präsidenten *Corrado Carnevale* (den «amazzasentenza»), gegen den in diesen Tagen ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde. Dieses beziehe sich, so präzisiert Violante, nicht auf die zugestandene Freiheit der Interpretation, sondern auf schwere Formfehler (etwa bei der Auswahl der Richter), aus denen der Mafia Vorteile erwachsen sind.

Eine besondere Stellung unter den vielen der Mafiamitwirkung bezichtigten Politikern misst der Bericht dem im letzten Jahr ermordeten Christlichdemokraten *Salvo Lima* zu. Es handelt sich um einen – der Corrente von Andreotti angehörenden – ehemaligen Bürgermeister von Palermo, der danach Mandate im italienischen und im europäischen Parlament hatte. Lima war selber kein Mafioso, soll wichtigen Cosa-nostra-Familien aber als Verbindungsmann zu Rom und zum einflussreichen Chef seiner Corrente gedient haben. Mit der Bemerkung, dass die Antimafiakommission über genügend Beweismaterial verfüge, um gerichtliche Untersuchungen gegen Senator Andreotti *«zur Pflicht zu machen»* (die Palermitaner Untersuchungsbehörden werfen dem ehemaligen Regierungschef Beteiligung an Mafiadelikten vor und haben deshalb bereits am

nen Mark und Hinweise auf weitere 20 Millionen US-Dollar auf Konten in der Schweiz. Woher kam das Geld? Gelli sagte nur: >Es gehört mir nicht.<

Italiens oberster Mafia-Jäger Luciano Violante sagte nach der Entdeckung des Gelli-Schatzes: >Die P2 hat offenbar nie aufgehört zu existieren. Gelli hat all die Jahre weitergearbeitet.<

Die Justiz prüft jetzt, ob Gellis Idee, einen >Staat im Staat< zu gründen und damit einen >unblutigen Staatsstreich mit Hilfe der Kirche zu führen<, weiter verfolgt wurde. ***Schon 1981 hatte Gelli die mächtigsten Männer Italiens, so auch Silvio Berlusconi*** [sieh einer an!] *und einen engen Berater des damaligen Regierungschefs und heutigen Senatspräsidenten Giovanni Spadolini, um sich geschart. Mit von der Partie war auch der damalige Chef der Vatikanbank IOR, Paul Marcinkus.*

Gelli plante mit Marcinkus und dem damaligen Chef der Banco Ambrosiano, Roberto Calvi, Geld zu waschen und mindestens 20 Milliarden Mark zu kassieren. Die Sache ging schief, die Bank brach zusammen. Zum erstenmal in der Geschichte des Vatikan wurde mit Paul Marcinkus ein Bischof von den italienischen Behörden per Haftbefehl wegen Betrugs gesucht. Der Geistliche erhielt einen Vatikan-Paß und überflog nur noch per Hubschrauber italienisches Staatsgebiet, bis der Vatikan ihn in die USA strafversetzte.

Gelli wurde verhaftet, die Regierung Arnaldo Forlanis stürzte. Gelli jedoch entkam am 10. August 1982 nach Südamerika... Als er sich 1987 stellte und nach Italien ausgeliefert wurde, billigte ihm ein Gericht wegen seines bedenklichen Gesundheitszustandes Hausarrest zu.

Laut Staatsanwaltschaft sind die bisher aufgefundenen Summen eher die Portokasse der P2. Gelli selbst sagte aus, daß er den Beruf >eines Privatbankiers ohne Lizenz< ausübe. Über welche Kanäle er Geschäfte abwickelte und welchem Zweck das Geld dienen sollte, damit beschäftigt sich nun die Justiz."

In der Hamburger Ausgabe der *Tageszeitung* vom 14.3.1992 fand ich in dem Artikel "Der erste Kranz kommt immer vom Mörder" folgende aufschlußreiche Stelle:

"Als sich zum Beispiel 1977 der Linsksozialist Francesco De Martino als ausdsichtsreichster Kandidat für die im Jahr danach fällige Wahl präsentierte, wurde sein Sohn entführt - und der Vater gezwungen, sich das notwenige Lösegeld von der damals noch nicht aufgeflogenen rechtsextremen Geheimloge "Propaganda 2" zu pumpen und sich so erpreßbar zu machen. Aldo Moro, damals christdemokratischer Parteichef, erkannte sofort: >Die Entführung gilt der Präsidentschaft.< De Martino zog sich zurück; danach wurde Moro selbst aussichtsreichster Präsidentschaftskandidat - und kurz vor der Wahl gekidnappt, 55 Tage später ermordet. ***Wie sich herausstellte, hatten dazu zwar Rotbrigadisten als Werkzeuge gedient, doch den Großteil der Fäden zogen von Anfang an Geheimdienstler aus Rom, Washington und TelAviv*** [wo zufällig auch die eigentlichen Logenführer sitzen, R.B.]. *"*

Ebenfalls in der Hamburger Ausgabe der *Tageszeitung* stand am 14.1.1994, verfaßt vom Mafia-Experten Werner Raith, unter der Überschrift "Unfrommes von den Rittern der Unterwelt" u.a.:

"Die Mafia kungelt mit Logen und Katholikenvereinigungen. *Von der >P2< zum >Heiligen Grab zu Jerusalem<...*

Der Fall war selbst für die neu konstituierte Antimafia-Sonderkommission unter dem beherzten Generalstaatsanwalt Caselli ziemlich heikel: ***Mafiosi sollen nicht nur in einer Reihe von Gruppen, die den mächtigen Freimaurerdachverbänden angehören, das Sagen haben. Auch in ganz und gar >unverdächtigen<, kirchenverbundenen Organisationen sollen Treffen zwischen korrupten Beamten und mafiaverbandelten Unternehmern angebahnt worden sein.***

Mittlerweile ist es unübersehbar: Nahezu überall, wo die Mafia auftritt, sind auch andere Bünde nicht ferne, die mehr oder weniger geheim tätig sind. Neben einigen Freimaurerlogen ins Blickfeld gerückt ist dabei auch der >Orden vom Heiligen Grab zu Jerusalem<, eine offiziell frommen Katholiken vorbehaltene Gruppierung mit ebenfalls recht heimlichtuerischem Charakter. Ausgerech-

la Repubblica (Rom)
N°89 15.4.93
Sign.

Le logge della Piovra

Quel patto di ferro tra mafia e massoni

dal nostro corrispondente ATTILIO BOLZONI

PALERMO – Di misterioso c'era innanzitutto il nome, Camea, una parola che allora non diceva nulla al giudice Falcone. Poi si scoprì che era una loggia segreta. Tra i «fratelli» c'erano uomini importanti di Palermo e tante facce anonime. Il ginecologo Michele Barresi, il medico della polizia Joseph Miceli Crimi, la maestra elementare Francesca Paola Longo, l'impiegato dell'Ente minerario Giacomo Vitale. Le investigazioni un anno dopo portarono in una palazzina liberty al civico numero 4 di piazza Diodoro Siculo, neanche mezzo chilometro dal centro della città. Lì dentro, l'estate prima, per almeno due mesi aveva mangiato e dormito mister Joseph Bonamico, il nome di battaglia di Michele Sindona. In Sicilia Sindona si nascose dal 10 maggio al 10 ottobre del 1979: mafiosi e massoni lo trasportarono come un pacco da Palermo a Caltanissetta, dalle campagne di Torretta fino al mare di Taormina.

Tommaso Buscetta non aveva ancora raccontato i retroscena siciliani del tentato golpe del principe Borghese; la Camea era la prima traccia, il primo filo che univa gli uomini d'onore di Cosa Nostra con la massoneria segreta. Nei dieci anni successivi poliziotti e magistrati incontrarono nelle loro inchieste tante altre logge e tanti altri misteri, scoprendo comunque che la Camea, l'Iside 2, la Ciullo d'Alcamo, l'Armando Diaz erano diventate un punto di incontro per uomini politici, magistrati, trafficanti di stupefacenti, imprenditori, capimafia, banchieri e molti professionisti, soprattutto notai, avvocati e ingegneri. Solo nel 1992, dopo le stragi di Capaci e di via D'Amelio, i pentiti confermeranno «che alla massoneria erano affiliati Totò Riina, Michele Greco, Francesco Madonia, Stefano Bontade, Mariano Agate...». I vecchi e nuovi capi di Cosa nostra nelle logge cercavano amici per fare affari e «aggiustare» i processi.

Ma torniamo all'estate del 1979, al falso sequestro Sindona, alla Camea, centro di attività massoniche esoteriche associate e a Michele Sindona «gestito» durante il suo soggiorno siciliano dalla mafia e da un gruppo di «fratelli» (alcuni dei quali uomini d'onore o parenti di boss come il cognato di Bontade, l'impiegato regionale Giacomo Vitale). Il banchiere era stato ferito e poi curato dal dottore Miceli Crimi, assistito dalla maestra Longo, protetto dagli Inzerillo e dai Di Maggio che lo trasferirono a fine estate anche in una villa in campagna, alle porte di Torretta, in località Piano dell'Occhio. Quando sbarcò in Sicilia Michele Sindona si era fermato qualche giorno anche a Caltanissetta, nella casa di un insospettabile avvocato, Gaetano Piazza. L'alloggio glielo aveva trovato il capomafia di San Cataldo Lillo Rinaldi.

Le prime indagini sul falso sequestro di Michele Sindona si concentrarono a Palermo, il questore Giuseppe Nicolicchia era iscritto alla P2 come pure il capo della squadra mobile Giuseppe Impallomeni. Naturalmente non scoprirono nulla. Quando il capo della polizia Coronas promosse e trasferì Nicolicchia a Roma, il questore se ne andò ringhiando e ricordando soprattutto «che le massime autorità della Regione l'avevano difeso». Era vero, il presidente della Regione Mario D'Acquisto si era schierato al suo fianco. Con un documento lo fecero pure alcuni funzionari di polizia di Palermo. Ma allora nessuno poteva mai immaginare cosa fosse la polizia a Palermo. E nemmeno chi fossero certi funzionari della Regione siciliana. Uno si chiamava Salvatore Bellassai, la sua stanza era proprio di fronte a quella del presidente Piersanti Mattarella, l'incarico del funzionario in Regione era quello «di coordinare i rapporti con il Mediterraneo». Bellassai era il capo della P2 di Gelli per la Sicilia e la Calabria.

Ma in quegli anni ancora ben poco si conosceva di quel pianeta popolato da boss e «fratelli», anche se due commissioni parlamentari di inchiesta - quella sul caso Sindona e quella sulla P2 - avevano già scoperto alcuni fili. Proprio in quegli anni si erano affiliati alla massoneria personaggi diventati «famosi» in seguito. Come Angelo Siino, l'«ambasciatore» di Totò Riina nel mondo degli appalti pubblici. Come Vito Cascioferro, colonnello medico e erede di una «famiglia» importante dell'agrigentino. Come Salvatore Greco di Ciaculli, detto «il «senatore» per l'abilità nel contattare e poi convincere gli uomini politici.


Michele Sindona; in alto, Licio Gelli

La svolta nelle inchieste su «mafia e massoneria» avvenne comunque nel 1986, nel mese di gennaio. I poliziotti della «mobile» stavano seguendo un traffico di stupefacenti, c'era di mezzo tale Giovanni Lo Cascio, un mafioso di Lucca Sicula. Questo Lo Cascio viveva fra Marsiglia e Palermo, nella città siciliana frequentava quotidianamente un appartamento di via Roma 391. La perquisizione che ordinarono i magistrati portò alla scoperta di una loggia segreta e di un elenco inquietante. All'Armando Diaz erano iscritti boss di Ciaculli e magistrati, avvocati, professionisti, editori. C'erano anche i cugini Salvo, Nino e Alberto. Il Gran Maestro era Pietro Calacione, impiegato dell'ospedale civico che aveva buoni contatti pure alla Casa Bianca. Tutti insieme, tutti pericolosamente vicini. L'anno 1986 riservò un'altra sorpresa, solo tre mesi dopo, a fine aprile.

Il capo della squadra mobile di Trapani Saverio Montalbano era stato improvvisamente trasferito con una scusa, il suo questore diceva che aveva usato l'auto di servizio per «motivi personali». La cosa era abbastanza strana, anche perchè due anni prima pure il commissario Ninni Cassarà era stato allontanato da Trapani dallo stesso questore. I due poliziotti

net ihr sizilianischer Statthalter, Erzbischof Cassia, ist in eine höchst dubiose Angelegenheit verwickelt: Vom Mobiltelefon seiner Kurie hat der steckbrieflich gesuchte Mehrfachmörder und derzeitige Vorsitzende des Mafia-Leitorgans >Cupola<, Leoluca Bagarella, Gespräche geführt. Ausserdem soll sich der Monsigniore ansehnlich mit Schmiergeldern bereichert und am Subventionsbetrug aus EG-Kassen beteiligt haben - und dies jeweils mit aktiver Unterstützung des besonders aggressiven Clans der Corleonesier.

Sollten sich die Ermittlungen über derlei Logen und Orden nun allmählich doch ausweiten, stehen so manchem schlimme Zeiten bevor - **möglicherweise auch in Deutschland.** Speziell in der Welt der Bankiers und dem Topmanagement. Jahrelang konzentrierten sich Italiens Ermittler, wenn schon mal vom Zusammenspiel zwischen Logen und Mafia die Rede war, auf eine Gruppe: die 1981 aufgeflogene Loge >Propaganda 2< des >Maestro Venerabile< Licio Gelli, eine nach Angaben des Dachverbandes >Großer Orient Italiens< deviante, auf Abwegen wandelnde, Gruppe. **Doch mittlerweile müssen die Strafverfolger immer öfter in vorgeblich harmlosen >Kulturzirkeln< und >Spirituellen Treffpunkten< nachgucken, wenn sie Mafiaverbindungen oder Geldwäschewegen nachspüren.**

Fast 600 Einzellogen weist der Freimaurerbund >Großer Orient Italiens< auf, mit mehr als 18.000 Mitgliedern; die Konkurrenz der >Großen Loge Italiens< kommt auf 255 Einzellogen und 7.000 Mitglieder. Alleine in Sizilien sind 113 Logen bekannt. Sie tragen mitunter eher nüchterne, von Gründerfiguren oder Vorbildern abgenommene Namen (>A. Lagi<, >G. Mazzini<), oft aber auch esoterische oder kryptische Bezeichnungen (>Nationale Italienische Großloge AA. LL. AA. MM. Sokrates<, >Freie Jugend Söhne Oretos<). Manche haben nur ein paar Mitglieder, die größten mehrere hundert (>Lux< mit 339, >Palermo< mit 281, >Garibaldi< mit 198).

Daß der ehemalige Chef der >Propaganda 2< (P2) und seine alten Kombattanten trotz der per Gesetz verfügten Auflösung seiner Gruppe noch immer eine herausragende Rolle spielt, ist überaus wahrscheinlich: Der 1982 in der Schweiz verhaftete, dort aus dem Gefängnis ausgebüchste >Maestro Venerabile< hatte sich 1988 wieder in der Schweiz gestellt. Er aber war von dort mit derat restriktiven Auflagen nach Italien ausgeliefert worden, daß man ihm just wegen der schwersten ihm zur Last gelegten Verbrechen - Beihilfe zu Sprengstoffattentaten und Deckung von Terroristen - nicht den Prozeß machen durfte.

Seither sammelt er nach Polizeierkenntnissen erneut umstürzlerische Gruppen um sich und werkelt weiter an seinem alten >Plan der demokratischen Erneuerung<, nach dem Italien in eine autoritäre Präsidentialrepublik umgewandelt werden soll. Ende 1993 beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft Wertpapiervermögen von umgerechnet 16 Millionen Mark, die Gelli an verschiedenen Stellen deponiert hatte und die möglicherweise zur Realisierung dieser Absichten verwendet werden sollten. Auch andere ehemalige P2-Brüder machen wieder von sich reden: Der Journalist Luigi Bisignano etwa, P2-Mitgliedsnummer 203, hat umgerechnet 100 Millionen Mark Bestechungsgelder des Feruzzi-Konzerns für Parteien gewaschen - und zwar über das päpstliche Bankinstitut IOR. Das hat Tradition, und hier kommen angestammte Beziehungen zur Mafia in Erinnerung.

Schon in den sechziger Jahren knüpfte der Bankier Michele Sindona Verbindungen zwischen Logen, Mafia und Vatikan. Er brachte die von der Mafia >verdienten<, riesigen Geldmengen in seinen Kreditanstalten in Italien, der Schweiz, den USA und Deutschland unter (etwa der Wolff-Bank in Hamburg). Dabei bediente er sich der Deckung durch das vatikanische Geldinstitut IOR.

1970 vermittelte Sindona zwischen putschwütigen Mitgliedern der Geheimdienste - fast alle später als Mitglieder der Propaganda 2 ausgewiesen - und der Mafia wegen eines geplanten Umsturzes. Als sein Imperium Mitte der siebziger Jahre pleite ging, schickte Vatikanbank-Chef Paul Marcinkus zwei leibhaftige Erzbischöfe in die USA, um für Sindona zu bürgen - einer davon, **Erzbischof Caprio, steht seit den achtziger Jahren als >Kardinal-Großmeister< an der Spitze des >Ordens vom heiligen Grab zu Jerusalem<.**

Nach Sindonas Sturz übernahm sofort das >Propaganda 2< - Mitglied Roberto Calvi der Mailänder Bank Ambrosiano - ebenfalls eng mit dem IOR verbunden - die angestammten Beziehungen. Calvi wurde 1982 unter der >Brücke der Schwarzen Brüder< in London erhängt aufgefunden. Es gibt überzeugende Belege, daß ihn ein Mafiakiller wegen Verfehlungen einiger Clans gegenüber

dorthin gehängt hat. Doch so eng, wie derzeit waren die Verbindungen zwischen Mafia und Logen noch nie: ***Die immer häufigere Beschlagnahme von Mafia-Besitz durch beherzte Staatsanwälte läßt die mit guten Beziehungen zur Hochfinanz ausgestatteten Logenbrüder zu begehrten Helfern werden, um Geld und Wertpapiere in Sicherheit zu bringen.***

Derzeit sind nach Angaben des Mafia-Aussteigers Antonino Calderone nahezu alle Mitglieder des Leitorgans [der Mafia] ***>Cupola< Logenmitglieder. Ende 1993 wurden in Sizilien drei Dutzend Haftbefehle wegen Bildung einer mafiosen Vereinigung gegen >Brüder< ausgestellt - fast die Hälfte davon Polizisten und Ermittlungsbeamte.***

Daß die Ermittler sich immer mehr in die gewundenen Wege geheimer Logen heineinarbeiten, hat die Unterwelt wohl auf die Idee gebracht, mit weniger verdächtigen Vereinigungen - die jedoch ebenfalls ausgezeichnete Verbindungen zur Finanz-Oberwelt haben - anzubandeln. Dazu gehört eben der >Orden vom Heiligen Grab zu Jerusalem<, bei dem es von in- und ausländischen Bankiers gerade so wimmelt.

Die Ermittler haben jedenfalls neben vielen unverdächtigen, auch diverse dubiose Persönlichkeiten im Orden festgestellt. So etwa den Grafen Cassina aus Palermo, jahrelang einer der >Oberritter< der Insel: Er hat sich aufgrund mafioser Protektion als Bauunternehmer eine goldene Nase verdient und soll nach Aussteigerangaben den Polizeioffizier und Geheimdienstagenten Bruno Contrada in den Orden eingeführt und auch dem bis zu seiner Ermordung waltenden obersten Mafiaboß Stefano Bontade vorgestellt haben.

Contrada, seit Anfang 1993 in Haft, steht unter Verdacht, nicht nur Mafiabosse rechtzeitig vor Verhaftung gewarnt, sondern auch mehrere Polizeikollegen Killern ausgeliefert zu haben. Niemals dementiert wurden auch Behauptungen des englischen Kriminalrechercheurs David Yallop (>Im Namen Gottes<) wonach >P2<-Chef Gelli - obwohl kein Katholik - heimlich in den Orden aufgenommen worden sei.

Das Ungewitter, das sich über dem Orden zusammenbraut, könnte sich in den nächsten Monaten durchaus weiter ausbreiten - ***in die Schweiz zum Beispiel oder nach Deutschland.*** *Zum >Heiligen Grab zu Jerusalem< gehörten nämlich nicht nur ultrareaktionäre Politiker wie der verblichene bayerische Nachkriegs-Kultusminister Aloys Hundhammer; auch der - noch recht lebendige - ehemalige Chef der Deutschen Bank und Finanzberater Adenauers, Josef Hermann Abs, ist >Ritter<, ebenso wie allerlei Edelleute (etwa aus dem Hause Henkell-Donnersmark) und Angehörige des Presseamtes von Kanzler Helmut Kohl.*

Vor allem aber sind Topbankiers mit von der Partie, wie etwa der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, und mitunter die gesamte Führungsspitze großer deutscher Geldinstitute, zum Beispiel der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, angefangen bei deren Chef Bernhard Martini."

In der *Spiegel*-Ausgabe vom 25.10.1993 stand in dem Artikel "Düstere Allianz" u.a.:

"Die düstere Allianz zwischen Männern, die Italiens Demokratie schützen sollten, und Mafia-Verbrechern, welche die Demokratie bedrohen, hat im Lande Tradition.

Gleich nach Ende des zweiten Weltkrieges entand in der soeben gegründeten demokratischen Republik Italien ***ein dichtes Netz von okkulten Kommandos - auf Initiative der amerikanischen CIA, wenn auch immer in enger Zusammenarbeit mit italienischen Dunkelmännern. Hier wirkten Faschisten, Rechtsterroristen, subversive Freimaurer und Geheimdienstleute heimlich zusammen...***

Zu diesen subversiven Organisationen zählte die Geheimarmee Gladio, die nach neuen englischen Untersuchungen nicht nur 672, sondern 12.000 Mitglieder zählte und im Falle eines kommunistischen Aufstands zu den Waffen greifen sollte.

Zahlreiche blutige Attentate der italienischen Nachkriegsgeschichte wurden von Leuten aus dieser zwielichtigen italienischen Gegenwelt vorbereitet und durchgeführt. Dabei ist die Achse zwischen Geheimdiensten und Mafia bei etlichen der brutalen Anschläge nachgewiesen, die Hunderte von Opfern forderten...

Die Allianz zwischen Mafia und den Geheimdiensten ist sogar, so Luciano Violante, Präsident der parlamentarischen Anti-Mafia-Kommission, >gravierender und aktueller den je<.

So wurde am 24. Dezember vergangenen Jahres in Palermo der ehemalige Vize-Polizeipräfekt Bruno Contrada, dritthöchster Mann des Inlandgeheimdienstes Sisde, verhaftet.

Ihm wird ein >hochgefährlicher Beitrag zu den Aktivitäten und Zielen der Cosa Nostra< vorgeworfen. Jahrelang soll Contrada den Schutz von Toto Riina, dem >Boß der Bosse<, gewährleistet haben. Er steht im Verdacht, den Clans jene internen Informationen geliefert zu haben, die im Mai vergangenen Jahres das tödliche Attentat auf Italiens wichtigsten Anti-Mafia-Kämpfer, Giovanni Falcone, ermöglichten.

Wenige Minuten nach der Explosion der Autobombe in der Via Meriano D'Amelio, in der Wochen später Paolo Borsellino starb, Falcones engster Freund und Mitkämpfer, wurde Contrada am Tatort gesichtet.

Auch in den bisher unaufgeklärten fünf Bombenanschlägen dieses Jahres in Rom, Florenz und Mailand, bei denen zehn Menschen umkamen, sollen die Geheimdienste - der militärische Informationsdienst Sismi, die Inlandsaufklärer von Sisde - mitgemischt haben. Auf einen aufsehenerregenden Beleg stießen die Ermittler erst kürzlich: Eine geheimnisvolle Terroristenorganisation namens Falange Armata (Bewaffnete Phalanx) - noch nie ist eins ihrer Mitglieder identifiziert oder verhaftet worden - hatte in allen Fällen telefonisch die Urheberschaft der Attentate für sich in Anspruch genommen...

Zugleich sind in der vorletzten Woche alte Vermutungen bestätigt worden; daß sich Geheimdienstleute in die Roten Brigaden eingeschleust hatten und ihrerseits Helfer aus Mafia-Kreisen bei den Linksterroristen unterbrachten.

So soll bei der Entführung des Christdemokraten-Präsidenten Aldo Moro am 16. März 1978 in der römischen Via Fani ein Boß der kalabrischen Verbrecherorganisation 'Ndrangheta, Antonio Nirta, mitgeschossen haben - angeheuert von einem ehemaligen Geheimdienstoffizier, dem Carabinieri-General Francesco Delfino."

In einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau,* das in dieser Zeitung am 13.12.1993 unter der Überschrift "Die Mafia kann stark werden in eurem Land!" erschien, betonte Leocula Orlando, der Bürgermeister von Palermo und Mafia-Bekämpfer:

"Der Grund für meinen Aufenthalt in Deutschland ist zu sagen: Seid vorsichtig, Deutsche! Die Mafia kann stark werden in eurem Land, wenn ihr eure Augen nicht öffnet, wenn ihr das Licht nicht anmacht."

In der Hamburger Ausgabe der *Tageszeitung* vom 6.5.1994 veröffentlichte Werner Raith einen Aufsatz unter dem Titel "Der kurze Sommer der Antimafia". Dort schildert er, wie in Italien die Front der Antimafia zusehends zerbröckelt und abgebaut wird.

"Ganz offenbar soll die >Wende< auch das Ende politikstörender Ermittlungen und gefängnisträchtiger Anklagen für hohe Tiere einleiten: >Die neue Nomenklatura sorgt bereits jetzt für ihre künftigen Schweinereinen vor<, vermutet nicht ganz ohne Grund >La Repubblica<.

Das ist sicher nicht weit von der Wahrheit enfernt. Jedenfalls fühlen sich viele alte Hasen des Berichterstattungsgewerbes in den letzten Wochen immer deutlicher an frühere Zeiten erinnert, als das, was verfolgt werden durfte und was nicht, eng mit den Interessen der jeweiligen Ministerien und des Regierungspalais Palazzo Chigi zusammenhing. So sprach das Schwurgericht Rom - dem nicht zu Unrecht eine besondere Witterungsgabe nachgesagt wird - nach sage und schreibe dreizehn Jahren angeblicher Ermittlungen ein geradezu unvorstellbares Urteil: Danach ist die 1982 per Parlamentsbeschluß wegen umstürzlerischer Aktivitäten aufgelöste Geheimloge >Propaganda 2< >nicht als kriminelle Vereinigung einzustufen<. ***Die >Propaganda 2< war eine Gruppe aus gut tausend Politikern, Generälen, in- und ausländischen Geheimdienstchefs, Polizeiführern, Medienzaren (darunter auch Berlusconi), Topfinanziers, Bankpräsidenten und berühmten Journalisten, von***

denen nicht nur wenige, sondern eine gute Hundertschaft durch rechtskräftige Gerichtsurteile bewiesenermaßen in Attentate und Vernebelungsmanöver, illegale Transaktionen und Putschvorbereitungen, Morde und Erpressungen verwickelt waren.

*Das Triumphgeschrei der Rechten, das sich nach dem Urteil erhob, ließ einem endgültig das Blut in den Adern gerinnen: Laut Berlusconi war die >Sache 'Propaganda 2' nur eine besonders langanhaltende Ente<, und der Neofaschist Fini, auch er Bestandteil der Rechtsallianz und Vorsteher der **Neofaschisten, von denen so mancher ebenfalls in die Loge eingeschrieben war** und rechtskräftig verurteilt ist, tönte: >Endlich ist die Wahrheit ans Licht gekommen.<*

Mag sein, die Frage ist nur: Welche Wahrheit? Sicher nicht die über die Untergrundmanöver der Mächtigen im Lande, von Spekulanten über undurchsichtige Manager bis zu Mafiosi - wohl aber vielleicht über den derzeitigen Zustand der Justiz. Die, so scheint es, hat sich bereits entschieden, nach dem kurzen Frühling der Selbstreinigung und des Kampfes gegen Dunkelmänner und Mafiosi, wieder in den >Palazzo< zurückzukehren, in das Machtkartell, wie immer. Nur daß es nicht mehr der Palazzo der bis 1992 herrschenden Gerontokratie ist, sondern der ihrer Söhne, Neffen und Günstlinge, die nun an die Schalthebel der Macht gelangt sind."

Geht es Ihnen, Herr Innenminister, um den Schutz der vorstehend skizzierten Aktivitäten, die nun t a t s ä c h l i c h die freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliche Verfaßtheit dieser Republik und ganz Europas bedrohen? Wenn nein, worum geht es dann?

Jedenfalls: Die Freimaurerei steht *nicht* unter Artenschutz. Sie ist auch *kein besonders geschütztes Verfassungsorgan.* Sie ist nach dem **autoritären Führungsprinzip** verfaßt und daher **von vornherein verdächtig, verfassungswidrig ausgerichtet zu sein.** Sie ist außerdem ein **Geheimbund.** Sie hat also etwas zu verbergen. **Aufklärung** darüber, was sie verbirgt und was sie im Geheimen oder offen treibt, sowie **Kritik** an ihr ist daher **nicht nur zulässig, sondern geboten. Das gilt vor allem angesichts der unbestreitbaren Tatsache, daß die Freimaurerei mit dem organisierten Verbrechen vernetzt ist.** Natürlich ist nicht jeder Freimaurer in dieser Richtung aktiv. Diese Tatsache tut aber der anderen Tatsache keinen Abbruch. **Das gilt auch im Hinblick darauf, daß viele Freimaurer weniger in die Niederungen gewöhnlichen Banditentums verstrickt sind, sondern mehr und viel wirkungsvoller in verfassungs- und strafgesetzwidrige Machenschaften auf höheren Ebenen.** Ich habe das sogar persönlich, im Rahmen meiner atomrechtlichen Verwaltungsstreitverfahren, immer wieder kennenlernen können. **Also: Kritik an der Freimaurerei ist eindeutig rechtgemäß und notwendig. Rechtswidrig ist hingegen die Inkriminierung dieser Kritik als angeblich verfassungsfeindlich und "rechtsextrem".** Die Inkriminierung der Kritik als "rechtsextrem" ist im übrigen auch noch grotesk, denn die Freimaurerei ist in zahlreichen sogenannten rechten Szenarien aktiv, z.B. innerhalb der rechten Koalition in Italien. Berlusconi selbst ist Mitglied der Loge P2, die schon vor bald 25 Jahren und dann später nochmals einen sogenannten rechten Umsturz geplant hatte, was aber rechtzeitig noch ans Licht kam. Typisch ist, daß unter Berlusconi die Loge P2 vor Gericht rehabilitiert wurde und daß seit seiner Machtübernahme die Antimafia-Koalition und der damit verbundene Kampf gegen die Vernetzung der Freimaurerei mit dem organisierten Verbrechen, also der Kampf für den Rechtsstaat, demontiert wird (s. dazu den oben zitierten Artikel des Mafia-Experten Werner Raith aus der *taz* vom 6.5.94). Natürlich ist auch typisch, daß der in Italien immer lauter gewordene Ruf nach Bekämpfung der Mafia und Korruption, nach Verwirklichung rechtsstaatlicher und konstruktiver Verhältnisse, zunächst zur Stärkung "rechter" Tendenzen führte, daß aber von Anfang an die alten Machtsysteme in dieser Gegenströmung mitmischten und sie jetzt führen. Viele

der mutigen Vorkämpfer dieser Strömung hat man inzwischen liquidiert oder kaltgestellt. Im Prinzip ist das ein ähnlicher Vorgang wie bei der faschistischen Machtergreifung unter Mussolini, der ja selbst auch Freimaurer gewesen ist, es später aber mehr mit der Kirche hielt (s. u.a. das in meinem Verlag erschienene Buch des linksliberalen englischen Autors Avro Manhattan: *Der Vatikan und das XX. Jahrhundert,* Struckum [1984]).

Im übrigen handelt der, der wie Sie Kritik an der Freimaurerei unter Mißbrauch seiner Machtstellung inkriminiert, nicht nur rechtswidrig, er macht sich auch noch **verdächtig, selbst an verfassungswidrigen Umtrieben der Freimaurerei beteiligt zu sein.**

Dem steht nicht entgegen, daß sämtliche von mir veröffentlichten Faksimiledrucke, wie das bei geschichtswissenschaftlichen Werken üblich ist, insbesondere bei Untersuchungen über geheime Organisationen, nicht frei sind von Mängeln, Irrtümern, Fehlurteilen und Einseitigkeiten. Die Freimaurerei hat aber genügend Mitglieder und Finanzmittel, um sich in wissenschaftlicher Weise mit diesen aufklärerischen Untersuchungen zu befassen. Tut sie das nicht, ist das ihre Sache. Der Verfassungsschutz hat hier jedenfalls nichts zu suchen. Er ist kein Hilfsorgan der Freimaurerei. Oder doch? Jedenfalls nicht aus rechtlich gültiger Sicht.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß Sie in Ihrem Verfassungsschutzbericht an der einzigen Stelle, wo überhaupt Verlage behandelt werden, - nämlich die angeblich "rechtsextremistischen", mein Verlag eingeschlossen, - eine Reihe von Zahlen verwenden, die nach der *okkulten Zahlensymbolik,* wie sie die Freimaurerei so gern pflegt, **Vollendung der eigenen Herrschaft und Vernichtung des Gegners** bedeuten. Das ist natürlich reiner Zufall.

4. Und nun zum letzten Vorwurf, dem Vorwurf, daß ich u.a. **antisemitische Agitationsschriften** aus der Zeit des Dritten Reiches verlege.

4.1. Auch dieser Vorwurf ist, soweit er als Begründung für "Rechtsextremismus" herhalten soll, völlig fehl am Platze.

4.2. Ausschließlich zu **Forschungszwecken** veröffentliche ich seit Jahren **Faksimile-Drucke mit wissenschaftlichem Inhalt,** keine "Agitationsschriften", auch keine "antisemitischen".

Da es sich um Nachdrucke für Forschungszwecke handelt, können aus Gründen der Objektivität die Inhalte nicht verändert werden. Dies ist auch deswegen nicht möglich, da die Nachdrucke in faksimilierter Form erscheinen. Im übrigen müssen sie in faksimilierter Form auch deshalb erscheinen, da die Auflagenhöhe oft niedrig ist, sich daher ein Neusatz wirtschaftlich nicht trägt.

Allerdings handelt es sich bei den Nachdrucken meist um geschichtswissenschaftliche Arbeiten. Geschichtswissenschaftliche Arbeiten sind nie frei von Mängeln, Irrtümern, Fehlurteilen und Tendenzen, vor allem zeitbedingter Art. Rein thematisch geht es bei den nachgedruckten Arbeiten meistens um **Aufklärung über imperialistische und rassistische Strömungen,** auch über solche innerhalb des Judentums.

4.3. **Von imperialistischen und vielfach auch von rassistischen* Strömungen ist heutzutage k e i n Volk frei,** auch nicht das jüdische Volk. Wer Gegenteiliges behauptet, oder geschichtswissenschaftliche Kritik an diesen Strömungen inkriminiert, setzt sich dem Verdacht

ihre Säulen zerbrechen, ihre Haine abhauen und ihre Götzen mit Feuer verbrennen. K. 12, 2. 3.

6. Denn du bist ein heiliges Volk dem Herrn, deinem Gott. Dich hat der Herr, dein Gott, erwählt zum Volk des Eigentums aus allen Völkern, die auf Erden sind. 2. Mose 19, 5. 6.

7. **Nicht hat euch der Herr angenommen und euch erwählt, darum daß euer mehr wäre als alle Völker — denn du bist das kleinste unter allen Völkern —;** Eph. 2, 8.

8. **sondern darum, daß er euch geliebt hat** und daß er seinen Eid hielte, den er euren Vätern geschworen hat, hat er euch ausgeführt mit mächtiger Hand und hat dich erlöst von dem Hause des Dienstes, aus der Hand Pharaos, des Königs in Ägypten.

9. So sollst du nun wissen, daß der Herr, dein Gott, ein Gott ist, ein treuer Gott, der den Bund und die Barmherzigkeit hält denen, die ihn lieben und seine Gebote halten, in tausend Glieder, 2. Mose 20, 6.

10. und vergilt denen, die ihn hassen, ins Angesicht, daß er sie umbringe, und säumt sich nicht, daß er denen vergelte ins Angesicht, die ihn hassen.

11. So halte nun die Gebote und Gesetze und Rechte, die ich dir heute gebiete, daß du darnach tust. K. 5, 29; 6, 17.

12. Und wenn ihr diese Rechte hört und haltet sie und darnach tut, so wird der Herr, dein Gott, auch halten den Bund und die Barmherzigkeit, die er deinen Vätern geschworen hat, 3. Mose 26, 22—31.

13. und wird dich lieben und segnen und mehren und wird die Frucht deines Leibes segnen und die Frucht deines Landes, dein Getreide, Most und Öl, die Früchte deiner Kühe und die Früchte deiner Schafe in dem Lande, das er deinen Vätern geschworen hat dir zu geben.

14. Gesegnet wirst du sein über alle Völker. Es wird niemand unter dir unfruchtbar sein noch unter deinem Vieh.

15. Der Herr wird von dir tun alle Krankheit und wird keine böse Seuche der Ägypter dir auflegen, die du erfahren hast, und wird sie allen deinen Hassern auflegen.

16. Du wirst alle Völker verzehren, die der Herr, dein Gott, dir geben wird. Du sollst ihrer nicht schonen und ihren Göttern nicht dienen; denn das würde dir ein Strick sein. Jos. 23, 13.

17. Wirst du aber in deinem Herzen sagen: Dieses Volks ist mehr, denn ich bin; wie kann ich sie vertreiben? 4. Mose 13, 31; 14, 1—4.

18. so fürchte dich nicht vor ihnen. Gedenke, was der Herr, dein Gott, Pharao und allen Ägyptern getan hat

19. durch große Versuchungen, die du mit Augen gesehen hast, und durch Zeichen und Wunder, durch mächtige Hand und ausgereckten Arm, womit dich der Herr, dein Gott, ausführte. Also wird der Herr, dein Gott, allen Völkern tun, vor denen du dich fürchtest. K. 4, 34.

20. Dazu wird der Herr, dein Gott, Hornissen unter sie senden, bis umgebracht werde, was übrig ist und sich verbirgt vor dir. 2. Mose 23, 28—30.

21. Laß dir nicht grauen vor ihnen; denn der Herr, dein Gott, ist unter dir, der große und schreckliche Gott.

22. Er, der Herr, dein Gott, wird diese Leute ausrotten vor dir, einzeln nacheinander. Du kannst sie nicht eilend vertilgen, auf daß sich nicht wider dich mehren die Tiere auf dem Felde.

23. Der Herr, dein Gott, wird sie vor dir dahingeben und wird sie mit großer Schlacht erschlagen, bis er sie vertilge,

24. und wird dir ihre Könige in deine Hände geben, und du sollst ihren Namen umbringen unter dem Himmel. Es wird dir niemand widerstehen, bis du sie vertilgest.

25. Die Bilder ihrer Götter sollst du mit Feuer verbrennen, und sollst nicht begehren des Silbers oder Goldes, das daran ist, oder es zu dir nehmen, daß du dich nicht darin verstrickest; denn solches ist dem Herrn, deinem Gott, ein Greuel.

26. Darum sollst du nicht in dein *Haus den Greuel bringen, daß du nicht wie dasselbe verbannt werdest; sondern du sollst einen Ekel und Greuel daran haben, denn es ist verbannt. *Jos. 7, 11.

Das 8. Kapitel.

Ermahnung zur Dankbarkeit gegen den Herrn.

1. **Alle** Gebote, die ich dir heute gebiete, sollt ihr halten, daß ihr darnach tut, auf daß ihr lebet und gemehrt

aus, *Parteigänger dieser imperialistischen Strömungen* zu sein. In diesem Fall kann er aber nicht mehr behaupten, daß er sein Handeln ausschließlich nach freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen Grundsätzen ausrichtet.

4.4. Zum Beweis zitiere ich einige Dokumente.

Das *Alte Testament*, vor allem die *Thora* (die Bücher Moses) sind die religiöse Grundlage der Jahweh-Anhänger innerhalb des jüdischen Volkes. Diese Grundlage ist jedermann zugänglich und so kann auch jedermann dort nachlesen, daß der darin auftretende "Gott" Jahweh seinen Anhängern immer wieder die Ausrottung anderer Völker befiehlt, vor allem jener, die sich ihm und seinem "Bundesvolk", dem jüdischen Volk, nicht unterwerfen.

Massen- und Völkermord gelten zurecht als das Abscheulichste, das denkbar ist. Sie gelten als Symbol für *das Böse*. Doch das *absolute Böse* geht noch darüber hinaus. Das absolut Böse ist, wenn eine sogenannte Religion sich einen Gott zur Anbetung und zum Gehorchen erkoren hat, der Massen- und Völkermord befiehlt und allen jenen unter seinen Anhängern mit Vernichtung droht, die seinen Mordbefehlen nicht Folge leisten. Dieser "Gott" übertrifft selbst "Satan". Denn der "Satan" gibt sich nicht als der gute, sondern nur als der gefallene, schlecht gewordene Gott aus.

Wenn etwas absolut rechtextremistisch, imperialistisch und rassistisch ist, dann ist es diese Religion.

Hier nun eine kleine Auswahl von Zitaten zum Beleg:

Altes Testament, Dt. (5. Mos.) 7/16, 22-24:

> *"Du wirst **alle Völker verzehren,** die der Herr, dein Gott, dir geben wird. Du sollst ihrer nicht schonen und ihren Göttern nicht dienen; denn das würde dir ein Strick sein...*
> *Er, der Herr, den Gott, wird diese Leute **ausrotten** vor dir, einzeln nacheinander. Du kannst sie nicht eilend vertilgen, auf daß sich nicht wider dich mehren die Tiere auf dem Felde.*
> *Der Herr, dein Gott, wird sie vor dir dahingeben und wird sie **mit großer Schlacht erschlagen, bis er sie vertilge.***
> *Und wird dir ihre Könige in deine Hände geben, und du sollst ihren Namen umbringen unter dem Himmel. Es wird dir niemand widerstehen, bis du **sie vertilgest.**"*

Altes Testament, Dt. (5. Mos.) 20/10-16:

> *"Wenn du vor eine Stadt ziehst, sie zu bestreiten, so sollst du ihr den Frieden anbieten.*
> *Antwortet sie dir friedlich und tut dir auf, so soll all das Volk, das darin gefunden wird, **dir zinsbar und untertan sein.***
> *Will sie aber nicht friedlich mit dir handeln und will mit dir kriegen, so belagere sie.*
> *Und wenn sie der Herr, dein Gott, dir in die Hand gibt, so **sollst du alles, was männlich darin ist, mit des Schwertes Schärfe schlagen.***
> *Allein die Weiber, die Kinder und das Vieh und alles, was in der Stadt ist, und allen Raub sollst du unter dich austeilen und sollst essen von der Ausbeute deiner Feinde, die dir der Herr, dein Gott, gegeben hat.*
> *Also sollst du **allen** Städten tun, die **sehr ferne von dir liegen** und nicht von den Städten dieser Völker hier sind.*
> ***Aber in den Städten dieser Völker, die dir der Herr, dein Gott, zum Erbe geben wird, sollst du n i c h t s leben lassen, was Odem hat."***

Altes Testament, Jer. 30/11:

> *"Denn ich bin bei dir, spricht der Herr, daß ich dir helfe.* ***Denn ich will mit allen Heiden ein Ende machen, dahin ich dich zerstreut habe;*** *aber mit dir will ich nicht ein Ende machen."*

Altes Testament, Jes. 34/1-3:

> *"Kommt herzu, ihr Heiden, und höret; ihr Völker, merkt auf! Die Erde höre zu und was darinnen ist, der Weltkreis samt seinem Gewächs!*
> *Denn der Herr ist zornig über* ***alle Heiden*** *und grimmig über all ihr Heer.* ***Er wird sie verbannen und zum Schlachten überantworten.***
> ***Und ihre Erschlagenen werden hingeworfen werden, daß der Gestank von ihren Leichnamen aufgehen wird und die Berge von ihrem Blut fließen."***

Altes Testament, Jes. 24, 1-23:

> *"Aufreißt Jahweh die Erde, macht sie wüst und leer, kehrt das unterste zu oberst und zerstreut seine Bewohner...* ***Geleert, geplündert wird die Erde. Jahweh hat es befohlen!***
> *Hintrauernd stirbt die Erde, der Ackerboden schwindet und verdirbt,* ***die Führer der Erdenvölker sinken dahin.*** *Entartet ist die Erde unter ihren Bewohnern, sie übertreten das Gesetz und ändern die Gebote. Sie brechen den ewigen Bund mit Jahweh.* ***Darum frißt der Fluch die Erde.*** *Und schuld daran sind die, die darin wohnen. Und daher verdorren sie bis auf einen kleinen Rest.*
> *Der Most verschwindet, der Weinstock verschmachtet, alle, die von Herzen fröhlich waren, seufzen... In Trümmern liegt die leere Stadt, jeder Zugang zu den Häusern ist versperrt. Man klagt und weint auf den Gassen, versiegt ist jeder Freudenquell, aller Frohsinn verließ das Land. Nur wüste Plätze sind der Stadt verblieben und alle Tore sind zerschlagen.*
> ***So geht es allen Völkern der Erde...***
> ***Doch die Frommen*** **[= die Jahweh-Anhänger]** ***erheben ihre Stimme. Sie jubeln und jauchzen vom Meere her über die Größe Jahwehs: 'Darum preiset Jahweh, den Gott Israels, im Morgenland und auf den Inseln des Meeres.' Und vom Saume der Erde her hört man Lobgesänge: 'Den Frommen wird Herrlichkeit zuteil!'***
> *Die anderen aber klagen: 'Elend mir! Elend mir! Wehe mir! Räuber rauben, ja immerfort räuberisch rauben die Räuber!'*
> ***Ja über euch, Bewohner der Erde, die ihr nicht fromm seid, kommt Schrecken, Grube und Strick. Und ob einer entflöhe vor dem Geschrei des Schreckens, so fällt er doch in die Grube, und wer aus der Grube sich erhebt, der fängt sich im Garn. Denn die Fenster des Himmels sind aufgetan und die Grundfesten der Erde erbeben. Und es zerbricht, zerbirst die Erde, die Erde zerspringt, zersplittert, die Erde wankt und schwankt. Hin und her taumelt die Erde wie ein Trunkener...***
> ***Selbst der Mond und die Sonne werden beschämt dastehen, wenn Jahweh der Herr der Heerscharen in voller Herrlichkeit die Königsherrschaft antritt auf dem Berge Zion und zu Jerusalem..."***
>
> (Neuübersetzung durch Roland Bohlinger]

Jahweh heißt übrigens im *Alten Testament* u. a. *"der Herr der Heerscharen".* Was aber betreiben Heerscharen? Heerscharen verheeren, zerstören, vernichten. Statt "Herr der Heerscharen" könnte man daher auch schreiben: Herr der Verheerung oder Herr der Vernichtung. Ihn als "Gott" zu bezeichnen, ist eine maßlose Verirrung. Er ist das Gegenteil eines "Gottes", zumindest, wenn man als Wesenszüge Gottes das absolut Gute, Wahre, Schöne versteht.

---

* Unter Rassismus verstehe ich die ideologische und imperialistische Überhebung einer Rasse oder des Teils einer Rasse über eine andere Rasse.

Der führende jüdische Finanzier und Politiker Walther Rathenau äußerte über die Aufgabe der Juden, die Welt zu jahwisieren:

> ***"Wissen Sie, wozu wir Juden in die Welt gekommen sind? Um jedes Menschenantlitz vor den Sinai*** [Jahweh] ***zu rufen. Sie wollen nicht hin? Wenn ich Sie nicht rufe, wird Marx Sie rufen! Wenn Marx Sie nicht ruft, wird Spinoza Sie rufen. Wenn Spinoza Sie nicht ruft, wird Christus Sie rufen!"***

(Zit. aus: Walther Rathenau, *Neue Briefe*, Dresden 1927, S. 86, Nr. 56, Brief vom 29.11.1919 an Leutnant Hanns Breisig. Faksimile des Originals in der Dokumentation von Roland Bohlinger: *Das Holocaust-Syndrom,* Viöl 1994, 2. Band.)

Über die Bedeutung des Wortes "Sinai" findet man im *Babylonischen Talmud* folgende erklärende Stelle:

> *"Was bedeutet >Berg Sinai<? Das ist ein Berg, auf den der* ***Haß gegen die Völker der Welt*** *herabgestiegen ist ... Warum aber wird der Berg* [Sinai] [auch] *Horeb genannt? Weil dort* ***für die Völker der Welt Zerstörung herabgestiegen ist.*** *Schabbat 89a/89b."*

(Zit. aus: *Der babylonische Talmud*, ausgewählt, übersetzt und erklärt von Reinhold Mayer, München (Goldmann), 1965, S. 191. Im Hebräischen sind übrigens die Worte "Sinai" und "Haß" einander sehr ähnlich. Faksimile des Originals in der Dokumentation von Roland Bohlinger: *Das Holocaust-Syndrom,* Viöl 1994, 2. Band.)

Der Jahwismus, das wird auch hier wieder deutlich, ist eben vor allem eine Religion des Hasses und der Zerstörung gegen die nichtjüdischen Völker oder anders formuliert: der religiös drapierte ideologische Überbau über das imperialistische Herrschaftsstreben eines sich priesterlich gebenden Männerbunds, der seine Gefolgsleute mithilfe von Gehirnwäsche und Gewalt aus dem jüdischen Volk und über Hilfsorganisationen aus nichtjüdischen Völkern rekrutiert.

Der Zionist Martin Buber trat für eine gewalttätige und imperialistische Erlösung der Menschheit ein. Er äußerte, einem Rabbiner in den Mund gelegt:

> ***"Die Welt der Völker ... ist in Aufruhr geraten, und wir können nicht wollen, daß es aufhöre, denn erst, wenn die Welt in Krämpfen aufbricht, beginnen die Wehen des Messias.*** *Die Erlösung ist nicht ein fertiges Geschenk Gottes, das vom Himmel auf die Erde niedergelassen wird. In großen Schmerzen muß der Weltleib kreißen,* ***an den Rand des Todes muß er kommen****, ehe sie geboren werden kann. Um ihretwillen läßt Gott es zu, daß die irdischen Gewalten sich mehr und mehr gegen ihn auflehnen. Aber noch ist auf keiner Tafel im Himmel verschrieben, wann das Ringen zwischen Licht und Finsternis in den großen letzten Kampf übergeht. Da ist etwas, das Gott in die Macht seiner Zaddikim [= >Chassidim/d. i. Fromme/ Chassidäer, die Anhänger des Juden Makkabi im Kampfe gegen die Syrer; dann überhaupt gesetzeseifrige Juden; jüd. Sekte...< nach Kl. Brockhaus, Leipzig 1925, 1. Bd., S. 429] gegeben hat, und das eben ist es, wovon es heißt: >Der Zaddik beschließt, und Gott erfüllt.< Warum aber ist es so? Weil Gott will, daß die Erlösung unsere eigene Erlösung sei. Selber müssen wir dahin wirken, daß das Ringen sich zu den Wehen des Messias steigere. Noch sind die Rauchwolken um den Berg der Völkerwelt klein und vergänglich. Größere, beharrlichere werden kommen. Wir müssen der Stunde harren, da uns das Zeichen gegeben wird, in der Tiefe des Geheimnisses, auf sie einzuwirken. Wir müssen die Kraft in uns wach halten, bis die Stunde erscheint, da das dunkle Feuer sich vermißt, das lichte herauszufordern.* ***Nicht zu löschen ist uns dann aufgetragen, sondern anzufachen. Es steht geschrieben: >Die Berge zerträufen vor dem Herrn, das ist der Sinai!< Wo die Berge zerträufen, wo das Wunder geschieht, da ist der Sinai."***

(Zit. aus: Martin Buber, *Gog und Magog*, Heidelberg 1949, S. 141; Faksimile des Originals befindet sich in der Dokumentation von Roland Bohlinger: *Das Holocaust-Syndrom,* Viöl 1994, 2. Band.)

Die Ausführungen Bubers klingen für den Laien vielleicht etwas mysteriös. Im >Lichte< der Lehre vom >auserwählten Volke< betrachtet, weiß aber ein Jahwehanhänger sofort, was Martin Buber meint. Buber erwartet einen dritten Weltenbrand:

> *"Die Welt der Völker ist in Aufruhr geraten, und wir können nicht wollen, daß er aufhöre, denn erst, wenn die Welt in Krämpfen aufbricht, beginnen die Wehen des Messias... In großen Schmerzen muß der Weltleib kreißen, an den Rand des Todes muß er kommen..."*

Über den Beginn diesen neuen Weltenbrandes sagt Buber:

> *"Da ist etwas, das Gott in die Macht seiner Zaddikim gegeben hat, und das eben ist es, wovon es heißt: >Der Zaddik beschließt, und Gott erfüllt.<"*

Die Aufgabe der Jahwehanhänger aber ist nach Martin Buber:

> *"Wir müssen der Stunde harren, da das Zeichen gegeben wird... Wir müssen die Kraft in uns wach halten, bis die Stunde erscheint, da das dunkle Feuer sich vermißt, das lichte herauszufordern. Nicht zu löschen ist uns dann aufgetragen, sondern anzufachen."*

Und schließlich:

> *"Wo die Berge zerträufen, wo das Wunder* [der Erlösung] *geschieht, da ist der Sinai".*

Über die Bedeutung des Wortes "Sinai" siehe oben. Das heißt also: auch hier wird als Ziel der Erlösung die Unterwerfung und Zerstörung der nichtjüdischen, Jahweh bislang noch nicht unterjochten Völker verkündet.

Der jüdische Schriftsteller Cohen-Portheim 1922: Die meisten Juden erhoffen die Weltherrschaft und den Sieg des mosaischen Gesetzes.

> *"Die Menge der Juden erhoffte die Rückkehr nach Jerusalem unter Führung des Messias, **den Sieg des mosaischen Gesetzes in der Welt und die Herrschaft Israels über die Völker der Erde."***

(Zit. aus: Paul Cohen-Portheim, *Die Mission des Juden*, Berlin 1922, S. 8; Faksimile des Originals befindet sich in der Dokumentation von Roland Bohlinger: *Das Holocaust-Syndrom*, Viöl 1994, 2. Band.)

Der jüdische Schriftsteller und Professor der Sozialphilosophie Jean Izoulet verkündete: Israel [= der jawistische Priesterbund] hat ein Recht auf Weltherrschaft.

> ***"Wenn Israel nach der Weltherrschaft trachtet, so ist dieses sein gutes Recht."***

(Zit. aus: Jean Izoulet, Paris, *Hauptstadt der Religionen oder die Mission Israels*, Leipzig (1927), S. 49; Faksimile des Originals befindet sich in der Dokumentation von Roland Bohlinger: *Das Holocaust-Syndrom*, Viöl 1994, 2. Band.)

Und an anderer Stelle des gleichen Buches erklärte Jean Izoulet:

> *"Die drei Töchter der Bibel*
>
> *Das Christentum aber ist für Israel das Wichtigste.*
>
> ***Was ist in Wirklichkeit das Christentum?***
>
> ***Es ist ein Mosaismus, der sich, der heidnischen Welt zur Benutzung, nebelhaft ausgedehnt hat, und so Israel 650 Millionen Seelen eroberte.***
>
> *Heute verschwindet der Nebel, und Moses erscheint als einziges und alleiniges Haupt der Urreligion, als einziges und alleiniges Haupt der staatlichen und wissenschaftlichen Religion, und endlich als einziges und alleiniges Haupt der weltlichen Religion!*
>
> ***Und nach dem Christentum, welches für Israel das Wichtigste ist, ist es der Mohammedanismus, der Israel in der heidnischen Welt ungefähr 250 Millionen Seelen erobert hat, und der außerdem der große geographische Vermittler zwischen Europa und Asien ist, d. h. zwischen den Millionen Heiden***

Asien-Afrikas und den Millionen Nichtheiden Europa-Amerikas und der infolgedessen der natürliche Platzmacher der drei Töchter der Bibel oder der drei Schwesterreligionen ist, d. s. die drei Religionen des Christus, des Moses und des Mohammed.

Jawohl, durch seinen Mosaismus oder seine Ableger, das Christentum und den Mohammedanismus, kann Israel die Verbindung mit den großen Heidenreligionen des Ostens aufnehmen, und so allen Religionen des Erdballs ein Sammelbecken bieten, oder, wenn man so will, sie alle auf denselben Nenner zurückführen..."

(Zit. aus: Jean Izoulet, *Paris Hauptstadt der Religionen*, Leipzig ((1927)), S. 36f; Faksimile des Originals befindet sich in der Dokumentation von Roland Bohlinger: *Das Holocaust-Syndrom,* Viöl 1994, 2. Band.)

Rabbiner Dr. Kaufmann-Kohler, Rektor des *Hebrew Union College* in Cincinnati, dem geistigen Zentrum des Judentums in den USA und Sitz der Leitung des führenden judaistischen Geheimbunds *B'nai B'rith*: Das Ziel der Geschichte ist die Wiederaufrichtung des Thrones Davids und die Vernichtung aller Völker, die sich nicht der Herrschaft Jahwehs unterwerfen wollen.

"Galten schon dem Priester-Propheten Ezechiel die glorreiche Wiederaufrichtung des Thrones Davids, >des Gottesknechts<, und die gänzliche Vernichtung der Gott [=Jahweh] *feindlichen Mächte, die Israel nicht zur Ruhe kommen lassen, als das Ziel göttlichen Waltens, weil durch beides erst die* ***Gottesherrschaft auf Erden*** **[= Weltherrschaft Jahwehs, des Jahwismus]** *gesichert schien, so stellte der Dichter des zweiten (eigentlich ersten!) Psalms in wahrhaft drastischer Weise ein Bild vom Gottgesalbten als sieggekröntem Bekämpfer der wider Gott und ihn in wilder Empörung sich erhebenden Heidenwelt auf, das tonangebend für die Folgezeit ward: >Die Völker toben, die Könige der Erde verschwören sich gegen den Herrn und seinen Gesalbten und sprechen: 'Lasst uns ihre Fesseln zerreissen, ihre Stricke von uns werfen* [d.h. **sich von Jahwehs Knechtschaft befreien**]*!' Doch der Himmelsthroner lacht, spottet ihrer und spricht in seinem Zorn: 'Habe doch ich meinen König* [=Weltherrscher in Stellvertretung für Jahweh] *eingesetzt auf Zion, meinem heiligen Berge!' Und zu seinem Gesalbten spricht er: 'Du bist mein Sohn ... Verlange denn von mir, und* ***ich gebe dir die Völker zum Besitz und die Erdenenden zum Eigentum. Mit eisernem Stab magst du sie zerschmettern, wie Töpfergefäss sie zertrümmern.<.."***

(Dr. Kaufmann-Kohler in *Grundriß einer systematischen Theologie des Judentums auf geschichtlicher Grundlage,* Leipzig 1910, S. 285. Hinweis angesichts dieser offenen Befürwortung des Völkermords zu Herrschaftszwecken: Dieses Werk erlebte mehrere Auflagen in mehreren Sprachen, in deutscher Sprache zuletzt 1979 im *G. Olms-Verlag*. Das Faksimile des Originals befindet sich in der Dokumentation von Roland Bohlinger: *Das Holocaust-Syndrom,* Viöl 1994, 2. Band.)

Der jüdische Schriftsteller A. Trebitsch behauptete 1921: das jüdische Volk stehe vor der Weltherrschaft.

"Der ***Sieg des Judentums über alle übrigen Völker steht unmittelbar davor, ja, er ist geradezu schon vorhanden.*** *Im Bereiche des politischen Lebens ist die bis ans Ende durchgeführte* ***Umzingelung und Verstrickung aller übrigen Völker der Erde durch die zionistische Weltchawrusse zur höchsten Vollendung gediehen, und man kann ohne Übertreibung ruhig behaupten, daß heute keine politische Aktion, keinerlei Beratung von Volk zu Volk, kein einziger außenpolitischer Plan und Schachzug bewerkstelligt werden, die nicht entweder von Organen des zionistischen Geheimbundes (Freimaurern) oder doch wenigstens unter genauer Bewachung und Kontrolle derselben ausgeführt werden."***

(Zit. aus: Arthur Trebitsch, *Deutscher Geist oder Judentum*, Wien 1921, S. 396; Faksimile des Originals befindet sich in der Dokumentation von Roland Bohlinger: *Das Holocaust-Syndrom,* Viöl 1994, 2. Band.)

Der Geist des Militarismus

Von

N. Goldmann



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin 1915

VI

Ja, die Weltgeschichte hat einen Sinn; es mag kühn erscheinen, gerade in diesen Monaten dies zu behaupten; in diesen Monaten, da Tausende angesichts dieses Weltkrieges ihren Glauben an den Sinn der Geschichte verloren haben. Aber eben darum muß es mit verstärkter Kraft verkündet werden: die Weltgeschichte hat einen Sinn. Und dieser Sinn machte diesen Krieg notwendig. Der Antagonismus zwischen dem militaristischen und dem antimilitaristischen Geist mußte einmal endgültig entschieden werden, und da unser gegenwärtiges Kultursystem nun einmal so aufgebaut ist, daß alle großen Kämpfe ihre letzte Entscheidung durch Kriege erhalten, war dieser Krieg notwendig.

Aber derselbe Sinn der Geschichte, der den Krieg notwendig werden ließ, verlangt mit gleicher Notwendigkeit den endgültigen Sieg des Militarismus. In einem höheren Sinne sind ja alle Kriege, noch bevor sie erklärt sind, bereits entschieden. Wer den Sinn der Geschichte zu erkennen vermöchte, würde das letzte Resultat aller großen historischen Kämpfe voraussagen können; und darin eben ruht die tiefe Sinnlosigkeit des Krieges überhaupt, daß er stets um ein Ergebnis geführt wird, das bereits von vornherein feststeht. Diesmal heißt dieses Ergebnis: Sieg des Militarismus. Denn nur der Sieg des militaristischen Geistes wird unsere Zeit in den Stand setzen, die Aufgaben zu lösen, die ihr die Weltgeschichte gestellt hat. Dies in aller Kürze nur anzudeuten, will das letzte Kapitel versuchen.

Man kann den Sinn und die historische Mission unserer Zeit in einem zusammenfassen: ihre Aufgabe ist es, die Kulturmenschheit neu zu ordnen, an die Stelle des bisher herrschenden gesellschaftlichen Systems ein neues zu setzen. Man hat dasselbe im Sinn, wenn man — wie üblich — unsere Zeit als eine solche des Übergangs bezeichnet. Übergangszeiten sind eben solche, die zwischen einer bisher geltenden Gesellschaftsordnung und einer neu zu errichtenden stehen und die Aufgabe haben, die alte durch die neue zu ersetzen.

Alle Um- und Neuordnung besteht nun in zweierlei: in der Zerstörung der alten Ordnung und dem Neuaufbau der neuen. Zunächst einmal müssen alle Grenzpfähle, Ordnungsschranken und

Etikettierungen des bisherigen Systems beseitigt und alle Elemente des Systems, die neu geordnet werden sollen, als solche, gleichwertig untereinander, auseinandergelegt werden. Sodann erst kann das zweite, die Neuordnung dieser Elemente, begonnen werden.

So besteht denn die erste Aufgabe unserer Zeit in der Zerstörung: alle sozialen Schichtungen und gesellschaftlichen Formungen, die das alte System geschaffen hat, müssen vernichtet, die einzelnen Menschen müssen aus ihren angestammten Milieus herausgerissen werden; keine Tradition darf mehr als heilig gelten; das Alter gilt nur als Zeichen der Krankheit; die Parole heißt: was war, muß weg. Die Kräfte, die diese negative Aufgabe unserer Zeit ausführen, sind: auf dem wirtschaftlich-sozialen Gebiete der Kapitalismus, auf dem politisch-geistigen die Demokratie. Wieviel sie bereits geleistet haben, wissen wir alle; aber wir wissen auch, daß ihr Werk noch nicht ganz vollbracht ist. Noch kämpft der Kapitalismus gegen die Formen der alten, traditionellen Wirtschaft, noch führt die Demokratie einen heißen Kampf gegen alle Kräfte der Reaktion. Vollenden wird das Werk der militaristische Geist. Sein Uniformierungsprinzip wird die negative Aufgabe der Zeit restlos durchführen: wenn erst alle Glieder unseres Kulturkreises als Soldaten unseres Kultursystems uniformiert sind, ist diese eine Aufgabe gelöst.

Dann aber erst erhebt sich die andere, größere und schwierigere Aufgabe: der Aufbau der neuen Ordnung. Die Glieder, die nun aus ihren alten Verwurzelungen und Schichtungen herausgerissen sind und ungeordnet, anarchisch herumliegen, müssen zu neuen Formungen und Kategorien geschlossen werden; wurden bei der Lösung der ersten Aufgabe alle zunächst einmal für gleich erklärt, so müssen die Menschen nun wieder geteilt und differenziert: ein neues pyramidales, hierarchisches System muß errichtet werden. Auch diese Aufgabe versuchte der Kapitalismus zu lösen; wir wissen, mit welchem Mißgeschick. Er nahm die fundamentale Trennung in Herrschende und Beherrschte nach falschen Gesichtspunkten vor: nach denjenigen des Reichtums, der kapitalistischen Macht. Auch diese zweite Aufgabe wird nur der militaristische Geist lösen können kraft seines anderen großen Leitprinzips der Subordination. Er wird den wahren aristokratischen Grundsatz zur Herrschaft bringen: Herrschen soll, wer herrschen kann. Nicht

Nahum Goldmann, der spätere Präsident des *Zionistischen Weltkongresses*, enthüllte 1915, mitten im Ersten Weltkrieg, mit erstaunlicher Offenheit das Programm zur Zerstörung und Unterjochung Europas, das Programm zur totalen Auflösung sämtlicher Traditionen, Sitten, Bindungen und Schranken. Der Zweck: überall soll völlige Anarchie und Haltlosigkeit entstehen, um dann ungehindert ein >neues pyramidales, hierarchisches System< - d.h. das der absoluten Jahweh-Priesterschaft - aufbauen zu können. Es heißt da u.a.:

*"Man kann **den Sinn und die historische Mission unserer Zeit** in einem zusammenfassen: ihre Aufgabe ist es, **die Kulturmenschheit neu zu ordnen,** an die Stelle des bisher herrschenden gesellschaftlichen Systems ein neues zu setzen ... Alle Um- und Neuordnung besteht nun in zweierlei: in der **Zerstörung der alten Ordnung** und dem Neuaufbau der neuen. Zunächst einmal müssen **alle** Grenzpfähle, Ordnungsschranken und Etikettierungen des bisherigen Systems beseitigt und alle Elemente des Systems, die neu geordnet werden sollen, als solche, gleichwertig untereinander* [d.h. >Entwertung< durch >Gleichwertung<, R.B.] *auseinandergelegt werden. Sodann erst kann das zweite, die Neuordnung dieser Elemente, begonnen werden. So besteht denn die erste Aufgabe unserer Zeit in der Zerstörung: alle sozialen Schichtungen und gesellschaftlichen Formungen, die das alte System geschaffen hat, müssen vernichtet, die einzelnen Menschen müssen aus ihrem angestammten Milieu **herausgerissen** werden; **keine** Tradition darf mehr als heilig gelten; das Alter gilt nur als Zeichen der Krankheit; **die Parole heißt: was war, muß weg.** Die Kräfte, die diese negative Aufgabe unserer Zeit ausführen, sind: auf dem wirtschaftlich-sozialen Gebiete der Kapitalismus, auf dem politisch-geistigen die Demokratie. Wieviel sie bereits geleistet haben, wissen wir* [wer??] *alle; aber wir wissen auch, daß ihr Werk noch nicht ganz vollbracht ist. Noch kämpft der Kapitalismus gegen die Formen der alten, traditionellen Wirtschaft, noch führt die Demokratie einen heißen Kampf gegen alle Kräfte der Reaktion. Vollenden wird das Werk der militärische Geist. Sein **Uniformierungsprinzip** wird die negative Aufgabe der Zeit restlos durchführen: wenn erst **alle** Glieder unseres Kulturkreises als Soldaten unseres Kultursystems **uniformiert** sind, ist diese eine Aufgabe gelöst. Dann aber erst erhebt sich die andere, größere und schwierigere Aufgabe: der **Aufbau der neuen Ordnung.** Die Glieder, die nun aus ihren **alten Verwurzelungen und Schichtungen herausgerissen sind und ungeordnet, anarchisch herumliegen, müssen zu neuen Formungen und Kategorien geschlossen werden ... ein neues pyramidales, hierarchisches System muß errichtet werden."***

(zit. aus: Nahum Goldmann, *Der Geist des Militarismus*, Stuttgart/ Berlin, Dt. Verlagsanstalt, 1915, S. 37 f.)

Der bekannte jüdische Schriftsteller Ludwig Lewisohn erklärte 1925:

"Wir sind stets Rebellen, Zerstörer, auf der Suche nach abstrakter Gerechtigkeit, Feinde der Heilig00keit des [nichtjudaistischen] Staates, leidenschaftliche Kämpfer für ein messianisches Reich auf Erden [den judistischen Weltstaat]. Das macht uns aber nicht zu Fremden. Mit diesem unserem Charakter, mit diesen dauernden Eigenschaften beherrschen wir die Kulturen des Westens ... Ja, wir wollen Juden bleiben. Denn als Juden beherrschen und besitzen wir die westlichen Kulturen ..."

(Zit. aus: Ludwig Lewisohn, *Israel,* New York 1925, S. 223/4; Faksimile des Originals befindet sich in der Dokumentation von Roland Bohlinger: *Das Holocaust-Syndrom,* Viöl 1992, 2. Band.)

Der Herausgeber der jüdischen Zeitung *The Jewish World* äußerte 1883: Die Idee der Gründung eines jüdischen Nationalstaates sei gänzlich abzulehnen, da die Juden nur in der Zerstreuung ihrer Aufgabe der völligen Judaisierung und Beherrschung der Welt nachkommen könnten.

"Das höchste Ideal des Judaismus steht im Gegensatz zu jeder separatistischen Konzentration des jüdischen Volkes. Das Verlangen nach einer Wiederherstellung des Königkreiches Israel ist nicht

The Jewish World.

No. 522. NEW SERIES. LONDON: FEBRUARY 9, 1883—1 ADAR 2, 5643. Registered at the General Post Office as a Newspaper. [Price One Penny

The Jewish World

LONDON: FRIDAY, FEB. 9 1883.

"THE JEWISH PROBLEM."

KARAITE INSCRIPTIONS.

HISTOIRE

DE

L'ÉCONOMIE POLITIQUE

DES ANCIENS PEUPLES

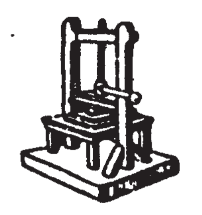
DE L'INDE, DE L'ÉGYPTE, DE LA JUDÉE

ET DE LA GRÈCE

PAR

DU MESNIL-MARIGNY, Jules.

TOME DEUXIÈME



BURT FRANKLIN
NEW YORK

IV

Nouveaux détails qui font prévoir un avenir magnifique pour les Israélites. — L'or première puissance du monde. — Instruction perfectionnée des Israélites. — En France, dans les académies, dans les chaires publiques, à la Chambre des députés et dans toutes les réunions d'hommes instruits ou puissants, ils sont en bien plus grand nombre que ne devrait le faire supposer leur population dans ce pays. — Les divers États de l'Europe offrent le même exemple. — Les fils de Jacob disposent de la presse. — Ils sont à la tête des banques les plus importantes, des chemins de fer et des principales industries. — Jugement porté sur eux par le Père Ratisbonne, par M. Disraéli, etc. — Israël est appelé à gouverner les nations et à substituer partout sa race à celle des indigènes. — Il mettra en application le principe de la fraternité universelle — Exemples tirés de plusieurs peuples.

Nous venons d'appeler l'attention sur l'avenir de plus en plus prospère réservé aux Israélites. Arrêtons-nous un moment sur ce sujet, en vérité digne d'un grand intérêt.

L'ère qui s'ouvre a doté incontestablement l'or de la suzeraineté, de la toute-puissance. L'or n'est-il pas aujourd'hui l'arbitre de la paix et de la guerre? N'est-ce pas ce métal qui donne l'expansion aux idées, qui met aux pieds de son possesseur toutes les forces du monde?

et toi, la terre entière, les mers, le dieu de la guerre qui dompte tout, te suivent et t'obéissent[1]. »
Le souverain maître, le souverain seigneur de l'or doit donc devenir le souverain de la terre; et qui sera le souverain, si ce n'est l'Israélite?

Ne possède-t-il pas déjà presque le monopole des banques, des chemins de fer et du commerce? — Ne dispose-t-il pas ainsi d'une multitude de places, dont un grand nombre sont rétribuées magnifiquement?

Grâce à son or, ne donne-t-il pas une instruction d'un ordre supérieur à ses enfants; et, de cette sorte, n'est-il pas en voie de leur faire occuper les premiers rangs dans les arts, les lettres, les sciences et les fonctions publiques?

Aussi, chez nous, quels sont, à la Sorbonne, au Collége de France, les professeurs éminents? des Israélites; au théâtre, les auteurs en vogue? des Israélites; parmi les philosophes et les publicistes, ceux qui sont le plus en renom? des Israélites. Il n'est pas jusqu'aux musiciens célèbres qui, le plus souvent, n'aient la même origine.

C'est bien autre chose en Allemagne. Écoutons M. Disraéli, premier ministre d'Angleterre, et lui-même d'extraction hébraïque :

« La puissante révolution qui se prépare en

[1] [illegible], tragédie de Bellérophon.

Ziel der jüdischen Religion, es ist nur ein abnormes Gewächs verrückter Hoffnungen aus der Zeit der Verfolgung ... Die Mission [der Juden] ... *kann nur in einem Wirkungskreis, wie ihn die Zerstreuung der Juden mit sich bringt, vorangebracht werden. Es ist klar, selbst von einem nur taktischen Standpunkt aus, daß die Lehren des Judaismus eine bessere Chance haben, fruchtbar* [den Nichtjuden] *eingeflößt (inculcated) zu werden, wenn von dies etwa 7 Millionen Missionaren ausgeht, die überall in der Welt verteilt arbeiten, als wenn diese Missionare sich durch Einschließung in bestimmte geographische Grenzen selbst zum Schweigen bringen und so die Möglichkeit zur Fortführung ihrer Mission vergeben ... Die jüdische Rasse ist sicherlich rein (pure), und die Religion befindet sich im unbefleckten Zustand, aber wir wollen einiges mehr als nur eine Nation bilden - wir wollen* [in der Welt] *eine gemeinsame Sprache und einen gemeinsamen Geist (psycos) ... Das große Ideal des Judaismus ... ist, daß die ganze Welt erfüllt werde mit jüdischen Lehren, und daß in einer Universellen Bruderschaft (Universal Brotherhood) der Nationen - d.h. einem größeren Judaismus -* ***alle Rassen und Religionen verschwinden sollen*** *(shall disappear) ... Die Juden machten die ganze Welt zu ihrer Heimstatt, und sie strecken nun ihre Hände aus zu den anderen Völkern dieser Erde ... Ja, sie tun sogar noch mehr. Durch ihre Betätigung in der Literatur und in der Wissenschaft, durch ihre beherrschende Stellung in allen Zweigen der öffentlichen Tätigkeit, sind die Juden dabei, die Gedanken und die Systeme der Nichtjuden in jüdische Formen zu gießen."*

(Zit. aus: *The Jewish World,* London, 9.1.1883, S. 5; Faksimile des Originals befindet sich auf der vorigen Seite.)

Der jüdische Schriftsteller Du Mesnil-Marigny prophezeite 1878 die Weltherrschaft Israels.

"Die beginnende Epoche hat das Gold unbestreitbar mit der Oberlehensherrlichkeit, mit der Allmacht ausgestattet. Entscheidet heute das Gold nicht über Frieden und Krie? ... Der unumschränkte Meister, der unumschränkte Herr des Goldes muß somit der Beherrscher der Welt werden. Und wer anders wird der Beherrscher sein, wenn nicht der Jude? ... Besitzt er nicht fast schon das Monopol der Banken, der Eisenbahnen und des Handels? ... Erteilt er kraft des Goldes seinen Kindern nicht schon einen Auftrag höherer ordnung? Und ist er auf diese Weise nicht schon auf dem Wege, seine Kinder die ersten Stellen in der Kunst, der Literatur, der Wissenschaft und in den öffentlichen Ämtern besetzen zu lassen? Wer sind bei uns an der Sorbonne, am College de France die hervorragendsten Professoren? Juden. Am Theater der beliebstesten Autoren? Juden. Wer sind die bekanntesten Philosophen und Schriftsteller? Juden ... Man kennt die Bestechlichkeit der Presse. Wer sind diejneigen, welche diese fruchtbare Maschine, deren Macht gleichzeitig als zerstörender und aufbauender Faktor bekannt ist, in Bewegung setzen? Diejenigen, die das Gold besitzen: die Juden ...

Die baldige Erhebung Israels auf den Gipfel der Herrlichkeit scheint also gewiß zu sein, weil heute nichts mehr imstande ist, sie zu beschwören ... Wir werden, wie außergewöhnlich auch ein solches Ereignis erscheinen mag, bald sehen, daß Israel die Völker, nachddem es sich ihre Reichtümer angeeignet hat, beherrschen und sich infolgedessen maßlos vergrößern und die Bewohner der Erde vor soch herjagen wird (2. Mosis 23,30), wie es dies mit den Kanaanitern und den Bewohnern von Gosen tat ... Wenn nach unserer Voraussicht die Söhne Jakobs sich durch ihre Überlegenheit alles, was Wohlstand und langes leben auf dieser Erde verschafft, sichern und dadurch erreichen, daß sie jede andere Rasse überleben, wird niemand mehr bestreiten, daß es die Juden sind, urch die das so wünschenswerte Zeitalter der Menschheit verwirklicht wird, dieser Wunsch aller Menschenfreunde, diese Sehnsucht aller großen Herzen: wir wollen es aussprechen, die Weltverbrüderung. Man müßte mit Blindheit geschlagen sein, wenn man die herrliche Zukunft, die den Juden vorbehalten ist, in Frage stellen würde."

(Zit. aus: Jules Du Mesnil-Marigny, *Histoire de l'Economie Politique des anciens peuples de'Inde, de l'Egypte, de la Judee et de la Grece,* Paris 1878, 3. Band, S. 275ff.).

Isidore Loeb verkündete 1892 voller Zuversicht, daß Israel die totale Weltherrschaft erringen, alle nichtjüdischen Völker unterjochen und ausrauben sowie alle, sie ihm nicht dienen wollen, vernichten werde. Hierbei bezog er sich ständig auf die Bibel.

> *"Man kann nicht mit Sicherheit behaupten, ob der Prophet das Erscheinen eines persönlichen Messias annimmt oder nicht, der der König der Juden sein, allen Völkern befehlen und die Erde regieren wird. Was aber fest steht, ist, daß die Juden, ob mit oder ohne Messias-König, gleichsam der Mittelpunkt der Menschheit sein werden. Die Einheit des Menschengeschlechtes wird durch die Einheit der Religion hergestellt werden. Die Völker werden sich vereinigen, um dem Volke Gottes zu huldigen (Isaias 60, 3ff).* ***Aller Reichtum der Völker wird auf das jüdische Volk übergehen.*** *Die Frucht der Speicher Ägyptens, der Handel Äthiopiens und die Sabäer, die Männer hohen Wuchses, werden ihm zufallen; sie werden in Ketten, wie Gefangene hinter dem jüdischen Volk herziehen und sich vor ihm anbetend niederwerfen (45, 14). Die Könige werden vor Israel sich erheben und Fürsten sich niederwerfen (49, 7). Die Könige werden deine Söhne warten und Fürstinnen die Ammen deiner Kinder sein; mit zur Erde gesenktem Anlitz werden sie vor dir niederfallen und lecken deiner Füße Staub (43, 23). Gott wird mit dem jüdischen Volk einen ewigen Bund schließen, wie er es mit David tat, und wie David werden die Juden den Völkern befehlen; sie werden Völker zu sich rufen, die sie nicht einmal kennen, und Völker, die von den Juden nichts wissen, werden zu ihnen eilen (55, 3-5). Die Reichtümer des Meeres und die Schätze der Völker werden von selbst zu den Juden kommen ... Die Söhne der Fremden werden deine Mauern wiederaufbauen und ihre Könige werden dir dienen; stets werden deine Tore offenstehen; Tag und Nacht wird man durch sie die Schätze der Völker und ihrer Könige hereinbringen.* ***Das Volk und das Reich, die dir nicht dienen wollen, werden zerstört werden*** *... Die Söhne deiner Quäler werden sich demütig zu den Sohlen deiner Füße hinwerfen; du wirst die Milch der Völker saugen und saugen an königlichen Brüsten (60, 5-16). Fremde werden eure Herden weiden und des Fremdlands Söhne werden euch Ackerer und Winzer sein; der Völker Reichtum sollt ihr essen und euch mit ihrer Herrlichkeit beschenken (61, 5-6). Es versteht sich von selbst, daß bei dieser Wiederaufrichtung* [sic!] *des jüdischen Volkes Jerusalem und das heilige Land eine große Rolle spielen werden. Wie wir später sehen werden, wird die Wiederherstellung Jerusalems und des jüdischen Landes, wovon der zweite Isaias so oft spricht, nicht diejenige sein, die der babylonischen Gefangenschaft folgte, sondern diejenige, die in den messianischen Zeiten kommen wird. Jerusalem wird sich aus dem Staub erheben (51, 17; 52, 1), es wird wieder aufgebaut und wieder bevölkert, die Städte Judas werden wieder hergestellt, der Tempel wird von neuem gebaut werden (44, 26 und 28) ... Die Stämme Judas und die Reste Israels werden zurückgeführt werden, es wird in der heiligen Stadt keine Ungläubigen mehr geben, nicht einen unbeschnittenen, nicht einen unreinen Mann (52, 1) ...* ***Die Juden werden eine von Gott gesegnete Rasse sein, die Priester und die Diener Gottes*** *(61, 6 und 9) ... Gott wird mit ihnen einen ewigen Bund schließen (55, 3; 61, 8), er wird von neuem über sie herrschen (52, 7), und* ***ihre Macht über die Menschen wird eine solche sein, daß - nach einem heiligen Ausspruch - die Juden auf der Erde Leib reiten werden*** *(58, 14)."*
>
> (Zit. aus: Isidore Loeb, *La Litterature des Pauvres dans la'Bible,* Paris 1892, S. 218-220; Faksimile des Originals befindet sich in der Dokumentation von Roland Bohlinger: *Das Holocaust-Syndrom,* Viöl 1992, 2. Band.)

Abschließend bleibt festzustellen, daß die vorstehend gebrachten Zitate dringend vermuten lassen, daß die vielleicht mächtigste religiöse und politische Strömung innerhalb des jüdischen Volkes: der Jahwismus oder Mosaismus, die Weltherrschaft sowie Massen-und Völkermord als religiös-politische Kampfziele, als Auftrag Gottes betrachtet. Diese dringende Vermutung wird zur Gewißheit, betrachtet man das sonstige Material zu diesem Thema: das hier vorgelegte Material ist nämlich nur ein winziger Bruchteil des gesamten vorhandenen Materials. **Von entscheidender Bedeutung ist hierbei, daß der Jahwismus-Mosaismus die zahlreichen, hier nur auszugsweise wiedergegebenen Stellen im *Alten Testament,* wonach Gott-Jahweh seinem Bundesvolk, dem jüdischen Volk, den Auftrag erteilt hat, die nichtjü-**

dischen Völker zu unterjochen und alle, die widerstreben, auszurotten, seit mehreren Jahrtausenden als unverrückbare Lehre und Richtschnur ansieht und nicht aus seiner Religionsurkunde entfernt, und zwar trotz vielfacher Kritik daran und trotz der hierdurch verursachten zahlreichen Verfolgungsmaßnahmen von nichtjüdischer Seite. Dieser Tatbestand läßt sich beim besten Willen nicht bestreiten. *Meine* Reaktion auf die religiös-politischen Vernichtungsforderungen des Jahwismus-Mosaismus ist aber keine Gegenreaktion auf gleicher oder verwandter moralischer Ebene, sie ist nicht Haß oder gar Vernichtungswille gegen das jüdische Volk. Vielmehr erstrebe ich die Befreiung des jüdischen Volkes vom "Bann" des Jahwismus-Mosaismus, ebenso, wie ich die Befreiung meines Volkes und aller anderen Völker von gleich und ähnlich geartetem "Bann" erstrebe - z.B. von dem des Christentums, des Islams, des Shintoismus usw. Es handelt sich hier tatsächlich um so etwas wie die Wirksamkeit eines Banns, nämlich um die Folgen einer vor Jahrtausenden von einigen Priestern begonnenen Gehirnwäsche, die die Opfer - Priester wie Laien - veranlaßt, diese Gehirnwäsche immer wieder an sich selbst und ihren Mitmenschen zu vollziehen und dadurch zu tradieren. Eine wirksame Befreiung von diesem "Bann", vor allem von der Tradierung dieses "Banns", kann nur von außen erfolgen. Für diese Befreiung kämpfe ich. Die von mir herausgegebene Veröffentlichung: *Die geheime Verführung* ist eine der Maßnahmen zu dieser Befreiung. Im übrigen: wer jemanden befreien will, haßt ihn nicht, er liebt ihn, er sieht in ihm vor allem den Menschen und seine Leiden, das Göttliche, das in ihm leidet, und er nimmt es auf sich, im Kampf für ihn und das Göttliche in ihm, auch selbst zu leiden. Was könnte es anderes sein, als Liebe, die ihn bewegt?

4.5. In diesem Zusammenhang sei nochmals darauf hingewiesen, daß ich stets gegen *jede* Art imperialistischer Strömung aufgetreten bin. Davon zeugt auch mein letztes von mir herausgegebenes und soeben erwähntes Buch (*Die geheime Verführung,* Viöl 1994). Da gerade dieses Buch ein typisches Zeugnis dafür ist, daß ich viel konsequenter als die meisten Mitglieder der Führungsschicht dieses Staates für eine freiheitlich-rechtsstaatlich-demokratische Entwicklung unseres Gemeinwesens eintrete, sei hier aus dem Nachwort folgende Stelle wiedergegeben:

"Die Bundesrepublik erhebt den Anspruch, ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat zu sein. Im Grundgesetz dieses Staates heißt es in Artikel 1:

>Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.<

In Artikel 2 steht:

>Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Recht darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.<

Es ist offensichtlich, daß das kostbarste und wichtigste Eigentum eines Menschen seine Seele darstellt.

Ebenso ist es offensichtlich, daß Maßnahmen menschenverachtend und menschenzerstörend sind, die dazu dienen, die Bewußtseinsinhalte, Ziele, Willensrichtungen, Gefühle oder Charaktereigenschaften von Menschen ohne deren eigene freie Zustimmung mithilfe irgendwelcher Schädigungen und Beeinflussungen zu ändern, einzuschränken oder aufzuheben.

Und schließlich ist es offensichtlich, daß ein Staat kein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat sein kann, der seine wichtigste Aufgabe nicht erfüllt, nämlich nicht den Schutz der freien seelischen Selbstbestimmung gewährleistet, sondern religiösen, politischen und anderen Gruppen freie

Aus meinem Offenen Brief vom 23.10.1990 an die Redaktion des Sozialdemokratischen Pressedienstes, u.a. veröffentlicht in: Roland Bohlinger, *Die deutschen Ostgebiete aus historisch-politischer Sicht*, Viöl 1991, 6. Aufl., S. 19 ff.:

"Günter Grass erklärte kürzlich, er fürchte sich vor neuen kriegerischen Folgen, wenn Deutschland auch noch seine Ostgebiete wiedergewänne.

Seine Befürchtungen teile ich, ob aus den gleichen Gründen, bezweifle ich.

Doch Furcht ist oft ein schlechter Ratgeber. Man sollte sich daher sehr genau überlegen, was man angesichts einer solchen Befürchtung unternimmt. Auf jeden Fall sollte man einer Gefahr möglichst nicht durch Flucht, sondern durch Bekämpfung ihrer Ursachen begegnen. Verzicht ist meistens Flucht. Verzicht auf Rechte, die nicht allein dem Einzelnen, sondern dem ganzen Volk gehören, ist sogar mehr als Flucht. Denn wer für einen solchen Verzicht eintritt, tritt für einen Verzicht ein, der ihn nicht allein betrifft. Er unternimmt nämlich gewollt oder ungewollt den Versuch, **die Rechtsordnung als solche anzugreifen und über die Rechte jener mitzuverfügen, die keinen Verzicht wollen. Und das ist auf jeden Fall ein imperialistisches Verhalten.** Daraus folgt, daß man auf die Verteidigung von Rechten, die das ganze Volk betreffen, aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, **um den Schutz der Rechtsordnung willen, nicht verzichten kann und darf.** Es sei denn, man ist nicht bereit, geltendes Recht als Recht, d.h. als verbindliche Handlungsmaxime für alle anzuerkennen...

Das eigentliche Problem liegt freilich woanders. **Es liegt nicht in der Zielsetzung: in dem Ziel, Recht zu verteidigen. Es liegt vor allem in der Methode, wie man zum Ziel gelangt!** Das gilt an sich ganz grundsätzlich. Erst recht gilt das aber, seitdem Europa überwiegend imperialistisch strukturiert ist. Das ist zwar schon sehr lange so., aber seitdem pflegen Konflikte zwischen europäischen Staaten meist mit imperialistischen Mitteln und nicht mit rechtgemäßen ausgetragen zu werden. **Hier muß vor allem angesetzt werden. Es müssen die Konflikte in rechtgemäßer Form ausgetragen werden. Vor allem müssen die imperialistischen Strukturen abgebaut und an ihrer Stelle wirklich freiheitlich-rechtsstaatliche entwickelt werden.**

Nun sei jedoch beileibe nicht verhehlt, daß es nicht genügt, eine solche Forderung bloß aufzustellen! Viele Menschen belassen es nämlich bei solchen Bekenntnissen. Nicht, daß diese Menschen von vorneherein nur Lippenbekenntnisse abgeben oder gar unehrliche Absichten verfolgen möchten. **Die meisten Menschen sind gutwillig. Der gute Wille allein genügt jedoch nicht. Viele Menschen verdrängen nämlich ihre Probleme. Und im vorliegenden Fall besteht das Problem darin, dem eigenen Bekenntnis getreu auch dort zu handeln, wo dies Schwierigkeiten bereitet. Da aber die Schwierigkeiten hauptsächlich aus der Vorherrschaft imperialistischer Strukturen herrühren, insbesondere auf ideologischem, publizistischem und wirtschaftlichem Gebiet, sowie aus der Unwissenheit, Bequemlichkeit oder Feigheit des Einzelnen, darum hat das zur Folge, daß die Verdrängung im allgemeinen so abläuft, daß die imperialistischen Strukturen obsiegen. Dazu kommt, daß sich imperialistische Machtgruppen, wenn sich etwas politisch bewegt, einzumischen versuchen. Auch wenn sich die eigentlichen Betroffenen - im vorliegenden Fall die Polen und die Deutschen - auf friedliche Weise einigen möchten, besteht die Gefahr, daß jene Machtgruppen zur Befriedigung ihrer Interessen eine unfriedliche Lösung herbeiführen. Daraus folgt, daß es durchaus nicht unberechtigt ist, wenn befürchtet wird, das Eintreten für ein von anderer Seite bestrittenes Recht - im vorliegenden Fall also für das Recht des deutschen Volkes auf Rückgabe der Ostgebiete - könnte zu einer gewaltsamen Art der Auseinandersetzung auch dann führen, wenn fast alle am Konflikt Beteiligten sich zu rechtgemäßem, gewaltfreiem Verhalten bekennen. Erst, wenn man die erwähnten Mechanismen erkannt hat und hiergegen klare Abwehrmaßnahmen ergreift, besteht die Hoffnung auf Heilung.** Die kürzlich stattgefundene gewaltfreie Revolution in Mitteldeutschland hat gezeigt, daß eine Hoffnung auf Heilung berechtigt ist...

Unter Punkt 7 der "Berliner Erklärung" hatte ich geschrieben:

"Die Unterzeichner erklären außerdem:

*a. Nur **gerechte** Lösungen von Problemen können **richtige** Lösungen sein. Die Unterzeichner machen daher die genannten völkerrechtlichen Ansprüche nur geltend im Rahmen eines Strebens nach einer **friedlichen und gerechten** Lösung für alle Beteiligten. Damit ist ausgesagt, daß sie neben den berechtigten Interessen auf deutscher Seite auch jene auf polnischer Seite gewahrt sehen wollen.*

*b. Sie sind zugleich der Überzeugung, daß eine Abtretung der deutschen Ostgebiete dazu führt, jenen unseligen Unfrieden weiter fortzusetzen, der vor allem mit den polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert begann. **Dieser Unfrieden muß endlich beendet werden.***

*c. Sie sind schließlich der Überzeugung, daß die unabdingbare Voraussetzung für eine echte Verständigung und Befriedung zwischen den Völkern Europas darin besteht, daß sich **sämtliche** Machthaber, seien es nun Regierungen oder andere Machtinhaber, **uneingeschränkt auf den Boden des allgemein als gültig anerkannten Rechts stellen.** Das bedingt vor allem, daß sie auf jeglichen Imperialismus verzichten, gleichgültig, ob sich dieser Imperialismus nun in Form von geistiger Manipulation, von Lug, Trug oder ungerechten einseitigen Beschuldigungen äußert, oder ob er sich in der Drohung oder Anwendung von Gewalt oder in wirtschaftlicher Ausbeutung und Zerstörung zeigt. Zugleich bedingt das die **Anerkennung der Rechte eines jeden Volkes auf Erhaltung und freie Entfaltung seines Lebens, seiner Eigenart, seiner Kultur und seiner angestammten Heimat."***

Das ist die maßgebende Zielsetzung und zugleich die Handlungsmaxime. Warum wird von Ihnen gerade dieser fundamentale Teil der "Berliner Erklärung" nicht zitiert? Warum wird obendrein aus dem Zusammenhang herausgerissen und dann noch mit Halb- und Viertelwahrheiten gearbeitet? Aus Wahrheitsliebe? Aus Gerechtigkeitsliebe? Aus klarem Verstand? Und der Vorwurf des Neonazismus, Revanchismus und Rechtsextremismus, warum wird dieser nicht begründet? Ist man dazu nicht imstande? Vielleicht schon deshalb nicht, weil man selbst zu sehr die imperialistische Umgebung des eigenen Aufenthaltsortes verinnerlicht hat? Verdächtigt man deshalb, aus einer **inneren Folgerichtigkeit heraus, gerade eindeutig rechtmäßige und zugleich auf Frieden, Verständigung, Ausgleich der Interessen und Zusammenarbeit gerichtet Bestrebungen als "neonazistisch, revanchistisch, rechtsextrem"?** Wäre es unlogisch, aus diesem Umstand, der im vorliegenden Fall nicht eindeutiger sein könnte, zu schließen, daß man mehr oder weniger das Gegenteil als erstrebenswert ansieht, nämlich rechtsfeindliches, imperialistisches, friedenzerstörendes Verhalten?"

Hand läßt in der Manipulation von Menschen, sei es durch Hypnose, Suggestion, Gehirnwäsche, Induzierung von Wahnideen oder auf andere Weise.

Wollen wir wirklich einen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, dann müssen wir vor allem den Schutz der Freiheit und Unversehrtheit der menschlichen Seele fordern und diese Forderung so im Grundgesetz, im Strafgesetz und in anderen Gesetzen verankern, daß es möglich wird, nicht nur durch Aufklärung und Erziehung, sondern auch durch Ächtung und Strafverfolgung dem Unwesen wirksam entgegenzutreten, daß Menschen sich andere Menschen unterwerfen durch seelenschädigende, die Entscheidungsfreiheit einschränkende bis aufhebende Maßnahmen.

Schreiben Sie an den Verlag, wenn Sie sich gern an der Bildung einer Initiative beteiligen möchten, die auf die Öffentlichkeit und den Bundestag im Sinne der vorstehenden Forderung einwirkt."

(a.a.O., S. 315 f.)

4.6. Ich entnehme die Vorlagen für Faksimiledrucke meistens den wissenschaftlichen Bibliotheken des Landes. Sind diese Bibliotheken, weil sie diese Veröffentlichungen besitzen und *ausleihen*, nun auch "antisemitisch"? Oder gilt nur für diese Bibliotheken das sogenannte Wissenschaftsprivileg? Das wäre neu, gesetzlich nicht abgedeckt und gegen mich nicht in logisch schlüssiger Weise vertretbar.

4.7. Sie können nicht behaupten, daß es Ihnen bei Ihrer Inkriminierung um den Schutz des jüdischen Volkes geht. Mir geht es schon darum. Sie hingegen haben in dem Schriftsatz vom 30. 6.1994 an das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht in der Streitsache Menkens gegen Sie deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Sie **das Streben nach Erhaltung der Identität des deutschen Volkes und anderer Völker für verfassungswidrig halten.**[1] Ich erstrebe eine **Erhaltung der Identität *aller* Völker** - und das ist nun sehr wichtig - **mit Mitteln im Rahmen einer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung und in Verbindung mit einem Streben, das einerseits auf Befreiung *aller* Völker von imperialistischen Machtgruppen, Krieg und Gewaltherrschaft und andererseits auf kulturelle Höherentwicklung gerichtet ist.**[2] **Das ist eindeutig verfassungsgemäß.** So heißt es im sogenannten *Teso-Urteil* des Bundesverfassungsgerichts, worin eine Verfassungsbeschwerde abgelehnt wurde, die sich gegen die Ablehnung eines Antrags auf Einbürgerung eines Mannes mit italienischem Vater und deutscher Mutter richtete:

"Das Festhalten an der Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates [also des deutschen Volkes, R.B.] *ist normativer Ausdruck dieses Verständnisses und dieser Grundentscheidung ... Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die **verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten."***

(BVerfGE, 1977, S. 137ff. (Mohr, Tübingen 1988))

Daraus folgt, daß der von Ihnen im Verfahren *Menkens gegen Sie* vorgetragene, **gegen die**

---

[1] Nach dem Tenor des Schriftsatzes aus dem Innenministerium vom 30.6.1994 an das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht in der Sache *Menkens u.a. ./. Innenminister des Landes Schleswig-Holstein,* Az. 7 B 75/94, hält das Innenministerium jedes aktive Wirken für die Erhaltung der Völker, insbesondere des deutschen Volkes für verfassungswidrig (bzw. zu rassistischer Gewalt führend) siehe S.4, S.5 (1.Abs.), S.6 (4.Abs.), S.7 (2.Abs.), S.7 (letzte 3 Zeilen), S.8 (letzter Abs.). *Erhaltung* meint natürlich nicht *Konservierung,* was im Bereich des Lebens, vor allem menschlichen Lebens auch gar nicht möglich wäre, sondern Erhaltung und Weiterentwicklung des *Wesens* ohne Zerstörung von *Wurzel, Stamm, Erbe* im Rahmen einer *freiheitlich-demokratischen Rechtstaatlichkeit* und eines Strebens nach *kultureller, biologischer und wirtschaftlicher Höherentwicklung.*

[2] Siehe dazu u.a. die Ausführungen in meinem Offenen Brief vom 23.10.1990 an den *Sozialdemokratischen Pressedienst,* die auf der vorigen Seite auszugsweise zitiert sind.

Erhaltung der Identität des deutschen Volkes und anderer Völker gerichtete Grundsatz eindeutig verfassungswidrig ist. Daraus folgt weiterhin, daß der gegen mich gerichtete Vorwurf des angeblichen Antisemitismus nicht deshalb erhoben wurde, um die *Identität* des jüdischen Volkes zu schützen, denn wer als Teil einer deutschen Regierung sogar die Erhaltung der Identität des eigenen Volkes für verfassungswidrig hält, dürfte es schwer haben, glaubhaft zu machen, daß er jedoch die Identität des jüdischen Volkes erhalten möchte. Zugleich folgt daraus, daß Ihr Vorwurf des Antisemitismus auch nicht deshalb erfolgt sein kann, um die *Würde* des jüdischen Volkes zu schützen Denn wer die Identität eines anderen nicht als schützenswert ansieht, der hält auch dessen Würde nicht für schützenswert, denn Würde und Identität sind untrennbar miteinander verbunden. Daraus folgt letztendlich, daß Ihr ideologischer und Ihr rechtlicher Ansatz nur einen logischen Schluß zulassen: **Es geht Ihnen bei der Inkriminierung der von mir veröffentlichten Schriften über imperialistische Strömungen innerhalb des jüdischen Volkes um nichts anderes, als um den Schutz dieser imperialistischen Strömungen. Es sei denn, das alles schert Sie nicht, es dient Ihnen nur zu meiner Diffamierung, um mich als unbequemen Widerstandskämpfer loszuwerden.** (Übrigens: ich bin, wohl als einziger Bundesbürger, von einer Justizbehörde als "Widerstandskämpfer" anerkannt worden.[1])

Und noch eine Schlußfolgerung ist hier fällig: Wer die *Erhaltung der Identität* eines Volkes nicht für erstrebenswert ansieht, ja, sie sogar als verfassungswidrig inkriminiert, richtet sich damit auch gegen die *Erhaltung der Völker an sich*, denn die Existenz der Völker steht und fällt mit der Erhaltung ihrer Identität. Mit anderen Worten: hier enthüllt sich, daß Ihr Verfassungsschutzamt genau das treibt, was es mir nachsagt oder besser: nachlügt. Es verstößt gegen § 220 a StGB. In § 220a StGB wird Völkermord unter Strafe gestellt, und zwar nicht nur der physische, sondern auch der psychische.

5. Seit meinem siebzehnten Lebensjahr habe ich mich gegen jede Art von Gewalt und Willkürherrschaft, Krieg, Massen und Völkermord gewandt. Bis über die Grenzen Deutschlands hinaus wurde ich durch meinen kompromißlosen Kampf in Dutzenden von atomrechtlichen Verwaltungsstreitverfahren, durch zahlreiche Veröffentlichungen und als Mitbegründer des *Instituts für biologische Sicherheit*, des ersten privaten Umweltschutz-Instituts in Deutschland bekannt. Obwohl ich dabei auch deutliche Unterstützung aus sogenannten demokratischen Parteien, darunter auch aus Ihrer Partei, bekam, verhehle ich nicht, daß ich auch sehr starken Widerstand gegen meine Tätigkeit erfuhr, vor allem, weil ich der Meinung bin, daß die holocaustische und imperialistische Tradition in der deutschen und europäischen Geschichte 1933 nicht ihren Anfang und 1945 nicht ihr Ende fand. **Sie wird bis heute weiter fortgesetzt, in einigen Bereichen sogar besonders erfolgreich. Für mich ist die Frage, was in der Vergangenheit geschehen ist, ob in Auschwitz, Katyn, Dresden und Hiroshima oder an irgendwelchen anderen Orten, von sekundärer Bedeutung. Für mich hat primär die Zukunft Bedeutung. Daher**

---

[1] Als ich 1987 wegen meiner Weigerung, Prozeßkosten aus Antiatom-Prozessen zu bezahlen, in Beugehaft genommen wurde, kam ich in die Justizvollzugsanstalt Flensburg. Bei der Gefängnisleitung hatte ich ein Protokoll über meine Einlieferung zu unterzeichnen. Bei der Protokollaufnahme wurde ich nach meinem Beruf gefragt. Ich gabe an: Verleger, Schriftsteller und Widerstandskämpfer. Der Beamte unterließ jedoch, Widerstandskämpfer einzutragen. Als ich dann das Protokoll unterzeichnen sollte, weigerte ich mich. Nach dem Grund befragt, erklärte ich, das Protokoll sei nicht korrekt, denn es enthalte nicht die Bezeichnung "Widerstandskämpfer". Nach einigem Hin und Her trug der Beamte die fehlende Bezeichnung ein. Sehen Sie, so kann man auch ohne Bombenlegen beim Innenminister von einem Justizorgan dieses Staates als Widerstandskämpfer anerkannt werden.

mache ich auch nicht halt vor den holocaustischen Tendenzen und Praktiken der heute regierenden Kreise, insbesondere innerhalb der BRD. Im Gegenteil, die Vergangenheit läßt sich nicht mehr ändern, aber die Zukunft können wir noch mitgestalten und daher muß vor allem jenen geschichtegestaltenden Kräfte entgegengetreten werden, die hier und heute holocaustische Traditionen entwickeln oder fortsetzen!

Ich denke, daß diese moralisch, rechtlich und politisch konsequente Art auch der Hauptgrund ist, weshalb ich immer wieder auf unsachliche bis gewalttätige Weise angegriffen werde. Man ist zwar gegen Massen- und Völkermord der Anderen, den eigenen möchte man aber, um der Verwirklichung seiner Glaubens- und Machtziele willen ungestört weiter betreiben. Oder sehen Sie eine andere Erklärung?

Ich erwarte, daß Sie Ihren Verfassungsschutzbericht in Bezug auf meine Person unverzüglich richtigstellen und diese Richtigstellung in sämtlichen Tageszeitungen des Landes veröffentlichen. **Denn die in Ihrem Verfassungsschutzbericht gegen mich und meinen Verlag erhobenen Beschuldigungen sind völlig *ungerechtfertigt.* Ihr Ministerium hat nicht einmal *versucht,* die Beschuldigungen zu *begründen,* geschweige denn *schlüssig nachgewiesen,* daß sie auf *Tatsachen* fußen. Die Beschuldigungen fußen in allen wesentlichen Punkten entweder auf *Unwahrheiten* oder auf *einseitig und irreführend dargestellten Sachverhalten und sie werden meinen wirklichen Motiven, Gedankengängen und Tätigkeiten nicht einmal ansatzweise gerecht.***

Im übrigen hoffe ich, daß die SPD in Zukunft verstärkt wieder an jene positiven Traditionen anknüpft, die u.a. mit den Namen Bebel, Ebert, Noske, Schumacher, Kaisen und Erler verbunden sind und die auch heute noch eine nicht geringe Zahl lebender SPD-Politiker hochhalten. Ich denke da an den Protest Engholms gegen die "Wintex-Cimex-Übung"; Engholm war meines Wissens der einzige Politiker von Rang, der damals gegen diese, aus holocaustischem Denken geborene Atomkrieg-Simulation protestierte. Ich denke an die Proteste der SPD gegen die Versuche, deutsches Militär für "Befriedungsaktionen" im Ausland einzusetzen. Ich denke an die Proteste vieler SPD-Politiker gegen die Fortsetzung des Atomprogramms. Ich denke auch daran, daß 1987 führende SPD-Politiker der RWE entgegentraten, als diese mich in Beugehaft nehmen ließ, weil ich mich weigerte, deren Kosten aus meinen Antiatom-Prozessen zu bezahlen; dadurch wurde ich unverzüglich aus der Haft entlassen. Ich denke auch an die, wenn auch nicht allzu erfolgreichen Versuche der SPD, mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land herbeizuführen. Daneben gibt es allerdings auch einiges, was ich kritisiere.

Mit bestem Gruß

R. Bohlinger

Roland Bohlinger

Kurzbeschreibung der Anlagen

1. Aufsatzreihe "Die Vernichtung des Holocaust-Syndroms" (S.49-74).

   Diese Aufsatzreihe erschien erstmals in der NATION (ab Ausgabe 92/8-9). Sie beschäftigt sich mit holocaustischen, völker- und umweltzerstörenden, imperialistischen Kräften vor allem in der Bundesrepublik. Bisher sind drei Teile erschienen. Die folgenden beiden Teile liegen in Kürze vor. Sie werden in dem politischen Magazin RECHTSSTAAT erscheinen, das vermutlich im Spätherbst im *Verlag für ganzheitliche Forschung* neu herausgegeben werden wird. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Argumente aus Teil 1-3 enthält der anschließend wiedergegebene "Offene Brief":

2. "Offener Brief" an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wegen "Beteiligung von Abgeordneten des Deutschen Bundestages an Völkermordmaßnahmen" (S.75-78).

   Auf diesen Brief erhielt ich keine einzige Antwort, obwohl er persönlich adressiert zweimal an alle Abgeordneten ging. Bei meinem sehr scharfen "Offenen Brief" in der Frage der Freigabe der Kindestötung (sog. Abtreibung) vom 17.6.1992 war das anders. Auf diesen Brief an die Kindestötungs-Fraktion erhielt ich über 30 positive Antworten, obwohl unter "Betrifft" stand: "Teilnahme von Abgeordneten des Deutschen Bundestages an Handlungen zur Vorbereitung von Verbrechen gegen das Leben - Teilnahme von Abgeordneten an der Bildung einer nach Artikel 9 II GG. verbotenen Vereinigung". Bezüglich der Nichtbeantwortung des hier wiedergegebenen Briefes mache ich den Satz geltend: Wer öffentlich angeklagt wird und nicht widerspricht, erkennt an.

3. "Offener Brief" an Alfred Biolek wegen seiner Befürwortung einer atomaren Vernichtung Deutschlands, falls ein "rechter" Umsturz drohe (S. 79/80).

4. Aufsatz "Deutsche Vorherrschaft in Europa? - Gibt es eine Befreiung von den falschen Traditionen?" (Teil II/1) (S. 81-85).

   Enthält eine Kurzfassung meiner "politischen Theorie" in Bezug auf eine "Machtergreifung" im herrschenden System. Enthält auch eine grundsätzlich ablehnende Beurteilung des Nationalsozialismus. Teil II/2 ist noch nicht veröffentlicht.

5. Aufsatz "Hitler - Agent oder Opfer der Hochfinanz und des Vatikan?" (S.86).

   Eine kurze Analyse mit einem sehr umfangreichen, hier nicht abgedruckten Literatur- und Quellenverzeichnis.

6. Aufsatz und Dokumentation "Aus gegebenem Anlaß" (S.87-92).

   Diese Veröffentlichung erschien teilweise in der NATION und vollständig im Anhang zur zweiten Auflage des Gutachtens von Roland Bohlinger und Johannes P. Ney: *Gutachten zur Frage der Echtheit des sogenannten Wannsee-Protokolls und der dazugehörenden Schriftstücke.*

7. Aus Kostengründen mußte der Abdruck weiterer Materialien unterbleiben. Im "Offenen Brief" an den Innenminister in Kiel sind allerdings bereits zwei besonders wichtige Dokumente wiedergegeben: "Die politischen Grundprinzipien der (Zeitschrift) NATION" auf S. 13 und der "Offene Brief" an die *Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz* (S. 10).

Die Vernichtung des Holocaust Syndroms



Eine Artikelserie von Roland Bohlinger

Aufreißt Jahweh die Erde, macht sie wüst und leer, kehrt das unterste zu oberst und zerstreut seine Bewohner... Geleert, geplündert wird die Erde. Jahweh hat es befohlen!
Hintrauernd stirbt die Erde, der Ackerboden schwindet und verdirbt, die Führer der Erdenvölker sinken dahin. Entartet ist die Erde unter ihren Bewohnern, sie übertreten das Gesetz und ändern die Gebote. Sie brechen den ewigen Bund mit Jahweh. Darum frißt der Fluch die Erde. Und schuld daran sind die, die darin wohnen. Und daher verdorren sie bis auf einen kleinen Rest.

Der Most verschwindet, der Weinstock verschmachtet, alle, die von Herzen fröhlich waren, seufzen... In Trümmern liegt die leere Stadt, jeder Zugang zu den Häusern ist versperrt. Man klagt und weint auf den Gassen, versiegt ist jeder Freudenquell, aller Frohsinn verließ das Land. Nur wüste Plätze sind der Stadt verblieben, und alle Tore sind zerschlagen.

So geht es allen Völkern der Erde... Doch die Frommen (also die Jahweh-Anhänger; d. Red.) erheben ihre Stimme. Sie jubeln und jauchzen vom Meere her über die Größe Jahwehs: ‚Darum preist Jahweh, den Gott Israels, im Morgenland und auf den Inseln des Meeres.' Und vom Saume der Erde her hört man Lobgesänge: ‚Den Frommen wird Herrlichkeit zuteil!' Die anderen aber klagen: ‚Elend mir! Elend mir! Wehe mir! Räuber rauben, ja immerfort räuberisch rauben die Räuber!'
Ja über euch, Bewohner der Erde, die ihr nicht fromm seid, kommt Schrecken, Grube und Strick. Und ob einer entflöhe vor dem Geschrei des Schreckens, so fällt er doch in die Grube, und wer aus der Grube sich erhebt, der fängt sich im Garn. Denn die Fenster des Himmels sind aufgetan, und die Grundfesten der Erde erbeben. Und es zerbricht, zerbirst die Erde, die Erde zerspringt, zersplittert, die Erde wankt und schwankt. Hin und her taumelt die Erde wie ein Trunkener... Selbst der Mond und die Sonne werden beschämt dastehen, wenn Jahweh der Herr der Heerscharen in voller Herrlichkeit die Königsherrschaft antritt auf dem Berge Zion und zu Jerusalem."

Altes Testament, Jesaia, Kap. 24, Vers 1-23 (Neuübersetzung durch den Verfasser)

Jahweh heißt im Alten Testament u. a. „der Herr der Heerscharen". Was aber betreiben Heerscharen? Heerscharen verheeren, zerstören, vernichten. Statt „Herr der Heerscharen" könnte man auch schreiben: Herr der Verheerung oder Herr der Vernichtung. Eine umfangreiche Dokumentation zur Eigenschaft Jahwehs als „Herr der Vernichtung" enthält die Arbeit des Verfassers: „Das Holocaust-Syndrom" (Band 1, erscheint in Kürze).

Im Bedarfsfall: Ausrottung oder: Vom Opfergeist der Westlichen Wertegemeinschaft

Unter der Überschrift „Wir Europäer sollen uns opfern!" veröffentlichte am 24. April 1989 der „Spiegel" einen Artikel. Es hieß darin u.a.: „Hans-Dietrich Genscher plagten während seiner Krankheit düstere Gedanken. Unentwegt beschäftigte ihn, wie Besucher bemerkten, ein Dokument, das den zweithöchsten Geheimhaltungsvermerk der NATO trägt: Cosmic. Das Papier aus dem NATO-Hauptquartier beschreibt minutiös das Szenario eines dritten Weltkriegs in Europa; es wurde Ende Februar/Anfang März als ‚Wintex-Cimex'-Übung in unterirdischen Bunkern – mit Kanzlerdarsteller Waldemar Schreckenberger an der Ahr und einem echten US-Präsidenten in Washington – geübt. Zum erstenmal wurden die ‚Allgemeinen politischen Richtlinien' für den Einsatz von Atomwaffen angewandt, die im Ok-

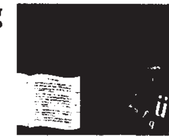
tober 1986 die Nukleare Planungsgruppe beschlossen hatte.Diese Richtlinien (guidelines) behandeln ausführlich nicht nur den atomaren Ersteinsatz (first use), sondern auch den zweiten Schlag (follow on use); ihm liegt die Annahme zugrunde, die Sowjet-Union werde nach den ersten atomaren Warnschüssen keineswegs die weiße Fahne hissen, sondern sofort nuklear antworten. Nach der detaillierten NATO-Planung sollen Führungs- und Fernmeldezentren, Raketenstellungen und Munitionslager des Gegners zerstört werden. Nicht nur Genscher, auch die Unionschristen hat das Allianz-Szenario erschreckt. (Wirklich? Will man jetzt erst begriffen haben, wie die Grundlinie des „Verteidigungskonzepts" der NATO seit über drei Jahrzehnten aussieht?; d. Red.) Eine neue Diskussion über die Nato-Strategie der angemessenen Antwort (flexible response) und den Sinn der atomaren Kurzstreckenraketen bahnt sich an: Soll Europa in einem künftigen Krieg zum alleinigen Schlachtfeld werden? Wird gar der Untergang Deutschlands geplant? Und dient das Beharren der Amerikaner auf einer Modernisierung der Kurzstreckenraketen letztlich nur dem Ziel, die USA durch einen begrenzten Krieg in Europa aus dem großen atomaren Holocaust herauszuhalten? Der Verdacht ergab sich für die Teilnehmer des Planspiels zwingend aus dem Ablauf der Wintex-Übung: Als nach dem konventionellen Angriff des Warschauer Pakts (Orange) die NATO-Truppen (Blau) den Vormarsch nicht länger aufhalten konnten, forderte der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, John R. Galvin, den Einsatz von Atomwaffen. Über die Freigabe mußte die oberste politische Instanz, das Weiße Haus in Washington, entscheiden. Der Bescheid war positiv. 17 Atomsprengköpfe zu je 100 Kilotonnen (die Hiroschima-Bombe hatte 13 Kilotonnen) sollten gegen die Warschauer-Pakt-Staaten eingesetzt werden. Die Träger: Jagdbomber, Cruise Missiles und ‚Pershing 1A'-Raketen, die zwar verschrottet werden sollen, derzeit aber noch im Besitz der Bundeswehr sind. Die große Überraschung: Von den 17 Atomwaffen war nur eine einzige für den Einsatz gegen die Sowjet-Union vorgesehen. Der Rest detonierte in dem Planspiel in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, drei Atomsprengköpfe explodierten in der DDR. Eine A-Waffe traf den NATO-Partner Türkei, weil die Sowjets auch dort eingerückt waren (Später kam übrigens heraus, daß in dem Planspiel ingesamt über 100, also nicht 17, wie der „Spiegel" berichtete, Atomsprengköpfe zur Detonation gebracht wurden! ; R. B.) Die Bundeswehr mußte zwar nicht – Zeichen besonderer amerikanischer Sensibilität – die DDR verwüsten, dafür aber wurden die Europäer gezwungen, mit ihren Trägern eine Atombombe auf die Sowjet-Union zu werfen. Alle Nuklear-Einsätze gingen vom Boden der Bundesrepublik aus. Aus diesem Szenario mußten die Europäer bittere Lehren ziehen. Der US-Präsident ist zwar verpflichtet, die Verbündeten vor einer Entscheidung zu konsultieren – aber nur wenn ‚Zeit und Umstände' es erlauben. Nach den neuen Richtlinien soll dabei dem Land ‚besonderes Gewicht' beigemessen werden, ‚auf dessen Territorium und von dessen Territorium aus' die Waffen eingesetzt werden. Im Wintex-Cimex-Szenario hielten sich die Ameri-



US-Raketenwerfer M 667 mit atomarem Sprengkopf – bei 120 km Reichweite und Deutschland als Einsatzgebiet eine todsichere Sache



Das gleiche gilt für diese 175 mm Kanone auf M 107 Selbstfahrlafette – sie verschießt auch atomare Artilleriemunition



kaner zwar an das Gebot der Konsultation. Die Einsätze wurden auf Wunsch der Europäer reduziert (Im Ernstfall wird das dann anders sein; d. Red.), die gravierenden Einwände gegen die Zielplanung aber abgelehnt. So mußten die deutschen Übungsteilnehmer hinnehmen, daß von ihrem Territorium aus der andere Teil Deutschlands praktisch zerstört wurde. Die Sowjet-Union, die als Revanche mit großen Interkontinentalraketen die USA treffen könnte, blieb weitgehend verschont. Der vernichtende Gegenschlag des Warschauer Pakts soll nach US-Planung also nur Mitteleuropa treffen; die Deutschen, so ein bissiger Kommentar der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, sollten sich an diesen Gedanken gewöhnen, hätten sie doch den letzten Krieg verloren. Auch in der CDU/CSU hat inzwischen bei dieser Zumutung das Nachdenken über den Wert der Kurzstreckenraketen begonnen. Bedrückt von der Vorstellung, daß im Ernstfall das ganze Deutschland in Schutt und Asche gelegt werden soll, zeigte sich auch der national-konservative CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger und da hat Genscher kräftig nachgeholfen. Selbst die bisherigen Verfechter einer Modernisierung haben inzwischen erkannt, daß nach der US-Strategie gerade Atomwaffen mit kurzen Reichweiten offenbar nur den Sinn haben sollen, den Krieg auf Europa zu begrenzen. Sie dienen nicht der Anbindung der USA an Europa, sondern der Entkoppelung. ‚Mit dieser Art des Kriegsspiels', so ein Hardthöhen-Beamter, ‚haben sich die Amerikaner selber dekuvriert.'" Das Erstaunlichste an diesem Bericht des „Spiegel" war eigentlich die Unruhe der Herren Genscher, Dregger und ihrer Freunde. War es diesen Herren bisher wirklich nicht klar gewesen, daß wir, die Deutschen,

In atomarer Haft

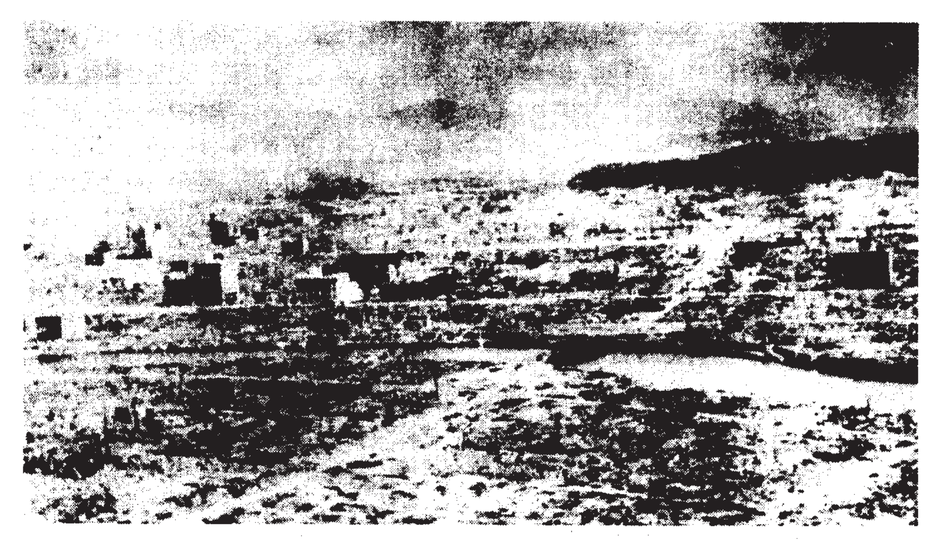
uns in „atomarer Haft" befanden, und zwar vom Westen aus ebenso wie vom Osten? Und war es ihnen bisher auch nicht klar gewesen, daß diese Haft einmal in der „atomaren Vernichtung" enden könnte? Wir werden sehen, daß ihnen das durchaus klar war. Seit dem zitierten Bericht aus dem Jahre 1989 ist in Europa viel geschehen. Die Wiedervereinigung, die wachsende Entspannung zwischen West und Ost, der Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens. All das ließ bei vielen Menschen die Meinung entstehen, ein Krieg zwischen den beiden Blöcken sei nun kaum noch denkbar. Daher sei es müßig, sich weiterhin so intensiv wie bisher mit unserer militärischen Lage zu befassen. Aber das ist ein Irrtum. Die Geschichte lehrt, daß auf Phasen der Entspannung und Destabilisierung oft kriegerische Zeiten folgen. Die seitherige Entwicklung im Osten, vor allem in Jugoslawien und im Süden der ehemaligen Sowjetunion deutet bereits in diese Richtung. Die Gefahr kriegerischer Entwicklungen ist besonders groß, wenn die Destabilisierung von schweren wirtschaftlichen Nöten begleitet ist. Wir sollten also durchaus wachsam sein. Aber in der hier vorgelegten Untersuchung geht es nicht darum, wie sehr wir derzeit militärisch bedroht werden. Es geht um anderes, nämlich nicht um den Feind draußen, sondern um den, der bereits in uns lauert: um das Wesen und die Wurzeln von Verhaltensweisen, die in erheblichem Maße den Charakter unseres Landes bestimmen und die, wie wir sehen werden, zutiefst krank sind, geprägt von

Neurotische und paranoide Elemente

neurotischen und paranoiden Elementen mit überwiegend zerstörerischer Richtung. Beschäftigen wir uns zunächst noch weiter mit der militärischen Thematik. Schließlich ist diese,



Atombomben-Versuch ... auf dem Testgelände in Semipalatinsk (Kasachstan), aufgenommen vor einigen Jahren in der ehemaligen UDSSR.



Unser Bild zeigt die Stadt Hiroshima nach dem Atombomben-Abwurf 1945

ob wir wollen oder nicht, eine zentrale, jedermann betreffende Angelegenheit. Denn das sollte uns dieses Jahrhundert gelehrt haben: wer die Frage von Krieg und Frieden leichtfertig behandelt oder sogar unbeachtet läßt, der verhält sich in einer Frage fahrlässig, in der es um nichts weniger geht als um Leben oder Tod von Millionen Menschen. Die bisherigen Besatzungstruppen stehen nach wie vor im Land. Zwar verlassen die Sowjet-Truppen in den nächsten Jahren Mitteldeutschland. Aber dieser Abzug ändert wenig an der Ausgangslage. Er verschiebt nur die Grenze zwischen West und Ost. Entscheidend ist, daß die US-Truppen bleiben. Von den 938 amerikanischen Militärliegenschaften in Westdeutschland sollen bis 1997 nur 114 geschlossen werden, und zwar hauptsächlich Kasernen, Wohnungen, Übungsplätze und nebensächliche Depots. Der harte militärische Kern soll nicht angetastet werden. Das heißt, die Besatzung durch den zur Zeit mächtigsten imperialistischen Staat soll bestehen bleiben.

US-Besatzung bleibt

Auch die NATO existiert weiterhin. Sie soll sich sogar ausweiten. Hierbei denkt man auch an die Aufnahme ehemals sowjetischer Staaten. Ist das nicht bezeichnend? Das Ziel liegt damit klar auf der Hand. Es wird hie und da auch offen ausgesprochen: Die NATO soll sich zu einer weltweit ausgedehnten Befriedungs- und Polizeistreitmacht entwickeln, natürlich unter der Führung der Machthaber in den USA. Damit könnten diese Machthaber weltweit NATO-Truppen deligieren. Das wäre praktischer und effektiver als der Einsatz von UNO-Truppen. Und selbstverständlich ginge es dabei immer um den Weltfrieden, um Gerechtigkeit, um Freiheit. Denn nichts steht uns höher. Ausgenommen die Herausfütterung unserer Führer und ihres Hauspersonals. Und dann natürlich noch die Bewahrung so hehrer Kulturgüter wie Coca-Cola, Pommes, Tutti-Frutti, und - na, der Rest ist mir entfallen. Dafür lohnt sich schon ein Atomkrieg. Wir können also auch in Zukunft

Die alte Strategie wird fortgesetzt

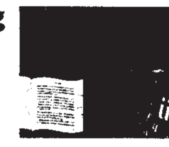
ganz beruhigt sein. Die alte Strategie wird - nach einigen Anpassungen an die veränderten Verhältnisse - im Kern dieselbe bleiben, insbesondere jene Strategie, wonach Mitteleuropa im Ernstfall atomar ausgelöscht werden soll. Denn das ist klar: ein unbotmäßiges Deutschland ist für die Gestalter dieser Entwicklung tausendmal schlimmer, als es jemals die alte Sowjetunion war. Wenn man schon zwei Weltkriege gegen dieses Land geführt hat, ist man auch bereit, dagegen einen dritten zu führen. Wie man so etwas einfädelt, und wie man dabei die Schuld verschiebt, das hat man uns mit dem Golfkrieg wieder einmal vorexerziert. Aber - wer will denn von uns unbotmäßig werden! Die obersten Bundesmaden jedenfalls nicht. Daher werden wir Deutschen es weiterhin dulden, daß amerikanische Atomwaffen von unserem Boden aus andere „unbotmäßige" Völker bedrohen. Es sind ja nur andere, solche, die unbotmäßig werden könnten, denn ansonsten sind wir durchaus ausländerfreundlich. Und daher werden wir es auch weiterhin dulden, daß Frankreich und Großbritannien ihre Atomraketen

Raketen gegen den Nazi in uns

auf deutsches Gebiet richten. Denn das richtet sich nur gegen den Nazi in uns, sichert also die Forsetzung unserer Besserung und damit den Frieden, zumindest danach. Und aus dem gleichen pädagogischen Grunde besitzt die Bundeswehr keine schlagkräftigen Abwehrmittel gegen Atomraketenangriffe. Solche Abwehrmittel wären auch wirklich sehr ungehörig. Für ungelehrige Zweifler sei erwähnt, was durch den Golfkrieg bekannt wurde: Die NATO ist ausgerüstet mit Patriot-Raketen. Diese können mit hoher Treffsicherheit sowohl Flugzeuge als auch Raketen abwehren. Soweit sich diese Raketen im Besitz der Bundeswehr befinden, sind sie jedoch so programmiert, daß sie nur Flugzeuge abwehren können, keine Raketen. Daher mußten, als wir unsere Patriot-Raketen im Golfkrieg an Israel weitergaben, erst Fachleute unserer „Verbündeten" eingeflogen werden, um sie auf volle Tauglichkeit zu programmieren. Ja, unsere Verbündete mögen uns wirklich sehr. So wie sie den Irak mochten, als sie ihn mit zweitrangigem Militärmaterial belieferten, damit ihm gezeigt werden

Die Zuchtrute der westlichen Wertegemeinschaft

konnte, wie wirksam die Zuchtrute der westlichen Wertegemeinschaft sein kann. Doch betrachten wir die Lage noch genauer: Die historische Erfahrung lehrt: Es gibt Personen und Machtgruppen mit imperialistischen Bestrebungen. Imperialistische Bestrebungen führten in der Vergangenheit oft zum Erfolg. Voraussetzung für den Erfolg war stets, daß die Bestrebun-



gen als etwas höchst Positives dargestellt wurden, und zwar für die Mitkämpfer ebenso wie für die zu Beherrschenden. Das geschah vor allem durch Versprechung von Glück und Wohlstand in der Zukunft, falls treue Gefolgschaft geleistet werde, außerdem durch ideologische Rechtfertigung, durch Massensuggestion, durch Aufbau eines Lohn-, Straf- und Furchtsystems.

Imperialistische Bestrebungen gibt es auch in Staaten, wo solche Bestrebungen verboten sind. Sie werden dann staatlicherseits bekämpft, es sei denn, die Träger der Bestrebungen haben den Staat so stark unterwandert, daß sie dessen Abwehr weitgehend auszuschalten oder gar die Staatsführung zu übernehmen vermochten. In der Bundesrepublik ist der bestehende Machtapparat von Personen und Gruppen durchsetzt, die unbewußt bis bewußt imperialistischen

Imperialistische Bestrebungen in der Bundesrepublik

Bestrebungen dienen oder die sich so verhalten, daß sie solchen Bestrebungen keinen ausreichenden Widerstand entgegensetzen. Diese Bestrebungen sind allerdings nicht einheitlich. Sie kommen aus unterschiedlichen Quellen und haben unterschiedliche Ziele und Methoden. Zu beobachten ist auch, daß sich, wie in früheren geschichtlichen Epochen, auch heute unter den Trägern jener imperialistischen Bestrebungen Personen befinden, vor allem im Hintergrund, die den Krieg nicht nur als ein Übel ansehen, das nicht immer abgewandt werden kann, sondern die es als ein Mittel ihrer Politik betrachten, und die daher versuchen, Konfliktherde zu schaffen und zu schüren, um diese im Bedarfsfall als Ausgangspunkt für einen Krieg einzusetzen.

Wie weit imperialistische Bestrebungen zum Charakter der herrschenden Politik gehören, zeigte sich in der Vergangenheit ganz klar in der Art der sogenannten Wehrpolitik. Diese Politik diente offensichtlich keinen deutschen Interessen,

Politik gegen deutsche Interessen

insbesondere diente sie nicht der Erhaltung von Leben, Freiheit und Kultur unseres Volkes. Sie anerkannte das Angriffskonzept der NATO mit dem von Luns proklamierten „Recht" auf den „atomaren Erstschlag" [1]. Dieses „Recht" wurde immer wieder von Vertretern der NATO bekräftigt. Es barg den Anspruch, mit dem Einsatz von Massenmordmitteln beginnen zu dürfen, sobald dies erforderlich erschien, um einer Machtergreifung der Sowjets in Westeuropa vorzubeugen. Sie anerkannte zugleich das Ziel der NATO, einen

Freigabe von Massenmord

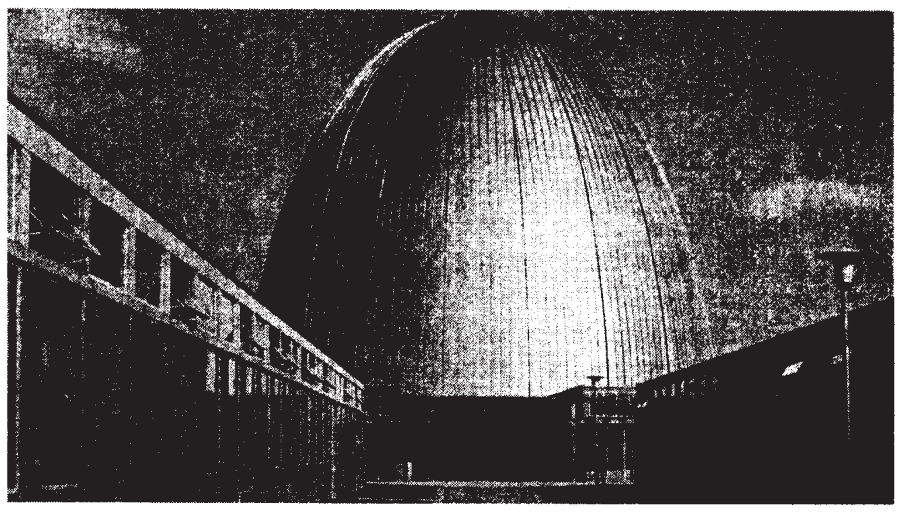
begrenzten Atomkrieg führbar zu machen. Zu diesem Zweck kam es zur sogenannten „Nachrüstung", zur Verlegung des NATO-Hauptquartiers nach England und zu einem strategischen Konzept, bei dem der Krieg allein von Mitteleuropa aus militärisch betrieben und auf Mittel- und Osteuropa begrenzt werden konnte. Es ist klar, daß durch solche Absichten die atomare Bedrohung der Sowjetunion beträchtlich gesteigert wurde, was diese wiederum im Krisenfall zum Präventivschlag hätte drängen können. Daher gab es auf der anderen Seite ein ähnliches strategisches Konzept. Das heißt aber, in einem Krisenfall wären beide Seiten zum Präventivschlag gedrängt gewesen. Wir hatten also eine überaus famose Verteidigungspolitik unter der Fürsorge unserer Besatzer. Aber selbst dann, wenn wir hier etwas überinterpretierten, das eine steht jedenfalls fest: Die vorherrschenden Politiker wurden in der Vergangenheit von der Absicht getragen, Mitteleuropa im Kriegsfall zum Schlachtfeld zu machen und es damit der Vernichtung auszuliefern. Sie akzeptierten daher auch, daß zu diesem

Bonn akzeptierte unser Land als atomares Schlachtfeld

Zweck jene Atomraketen eingesetzt werden sollten, die von einer fremden Macht auf unserem Boden stationiert worden waren, einer Macht, die schon zweimal in diesem Jahrhundert als Feindmacht gegen uns aufgetreten war. Das wiederum beweist, daß diese Politiker, aus welchen Gründen auch immer, nicht sicher stellen konnten oder wollten, daß das wichtigste Ziel militärischer Verteidigung im Ernstfall verwirklicht würde, nämlich das Ziel, das Leben und die Existenzgrundlagen des Volkes zu **erhalten**. Die Verteidigungspolitik lief vielmehr ganz eindeutig darauf hinaus, im Ernstfall das, was vorrangig zu verteidigen wäre, nicht zu

Verteidigungszweck: Auslöschung des zu Verteidigenden

verteidigen, sondern **auszulöschen**. Sie verkörperte damit keine Verteidi-



Deutschlands erstes Atom-Windei in München-Garching: Staaten mit AKWs sind jederzeit erpreß- und verwundbar

gungspolitik im Sinne des Grundgesetzes, sondern nach § 220a StGB. eine **verbotene** Vorbereitung von **Massen- und Völkermord.** Darüberhinaus haben jene Kreise, die diese Politik verschuldeten, zu verantworten, daß wir über keine schlagkräftigen Abwehrwaffen gegen Atomraketen verfügen und nur über wenige Schutzbunker für die Bevölkerung [2], während sie

Nur die Regierenden sollen vor der Vernichtung geschützt werden

selbst zu ihrem eigenen Schutz sehr aufwendige Bunkeranlagen geschaffen haben. Das beweist, daß sie zwar ein großes Interesse an ihrem eigenen Schutz, aber nicht am Schutz der Bevölkerung haben, daß sie also im Kriegsfall nicht die höchstmögliche Begrenzung, sondern eine Häufung der Tötungen hinnehmen – oder gar wollen. Zur weiteren argumentativen Ergänzung sei aus einem Schriftsatz zitiert, den der Verfasser im Gerichtsverfahren eines von ihm vertretenen Wehrdienstverweigerers, der aus patriotischen Gründen den Dienst an der NATO-Waffe verweigert hatte, vorgelegt hat: „Aus den vorstehend genannten Gründen ist die derzeitige Zielsetzung und Tätigkeit der Bundeswehrführung und der dahinterstehenden politischen

Verfassungs- und strafgesetzwidrige Zielsetzung

Kreise verfassungs- und strafgesetzwidrig. Sie verstößt unter anderem gegen Art. 9 II GG. und gegen § 220a StGB. Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes lautet: ‚Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten." § 220a Strafgesetzbuch lautet: ‚Wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, 1. Mitglieder der Gruppe tötet, 2. schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 224 bezeichneten Art, zufügt, 3. die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, deren körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen, 4. Maßregeln verhängt, die Geburten innerhalb der Gruppe verhindern sollen, 5. Kinder der Gruppe in eine andere Gruppe gewaltsam überführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.'" Der Wehrdienstverweigerer bekundete: „Ich lehne es ab, an einem verfassungs- und strafgesetzwidrigen Wirken teilzunehmen, beziehungsweise mich rekrutieren zu lassen als

Mitglied in einer geisteskranken Organisation?

Mitglied einer geistig und politisch fehlgesteuerten Organisation, einer Art Jim-Jones-Sekte [3]. Es besteht auch keinerlei Rechtsanspruch irgendeiner Behörde, mich zu einer derartigen Tätigkeit zu verpflichten. Hingegen besteht für mich die Pflicht, gegen diese Tätigkeit Widerstand zu leisten. Außerdem besitze ich den Rechtsanspruch, daß mich die Staatsführung in die Lage versetzt, in einer Wehrorganisation ausgebildet zu werden, die nicht nur zum Schein, sondern tatsächlich der Erhaltung von Leben, Freiheit und Kultur der eigenen Person, der Familie und Freunde, des eigenen Volkes und anderer Völker dient. Dieser Rechtsanspruch stellt ein fundamentales Grundrecht dar, das Recht auf Notwehr. Es ist daher auch klar, daß es für mich nicht infrage kommt, Ersatzdienst zu leisten, denn

Rechtsanspruch und nicht Rechtsersatz

ein solcher wäre nicht nur ein Ersatz für eine verbotene Tätigkeit, dadurch würde auch mein Rechtsanspruch auf die Ausbildung in einer rechtmäßigen Wehrorganisation verletzt werden." Bezeichnend ist, wie die Prüfungskammern und Gerichte auf die vorstehend zitierte Argumentation geantwortet haben. Sie hatten für die Antwort drei Möglichkeiten. Sie konnten den Antrag liegenlassen, ihn ablehnen oder ihn zustimmend bescheiden. In den ersten Jahren nach Beginn der sogenannten „Wiederbewaffnung" wurden solche Anträge in der ersten Instanz abgelehnt, in der nächsten blieben sie einfach liegen. Die Antragsteller wurden dann stillschweigend weder zum Wehr- noch zum Ersatzdienst herangezogen. Auch dem Verfasser erging es so. Er gehörte in einer Zeit, in der vorgeblich „nationale" Publikationen, die ihre Lizenzen und Gelder aus dem alliierten Welfenfonds erhielten, Stimmung für die Wiederbewaffnung im Sinne der NATO machten, zu den ersten „Totalverweigerern" aus patriotischen Motiven. Später wurden dann derartige Anträge auch in höheren Instanzen abgelehnt. Zur Begründung gab es rein theoretisch zwei Möglichkeiten. Der Antrag konnte entweder aus sachlichen Gründen zurückgewiesen werden oder aus rechtlichen. Die Zurückweisung aus sachlichen Gründen hätte verlangt, das tatsächliche Verteidigungskonzept zu leugnen, nämlich die Planung oder Inkaufnahme der weitgehenden Vernichtung Mitteleuropas im sogenannten „Verteidigungsfall". Das jedoch war unmöglich. Es geschah daher auch in keinem einzigen Fall. Stattdessen wurden rechtliche Gründe angeführt. Es wurde behauptet, der Verweigerer handle nicht aus Gewissensgründen, sondern aus politischen Gründen. Eine Wehrdienstverweigerung aus politischen Gründen

Mißachtung geltender Gesetze

sei aber rechtlich nicht möglich... Nun waren es zweifellos Gewissensgründe, die den einzelnen Verweigerer bewegten. Aber waren denn diese Gründe gefragt? Konnte es nicht völlig dahingestellt bleiben, wie die Beweggründe des Antragstellers bezeichnet wurden? Was hatten denn diese mit dem Tatbestand zu tun? Um diesen Tatbestand ging es jedoch! Es ging darum, daß die Staatsführung Personen rekrutieren läßt, die im militärischen Ernstfall helfen sollen, Deutschland in ein atomares Schlachtfeld zu verwandeln. Und da nach § 220a StGB schon die Vorbereitung von Massen- und Völkermord unter Strafe steht, handelt der im Sinne des Gesetzes, der hier die Mittäterschaft verweigert. Demge-

Die Vernichtung des Holocaust Syndroms



genüber handelt der, der zu einer solchen

Strukturen von Gewaltherrschaft

Mittäterschaft zwingt, gesetzwidrig. Er handelt sogar gewaltherrschaftlich. Und da es der Staatsführung gelang, durchzusetzen, daß ihr Verhalten als rechtens, der Widerstand hiergegen aber als rechtswidrig hingestellt wird, beweist sie damit zugleich, daß auf dem Verteidigungssektor, also **auf dem wichtigsten Gebiet staatlicher Organisation, die freiheitlich-rechtsstaatlich-demokratische Grundordnung ersetzt worden ist durch eine gewaltherrschaftliche.** In diesen Zusammenhang gehört natürlich auch die Tatsache, daß die andere Seite – bis zu ihrem Zusammenbruch – im Prinzip die gleiche Strategie pflog. In der wichtigsten Frage hatte also das sowjetische staats-sozialistische System die gleiche Strategie wie das westliche privat-kapitalistische. Sogar die militärischen Kampfsymbole der beiden Führungsstaaten waren gleich: es war in beiden Fällen der fünfzackige Stern, das in okkulten und Freimaurerkreisen so beliebte Pentagramm. Noch nicht beantwortet ist bis jetzt die Frage, warum sich die bundesdeutsche Staatsführung so verhielt. Hatte sie nicht vielfach Gelegenheit, den eigenen Standpunkt zu überdenken? Da gab es das genannte und viele ähnliche Verfahren von „Totalverweigerern". Da gab es Vorstöße der „Grünen" und der „Friedensbewegung". Da gab es ungezählte publizistische Angriffe, darunter auch zwei in hoher Auflage verbreitete Schriften des Verfassers. Die Staatsführung beharrte jedoch auf ihrem Standpunkt, sie nahm lieber inkauf, daß

Volksfeindliche Verhaltensstruktur

ihre volksfeindliche Verhaltensstruktur erkennbar wurde. Warum? Das geschah doch nicht nur aufgrund der üblichen Defekte unter den meisten Politikern, die sich bei einigen noch verbanden mit einem religiös oder ideologisch geschürten Machttrieb und Auserwähltheitsanspruch. Dies allein hätte niemals genügt, um die bedingungslose[4] Mittäterschaft bei einer imperialistischen Strategie herbeizuführen, die sich vorrangig gegen die Interessen des eigenen Volkes richtete. Da mußte noch anderes vorgefallen sein. ■

FORTSETZUNG FOLGT.



Fußnoten: [1] *Auch die strategische Übung unter der Bezeichnung Wintex-Cimex, die in dem oben zitierten Artikel des „Spiegel" behandelt wurde, nahm das „Recht" auf den „atomaren Erstschlag" für sich in Anspruch.*

[2] *In der Schweiz stehen fast allen Bewohnern Atombunker zur Verfügung, in der Bundesrepublik fast niemandem. Warum? Die Behauptung, die häufig angeführt wird, nämlich die Behauptung, die Ungeschütztheit der Bevölkerung setze beim Feind die Hemmschwelle höher, wenn es um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen geht, diese Behauptung ist unsinnig und unredlich. Im Kriegsfall denkt der Feind weniger an die Interessen der gegnerischen Bevölkerung als vielmehr daran, sich selbst zu schützen und zu siegen. Das ist selbstverständlich und wird durch die Kriegführung aller Zeiten bestätigt. Auch wäre diese Rechtfertigung bestenfalls anwendbar, wenn die Bundesrepublik im Kriegsfall militärisch völlig unbedeutend wäre. Die Bunderepublik spielt jedoch eine zentrale militärische Rolle. Sie war und ist das wichtigste und größte Militärlager an der Grenze und sie ist mit Atomwaffenstützpunkten übersät. Deswegen muß jede gegnerische Strategie darauf ausgerichtet sein, im Kriegsfall dieses Militärlager sofort auszuschalten. Das war und ist allen Militärs klar. Die strategische Planung war auch bisher darauf abgestimmt. Damit machte man aber Mitteleuropa zwangsläufig zum eigentlichen Schlachtfeld zwischen den Blöcken. Was das heißt, braucht keine große Erläuterung. Aufgrund der heutigen Waffentechnik muß ein Krieg auf unserem Boden schon bei konventioneller Kampfesweise verheerende Folgen haben. Der Golfkrieg hat das gezeigt. Der Bau von Schutzbunkern in ausreichender Zahl wäre daher schon notwendig gewesen, als diese Art der „Verteidigungspolitik" begann. Da obendrein die Bundesrepublik mit Atomspaltwerken überzogen wurde, erwarten Fachleute schon bei einem konventionellen Krieg, daß weite Gebiete aufs schwerste atomar verseucht werden. In diesem Zusammenhang ist ein Urteil erwähnenswert, das vom Verwaltungsgericht Schleswig im Jahre 1980 gefällt wurde. Danach gehört es zum „Restrisiko", das dem Volk vom Gesetzgeber „auferlegt" wurde, daß im Kriegsfall ein Atomspaltwerk zerstört wird, das gegen Kriegseinwirkungen nicht geschützt wurde; die Forderung nach vorbeugenden technischen Schutzmaßnahmen wäre daher rechtlich nicht durchsetzbar. Ähnlich fielen dann spätere Urteile höherer Gerichte aus. Und da auch tatsächlich bis heute keine wirksamen Schutzmaßnahmen gegen Kriegseinwirkungen geschaffen worden sind, heißt das im Klartext: Gesetzgeber, Justiz und Exekutive akzeptieren entgegen dem Verfassungsauftrag, Schaden vom Volk abzuwenden, die völlige Verseuchung im Kriegsfall. Damit wird eine solche Verseuchung gleichsam zu einer Art „Recht" des Feindes gegen das deutsche Volk, die Verteidigung hiergegen aber zu einem „Nicht-Recht", also „Un-Recht", denn die Herrschenden haben das Schicksal der Verseuchung dem Volk „auferlegt".*

[3] *Das ist jene okkulte Sekte, die vor einigen Jahren in Südamerika kollektiv Selbstmord beging; sie soll angeblich vom CIA gesteuert worden sein, um zu testen, unter welchen Bedingungen Massensuizid als Mittel zur Bevölkerungskontrolle organisiert werden kann.*

[4] *Bundeskanzler Kohl lehnte es sogar ab, ein ihm angebotenes Vetorecht gegen den Einsatz von Atomwaffen anzunehmen.*

Die Vernichtung des Holocaust Syndroms

Teil 2

Eine Artikelserie von Roland Bohlinger

Zerstörung auf allen Lebensgebieten als inkaufgenommenes Ergebnis heutiger Politik?

Die *Wüsten* der Erde wuchsen von 1882 bis 1952 ungefähr von 12 auf 26 Millionen qkm an. Seit 1952 wuchsen sie um weitere rund 9 Millionen qkm. Mindestens die Hälfte aller ursprünglichen *Wälder* der Erde sind inzwischen *abgeholzt*. Man schätzt die Gesamtfläche der Abholzungen auf etwa 41 Millionen qkm. Der äußerst wichtige Waldgürtel in Äquatornähe unterliegt besonders starkem Raubbau; er dürfte in 20 bis 30 Jahren weitgehend zerstört sein. Im einstmals geschlossenen Urwaldgebiet des Amazonasbeckens gibt es bereits Wüsteneien. Derzeit werden in diesem Gebiet jährlich Flächen gerodet, die etwa der Größe eines mittleren deutschen Bundeslandes entsprechen. Zu allen diesen Abholzungen kommen in den meisten Industrieregionen und in deren Randgebieten

Verwüstung der Erde

zunehmend *Waldzerstörungen* durch Schadstoffe und Krankheiten. Und obendrein hat diese ganze Entwicklung zahlreiche, sich zunehmend verschärfende Auswirkungen auf anderen Gebieten. Das gilt vor allem für das *Großklima*, den *Wasser- und Sauerstoffhaushalt* und das Problem der *Bodenerosion*, insbesondere in Gebirgsgegenden.

Immer mehr *Bäche, Flüsse und Seen* sterben ab. Beispielsweise sind in Kanada bereits über 4.000 Seen abgestorben, rund 48.000 weitere Seen stehen unmittelbar vor dem gleichen Schicksal. Auch die *Meere* werden immer

Zerstörung der Gewässer

stärker bedroht. In sie ergießen sich jährlich bis zu 10 Millionen Tonnen Öl, nicht gerechnet die Folgen von Ölkatastrophen, wie sie sich in den letzten Jahren vor Norwegen, Alaska und der Normandie ereigneten, im Golf von Mexiko, im Persischen Golf, im Mittelmeer und anderswo. Dazu kommen die Verschmutzungen und Vergiftungen durch verschiedenste Abwässer und Abregnungen, durch Verklappen von Dünnsäure, durch Versenken von Giftmüll und radioaktiven Abfällen.

Die *Verluste an Mutterboden*, sei es durch Übernutzung, Nachlässigkeit oder Mißwirtschaft, sollen derzeit rund 2,5 Milliarden Kubikmeter im Jahr betragen. Noch weit folgenreicher ist die *Vergiftung des Mutterbodens* durch Schadstoffe und Fehldüngung.

Besonders deutlich zeigt sich der immer rasender werdende Vernichtungsfeldzug

Vernichtungsfeldzug gegen Pflanzen und Tiere

gegen das Leben im *Auslöschen von Tier- und Pflanzenarten*. Etwa 300 höhere Tierarten wurden in den letzten 300 Jahren ausgerottet. Etwa 1.000 Arten von Wirbeltieren, etwa 500.000 andere Tierarten und etwa 25.000 Pflanzenarten müssen in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren mit dem Aussterben rechnen. Von der Anzahl der insektenfressenden Vogelarten Europas verschwand in den letzten 70 Jahren rund 90 %. Von den 408 noch freilebenden europäischen Vogelarten dürften in den nächsten Jahren 58 fast mit Sicherheit und 221 wahrscheinlich aussterben. Rund 200 Millionen Singvögel fallen jährlich allein in Italien der Gewinn- und Genußsucht zum Opfer. Rund 20 Millionen Versuchstiere werden jährlich in der Bundesrepublik getötet, weltweit wohl mehr als das zehnfache.

Unser Volk marschiert in der Spitzengruppe der lebensfeindlich handelnden

Die Deutschen marschieren in der Spitzengruppe

Nationen. Jährlich kommt es bei uns zu *Überbauungen* in der Größenordung des Stadtgebietes von München. Bereits 12 % Westdeutschlands liegen unter Asphalt, Beton oder Stein! 1945 waren es nur 5 %. Und da gibt es

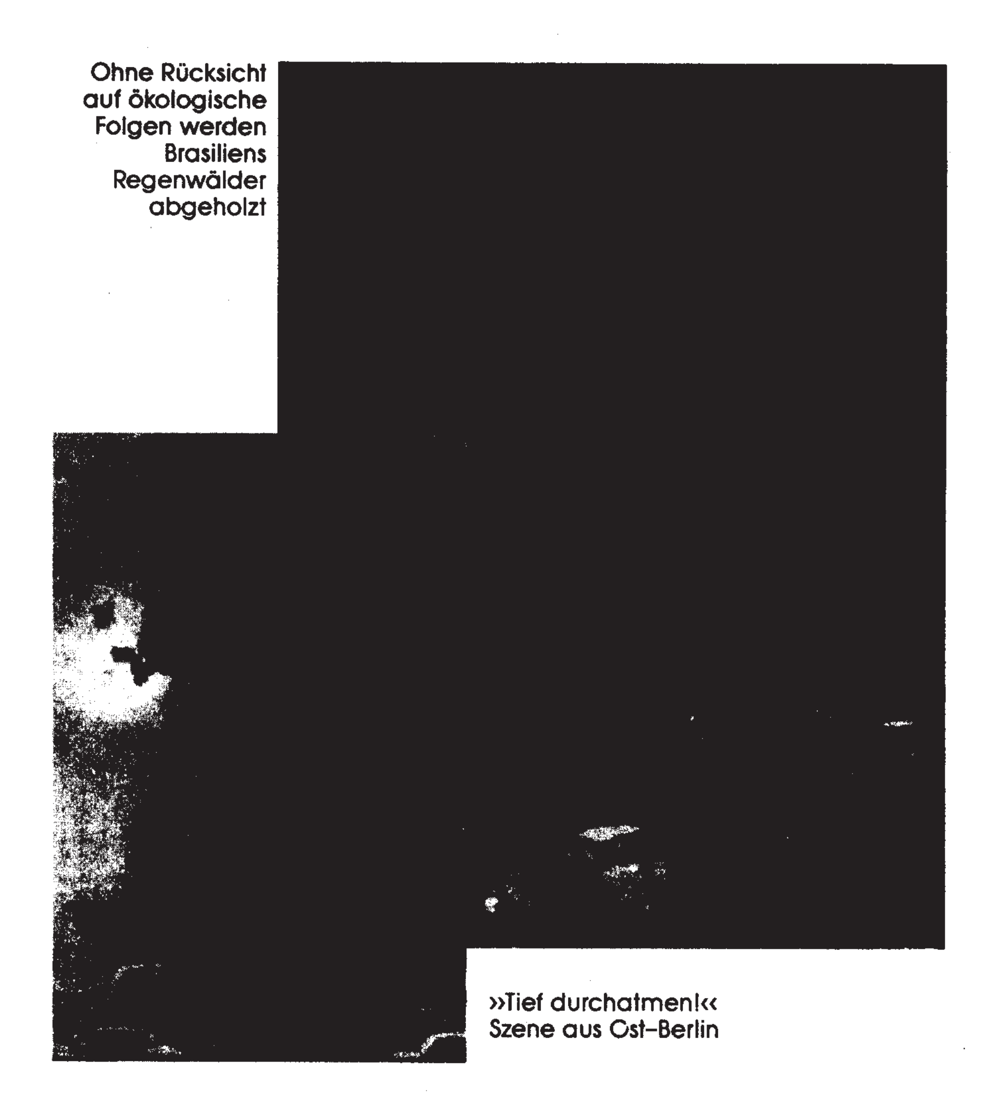
noch Politiker, die so schwachsinnig sind, daß sie Deutschland zum Einwanderungsland erklärt sehen möchten! Neben der Überbauung schreitet die *Zersiedlung* mit Riesenschritten voran. Unsere *Gewässer* sind mit den verschiedensten Giftstoffen verseucht, viele davon sind nur noch Kloaken. Das *Waldsterben* hat längst katastrophale Züge angenommen. Die Zerstörung des Waldes trifft zugleich große Teile der im Wald lebenden *Tiere und Pflanzen* sowie den *Wasser- und Sauerstoffhaushalt*. Über kurz oder lang werden die Ursachen, die jetzt zum Waldsterben führen, zusammen mit falschen Bewirtschaftungsmethoden auch viele *landwirtschaftlich genutzte Böden und das Grundwasser* ruiniert haben. Die Folgen für die Trinkwasserversorgung kündigen sich vielerorts bereits an.
Es bedarf also gar nicht erst eines großen Krieges oder einer Atomkatastrophe – unser Volk ist auf ganz „friedliche" Weise dabei, seine biologischen

Zerstörung unserer Lebensgrundlagen

Lebensgrundlagen schrittweise zu vernichten. Hierbei treffen die Folgen des *Raubbaus*, der *Entnaturierung* und der *Vergiftung* von Erde, Wasser und Luft alle Lebewesen in unserem Land, wenn auch in unterschiedlicher Stärke. Und natürlich ist diese Entwicklung in den meisten anderen Ländern nicht grundsätzlich anders.
Was sich hier abspielt, ist auch längst nicht mehr überschaubar. Nach Prof. Dr. Otmar Wassermann (Universität Kiel) hat die Menschheit inzwischen acht bis neun Millionen Chemikalien entwickelt. Jährlich sollen etwa 300.000 hinzukommen, ein Fünftel

Ausmaß des chemischen Krieges gegen das Leben nicht mehr überschaubar

davon mit umweltschädigender Wirkung. Niemand ist in der Lage, auch nur annähernd die ökologischen Breiten-, Langzeit- und Kombinationswirkungen aller dieser Stoffe vorherzu-



Ohne Rücksicht auf ökologische Folgen werden Brasiliens Regenwälder abgeholzt

»Tief durchatmen!« Szene aus Ost-Berlin

sagen. Insbesondere ist die *genetische Dimension* der Schäden schwer einzuschätzen. Gerade diese stellt aber langfristig gesehen die gefährlichste Konsequenz dar.
Die Folgen der ganzen Entwicklung für den Menschen werden immer deutlicher. In Westdeutschland hat sich im Verlauf der letzten zehn Jahre die

Wächst die Erkrankungshäufigkeit immer rascher?

Erkrankungshäufigkeit ungefähr verdoppelt. Insbesondere scheinen sich jene Krankheiten zu häufen, die ganz oder teilweise genetisch bedingt sind oder bei denen genetische Faktoren durch Umweltschäden und falsche Lebensweisen aktiviert werden. Obendrein sind gerade diese Arten von Erkrankungen besonders häufig durch Umweltfaktoren auslösbar und hartnäckig. Beunruhigend ist auch, in welchem Ausmaß die Krebserkrankungen zunehmen.

Auf die Dauer ist die derzeitige Entwicklung weder finanziell noch sozial tragbar. Denn die Kosten für Heilwesen, Frühinvalidität, Vorsorge, Erholung, Entsorgung, Lebens- und Umweltschutz, dazu die Kosten von Produktionsausfällen

Die Folgen sind finanziell nicht mehr tragbar

durch Krankheit wachsen erheblich stärker als die Gewinne der Produktion. Wir sind daher immer mehr gezwungen, Sparmaßnahmen und Leistungsminderungen vorzunehmen und die unmittelbare Selbstbeteiligung des Einzelnen zu verstärken. Das wird in den nächsten Jahrzehnten noch beträchtlich zunehmen, und zwar aus folgenden Gründen:
Die Schadstoffbelastungen wachsen weiter und das synergistische Zusammenwirken dieser Belastungen führt zunehmend zu einem exponentiellen Wachstum der Folgen; hierbei wird immer häufiger der Punkt der Überbela-

Die Vernichtung des Holocaust Syndroms

Teil 2



stung und damit der *Kollabierung* erreicht werden. Zugleich setzt die wachsende Erkrankungshäufigkeit die durchschnittliche Wirtschaftsleistung der Bevölkerung herab. Das zwingt die öffentliche Hand und die Versicherungen zu verstärkten Sparmaßnahmen und die Unternehmer dazu, die Mehrkosten durch Preiserhöhungen aufzufangen. Mit anderen Worten: Die Erkrankung und Zerstörung der Lebensgrundlagen zwingt immer mehr zu aufwendigen Gegenmaßnahmen oder, wenn diese nicht bezahlbar sind, zur Hinnahme der Folgen. Das gilt in gleicher Weise auch für die Ausbeutung der Natur. Dazu kommt obendrein, daß gerade in den wirtschaftlich aktivsten Ländern ein so starker Geburtenschwund herrscht, daß die Zahl der älteren Bürger im Verhältnis zur Zahl der jüngeren immer mehr zunimmt, also die Zahl jener wächst, die aus Altersgründen am häufigsten und schwersten erkranken, während gleichzeitig die Zahl jener Bürger abnimmt, die das Gesundheitswesen durch ihre Arbeit finanzieren.

Die Folgen dieser Entwicklung können nur katastrophal sein. Sie führen zu einem rasch wachsenden Abbau sozialstaatlicher Strukturen mit einer gleichzeitig

Verabschiedung vom Sozialstaat

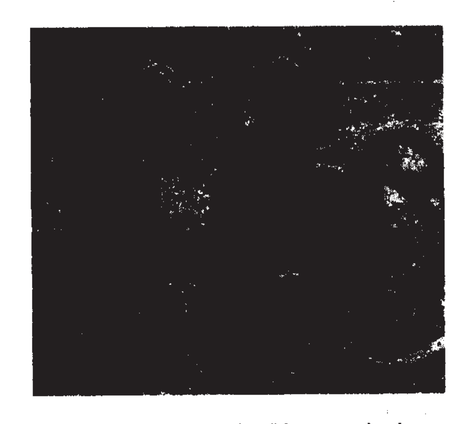
wachsenden Verelendung und Lebenszeitverkürzung unter den wirtschaftlich schwächeren Teilen der Bevölkerung. Das gilt zumindest für alle, die nicht durch strengste Abwehrmaßnahmen ihre Gesundheit und ihre Leistungskraft schützen und sich nicht weitgehend vom herrschenden Zerstörungssystem abkoppeln.

Die Zerstörung der biologischen Lebensgrundlagen ist aber nur die eine Seite. Daneben wächst seit Jahrhunderten auch das Ausmaß des Mordens an einzelnen Menschen, Gruppen und ganzen Völkern. Schon im Altertum kam es öfters zur Ausrottung von Stämmen, kleinen Völkern und

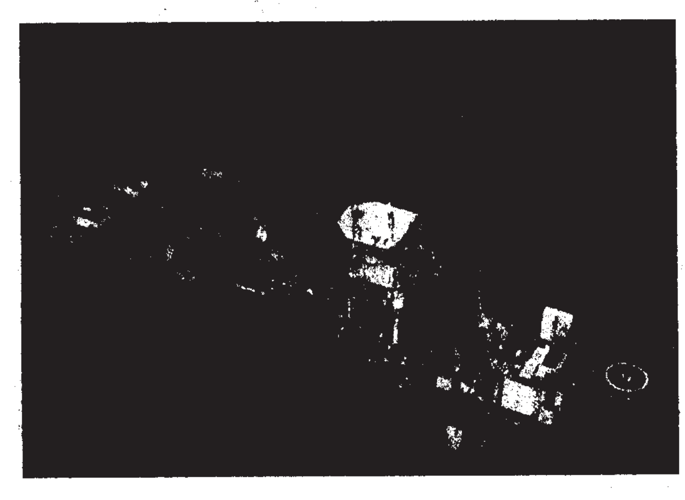
Holocaust hat Tradition

politischen Gegnern. Im Mittelalter wurden dann in ungezählten *Kreuzzügen* und *Religionskriegen* Hunderte von Millionen Menschen umgebracht, manche Landstriche fast ganz entvölkert, blühende *Kulturen ausgelöscht oder völlig verändert*. Daneben wurden Millionen von *Hexen und Ketzern* auf Scheiterhaufen verbrannt. Im Dreißigjährigen Krieg verlor unser Land rund zwei Drittel seiner Bewohner. In den *Eroberungskriegen* Rußlands und Polens, im Nordischen und im Siebenjährigen Krieg, in den Kriegen zwischen Spanien, England, Holland und Frankreich, in den napoleonischen Kriegen, dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, dem Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie in all den vielen, daneben auftretenden kleineren Kriegen, den *Revolutionen* und *Verfolgungen* von politischen Gegnern, von Andersdenkenden und Andersrassigen starben Hunderte von weiteren Millionen. Daneben wurden unschätzbare Kulturwerke vernichtet, Not, Elend und Zerfall erzeugt.

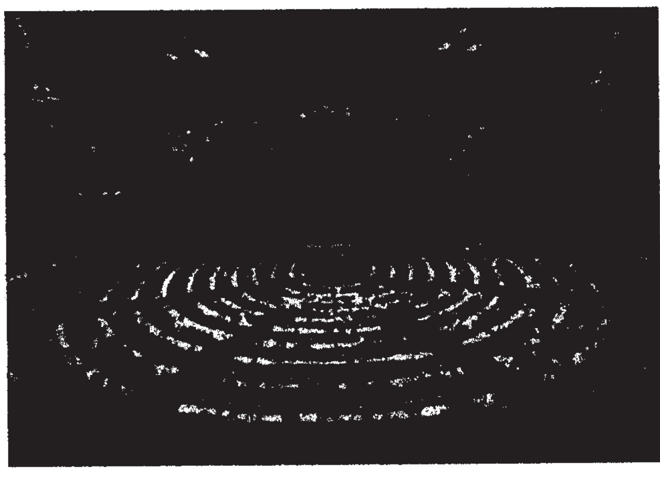
Außerdem entwickelte sich ab dem 15. Jahrhundert der *Kolonialismus*. Dieser führte fast überall in der Welt zu weiteren furchtbaren Entvölkerungen und Kulturzerstörungen. Zugleich entwikkelte sich ein weltweiter *Sklavenhandel*. Insbesondere wurden Millionen Neger als Sklaven nach Amerika verkauft, während man die ansässige indianische Bevölkerung weitgehend



Hilflose Rettungseinsätze nach dem Exxon-Valdez-Unglück an der Küste Alaskas



Hemmungsloser Raubbau an den Ressourcen dieser Erde: Offshore-Bohrung im Atlantik



Unfähig zur Lösung der Probleme und Konflikte dieser Welt: supranationale Gremien (im Bild das EG-Parlament in Straßburg)

ausrottete. Noch heute geschieht es immer i deri nd enU SA,B r asi lien, K Kolumbien und anderswo, daß mit Ausrottungsmaßnahmen und *Zwangssterilisierungen* gegen die Indianer vorgegangen wird.
Inzwischen werden jedes Jahr zwischen 10 und 20 Millionen Menschen auch noch durch *Hunger* und *Seuchen* dahingerafft. Der größte Teil davon sind Kinder. Die Hauptursachen hierfür werden aber nicht abgebaut, sondern verstärkt: die gewachsenen, im Einklang mit der Natur stehenden Denk- und Lebensweisen werden weiter zerstört durch den weltweit vorherrschend gewordenen *imperialistischen, kapitalistischen, liberalistischen und bolschewistischen Ungeist* mit seiner *Moral- und Kulturzerstörung*, seinem *Raubbauwesen* und seiner *Verschuldungs- und Zinsenpolitik*. Die Zahl der Hunger- und Seuchentoten wird daher in den nächsten Jahren weiter

Drohender Zusammenbruch der Weltwirtschaft

wachsen. Und falls den Ursachen nicht endlich wirksam entgegengetreten wird, ist sogar kurz- oder längerfristig mit einem *Zusammenbruch der Weltwirtschaft* zu rechnen. Ein solcher Zusammenbruch dürfte – weil das Wirtschaftsleben inzwischen national und international zu stark miteinander verflochten ist – zu Versorgungs- und Hungerkatastrophen mit Hunderten von Millionen Todesopfern und zu vielen revolutionären bis kriegerischen Auseinandersetzungen führen.

Die wachsende Zerstörung der „Umwelt" und der „Mitwelt" ist letzlich nichts

Umweltzerstörung als Folge der Inweltzerstörung

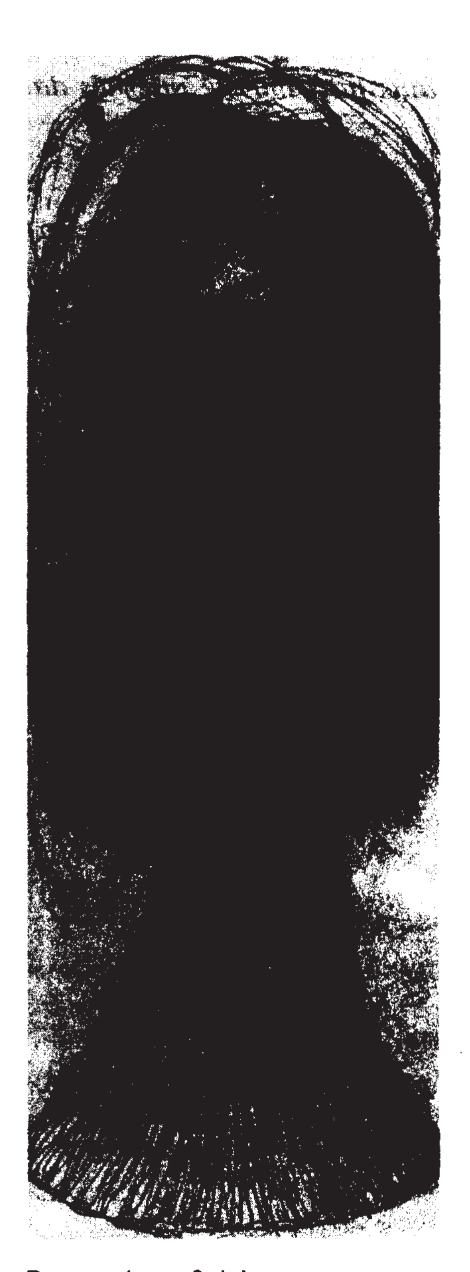
anderes als die Folge einer wachsenden Zerstörung der „Inwelt".
Die Zerstörung der „Inwelt" wird an vielerlei Stellen sichtbar. Einige Beispiele seien herausgegriffen:
In den Ländern Europas steigt seit Jahren die Selbstmordrate. In der Bundesrepublik und in Österreich soll sie bereits über der Rate der Verkehrstoten liegen.
In Westdeutschland werden jährlich über vierzig Milliarden DM allein für *Alkohol* ausgegeben. In der Gruppe der 15–17jährigen trinken bereits 28 % regelmäßig Alkohol, in der Gruppe der 21–24jährigen sind es sogar 49 %. Alkohol ist ein Rauschmittel, genauso wie Heroin oder Haschisch, nur von etwas anderer Art, aber genauso gefährlich, wenn man ihn konzentriert und reichlich zu sich nimmt. Auch die von ihm erzeugten geistigen und biologischen Schäden sind denen der meisten anderen Rauschmittel verwandt. Inzwischen sind etwa 5 % der

Eine drogensüchtige Gesellschaft

Bewohner über 15 Jahre *rauschmittelsüchtig*. Unter den 15–25jährigen liegt der Anteil jener, die süchtig sind oder sich auf dem Wege dazu befinden, noch höher. Rund 40 % der Rauschmittelsüchtigen sind drogensüchtig und davon wiederum etwa 25 % heroinsüchtig. Die Zahl der teilweise oder völlig durch Alkoholmißbrauch verursachten Todesfälle soll in Westdeutschland auf rund 20.000 im Jahr gestiegen sein, das heißt: etwa 2,3 % der Bevölkerung stirbt inzwischen im Zusammenhang mit Alkoholmißbrauch.
Henning Kehrberg vom Kinderkrankenhaus der Stadt Köln meinte: *„Der ansteigende Anteil von Kindern und Jugendlichen unter den Drogenabhängigen weist auf ein zunehmendes Versagen von Familie, Gesellschaft und Staat hin."*
Da ist es nur folgerichtig, daß sich auch die *Kriminalität* ständig im Steigen befindet, insbesondere die Zahl der Gewaltverbrechen und Eigentumsdelikte. Die offiziell genannte Kriminalitätsrate liegt inzwischen um

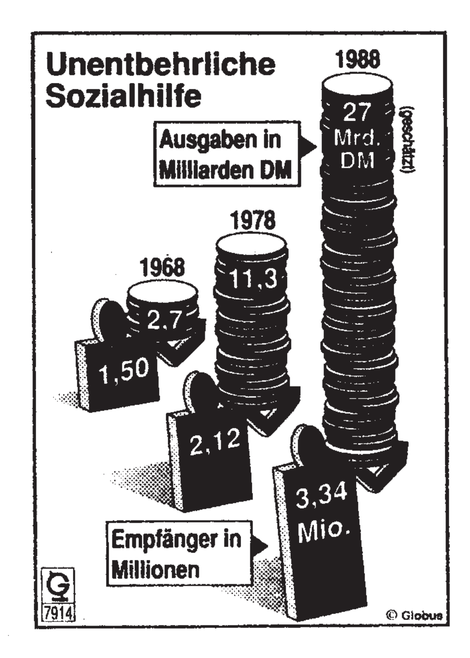
Viel krimineller als im Dritten Reich

etwa 1500 % über jener von 1938. Ist unsere Gesellschaft also viel krimineller als die im Dritten Reich? Besonders



Das moderne Spiel mit dem gekühlten Feuer

Sozialhilfe-Leistungen seit 1968 verzehnfacht!





ders hervorgehoben sei: etwa 2 bis 3 % der Frauen werden Opfer einer *Vergewaltigung*, etwa 2 % der Kinder bis zu 10 Jahren werden von ihren Eltern *mißhandelt*.

Geistiger Vernichtungsfeldzug

Der *Fernsehkonsum unter Kindern* wächst seit Jahren. Die Folgen für die geistige Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit sind verheerend. Nach einer Schätzung des früheren niedersächsischen Kultusministers Georg-Bernd Oschatz betrachten etwa zwei Drittel der Kinder im Alter von 13-14 Jahren Videofilme. Das Münchener Schulreferat stellte außerdem fest: *„Da gibt es auf den Schulhöfen einen schwunghaften Handel mit härtesten Videos."*

Etwa 45 % der Videofilm-Konsumenten unter Kindern sehen am liebsten Filme mit Horror- und Gewaltszenen. An zweiter Stelle stehen Filme mit harter Pornografie.

Von den Videokassetten, die in der Bundesrepublik zur Zeit im Handel sind, sollen etwa 45 % Mord und Totschlag, Vergewaltigung und Kannibalismus zeigen.

In diesen Rahmen gehört auch die Tatsache, daß die Westdeutschen die *niedrigste Geburtenrate* in der Welt haben. Etwa die Hälfte der

Wenig Interesse an Kindern

bestehenden Ehen hat keine Kinder, vom Rest hat mehr als die Hälfte nur ein Kind. Die Folgen sind eindeutig: Das Volk schrumpft und überaltert, während in den entstehenden Freiraum Angehörige fremder Völker sickern. Würde die jetzige Entwicklung unverändert fortdauern – bliebe also die jetzige Geburtenrate unter den Westdeutschen gleich und würde der dadurch verursachte Verlust an deutscher Bevölkerung durch nichtdeutsche Bevölkerungsanteile ersetzt werden – dann betrüge bereits im Jahre 2030 die deutsche Geburtenrate nur noch rund 12 % der gesamten Geburtenrate. Auch hier zeigt sich also, wie stark unter den Deutschen der Lebenswille und mit ihm die kulturelle Kraft geschwächt sind.

Dazu paßt, daß die Mehrheit des Deutschen Bundestages im Sommer 1992 ein Gesetz beschloß, das die zeitlich befristete Kindestötung im Mutterleib freigab, also

Bundestag vergibt Lizenz zum Töten von Kindern

allen Bürgern eine Lizenz zum Töten eigener Kinder erteilte. So wurde der Mutterschoß, der einmal als heilig galt, freigegeben als Ort der Vernichtung.

Und als die Aufhebung dieses Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht drohte, wetterte unser oberstes Medieninsekt, Rudolf Augstein, eine Aufhebung würde „die Frauen ... moralisch empören" (*Der Spiegel*, 92/28/22). Augstein hält also nicht das Töten für unmoralisch, sondern das Verbot des Tötens. Und niemand führt diesen Herrn in Handschellen ab. Warum auch, er vertritt die herrschende Meinung, und die ist frei.

Die Vernunft der Kopflosen

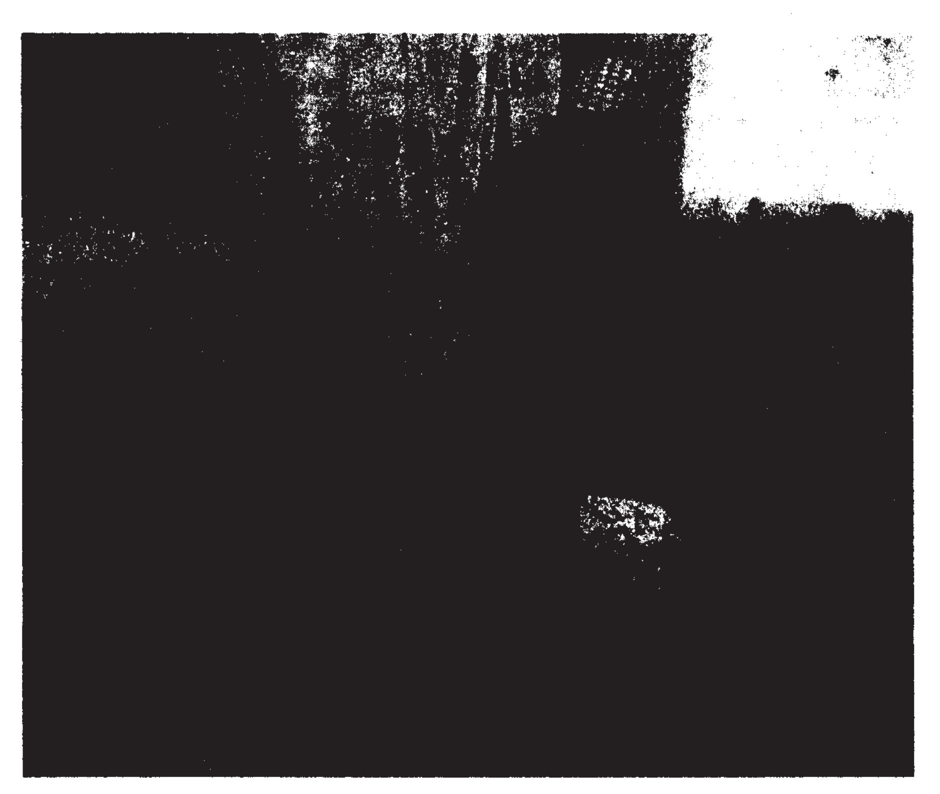
Um die staatsimmanenten Krankheitsursachen genau zu analysieren, betrachten wir eine Propagandabroschüre der Bundesregierung einmal näher.

In der 1984 herausgegebenen Broschüre *Stimmen für Europa* werden u. a. folgende Worte Winston Churchills in *Großdruck* zitiert: *„Wenn Europa einmal einträchtig sein gemeinsames Erbe verwalten würde, dann könnten seine drei- und vierhundert Millionen Einwohner ein Glück, einen Wohlstand und einen Ruhm ohne Grenzen genießen..."*

Ein Streben nach Glück, Wohlstand und Ruhm ist an sich nicht verwerflich. Verwerflich wird dieses erst, wenn es zu einem Genuß *„ohne Grenzen"*

Genuß ohne Grenzen

führen soll. Denn jedes Streben, auch ein Streben nach Genuß von Glück, Wohlstand und Ruhm, muß seine



Unterdrückte Minderheiten machen mobil: Palästinenser in den besetzten Gebieten...

Grenzen an den Rechten anderer Menschen und an den Geboten der Erhaltung unserer biologischen und kulturellen Lebensgrundlagen finden. Wird ein solches Streben nach Genuß zur *obersten* Richtschnur des Handelns genommen, und nicht das Streben nach Wahrung unserer Lebensgrundlagen und nach persönlicher Vervollkommnung auf ethischem und kulturellem Gebiet, dann wirkt dies zersetzend und zerstörend auf allen Lebensgebieten. Zudem ist klar, daß am ehesten derjenige zum Ziel uneingeschränkten Genußstrebens gelangt, der über ausreichende Macht zur Durchsetzung seines Willens verfügt. Und so paßt zu diesem Streben, was kurz darauf fast unverhüllt als weitere Zielsetzung ausgesprochen wird:

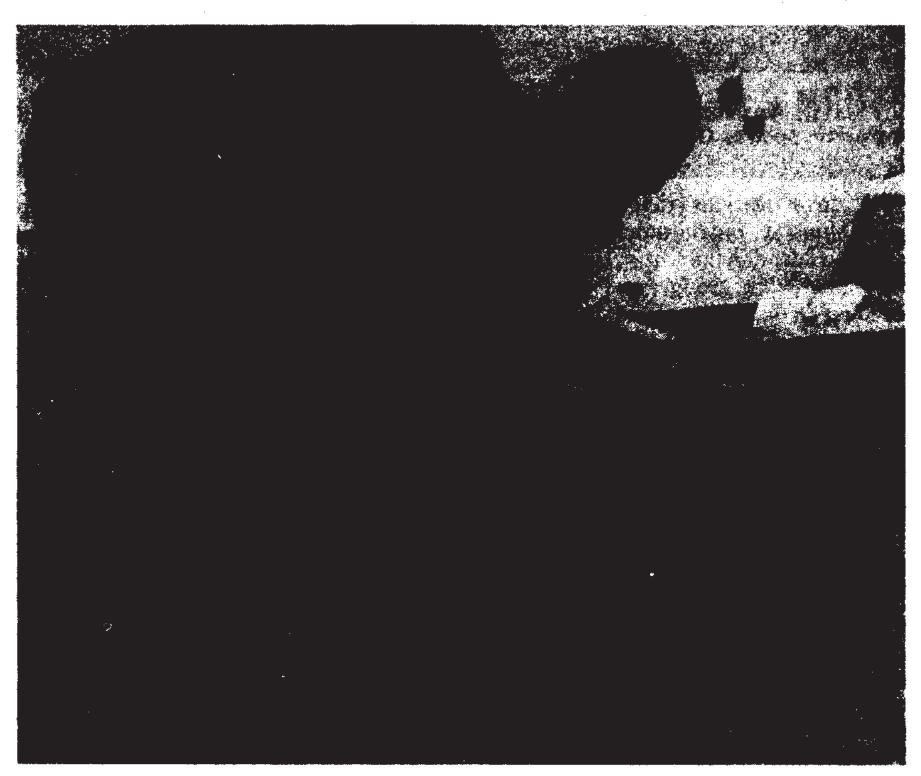
„Zwei Supermächte haben einen überragenden Einfluß auf die Weltpolitik gewonnen... Europas Wirtschaftskraft ist der amerikanischen ebenbürtig und der sowjetischen klar überlegen. Deshalb ist ein geeintes Europa... wichtig. Jedes europäische Land aber – für sich allein genommen – hat nur einen begrenzten Einfluß..."

Und gleich darauf wird ein Wort des Bundeskanzlers zitiert: *„Wir müssen begreifen, daß ein zersplittertes Europa keinen Einfluß in der Welt ausüben wird..."*

Europa, d. h. hauptsächlich West- und Mitteleuropa, soll also Supermacht werden.

Großmachtträume aus Oggersheim

Wie schön für uns, und erst recht natürlich für die anderen, jene mit der kleineren Macht. Europa soll sich wie die *„Vereinigten* Staaten von Amerika" und die *„Vereinigten* Sowjetrepubliken" *vereinigen*. Schließlich sind diese von Blut und Gewalt triefenden Staatskolosse auch äußerst nachahmenswert. Der eine Koloß hat sich inzwischen zwar aufgelöst, der enteinigte Rest siecht dahin. Aber was macht das. Es lebe das kommende neue



...und Sikhs im Punjab. Unser Bild zeigt einen von indischer Polizei erschossenen Rebellen.

Das kommende neue Siechenhaus

Siechenhaus! Außerdem mögen wir Deutschen nichts sehnlicher als Vereine. Insbesondere Vereine mit schönen Namen und einer bunten Fahne. Diesmal soll es allerdings ein ganz besonderer Verein werden, ein Verein der Vereine, ein Superverein. Er soll mindestens einen ebenso „überragenden Einfluß auf die Weltpolitik" geltend machen können wie die erste und zweite (nunmehr vernullte) Supermacht. Denn der bisherige „begrenzte Einfluß" der einzelnen europäischen Länder ist zu wenig.

Wem ein „begrenzter Einfluß" nicht genügt, der will ja wohl einen „nicht begrenzten", also mindestens einen „überragenden", wenn nicht gar einen „unbegrenzten". Das ist durchaus logisch, denn schließlich will man auch einen Genuß „ohne Grenzen"! Wie aber in der Praxis ein Streben nach überragendem oder gar unbegrenztem Einfluß aussieht, das wissen wir nun wahrlich zur Genüge. Ein solches Streben führt stets zur Konfrontation. Und zwar zur Konfrontation mit jenen Mächten, die das gleiche wollen, und mit den Opfern, die das gleiche nicht wollen. Das Ergebnis sind Haß, Zank, Streit, Feindschaft, Einmischen in die Angelegenheiten schwächerer Völker, wirtschaftliches und militärisches Wettrüsten, nicht selten Kriege. Also der „überragende Einfluß" und das „Genießen ohne Grenzen" für die einen, Zurücksetzung, weniger Genuß oder gar Leid und Elend für die anderen? Haben wir das nicht schon mehrfach bis zum bitteren Ende ausprobiert? Ist das nicht genau jenes Verhalten, welches zerstört, das unsere biologischen und kulturellen Lebensgrundlagen ruiniert? Das nur sich selbst sieht in seiner Gier? Natürlich werden die Vertreter dieses Strebens widersprechen. Sie werden auf den wohlklingenden Namen und die großartigen Programmpapiere ihres Vereins verweisen. Sie werden viele Versprechungen machen. Worte sind Schall und Rauch. Auf die Taten kommt es an.

Die Begründung für das Weltmachtstreben, das hier ganz offen propagiert wird, bestätigt die Deutung: *„In den Weltraum Astronauten bringen, das können sich heutzutage gerade die Supermächte leisten. Schon die Konstruktion und vor allem der Verkauf eines Düsenflugzeugs, eines Re-*



aktortyps, einer Großrechenanlage übersteigt die Möglichkeiten sogar eines großen europäischen Landes. Soll Europa – ehedem das Zentrum der technischen Entwicklung – diese technologischen Spitzenentwicklungen mit ihren Impulsen für die Schöpfung neuer Märkte und damit auch wertvoller Arbeitsplätze den ganz Großen überlassen?"

Selbst Adolf Hitler hat sich mit seiner Ideologie mehr Mühe gegeben. Er hat sich auch bessere, ideellere Gründe einfallen lassen. Aber wir sind offenbar schon so heruntergekommen, daß platte technisch-ökonomische Absatzwünsche als Werbeideen ausreichen müssen: Astronauten, Düsenflugzeuge, Reaktoren und Großrechenanlagen. Und passend folgt, natürlich in Fettdruck, abermals ein enthüllendes Wort des obersten Genußstrebers in Bonns Propagandabroschüre:

„Nur der Zusammenschluß der Europäer bietet uns und unseren europäischen Partnern die Gewähr, daß wir im kommenden Jahrhundert mit anderen wirtschaftlichen Großregionen konkurrieren können."

Es geht unseren Genußstrebern also auch um wirtschaftliche und politische Macht und Vorteilnahme. Das ist ja auch ganz konsequent. Doch damit geht es ihnen, ob

Euroimperialismus

sie wollen oder nicht, vor allem um die Fortführung und den Ausbau der Macht und der Vorteile derer, die bereits herrschen. Das aber hat mit einem Streben nach echten Werten oder nach einer freiheitlich-rechtsstaatlichen, kulturbewußten Demokratie wenig zu tun. Es ist ein materialistisches und letztlich imperialistisches Streben.

Das imperialistische Streben an und für sich erstaunt schon gar nicht mehr, setzt es ja nur alte schmutzige Traditionen fort. Was erstaunt, ist die Reaktion des Volkes auf die Folgen dieses imperialistischen Strebens: auf die Zerstörung der eigenen biologischen und kulturellen Lebensgrundlagen. Bisher nehmen das die meisten Deutschen ohne größeren Widerstand hin. Zwar läßt sich darüber streiten, was insgesamt als Realität anzusehen ist. Und noch mehr läßt sich darüber streiten, was künftig Realität werden könnte und was davon als lebens-, kultur- und rechtszerstörend anzusehen ist. Aber in einem Punkt, dem Hauptpunkt, dürfte weitgehend Einigkeit bestehen unter allen nachdenklichen Menschen, nämlich darüber, daß derzeit das Leben auf dieser Erde schwersten Anfeindungen und Zerstörungen unterliegt. Auch dürften sich die meisten, die über diese Dinge nachdenken, einig sein, daß diese Entwicklung nicht bloß die Folge einer falschen Politik in den letzten Jahrzehnten darstellt, sondern daß sie auch die Folge viel älterer Entwicklungen ist. Und schließlich dürfte weithin Einigkeit darüber bestehen, daß die zur Vorherrschaft gelangte Fehlentwicklung nur überwunden werden kann durch Beseitigung ihrer Ursachen. Dies ist möglich, wenn man die Ursachen erkannt hat. Das Erkennen der Ursachen wiederum kann nur erfolgen, wenn man nicht nur den gegenwärtigen Zustand untersucht, sondern die ganze Entstehungsgeschichte.

Aber bevor wir uns mit der Entstehungsgeschichte befassen, müssen wir uns noch einmal den derzeitigen Verhältnissen zuwenden.

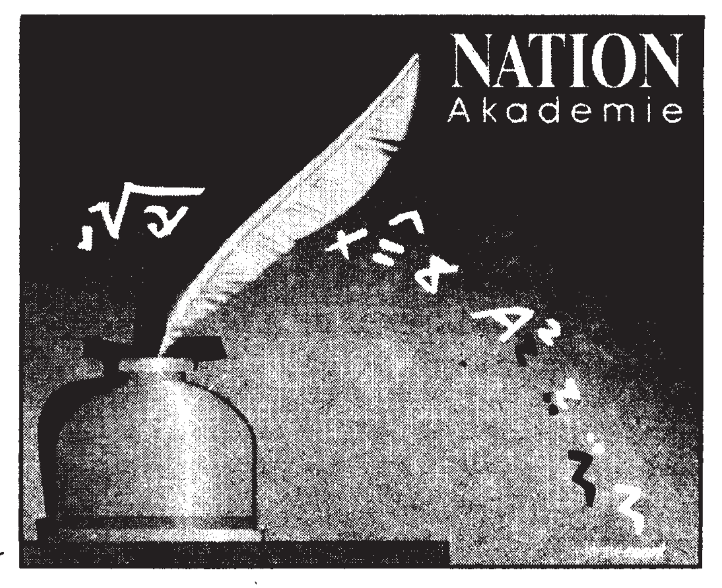
Fortsetzung folgt. ■



Folge des Kolonialismus und verfehlter Entwicklungshilfepolitik: sterbende Kinder in Somalia. Ein Opfer der mondial-kapitalistischen Weltbank klagt an.

Die Vernichtung des Holocaust Syndroms

Teil 3



Eine Artikelserie von Roland Bohlinger

Der Zweite Weltkrieg ist nicht zuende

Am Anfang der Karriere jener Kreise, die sich bei uns nach 1945 als „herrschende Klasse" – was auch immer das ist – etablierten, stand die Zustimmung und Kontrolle der Besatzungsmächte. An diesem Anfang standen also Mächte, die durch die sogenannte Umerziehung die Deutschen von ihrem bisherigen Charakter und Denken befreien wollten und deren oberste Führung im Krieg und auch noch einige Zeit danach das Ziel verfolgte, die Deutschen biologisch stark zu dezimieren, insbesondere deren Oberschicht. (9)

Die herrschenden Kreise nehmen es bis heute hin, daß dem deutschen Volk von seinen Besatzungsmächten – die jetzt befreundete Mächte heißen

Kein Friedensvertrag

– jeglicher Friedensvertrag verweigert wird. Nach dem üblichen Verständnis heißt das aber, daß der Krieg immer noch nicht beendet ist, daß sich diese Mächte immer noch als Feindmächte verstehen.

Damit im Einklang steht eine andere Tatsache. Die Bundesrepublik trat der UNO bei, also jener Organisation, die ursprünglich im Zweiten Weltkrieg gegründet worden war als ein Bund jener Staaten, die sich gegen Deutschland und Japan richteten. Die Regierung unseres Landes stimmte bei ihrem Beitritt zur UNO deren Satzung zu und damit den darin enthaltenen „Feindstaatenklauseln". (10) In dieser Klausel erklärt die UNO das Deutsche Reich und mit ihm das deutsche Volk zum „Feind". Zugleich darf nach dieser Klausel militärisch eingeschritten werden, wenn die Deutschen gegen jene aufbegehren, die uns als „Feinde" bezeichnen (von uns aber, wie es sich für Unterworfene geziemt, als „Freunde" angesprochen werden wollen). Merkwürdig. Gaben damit die Herrschenden in diesem Land offen kund, daß sie auf der Seite jener stehen, die sich bis heute durch *eigene* Satzung als *Feinde* des deutschen Volkes (und Reiches) verstehen? Dann wäre es nur folgerichtig, daß sie jene als ihre „Freunde" bezeichnen, die sich satzungsgemäß und mit ihrer Zustimmung als „Feinde" Deutschlands sehen. Wenn diese an sich folgerichtige Überlegung falsch sein sollte – warum haben diese Kreise dann bisher nichts unternommen, um die „Feindstaatenklausel" abzuschaffen?

Nun, es wäre sicherlich leichtfertig, aus den vorgenannten beiden Tatsachen allzu weitreichende Schlüsse zu ziehen. Schauen wir uns daher nach weiteren Tatsachen um.

In diesem Zusammenhang taucht zunächst folgende Frage auf: Wieso eigentlich wurden unsere Streitkräfte der Strategie und dem Oberbefehl der im Land stehenden fremden Mächte unterstellt? Offiziell hieß es zwar, das geschähe zu unserem Schutz – nämlich zum Schutz gegen die in den fünfziger Jahren besonders große Bedrohung durch die inzwischen aufgelöste Sowjetunion. Aber wieso sollte diese Bedrohung ein Anlaß sein, daß uns die westlichen Siegermächte nun nicht mehr bekämpfen, sondern beschützen wollten? Mußte ihnen diese Bedrohung, solange sie uns betraf, nicht eher willkommen sein? Doch sei dem wie es sei. Tatsache ist jedenfalls, daß in dieser Sache von Anfang an ein strategisches Konzept maßgebend war, das bewußt irreführend als Verteidigungskonzept ausgegeben wurde, während es in Wirklichkeit vorsah, im Kriegsfall das zu Verteidigende, nämlich das deutsche Volk, nicht zu schützen,

Volksvernichtendes »Verteidigungs«-Konzept

sondern *teilweise* bis *völlig auszulöschen*. Dieses Konzept wurde im ersten Kapitel dieser Serie als eindeutige Tatsache nachgewiesen. Es ist von *fundamentaler* Bedeutung für die Beurteilung jener Kreise, die für dieses Konzept verantwortlich waren oder es mittrugen. Daneben sind alle anderen Tatsachen nebenrangig.

Dem durch und durch wahnwitzigen bis bösartigen Konzept: „Befürwortung einer Verteidigung durch fremdbestimmte Selbstvernichtung" entsprach auch die flankierende Entscheidung, darauf zu verzichten, das Volk wenigstens durch den Bau von Schutzbunkern und die Entwicklung einer hochwirksamen Flugabwehr zu schützen. Zur Rechtfertigung dieses Verzichts hieß es meist, dazu fehle das Geld. Wieso war dann genügend Geld für viel geringere Zwecke da, vor allem, wenn es um die Füllung fremder Taschen ging? Die Geldfrage kann doch bei einem reichen arbeitssamen Volk und in einer Sache, wo es um den Schutz des Lebens von Abermillionen Menschen geht, keine Rolle spielen! War dieser Einwand also vorgeschoben? Wenn er jedoch vorgeschoben war, was sollte dann verdeckt werden? Ging es einfach darum, das deutsche Volk in perfekter „atomarer Haft" halten? Doch wozu? Um es jederzeit an die Kandare nehmen, notfalls vernichten zu können, sollte es nochmals aufmucken, während man es einer totalen „Gehirnwäsche" *) unterwarf, und zwar so lange unterwarf, bis es einerseits weitgehend gegen sich selbst gedreht und andererseits den Siegern gegenüber ausreichend willfährig geworden war?

Eine vertriebene deutsche Frau wagt den Wiederaufbau – Kraft und Disziplin dieser Generation schuf unseren Wohlstand, der jetzt leichtfertig verspielt wird.

Multikultur in praxi

Umerziehung beendet – ohne eigenen Kopf dürfen die Deutschen wieder »handeln«

Der Zustand ausreichender Willfährigkeit ist inzwischen erreicht. Und siehe da, nun sind unsere Soldaten nicht mehr bei jeder Gelegenheit „Hunnen" und „Schlächter". Plötzlich dürfen die Deutschen etwas tun, weswegen man sie seit rund 80 Jahren ständig verurteilt: sie sollen in anderen Ländern militärisch tätig werden – allerdings, und das ist wohl der entscheidende Unterschied, nicht in eigener Regie, sondern in der Regie jener Mächte, die sie wegen solcher Tätigkeiten in der Vergangenheit bis heute angreifen. Sie werden auf einmal sogar kritisiert, z. T. regelrecht angepöbelt, weil sie sich – wie im Golfkrieg – nicht unmittelbar an militärischen Befriedungsarbeiten beteiligen wollen. „Germans to the front" heißt es jetzt wieder. Der große Bruder ruft!

Doch gut Ding will Weile haben. Nach den oft sehr frechen Angriffen, vor allem aus jüdischer Feder, begnügte sich die „westliche Wertegemeinschaft" zunächst damit, daß wir wieder kräftig in den Geldsack griffen, um uns von der unmittelbaren militärischen Beteiligung am Golfkrieg loszukaufen. Aber kaum hatten wir auf diese Weise unseren finanziellen Eintritt in den innersten Kreis der humanitären Innung vollzogen, ging man forsch an die weitere Umprogrammierung. Schon gibt es ernsthafte Pläne, deutsche Truppen unter nichtdeutschem Oberbefehl, getarnt als NATO- oder UNO-Operation, weltweit einzusetzen. Unsere herrschende Riege hat hierfür auch schon die richtige Bezeichnung: Einsatz im „internationalen Krisenmanagement" oder in „Befriedungsaktionen". Wie herzenswarm doch so eine Politik wirkt, wenn man nur die richtige Sprachregelung dafür findet: Sprache als Desodorant gegen Blutgeruch, Sprache als humanitärer Zuckerguß. Aber – ist das nicht genau das, was der neudeutsche Multikulti braucht, um sich rundum wohl und moralisch, so richtig antifaschistisch zu fühlen, damit er die nach wie vor imperialistische Realität verdrängen kann: die passenden Blendworte, das „newspeak" **) made in Washington und Tel Aviv, natürlich mit dem richtigen Feindbild (dem sicherlich nunmehr endgültig richtigen).

Endlich dürfen die Germanen wieder Kriegspielen. Voran die neue Fahne weht, die endgültig richtige, unter der es eine wahre Lust wird zu sterben. Auch noch in fremder Verantwortung! Wie schön – denn so ohne jede eigene Verantwortung, so richtig verantwortungslos, da macht doch das Totschlagen und Totgeschlagenwerden am meisten Spaß. Schalom Hurrah, mit harter Faust und weichem Hirn, die Internazis grüßen!

Doch bleiben wir beim Golfkrieg: Die uns beherrschenden Kreise beteilig-▶

Die Vernichtung des Holocaust Syndroms

ten uns an dem Krieg zwar nicht unmittelbar militärisch (wie das vor allem jüdische Kreise wollten), +++) doch sie lieferten kostenlos Waffen und anderes Gerät, außerdem über 20 Milliarden DM für die Kriegskasse. Und warum? War das nicht

Erste neudeutsche Mitverantwortung an militärischer Massenmordaktion

ein Krieg, der sich u.a. durch Massenmord auszeichnete und vorrangig den imperialistischen Interessen jener diente, die uns seit über 45 Jahren moralisch bevormunden? +++) Wo blieb jene Moral, die immer wieder beschworen und gepredigt wird, vor allem während der sogenannten „Woche der Brüderlichkeit"? Gilt diese Moral nur für Sonntagsreden, oder nur, wenn es um einen bestimmten Teil der deutschen Vergangenheit geht oder gar nur, wenn es sich um jüdische Opfer handelt? Meint man es mit der Holocaustgegnerschaft vielleicht gar nicht so ernst? Jedenfalls möge man einmal erklären, warum die gleichen Kreise das Volk ständig büßen lassen für das, was in der Vergangenheit (tatsächlich und angeblich) geschehen ist, wenn sie sich jetzt selbst, wenn auch indirekt, an einem Massenmord beteiligten? Oder ist Massenmord in einer Notwehrlage gerechtfertigt? Lag überhaupt Notwehr vor? Kann ein halbes Jahr nach dem Einmarsch des Irak in Kuweit noch eine Notwehr vorliegen? Außerdem war der Irak zu diesem Einmarsch nicht nur ermuntert und gedrängt worden – der Irak zeigte hier eine Handlungsweise, die von den USA, England und Frankreich seit Jahrhunderten immer wieder selbst gezeigt worden war. Dabei hatte diesen Einmarsch kaum das irakische Volk zu verantworten. Verantwortlich waren hauptsächlich sein rücksichtsloser Diktator, dessen Umgebung und Leute wie Bush und Thatcher, die diesen Diktator politisch und militärisch großzogen und ihn dann in eine Falle trieben. +++) In Wirklichkeit ging es doch nicht um verletztes Völkerrecht, sondern um Öl und um die Niederbrechung eines Gegners des Staates Israel. Mit anderen Worten: wird die Antwort auf die Frage nach der moralischen Verurteilung von der Frage bestimmt, wer an wem Massenmord verübt und wer davon profitiert?

Holocaust ist gut – solange er die Richtigen trifft

Oder ist es vielleicht sogar so, daß sowohl das Moralpredigen als auch das Massenmorden im Zusammenhang gesehen werden müssen, nämlich als zwei Seiten der gleichen imperialistischen Politik: die Moralpredigten zur Vertarnung des imperialistischen Wollens und zugleich zur Diffamierung und Demoralisierung des Gegners, das Morden hingegen, um den Gegner zu dezimieren und einzuschüchtern? Letzteres nennt man natürlich nicht Morden, sondern Notwehr.

Doch gehen wir zum nächsten Fall über. Die Herrschenden in unserem Land richteten sich noch auf vielerlei andere Weise gegen die Rechte und Interessen des deutschen Volkes. Das geschah zum Beispiel durch die Erklärungen, mit denen das Fortbestehen des Reiches lediglich in den Grenzen von 1937 behauptet wird, anstatt in den Grenzen vom 12. November

Bundesregierung anerkennt Verbrechen der Sieger als legal

1918. (11) Das geschah weiterhin durch die Erklärungen, mit denen alle Willkür-, Gewalt- und sonstigen Unrechtsakte der (westlichen) Besatzungsmächte, die sich gegen das Deutsche Volk und Reich richteten, als rechtens „anerkannt" wurden. (11) Allerdings ließe sich hier einwenden, diese „Anerkennung" sei uns abgepreßt worden. Das mag sein. Trotzdem gibt es einen Widerspruch: Warum werden die Morde im Dritten Reich verfolgt, aber nicht die mindestens 180.000 Morde der

Morde der Kommunisten in der DDR bleiben straflos

Kommunisten in mitteldeutschen Gefängnissen und KZs? (12) Die Verbrechen an Deutschen in der DDR waren keine Verbrechen, die vertragsgemäß unbestraft bleiben sollten. Sie müßten eigentlich so unnachsichtig verfolgt werden, wie Verbrechen im Dritten Reich. Drei Jahrzehnte lang haben unsere Regierenden von uns verlangt,



Rechte Randale paßt diesem System gut ins PR-Konzept



den „kommunistischen Feind" von uns fernzuhalten. Sie verlangten dafür viele Opfer. Sie hatten uns sogar das Schicksal zugedacht, im Falle eines Krieges mit diesem Feind weitgehend ausgelöscht zu werden. Aber nun sind viele der Mörder an mehr als 180.000 Deutschen in unseren Macht- und Rechtsraum geraten, doch es werden nur ein paar Mauerschützen verurteilt, während ungezählte andere frei herumspazieren und sich vielfach schon wieder Staatsämter bis in die höchsten Ränge hinein verschaffen.

Aber vielleicht ist das gar kein Widerspruch? Vielleicht ist auch das nur folgerichtig: ein künstlich aufgebauschter Antikommunismus, um die Deutschen jederzeit in einen vernichtenden Krieg verwickeln zu können und nun die

Komplizenschaft des Westens mit dem Osten gegen deutsche Antikommunisten?

Nichtverfolgung kommunistischer Morde an Deutschen (und zwar besonders an antikommunistisch eingestellten Deutschen)? Auch hier hätten wir es also wieder mit der antideutschen Komplizenschaft, die anscheinend bis zur Billigung von Mord geht, zu tun. Dazu paßt, daß im deutschen Einigungsvertrag festgelegt wurde, daß Stalins Enteignungen in Mitteldeutschland bestehen bleiben sollten, d. h. Rechtskraft besitzen, soweit sie vor der Gründung der DDR erfolgten. Diese Enteignungen betrafen vor allem Antikommunisten, den Mittelstand und das Junkertum. Dieser Personenkreis soll natürlich enteignet bleiben. Denn in diesem Kreis dürfte der Anteil an Antikommunisten und an Regimekritikern besonders hoch sein, und diese würden bei einer Rücknahme der Enteignungen plötzlich über einiges Kapital verfügen. Nichts fürchten jedoch die Machthaber in dieser Republik mehr, als kapitalkräftige Regimekritiker, die imstande sein könnten, ihre Meinung nicht bloß in irgendwelchen Winkelblättern zu verkünden, sondern in einer breiten Öffentlichkeit. Was wären unsere Roshs, Bioleks, Heyms und Reich-Ranickis, um nur einige Sachwalter des antideutschen Geistes zu nennen, wenn der bei vielen Deutschen trotz 47 Jahren Gehirnwäsche immer noch vorhandene Charakter und kritische Verstand ausreichend zu Wort käme?
Doch kommen wir zum nächsten Fall. Die gleichen Kreise traten ein Drittel uralten deutschen Landes an einen anderen Staat ab, und zwar laut Herrn Genscher völlig freiwillig. Zudem vollzogen sie

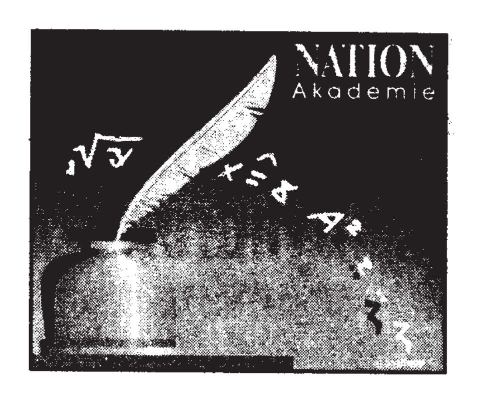
Größter Landesverrat der europäischen Geschichte?

diese Abtretung ohne vorherige Befragung des deutschen Volkes. Sie sorgten nicht einmal für einen angemessenen Schutz der deutschen Minderheit in diesen Provinzen. Ähnliches betrieben sie in bezug auf das Sudetengebiet. Sie betätigten sich also auch in dieser Angelegenheit als offene Feinde des Volkes, zugleich verstießen sie damit gegen fundamentale Grundsätze des Staats- und Völkerrechts. (13)
Praktisch wurde hierdurch auch legitimiert, was Voraussetzung der Abtretung

Legitimierung von Austreibung, Ausraubung und teilweiser Ausrottung?

gewesen war: die weitgehende Austreibung und Ausraubung sowie die teilweise Ausrottung der deutschen Bevölkerung, die bis 1945 in den nun abgetretenen Gebieten gelebt hatte.

Obendrein gewähren die herrschenden Kreise dem polnischen Staat ständig Kredite, bei denen es von vornherein klar ist, daß sie nicht zurückgezahlt werden. Die Summe der gewährten und der erlassenen Kredite dürfte inzwischen wohl über 50 Mrd. DM betragen.
Zu den Bonner Tributleistungen gehört auch die heimliche Wiederaufnahme von Zahlungen, die dem deutschen



Volk durch das Versailler Diktat auferlegt und vom

Wiederaufnahme von Tributzahlungen aufgrund des Versailler Diktats

Dritten Reich zurecht eingestellt worden waren. Sogar der Zinseszins auf diese Forderungen wird bezahlt. Der Umfang der zu zahlenden Zinskosten dürfte die Ausgangsschuld weit übersteigen. Wenn man beispielsweise annimmt, daß die Schuld im Jahre 1932 bei 50 Milliarden Mark lag und darauf 7 % Zins zu bezahlen waren, dann betrüge die Schuldensumme inzwischen über 2.500 Milliarden DM! Bei 5 % Zins läge die Schuldensumme bei über 900 Milliarden DM. Solche Schuldensummen sind kaum tilgbar, denn es dürfte schwerfallen, von diesen Schulden auch nur die jährlich anfallenden Zinsen zu bezahlen. Wir bemühen uns derzeit, die wirkliche Höhe der Forderung zu ermitteln. In einer ersten Anfrage hat das Bundesfinanzministerium bestritten, daß diese Zahlungen geleistet würden. Wir sind jedoch im Besitz eines eindeutigen Beweises. Aber was soll's, auf eine Schwindelei mehr oder weniger kommt es kurz vor dem Ziel – der Entfesselung der letzten Dämonen – ohnehin nicht mehr an.

Zahlreiche andere Zahlungen gehören ebenfalls in diese Bilanz: die Zahlungen für die Besatzungsmächte und die EG, die verlorenen Kredite an Rußland und andere ehemals sozialistische Staaten, die Zahlungen für den Abzug der russischen Truppen aus Mitteldeutschland, für die polnische Rentenfinanzierung, für ▶

Die Vernichtung des Holocaust Syndroms

Der Michel zahlt alles

Entwicklungshilfe, Weltbank und Weltwährungsfond, für den Golfkrieg, die Aufrüstung Israels, die Wiedergutmachung, den Asylbetrug, den us-amerikanischen Wechselkursbetrug, den legalisierten Steuerbetrug ausländischer Großfirmen und dazu noch der Verzicht auf die 1945 geraubten Vermögen, insbesondere die privaten Vermögen in den Vertreibungsgebieten, die Vermögen im Ausland und die geraubten Kunstschätze und Patente.

Die Herrschenden in unserem Land sind also daran beteiligt, den Krieg gegen das deutsche Volk mit nichtmilitärischen Waffen konsequent und rigoros fortzusetzen.

Krieg der Herrschenden gegen das Volk

Zwar möchten viele Deutsche die Dinge anders sehen. Es zählen hier aber nicht Meinungen, es zählen nur *Taten*.

Hier noch einige Taten zum weiteren Beweis, daß sich die Herrschenden in unserem Land an einem Krieg gegen das deutsche Volk beteiligen.
Die Regierenden sind verantwortlich für den Bau und Betrieb von Atomanlagen. Sie haben schon durch den Normalbetrieb dieser Anlagen Tod, Erkrankung oder genetische Schädigung über Hunderttausende gebracht und für den Fall einer Reaktorkatastrophe das gleiche Schicksal für eine noch viel größere Zahl von Menschen in ganz Europa akzeptiert. Durch Gerichtsurteil wurde rechtsverbindlich festgestellt, es sei herrschende Rechtsgrundlage, daß durch Antomanlagen jeder Bundesbürger in beliebi-

Legal: die genetische Schädigung jedes Deutschen durch Atomanlagen

gem Ausmaß genetisch geschädigt werden darf (Obrigheim-Urteil, (14)). **oo)** Und da ein erheblicher Prozentsatz genetischer Schädigungen sich letal (tödlich) auswirkt – sei es unmittelbar oder mittelbar über eine lebenszeitverkürzende Erbkrankheit oder erst in späteren Generationen, wenn gleiche rezessive Genschäden zusammentreffen – ist durch dieses duldende Verhalten seitens der Staatsmacht zumindest der Straftatbestand des grob fahrlässigen Totschlages erfüllt.
Durch Gerichtsurteil wurde ebenfalls rechtsverbindlich festgestellt, daß das deutsche Volk keinen Anspruch hat, durch besondere bauliche Schutzmaßnahmen vor einer Atomkatastrophe geschützt zu werden, die durch Terroristen oder durch Kriegseinwirkung auf einen Atomreaktor ausgelöst wird (Brunsbüttel-Urteil, (3)). **o)**
Durch Gerichtsurteil wurde weiterhin rechtsverbindlich festgestellt, daß die Grenzwerte für radioaktive Schadstoffemissionen letztlich unverbindlich sind (Krümmel- und Brokdorf-Urteile (15)). **o)** In den gleichen Urteilen wurde auch bestätigt, daß die sogenannten Empfehlungen der Strahlenschutzkommission und der Reaktorsicherheitskommission rechtlich unangreifbar sind und somit größere Bindungswirkung besitzen als Gesetze. Schließlich wurde dabei auch entschieden, daß Genehmigungsbehörden vor einer Entscheidung Wahrheitsfindung betreiben müssen, daß es hierfür aber genügt, wenn sich die Behörde auf irgendeine wissenschaftliche Meinung stützt – denn auf den wirklichen Wahrheitsgehalt der Meinung komme es rechtlich nicht an.

Galoppierende Zunahme der Umwelt- und Gesundheitszerstörung

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Herrschenden auch nichts Wesentliches gegen die immer katastrophaler werdende Umwelt- und Gesundheitszerstörung unternehmen. Unseres Wissens verdoppelt sich derzeit die Erkrankungsrate etwa alle zehn Jahre. Die Kosten für Heilung, Vorsorge und Erholung werden immer weniger bezahlbar, ständig kommt es zu Einschränkungen in den Leistungen der Krankenkassen. Doch das wird bald noch viel schlimmer werden, vor allem dann, wenn das Volk finanziell noch erheblich weiter ausgeplündert, die Staatsfinanz und die Wirtschaft durch die galoppierend wachsende Schuldversklavung weitgehend zusammengebrochen und die synergistischen Auswirkungen der Umweltvergiftungen voll zum Tragen kommen!

Neben den Erkrankungskosten weiten sich auch die Kosten der Umweltschäden aus. Allein das Waldsterben und dessen Folgen dürften, sollten die schlimmsten Prognosen eintreffen, längerfristig mehr kosten als die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges. Trotzdem soll Deutschland nach dem Willen zahlreicher Politiker ganz offiziell Einwanderungsland werden. Inoffiziell ist es das ja längst. – Warum auch nicht! Immer feste druff und reingestopft in den Kochkessel! Wenn der Kessel platzt, waren's die Rechtsradikalen. Wäre doch wirklich gelacht, wenn sich da kein Sündenbock finden ließe.
Dazu paßt übrigens, daß in der Begründung zur Verbotsverfügung des Bundesinnenministers, die am 26. November 1992 gegen die „Nationalistische Front" erlassen worden war, als einer der Beweise für die Verfassungswidrigkeit dieser Organisation der Einsatz für eine „gesunde Familie"

Der Bundesinnenminister: Gesundheit von Familie und Volk ist verfassungswidrig

und ein „biologisch gesundes Volk" angeführt wurde! Offener und schamloser geht's kaum. In der gleichen Verbotsbegründung wurde sogar als

Beweis für die Verfassungswidrigkeit der Leitsatz jener 60 bis 80 Mann starken Gruppe angeführt: „Das Volk ist mehr als der Staat." In einer

Der Bundesinnenminister: Volkssouveränität ist ebenfalls verfassungswidrig

Demokratie herrscht, zumindest nach der üblichen Definition, das Volk. Das Volk ist der Souverän, oo) nicht der Staat oder eine den Staat beherrschende Gruppe oder Klasse. Der Staat ist ja auch nur eine Organisation des Volkes, was sonst. Er hat kein Eigenleben. Das Leben verschafft ihm das Volk bzw. die im und durch den Staat wirkenden Personen. So steht es auch im Grundgesetz. Aber für die Herrschenden in diesem Staat ist eben das Volk und die Verfassung mehr oder weniger ein Dreck. Schließlich soll auch der „Einsatz für die Bewahrung

Der Bundesinnenminister: die Verfassung ist verfassungswidrig

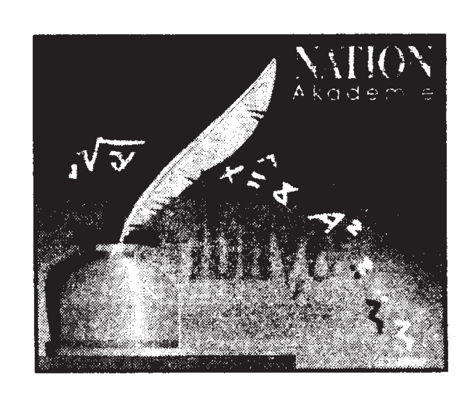
der Volksidentität, der Lebenswerte und der Wesensart der deutschen Nation" sowie die Abwehr der „nationale(n) Selbstauflösung" verfassungswidrig sein. (16) Danach sind ja wohl beträchtliche Teile der Verfassung verfassungswidrig. Vielleicht ist bald die ganze Verfassung verfassungswidrig? Die steht eh' schon lange genug im Weg, mit all ihren antiquierten Normierungen, wie Recht auf Schutz des Lebens und der Menschenwürde, Recht auf Freiheit der Wissenschaft, der Lehre und der Meinung, Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und Recht auf einen Rechtsstaat, einen sozialen obendrein. Da hat man als neudeutscher Politiker doch ständig bei der Schaffung neuer Verhältnisse seine Probleme.



Ihn kümmert's nicht: der bourgoise Conneisseur genießt, während seine Welt in Scherben fällt.



Ein Opfer der jüngsten Tankerkatastrophe



Aber nach Maastricht wird das endlich anders. Nun darf unser Grundgesetz bald endgültig an den Nagel gehängt werden. Da kann es dann als Warnung für alle hängen, die geschriebene Worte ernst nehmen. Zum Beispiel folgende Normierung des Grundgesetzes in Artikel 9 II:
„Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung ... richten, sind verboten."
Nach dieser Normierung wären sämtliche Parteien des Bundestages und noch einige andere Vereinigungen als verboten aufzulösen. Stattdessen lösen diese verbotenen Vereinigungen den Souverän, das Volk auf.

Auf unserer Liste stehen aber noch weitere volks- und verfassungsfeindliche Fälle, die der Vollständigkeit halber erwähnt werden müssen.
Jedermann unter uns darf ungehindert AIDS weitergeben. Das verstößt zwar gegen das Recht auf Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit, außerdem

Verseuchung des Volkes erwünscht

gegen das Seuchengesetz. Doch hierdurch wird es möglich, große Teile ▶

Die Vernichtung des Holocaust Syndroms

des Volkes mit der wohl heimtükkischsten Krankheit zu infizieren, die je die Menschheit heimgesucht hat.
Die Führung unseres Staates unternimmt keine ernsthaften Anstrengungen gegen den

Aussterben durch Geburtenschwund?

deutschen Geburtenschwund, teilweise fördert sie ihn sogar. (15) Bei einem längerfristigen Andauern des Geburtenschwunds ist der Untergang des deutschen Volkes nicht mehr aufzuhalten. (5)
In engem Zusammenhang mit der Hinnahme bis Förderung des Geburtenschwunds steht die wachsende Liberalisierung des Abtreibungsrechts. Bezeichnend ist vor

Tötungslizenz für Jedermann oder der allgegenwärtige Bolschewismus und Faschismus

allem, daß Abtreibungen aus „sozialen Gründen" legalisiert wurden, also aus „sozialen Gründen" die massenweise Tötung wehrloser Kinder im Mutterleib, wobei die Tötung oft durch die schrittweise Zerstückelung der Opfer im lebenden und wachen Zustand erfolgt. Damit wurde der Mutterschoß, der eigentlich heilig sein sollte, zum legalen Tötungsort für Jedermann und ganz Deutschland zu einem großen Vernichtungslager für Ungeborene. Die Abtreibungen aus „sozialen Gründen" sind bezeichnenderweise die weitaus häufigsten, und das in einem Staat, der sich „Sozialstaat" nennt und der bereit und in der Lage ist, weit über eine Million Scheinasylanten zu Bedingungen zu versorgen, die in ihrer Großzügigkeit sonst nirgendwo in der Welt gelten, und der auch sonst großzügig mit Steuergeldern umgeht, wenn es um fremde Taschen geht, vor allem um die Taschen unserer Feinde einschließlich der Hochfinanz und Großindustrie. Beispiele hierfür sind die Tätigkeit der (Un)Treuhand oder der mehrere Milliarden schwere Steuererlaß bei Verkauf eines beträchtlichen Teils der Mercedes-Aktien. Hier sind plötzlich Gelder in zigfacher Milliardenhöhe vorhanden. Die gesamte Tötungsrate bei Abtreibungen

Alltäglicher Holocaust auf Krankenschein

liegt angeblich jedes Jahr bei fast fünfhunderttausend Kindern. Angesichts der Ungeheuerlichkeit des legalisierten Kindesmords, der auch noch von den Krankenkassen finanziert wird, möchte man fragen: Wie kommt diese Gesellschaft, wie kommen vor allem die Verantwortlichen für die Legalisierung des Kindermassenmords dazu, sich über den Nationalsozialismus oder den Stalinismus zu erheben? Sie sind um keinen Deut besser, nur noch um einiges verheuchelter. Am meisten sind es oft gerade jene, die dauernd von der rechtsradikalen Gefahr tönen und in Ausländerfreundlichkeit machen, denn das kostet sie nichts, im Gegenteil, es bringt etwas ein. Doch gerade diese, den antideutschen Rassismus pflegenden Kindermordfreunde, die unter der Maske der Humanität durchs Land schleichen und das Leichengift ihrer toten Seelen verstreuen, sie sind die Hauptgefahr.
Während die herrschenden Kreise aus „sozialen Gründen" Massenmord an Kindern des deutschen Volkes erlauben, laden sie immer mehr Fremde ein, ins deutsche Volk einzudringen und von diesem einen Teil des Landes und freie Versorgung ohne Arbeit zu begehren, was den meisten auch dann weiter gewährt wird, nachdem sie

Fremde sind mehr wert als Deutsche

als Asylanten nicht anerkannt wurden. Auf der anderen Seite gibt es in Deutschland Millionen Obdachlose, darunter sind rund 500.000 Kinder (siehe unseren Bericht in NATION 10/11-92, S. 31). In vielen Bundesländern erhalten sämtliche Asylanten, worunter bekanntlich 94 bis 96 % Scheinasylanten sind, monatlich neben freiem Essen und freier Wohnung, Heizung und ärztlicher Versorgung ein Taschengeld, das weit höher liegt, als Millionen Deutsche, insbesondere in Mitteldeutschland, zur Verfügung haben. Darüberhinaus müssen Deutsche für ihr Taschengeld arbeiten, Scheinasylanten nicht. Dafür nutzen viele Asylanten ihre Freizeit für kriminelle


Holocaust in Indien erregt hierzulande keine Lichterketten



Aktivitäten. In Hamburger Gefängnissen sollen zwei Drittel der Insassen Ausländer sein. Falls das zutrifft, entspräche das einer rund zwanzigfach höheren Kriminalität bei Ausländern als bei Deutschen. Die offizielle Kriminalitätsstatistik weist keine so hohe Kriminalitätsrate bei Ausländern auf. Doch aufgrund verschiedener Erfahrungen mit offiziellen Statistiken, auch in Bezug auf Ausländer, ist man geneigt, die offizielle Kriminalitätsstatistik für stark verfälscht zu halten. Stark verfälscht dürfte auch die offizielle Zahl der bei uns lebenden Ausländer sein. Diese dürfte mindestens doppelt so hoch sein, wie offiziell zugegeben wird.
Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, daß von den Opfern der

Antideutscher Rassismus – ein durch Gehirnwäsche implodierter Nazismus?

Ausländerkriminalität selten die Rede ist, wehe aber, ein Deutscher verletzt oder tötet einen Ausländer. Da explodiert sofort der antideutsche Rassismus in diesem Land, insbesondere bei den Mediengewaltigen. Die Vorgänge in den letzten Monaten sprechen eine eindeutige Sprache. Sie sind, um eine an sich fragwürdige linke Vokabel zu benutzen, ausgesprochen „faschistoid". Sie zeigen im Gewand des Antifaschismus einen antideutschen Rassismus mit zunehmend totalitärer, gewaltbereiter Aktivität.

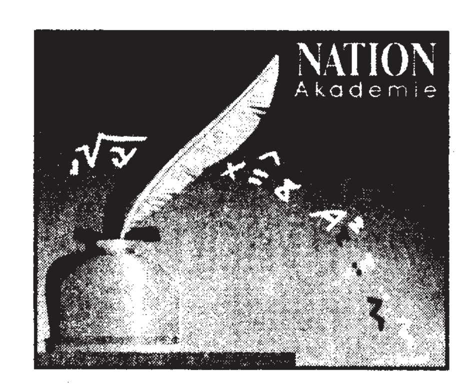
Nach einer Zeitungsmeldung sollen polnische Rentner, die nach Deutschland übersiedeln und Rentenansprüche in Polen besitzen, bei uns eine Rente erhalten, und zwar eine Rente, die weitaus höher liegt als in Polen und die ausschließlich von deutscher Seite bezahlt wird.
Für jeden polnischen Rentner sind natürlich ebenso wie für jeden Asylanten oder Flüchtling nicht nur Unterhaltszahlungen zu leisten, sondern auch Infrastrukturinvestitionen. Diese Investitionen liegen bei mindestens 150.000 bis 200.000 DM je Person.

Finanzielle Ausblutung durch Asylbetrug

Ein Berliner SPD-Senator sprach sogar von 250.000 bis 300.000 DM. Und da unsere Regierenden so etwas auf Pump bezahlen, wächst zusätzlich noch die Zinsbelastung aus diesen „Sozialleistungen". Was das heißt, haben wir in der Ausgabe 10-11/92 der NATION vorgerechnet: bei einem angenommenen Zustrom von nur 500.000 Asylanten jährlich, von denen etwa 450.000 bei uns bleiben, wären das mit Zinseszinskosten, Altlasten, Unterhalt und sonstigen Kosten innerhalb von fünf Jahren über tausend Milliarden DM! Wir müssen allerdings in den kommenden Jahren mit Zuzugsraten rechnen, die erheblich über der Zahl von 500.000 liegt. Zusammen mit Flüchtlingen, polnischen Rentnern und illegal Einreisenden hatten wir bereits 1992 einen Zuwachs von über 1 Million. Im übrigen fallen natürlich in den nachfolgenden Jahren weitere Zinseszinskosten an – es sei denn, das Unwahrscheinliche geschieht, und es gelingt, alle Schulden kurzfristig zu tilgen. In Wirklichkeit werden uns jedoch die Kosten der hohen Arbeitslosigkeit, des Asylantenzustroms, der Wiederaufnahme der Tributzahlungen aus Versailles, der Maastrichter Vereinbarungen und der weltweit wachsenden Importeinschränkungen einen wirtschaftlichen Niedergang größten Ausmaßes bescheren.
Zugleich sorgt derzeit die Bonner Politik für eine weitreichende Verelendung und Ausraubung Mitteldeutschlands. Wie sich aus den „Husumer Nachrichten" vom 13. Mai 1991 ergibt, wurde in einem wirtschaftswissenschaftlichen Gutachten

Verelendung und Ausraubung Mitteldeutschlands

die Prognose gestellt, daß in den nächsten Jahren mit etwa 4,3 Millionen Arbeitslosen in Mitteldeutschland zu rechnen sein wird. Das wäre dann ein Arbeitslosenanteil, der weit über



dem von 1932 läge! Offiziell haben wir die Zahl von 4,3 Millionen Arbeitslosen noch nicht erreicht. Aber nur offiziell. Tatsächlich ist sie schon erreicht, wenn nicht überschritten, falls man alle Fälle dazuzählt, die in der Statistik unterschlagen werden. ooo)
Die hohe und noch immer wachsende Arbeitslosigkeit in Mitteldeutschland ist nicht nur eine Folge sozialistischer Mißwirtschaft und sowjetrussischer Ausplünderung. Sie ist auch eine Folge der rücksichtslosen Art, wie Mitteldeutschland in den Westen eingegliedert wird. Diese Art der Eingliederung stützt kaum die Entwicklung einer soliden wirtschaftlichen Grundlage, die vor allem den Aufbau eines gesunden Mittelstands benötigt – mit vielen selbständigen kleinen und mittleren Betrieben, selbständigen Bauern, Handwerkern, kleinen Händlern und Angehörigen freier Berufe. Stattdessen werden mit Vorliebe wieder einmal die Großbanken, Großkonzerne und Immobilienspekulanten bedient. Die Treuhand verschenkt sogar mitteldeutsche Großbetriebe unter Zugabe von Milliardenbeträgen an ausländische Konzerne. Unterstellt, daß es durch die hirnverbrannte Art des „Wiederaufbaus Ost" tatsächlich zu 4 bis 5 Millionen

Bald mehr Arbeitslose als 1932?

Arbeitslosen allein in Mitteldeutschland gekommen ist oder noch kommt – dann würde das zu einer Kostenbelastung von 200 bis 400 Milliarden DM jährlich führen (Arbeits- und Sozialhilfeunterstützung zuzüglich Produktionsminderung in der Wirtschaft, Absinken der Kaufkraft von über ▶

Die Vernichtung des Holocaust Syndroms

40 % der mitteldeutschen Bevölkerung auf fast die Hälfte mit weiterer depressiver Rückwirkung auf die Produktivität, Absinken der Steuereinnahmen, Zinsbelastungen).
Wenn man davon ausgeht, daß das Wirtschaftswachstum in Westdeutschland, verursacht durch die wirtschaftliche Öffnung und Zusammenarbeit mit Osteuropa – was allerdings vielfach erst durch deutsche Kredite ermöglicht wurde – zusätzlich um etwa 4 bis 6 % jährlich zunehmen könnte, würde dies den Verlust, der durch die zunehmende Arbeitslosigkeit entsteht, kaum auffangen. Das Problem ist nämlich, daß die Kosten der wachsenden Arbeitslosigkeit überwiegend die Arbeitnehmer, die Selbstständigen, die kleineren Betriebe und der Staat tragen müssen, während die Gewinne aus dieser Entwicklung vor allem den kreditgebenden Banken, den großen Firmen und den Spekulanten zufließen. Dadurch kommt zu den bereits genannten Gefahren noch jene, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung durch Überbelastung der Basis, die nun einmal nicht von Großbanken, Großkonzernen und Spekulanten gebildet wird, umkehrt und in eine Rezession mündet, die sich dann aus systemimmanenten Gründen zunehmend verschärft. Offenbar ist das bereits eingetreten. Die Folgen werden noch zusätzlich verstärkt durch die depressive Entwicklung in anderen Industrieländern, vor allem in den USA, was dazu führt, daß immer stärker der Import dieser Länder eingeschränkt wird. Für ein Land wie die Bundesrepublik, die viel zu sehr auf Export gesetzt hat, ist das eine besonders gefährliche Entwicklung. Eine erste Kostprobe bekamen unlängst die Bauern zu spüren. Bedeutend Schlimmeres wird folgen.

Maßgebende Politiker scheuen sich immer weniger, ihre Volksfeindlichkeit zu zeigen. So hat sich inzwischen mancher unter ihnen ganz offen dazu

Austausch des Volkes durch »multikulturelle Gesellschaft«

bekannt, in Deutschland eine „multikulturelle Gesellschaft" schaffen zu wollen, und zwar durch massive Besetzung und Durchsetzung Deutschlands mit Fremden. Das aber ist ein offen feindseliger Akt mit dem Ziel, das deutsche Volk zu beseitigen. Die Erhaltung des deutschen Volkes ist jedoch völkerrechtlich, verfassungsrechtlich und strafrechtlich normiert (Verbot von Maßnahmen, die unter den Begriff „Völkermord" fallen) (17). Zur Erhaltung des deutschen Volkes gehört vor allem die Wahrung der „deutschen Identität". Das

Propagierung einer Völkermordpolitik durch deutsche Politiker

Bundesverfassungsgericht hat im sogenannten Teso-Urteil vom 21. Oktober 1987, in dem die Einbürgerung eines in Deutschland geborenen Nachkommen eines Italieners und einer Deutschen abgelehnt wurde, ausdrücklich erklärt, es sei „verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten". (18) Für unklare Köpfe mag es zwar viele Unklarheiten bergen, was unter den Begriffen „Erhaltung des deutschen Volkes" und „Erhaltung der Identität des deutschen Staatsvolkes" zu verstehen ist. Eines ist auf jeden Fall sicher: es gehört dazu die Erhaltung der biologischen und der sprachlichen Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit. Diese aber wird beseitigt durch massenweise Einwanderung von Fremden.
Die Mehrheit unter den Nachkriegs-Politikern trat für die „reeducation" ein, d.h. für die sogenannte Umerziehung des deutschen Volkes gemäß dem Willen der Sieger des Zweiten Weltkrieges. Das Anliegen, das hinter dem Programm der Umerziehung stand, hatte jedoch wenig gemein mit dem, was allen großen Menschen eigen ist, seien es Erzieher, Philosophen, Künstler oder Menschen der Tat: nämlich mit dem Willen, dazu beizutragen, daß sich das Gute in der Welt mehre, daß sich der Charakter der Bürger hebe, daß Kultur, Recht, Freiheit und Frieden zu einem alles Leben tragenden Baum heranwachse. Denn das Ziel der reeducation war nicht Besserung, sondern Zerstörung: die Zerstörung des deutschen Volkscharakters durch völlige Umdrehung, durch Umwertung der Werte, durch Erzeugung von Selbsthaß. Ein solches Projekt verstößt aber eindeutig gegen die Normen der UNO-Konvention gegen Völkermord. Der Prozeß der Volkszerstörung ist inzwischen so weit gediehen, daß es jedermann möglich ist Massensuggestion und Volksverdummung, Pornographie, Kulturzerstörung und vor allem antideutsche

Wer für das deutsche Volk eintritt, wird verfolgt

Hetze zu betreiben. Es ist inzwischen sogar möglich, zu ihrem Volk stehende Oppositionelle straflos abzustechen oder niederzuschießen (Fall Kaindl und Sonntag (15b)). Es werden derzeit sogar in einem fremden Land sogenannte Kommandotruppen zu dem alleinigen Zweck ausgebildet, oppositionelle Deutsche zu

Israelische Meuchelmordkommandos unterwegs gegen Deutsche, die noch nicht umgedreht sind

liquidieren. Es handelt sich um Mitglieder der orthodoxen Kach-Partei in Israel unter Führung des Rabbi Baruch ben Joseph, wie verschiedene Zeitungen und erstmals das Fernsehen am 20. November 1992 (Spiegel-TV) mit verständniserheischenden Kommentaren meldeten (siehe dazu die offenen Briefe in dieser Ausgabe der NATION und nebenstehenden Artikel). Vor laufender Kamera erklärten Mitglieder

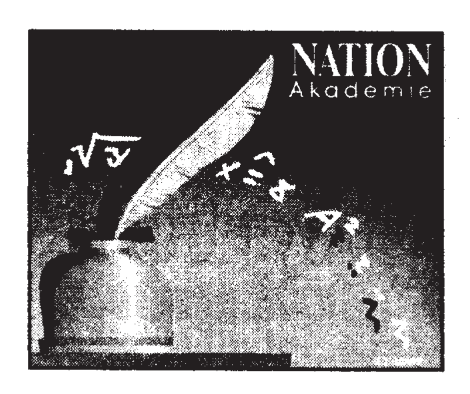
der von Eliteeinheiten der israelischen Armee ausgebildeten Kommandos, Thora und Talmud gäben ihnen nicht nur das Recht, deutsche „Neo-Nazis" umzubringen, vielmehr sei ihnen dort das Liquidieren zur Pflicht gemacht. Besondere Kunstfertigkeit demonstrierten einige der Mitglieder bei der Vorführung des „lautlosen Tötens mittels Rasierklingen", einer offensichtlich verfeinerten Abart des Schächtens. Ohne daß Polizei und Justiz einschreiten, üben die ständig von einem orthodoxen Rabbiner instruierten Kommandos in dem Body Building-Studio „Olympic Gym" in Tel Aviv. Neben den kraftaufbauenden Geräten zeigte die Kamera schußbereite Maschinenpistolen, Spezialwaffen und andere Tötungswerkzeuge.

Dem Ministerialbeamten Kaul vom Bonner Auswärtigen Amt rang das Vorhaben der Mordkommandos lediglich die Feststellung ab, „daß das Risiko leider nicht völlig ausgeschlossen werden kann, daß es vielleicht zu Straftaten gegen deutsche Interessen kommen könnte". (Schreiben vom 16. Dezember 1992, Az 310-310.SE/P)

Die Ausbildung und Aussendung der israelischen Mordkommandos geschieht, ohne daß die Regierung Israels oder die Regierung in Bonn dagegen einschreiten, ohne daß Bonn seinen Botschafter zur Berichterstattung zurückruft, ohne daß der deutsche Botschafter in Tel Aviv eine Protestnote übergibt. Man fragt sich langsam: was mag das wohl für ein Staat sein, wo jeder gegen das dort lebende Volk hetzen darf, sogar in Versammlungen und auf den Straßen ungestraft „Deutschland verrecke" schreien darf, während eine Verteidigung hiergegen verfolgt wird und Oppositionelle wieder einmal vogelfrei sind! Ein freiheitlich-demokratischer, dem Wohl des deutschen Volkes dienender Rechtsstaat kann das nicht sein. Den Boden eines solchen Staates hat der Großteil derer, die uns regieren, längst verlassen. Wer wirklich auf dem verfassungsrechtlichen Boden steht, das sind eher die Verfolgten. Diese Zusammenhänge erkannt und öffentlichkeitswirksam verbreitet zu haben, ist der Hauptgrund für die Verfolgung national und völkisch eingestellter deutscher Patrioten.

Der oberste Vertreter dieser Republik, Bundespräsident von Weizsäcker ist stolzer Träger des „Josephsordens", der höchsten Auszeichnung des führenden jüdischen Geheimbundes B'nai B'rith (zu deutsch: Söhne der Beschneidung), außerdem Träger vieler weiterer Auszeichnungen seitens jener, deren Joch uns im Nacken sitzt. Dieser Herr empfing und besuchte mehrfach, unter Bekundung freund-





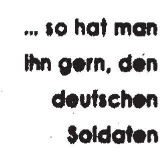
schaftlicher Gefühle, den polnischen Präsidenten Lech Walesa, nachdem dieser den Deutschen die Ausrottung angedroht hatte, falls sie Europa destabilisieren sollten. (20) Walesa hält sogar das bisherige wirtschaftliche Gefälle zwischen Deutschland und Polen für einen destabilisierenden Faktor.

Propagierung einer Ausrottung der Deutschen für den Fall der Unbotmäßigkeit findet bei der deutschen Regierung keinen Widerspruch

Der polnische Schlossergeselle ist allerdings nicht der erste, der uns mit Ausrottung drohte. Schon Menachem Begin prophezeite uns die Ausrottung. Ben Gurion und Golda Meir drohten sogar der ganzen Welt mit Ausrottung, wenn diese Israel fallen lasse. Bezeichnend ist auch, daß Talkmaster Alfred Biolek die atomare Ausrottung der Deutschen, falls die Deutschen sich für eine rechte Regierung entscheiden würden, in einer großen Zeitung als wünschenswert verkünden durfte, ohne daß ihn deswegen auch nur ein einziger aus seiner Zunft rügte.

Was geschähe wohl, wenn jemand so etwas über Israel sagte? Die Auserwählten dürfen tun und lassen was sie wollen. Sie bleiben sakrosankt. Wer das nicht akzeptiert, der kommt bestenfalls hinter Gitter, schlimmstenfalls besuchen ihn der Mossad oder die Leute von der Kach-Partei. Womit klar ist, wer bei uns der Herr im Hause ist.

Und klar ist auch, daß der Verfasser seine Artikelserie vielleicht nicht ▶



... so hat man ihn gern, den deutschen Soldaten

Die Vernichtung des Holocaust Syndroms

lange überleben wird. Es sei denn, man respektiert ihn als „Vertreter Esaus", dem nach der Thora ausdrücklich gestattet ist, das „Joch Jakobs" vom Hals zu reißen, „um auch Herr zu sein", d. h., der mit geistigen Mitteln – ohne Anwendung von Gewalt – dafür eintritt, daß sich alle Völker zu freien Völkern entwickeln, die im Rahmen freiheitlich-demokratischer Rechtsstaaten gleichberechtigt, in Frieden und freier Selbstbestimmung nebeneinander leben und hierbei der Erhaltung und Entfaltung des Lebens und der Kultur des Einzelnen wie der Gemeinschaft dienen.
Mit dem Kampfruf aus den Bauernkriegen verabschieden wir uns für heute: „Für die alte Freiheit und das alte Recht!"

Roland Bohlinger

(Fortsetzung folgt) ■

Hinweis: Wie bisher können wir in NATION die Anmerkungen nicht zitieren. Es fehlt hierfür an Platz, denn die Anmerkungen sind fast so umfangreich wie der Text selbst. Die Artikelserie erscheint jedoch als Sonderheft zusammen mit den Anmerkungen.

Fußnoten:

+) *Die Alliierten nannten das 1945 „Umerziehung". Im Verlagsarchiv der NATION liegt die vollständige Umerziehungs-Direktive der US-Regierung. Diese Direktive ist bedeutend umfangreicher, als der in der Literatur verbreitete Text. Sie stellt eindeutig ein Programm für geistigen Volksmord dar. Wir planen ihre vollständige Veröffentlichung zusammen mit zahlreichen Anlagen und einem juristischen Kommentar. Diese Direktive beweist die Absicht der Vernichtung Deutschlands auf dem Weg über eine totale Gehirnwäsche. Zum Thema Gehirnwäsche siehe u. a. die Dokumentation: „Das Holocaust-Syndrom", Band 2.*

++) *Orwell gebraucht in seinem Buch „1984" diesen Begriff. Er soll die Tarnsprache des totalitären Staates kennzeichnen, den der Autor in seinem 1949 erschienenen Buch als fiktiven Zukunftsstaat beschreibt.*

+++) *Siehe den Artikel in NATION 8/9-92: „Als die Deutschen beinahe Israel zerstörten – die Deutschen und der Golfkrieg."*

o) *Bei diesem und den übrigen hier genannten Urteilen handelt es sich um Urteile in Verwaltungsgerichtsverfahren. Bei den Verfahren Obrigheim, Krümmel und Brokdorf ging es um Klagen, die der Verfasser des obigen Beitrages als Kläger in eigener Sache und als Prozeßbevollmächtigter für zahlreiche weitere Kläger angestrengt hatte. Ein Teil der Verfahren wurde in Veröffentlichungen des Verfassers dokumentiert, die noch fehlenden Dokumentationen sind geplant. Eine ausführliche Würdigung der äußerst enthüllenden Prozeßergebnisse erfolgt gegen Schluß dieser Artikelserie.*

oo) *souverän = darüber befindlich, überlegen, die Hoheitsrechte ausübend.*

ooo) *Nicht berücksichtigt werden in der Arbeitslosenstatistik jene Deutsche, die nach der Schule erst gar keine Arbeit finden, dann jene, die schon so lange arbeitslos sind, daß sie kein Arbeitslosengeld mehr beziehen, sondern nur noch Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe, und schließlich alle Umschüler, ABM-Kräfte, Muttergeldbezieher und Frührentner.* ■

Mord und Totschlag als Mittel des Systems

(nation) Auf den Verfasser des Serienbeitrages „Die Vernichtung des Holocaust-Syndroms" sind bereits mehrfach Anschläge verübt worden. Zuletzt ein Spreng- und Brandanschlag, dessen Erfolg nur durch rechtzeitige Entdeckung verhindert werden konnte. Die Tätergruppe, die auch noch andere Anschläge verübt hatte, wurde später verhaftet, aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen, angeblich, weil sich nicht ermitteln ließ, wer aus dieser Gruppe die unmittelbaren Täter gewesen waren. Daß es sich hier um eine kriminelle Vereinigung handelte, spielte keine Rolle. Erst recht spielte es keine Rolle, daß in diese Sache zwei linksradikale Europa-Abgeordnete der „Grünen" verwickelt waren. Diese waren von den „Grünen" zu Abgeordneten gemacht worden, um sie der Strafverfolgung zu entziehen, die aus einem anderen Fall entstanden war, in dem es gleichfalls um Bildung einer kriminellen Vereinigung gegangen war. In der Untergrund-Zeitschrift „Radikal", die zur Zeit des Anschlags u. a. von diesen beiden Abgeordneten herausgegeben worden war, erschien nach dem offiziellen Ausscheiden dieser Abgeordneten eine Art Bekennerbrief, in dem es unter der Überschrift „Das Schwein hat uns gerochen" hieß, daß der Anschlag eine Warnung gewesen sei. Wenn der Verfasser weitermache, werde man ihn liquidieren. „Ich mache weiter", stellte Roland Bohlinger zu der Morddrohung fest.

Der politische Hintergrund dieses terroristischen Zirkels wird im übrigen von linken evangelischen Pastoren und linken Gewerkschaftern, die zum Teil in Kiel und Hamburg sitzen, sowie von Personen im Umkreis der Berliner TAZ gebildet. Die Polizei hat darin 3 Spitzel. Diese haben wohl die Aufgabe, Aktivitäten gegen die fal- schen Zielpersonen zu verhindern. Gedeckt werden jedenfalls die Aktivitäten von Leuten aus dem Bundeskriminalamt. Näheres hierzu bei passender Gelegenheit. Hier nur noch so viel:
Die Strafanzeige gegen die Veröffentlichung des Todesurteils in „Radikal" wurde abgewiesen, wegen angeblicher Verjährung. Selbst wenn es sich bloß um ein Pressedelikt gehandelt hätte, war Verjährung noch keineswegs eingetreten. Bohlingers Antrag auf Polizeischutz wurde abgelehnt. Ebenso wurde sein Antrag auf Gewährung eines Waffenscheins abge-

lehnt, und zwar mit der Begründung, daß ihm im Ernstfall eine Waffe nicht helfe. Daraufhin legte er die Schießprüfung ab, um als Sportschütze eine Waffe erwerben und zuhause aufbewahren zu dürfen. Er bestand sie fehlerlos. Doch dann verschwand der Prüfungsbericht spurlos.

Merke: in diesem freiesten Staat der deutschen Geschichte lebt man als Regimekritiker wirklich sehr frei, geradezu vogelfrei. Das heißt, die Regierenden dieses Staates nehmen die Liquidierung wirklich fundamental Oppositioneller mindestens billigend in Kauf.

Das hat sich jetzt erneut und in aller Öffentlichkeit bestätigt: die Bundesregierung hat nichts dagegen einzuwenden, daß Mordkommandos der israelischen Kach-Partei nach ihrer Ausbildung in der israelischen Armee gegen rechtsgerichtete Deutsche eingesetzt werden. ■

Ein antideutsches Detail

(nation) Mit welchen Methoden zum Teil gearbeitet wird, um die Deutschen über den Tisch zu ziehen, dafür noch ein bezeichnendes Beispiel: Die Firma Heckler & Koch entwickelte im Auftrag der Bundesregierung mithilfe staatlicher Subventionen eine Maschinenpistole, die hülsenlose Munition verschoß und diese in weit höherer Schußfolge und Schußgeschwindigkeit als jede bisherige Maschinenpistole. Diese Waffe war jedoch viel zu gut für die Deutschen. Als die Waffe in die Serienproduktion gehen sollte, zog die Bundesregierung ihren Auftrag plötzlich zurück, und zwar mit der Begründung, die Waffe käme für die Bundeswehr nun doch nicht in Frage. Die Firma drohte darüber in Konkurs zu gehen. Daraufhin organisierte die Bundesregierung den Verkauf der Firma an einen staatlichen britischen Rüstungskonzern. Und siehe da: bald nach dem Verkauf erteilte die Bundesregierung an die nunmehr britische Firma einen wohldotierten neuen Auftrag – und zwar zur Entwicklung eines Maschinengewehrs, das nach dem Muster der bereits vorhandenen Maschinenpistole gebaut sein sollte...

Die Untersagung des Baus einer größeren Zahl von Kriegsschiffen, die Taiwan kürzlich bestellt hatte, dürfte einen ähnlichen Hintergrund haben. Ein rund 12 Milliarden DM umfassender Auftrag ging auf diese Weise der deutschen Werftindustrie verloren. Daß er nunmehr an die Konkurrenz gehen würde, war klar.

Wer bei alledem noch an Zufall glaubt, dem ist nicht mehr zu helfen. Der Wahnsinn hat Methode. ■



Deutscher Rechts-und
Lebensschutz-Verband e.V.

Geschäftsstelle: Am Tolling 15 · D-2257 Struckum/Nordfriesland · Ruf: (04671) 5366

An die Abgeordneten
des Deutschen Bundestages
Bundeshaus

5300 Bonn 1

Struckum, 11.6.1991

Betr.: **Beteiligung von Abgeordneten des Deutschen Bundestages an Völkermordmaßnahmen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 17. Juni dieses Jahres soll der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und Polen ratifiziert werden.

Ich habe bei einem Husumer Notar die Listen mit den Unterzeichnern unter die „BERLINER ERKLÄRUNG zur Zukunft Ostdeutschlands" hinterlegt. Diese Erklärung wurde verfaßt und erstmals veröffentlicht am 31. Mai 1990. Ein Exemplar mit dem Text dieser Erklärung liegt diesem Schreiben bei.

Es handelt sich bei der „BERLINER ERKLÄRUNG zur Zukunft Ostdeutschlands" um eine **Rechtsverwahrung** und **Nichtigkeitsfeststellung.** Diese mache ich hiermit im Namen der Unterzeichner und im eigenen Namen öffentlich sowie Ihnen und der deutschen und polnischen Regierung gegenüber geltend. In dieser Erklärung wird festgestellt – und zwar auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts, das die Bundesrepublik ebenso wie Polen zwingend bindet –, daß die Abtretung der deutschen Ostgebiete nicht nur eindeutig rechtswidrig, sondern auch von vornherein null und nichtig ist. Mit gesonderter Post erhalten Sie außerdem die von mir herausgegebene Schrift *Die deutschen Ostgebiete aus historisch-politischer und völkerrechtlicher Sicht.* Dort ist die „BERLINER ERKLÄRUNG" zusammen mit einer Liste der Erstunterzeichner abgedruckt, zusammen mit zahlreichen Texten, welche den Nichtigkeitscharakter der vorgesehenen Abtretung untermauern.

Der ehemalige Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, erklärte 1951: *„Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei können bestehen, die die Oder-Neiße-Grenze anerkennen."* Manche unter Ihnen dürften das ebenso sehen. Einige unter Ihnen, darunter der Herr Bundeskanzler, hat zur Rechtfertigung erklärt, daß die Preisgabe der deutschen Ostgebiete die Bedingung war, unter der die Siegermächte des II. Weltkrieges bereit waren, der Vereinigung von West- und Mitteldeutschland zuzustimmen. Der Herr Außenminister hat jedoch erklärt, die Abtretung erfolge *„freiwillig"*.

Nun, zu dieser Angelegenheit gibt es sehr viel zu sagen. In der Ihnen überreichten Schrift habe ich viel Material zusammengetragen und einige dringend notwendige Grobheiten gesagt. Ich will mich hier nicht wiederholen.

An die meisten von Ihnen muß ich aber die Frage richten, ob Sie nicht nur im vorliegenden Fall, sondern auch in vielen anderen Fällen deutschfeindliche Interessen vertreten? Zur Begründung liste ich einige Tatsachen auf:

– Die meisten unter Ihnen, sehr geehrte Abgeordnete, nehmen es hin, daß die alliierten Besatzungsmächte, die jetzt befreundete Mächte genannt werden, bis heute unserem Volk einen Friedensvertrag verweigern. Warum wird uns das verweigert? Weil man Freundschaft mit uns geschlossen hat? Weil man Frieden mit uns will?

– Und wieso befürworten die meisten unter Ihnen, daß unsere Streitkräfte dem Oberbefehl der im Land stehenden fremden Mächte unterstehen? Weil diese Mächte uns beschützen wollen?

– Und wie kommt es, daß die meisten unter Ihnen ein „Verteidigungskonzept" unterstützen, das vorsieht, im Kriegsfall das deutsche Volk teilweise bis völlig auszulöschen (siehe z. B. Das Wintex-Cimex-Konzept)? Dient das auch unserem Schutz?

– Und weshalb haben die meisten unter Ihnen nicht energisch darauf hingewirkt, das Volk durch den Bau staatlicher Schutzbunker vor möglichen Kriegseinwirkungen zu schützen?

– Und warum unterstützte die Mehrheit unter Ihnen den Golf-Krieg, der mit Sicherheit nicht aus anständigen Beweggründen entstand? Wir alle wußten, daß es um imperialistische Interessen ging. Viele unter Ihnen lassen das eigene Volk ständig büßen und Wiedergutmachung zahlen für tatsächliche und angebliche Massenmordverbrechen in der deutschen Vergangenheit, und nun, während des Golf-Krieges, unterstützten sie selbst solche Verbrechen. Geht es nur darum, wer an wem Massenmord betreibt und wem das nützt?

– Die Bundesrepublik trat der UNO bei, die ursprünglich gegründet worden war als ein Bund jener Staaten, die sich gegen das deutsche und das japanische Reich und Volk richteten. Hierbei stimmte unsere Regierung auch der „Feindstaatenklausel" der UNO zu.[1]) In dieser Klausel wird das deutsche Reich und dessen Volk nicht nur zum „Feind" erklärt, nach dieser Klausel darf gegen uns sogar militärisch vorgegangen werden, wenn wir gegen die Siegermächte aufbegehren. Damit trat die Mehrheit unter Ihnen oder Ihren Vorgängern offen auf die Seite jener, die sich bis heute diese Klausel vorbehalten haben, die sich also bis heute als „Feinde" Deutschlands verstehen und ausgeben.

– Die Mehrheit unter Ihnen und Ihren Vorgängern richtete sich auch noch auf andere Weise gegen die Rechte und Interessen des deutschen Reiches. Das geschah z. B. durch die Erklärungen, mit denen das Fortbestehen des Reiches lediglich in den Grenzen von 1937 behauptet wird, anstatt – dem geltenden Völkerrecht gemäß – in den Grenzen vom 12. November 1918. Das geschah auch durch die Erklärungen, mit denen alle Willkür- und Unrechtsakte der Besatzungsmächte, die sich gegen das deutsche Reich richteten, „anerkannt" wurden. [2])

– Und nun hat sich die überwiegende Mehrheit unter Ihnen ohne Notwendigkeit für die Abtretung eines Drittels uralten deutschen Landes entschieden. Obendrein wurde diese Abtretung ohne vorherige Befragung des deutschen Volkes vollzogen. Das verstößt gegen fundamentale Grundsätze des Staats- und Völkerrechts.

– Zugleich wurde hierdurch indirekt legitimiert, was Voraussetzung der Abtretung gewesen war: Die weitgehende Austreibung und Ausraubung sowie teilweise Ausrottung der deutschen Bevölkerung, die bis 1945 in den abgetretenen Gebieten gelebt hatte. Offenbar war es das Manko Hitlers, daß er nicht gesiegt und nicht lange genug Polen besetzt gehalten hat. Sonst gehörte Polen jetzt „rechtgemäß" zu Deutschland. Oder etwa nicht? Welche Verluderung des Rechtsempfindens herrscht unter den meisten von Ihnen! Doch damit noch nicht genug: Die meisten unter Ihnen sorgen seit Jahrzehnten auch noch für Unterstützungszahlungen an den benachten Annexionsstaat, so wie sie Sorge dafür trugen, daß jene Zahlungen heimlich wieder aufgenommen wurden, die dem deutschen Volk durch das Versailler Diktat auferlegt worden waren und die das Deutsche Reich nach 1933 als unberechtigt verweigert hatte.

Angesichts all dieser Tatsachen müssen die meisten unter Ihnen sich fragen lassen, ob sie sich nicht an einem Krieg gegen das deutsche Volk beteiligen? Die meisten, gegen die sich diese Frage richtet, sehen das natürlich ganz anders. Doch können diese ihre Sicht auch begründen?

Hier noch einige Tatsachen, die absolut *nicht* anders gesehen werden können:

– Durch Gerichtsurteil wurde rechtsverbindlich festgestellt, es sei herrschende Rechtsgrundlage, daß durch Atomanlagen jeder Bundesbürger getötet oder in beliebigem Ausmaß genetisch geschädigt werden darf (Obrigheim-Urteil [3]).

– Durch Gerichtsurteil wurde ebenfalls rechtsverbindlich festgestellt, daß das deutsche Volk keinen Anspruch hat, vor einer Atomkatastrophe geschützt zu werden, die durch Terroristen oder durch Kriegseinwirkung auf einen Atomreaktor ausgelöst wird (Brunsbüttel-Urteil [4]).

– Durch Gerichtsurteil wurde weiterhin rechtsverbindlich festgestellt, daß die Grenzwerte für radioaktive Schadstoffemissionen unverbindlich sind (Krümmel- und Brokdorf-Urteile [5]).

– Jedermann unter uns darf ungehindert AIDS verbreiten. Das verstößt zwar gegen das Recht auf Schutz des Lebens und gegen das Seuchengesetz. Doch was sind schon Recht und Gesetz, wenn es dadurch möglich wird, das ganze Volk mit der wohl heimtückischsten Krankheit zu bedrohen und teilweise auch zu verseuchen?

– Die weit überwiegende Mehrheit unter Ihnen hat aus „sozialen Gründen" die Tötung wehrloser Kinder im Mutterleib legalisiert. Die Tötung erfolgt überwiegend durch schrittweise Zerstückelung bei lebendigem Leib. Die Tötungsrate liegt in West- und Mitteldeutschland jährlich bei über fünfhunderttausend Kindern. [6]

– Während die Mehrheit unter Ihnen aus „sozialen Gründen" Massenmord an Kindern des deutschen Volkes erlaubt, setzt sich ebenfalls aus „sozialen Gründen" die Mehrheit unter Ihnen dafür ein, daß immer mehr Fremde ins deutsche Volk eindringen und von diesem freie Versorgung ohne Gegenleistung begehren, was den meisten auch dann gewährt wird, nachdem sie als Asylanten nicht anerkannt wurden. In Hamburg liegt die Anerkennungsquote inzwischen bei rund 1%. Man gewährt sogar jedem Polen eine Rente, der nach Deutschland übersiedelt, im Rentenalter ist und Rentenansprüche in Polen besitzt, während vielen deutschen Rentnern kaum das Nötigste gewährt wird. Allein im vergangenen Jahr waren es offiziell rund 200 000 Scheinasylanten und 200 000 polnische Rentner (in Wirklichkeit sind es noch viel mehr). Die Infrastrukturinvestitionen je Einwanderer betragen durchschnittlich 250 000 bis 300 000 DM, dazu kommt der Unterhalt, das Anwachsen der Umweltbelastung, der Anstieg der Mietpreise, die Kosten wegen der hohen Kriminalitätsrate unter den Einwanderern.

– Und was unternehmen die meisten unter Ihnen an Wesentlichem gegen die immer katastrophaler werdende Gesundheits- und Umweltzerstörung? Die Erkrankungsrate verdoppelt sich in unserem Land derzeit etwa alle 10 Jahre. Die Umweltzerstörung, insbesondere das Waldsterben und dessen Folgen, dürfte auf die Dauer erheblich mehr kosten als der ganze Erste und Zweite Weltkrieg.

– Die Mehrheit unter Ihnen erlaubt auch jedermann, Gehirnwäsche und Volksverdummung, Pornographie, Kulturzerstörung und antideutsche Propaganda zu betreiben, während sie zugleich dafür eintritt, daß Deutsche, die sich dagegen wehren, verfolgt werden. Vor allem darf jeder, auch wenn das wider besseres Wissen geschieht, das deutsche Volk wegen irgendwelcher Verbrechen anklagen, während jene verfolgt werden, die es wagen, hierbei jene Rolle einzunehmen, die in jedem Prozeß zugestanden wird: die Rolle der Verteidigung. Ich frage jeden unter Ihnen: was mag das wohl für ein Staat sein, den Sie vertreten, wo jeder gegen das dort lebende Volk hetzen darf, während eine Verteidigung hiergegen verfolgt wird? In diesem Staat darf sogar jeder auf den Straßen, in Versammlungen und in den Parlamenten ungestraft „Deutschland verrecke!" rufen.

– Der oberste Vertreter des Bonner Staates, Bundespräsident von Weizsäcker, empfing und besuchte mehrfach unter Bekundung freundschaftlicher Gefühle den Herrn Walesa, nachdem dieser den Deutschen die Ausrottung angedroht hatte, falls sie Europa destabilisieren sollten.

– Die Mehrheit unter Ihnen und Ihren Vorgängern trat für die *reeducation* ein, für die sogenannte Umerziehung des deutschen Volkes durch die Sieger des Zweiten Weltkrieges. Das Anliegen, das hinter dem Programm der Umerziehung stand, hatte jedoch wenig gemein mit dem, was allen großen Menschen eigen ist, seien es Erzieher, Philosophen, Künstler oder Menschen der Tat: nämlich der Wille, dazu beizutragen, daß sich das Gute in der Welt mehre, daß sich der Charakter der

Bürger hebe, daß Kultur, Recht, Freiheit und Frieden zu einem alles Leben tragenden Baum heranwachse. Denn das Ziel der *reeducation* war nicht Besserung, sondern Zerstörung, die Zerstörung des deutschen Volkscharakters. Zur Begründung hieß es, der deutsche Volkscharakter sei unheilbar böse, weshalb er zum Wohle aller beseitigt werden müsse. Im Gefolge dieser imperialistischen Zielsetzung tritt jetzt die Mehrheit unter Ihnen für die Schaffung einer „multikulturellen Gesellschaft" in Deutschland ein. Nach der weitgehenden Zerstörung der geistigen Identität und der damit verbundenen Zerstörung des Selbst- und Kulturerhaltungswillens der Deutschen soll nun die Zerstörung der biologischen Identität das Werk abschließen. Die Teilnahme an dieser Bestrebung ist Rassismus und eindeutig die feindseligste aller hier aufgezählten Bestrebungen aus Ihren Reihen. Gemäß der *„UNO-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes"* vom 9.12.1948, die Verfassungsnorm besitzt und in das deutsche Strafrecht übernommen wurde[7]) sowie dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21.10.1987 [8]) sind sowohl die *reeducation* als auch das Erstreben *multikultureller* und *multibiologischer* Verhältnisse eindeutig Völkermordmaßnahmen. Solche Maßnahmen sind rechtswidrig und gemäß §220a StGB. mit Höchststrafe bedroht. Doch offenbar darf man sie straflos betreiben, wenn sie gegen das deutsche Volk gerichtet sind. In die gleiche Rubrik sind alle die anderen hier aufgezählten Tätigkeiten einzuordnen. Sie erweisen alle, im Gesamtzusammenhang gesehen, daß die Mehrheit unter Ihnen einen *verfassungs- und strafgesetzwidrigen* **Vernichtungskampf** gegen das deutsche Volk betreibt.

Warum es dahin kam, ist eine schwierige Frage. Eine große Rolle spielte sicherlich der nihilistische Liberalismus, der im ganzen Westen herrschend wurde, dazu kam die deutsche Schuldneurose, die starke Fremdbestimmung der deutschen Politik und die allzugroße Folgsamkeit des Volkes. Doch das rechtfertigt nicht die Verantwortlichen, es mindert nur ihre Schuld. Auch entläßt dies keinen Bürger dieses Staates aus der Pflicht, alles zu tun, damit die Ursachen des ganzen Zerstörungsprozesses schleunigst überwunden werden. Allerdings kann die schon lange erforderliche große Wende nur dann zu einem guten Ende führen, wenn sie aus ethischen Grundentscheidungen heraus gestaltet wird. Tragen Sie zu dieser Wende bei! Sorgen Sie in Ihrem Hause vor allem für die notwendige Selbstbesinnung und den Abbau der selbst- und wertzerstörenden Kräfte!

In diesem Sinne grüße ich freundlich und mit den besten Wünschen
alle Abgeordneten, die guten Willens sind,

Roland Bohlinger
Erster Vorsitzender des DRLV

[1]) Beitritt zu den *Vereinten Nationen* gemäß *Zustimmungsgesetz* vom 6. Juni 1953 (BGBl II, S. 430). Anerkennung der Feindstaatenklauseln in den Art. 53 und 107 der Satzung der *Vereinten Nationen* vom 26. Juni 1945 durch Art. 3 Abs. 1 des *Generalvertrages* vom 26. Mai 1952/30. März 1955 (BGBl II, S. 301, 305).

[2]) Das geschah insbesondere durch die Anerkennung der Weitergeltung von Unrechtsakten nach Art. 2 und der Nichtverfolgbarkeit von Straftaten der Sieger nach Art. 3 des *Überleitungsvertrags* vom 26. Mai 1952/30. März 1955 (BGBl II, S. 405).

[3]) Roland Bohlinger: *Der Obrigheim-Prozeß*, Struckum 1984.

[4]) Roland Bohlinger: *„Massensterben ist vom Gesetzgeber auferlegtes Restrisiko"*, *Der Rechtsweg*, 17.4.1980, Nr.6, S. 355ff..

[5]) Roland Bohlinger: *Der Brokdorf-Prozeß*, Struckum 1991 (in Vorber.).

[6]) Das Bundesverfassungsgericht stellte in seinem Urteil vom 25.3.1975 fest, daß „das sich im Mutterleib entwickelnde Leben ... als selbständiges Rechtsgut unter dem Schutz der Verfassung (Art. 2, Abs. 2, Satz 1; Art. 1, Abs. 1 GG)" steht. 1984 hat das LG Ulm im Verfahren Dr. S. Ernst für rechtlich zulässig erklärt, Abtreibungskliniken als „Mordinstitute" zu bezeichnen.

[7]) In den § 220 a STGB.

[8]) BVerfGE, 1977, S. 137ff. (Mohr, Tübingen, 1988). Es heißt darin u. a.: *„Das Festhalten an der Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck dieses Verständnisses und dieser Grundentscheidung... Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten."*

DRLV

Deutscher Rechts-und Lebensschutz-Verband e.V.

2251 Viöl/Nordfriesland, Postfach   Ruf 04843



Bio: JA zur Demo

Alfred Biolek, Showmaster: „Ich werde zu dieser Demonstration kommen und auch bei der Abschluß-Kundgebung das Musik-Programm moderieren. Wir sind in Deutschland bereits kurz vor dem Punkt, wo es fast schon zu spät ist. Wir müssen der großen Gefolgschaft der Rechtsradikalen zeigen, daß sie trotzdem noch in der Minderheit sind. Eher sollte die Atombombe auf dieses Land fallen und dem Boden gleich machen, als daß wir nochmal in eine Situation kommen wie vor 40 Jahren. Ich würde keine Minute in solch einem Land bleiben. Aber noch mag ich Deutschland und deshalb möchte ich es verteidigen.

Herrn
Dr. Alfred Biolek
Richard-Wagner-Str. 33

5000 Köln 1

19.11.1992

Sehr geehrter Herr Dr. Biolek,

am 31.10.1992 äußerten Sie gegenüber der Berliner Tageszeitung "B.Z.":

> "Wir sind in Deutschland bereits kurz vor dem Punkt, wo es fast schon zu spät ist. Wir müssen der großen Gefolgschaft der Rechtsradikalen zeigen, daß sie trotzdem noch in der Minderheit sind. Eher sollte die Atombombe auf dieses Land fallen und dem Boden gleichmachen, als daß wir nochmal in eine Situation kommen wie vor 40 Jahren. Ich würde keine Minute in solch einem Land bleiben. Aber noch mag ich Deutschland und deshalb möchte ich es verteidigen."

Die Angabe "wie vor 40 Jahren" dürfte ein Druckfehler sein, Sie meinten wohl "60 Jahre".

Ich kann verstehen, daß Sie in Sorge sind. Falls es jedoch zu der von Ihnen befürchteten Entwicklung kommt - dann sind Sie ja offenbar der Meinung, daran wären allein die Rechtsradikalen schuld. Machen Sie es sich da nicht zu einfach? Ein kleiner machtloser Haufen Radikaler soll in der Lage sein, die Herrschaft über diesen Staat zu übernehmen? Das ist doch mehr als lächerlich. Zudem sind diese Radikalen überwiegend ein Produkt der bei uns herrschenden Verhältnisse. Daher sollten sich zuallererst die Schöpfer dieser Verhältnisse vor den Spiegel stellen, also vorab die Regierung, die Opposition und die Medien, dann die dahinterstehenden Banken, Konzerne, Kirchen, Logen und Gewerkschaften und schließlich die einflußnehmenden Machtgruppen im Ausland. Diese repräsentieren die Macht im Staate, diese sind die eigentlichen Macher. Wer anderes behauptet, macht sich verdächtig, einer Legendenbildung zu dienen, um Schuld zu verschieben und zu verdrängen oder um die Deutschen weiterhin unter Anpassungs- und Destruktionsdruck zu halten.

Natürlich kann man es recht erfolgreich handhaben, daß man die eigene Schuld verdrängt oder anderen zuschiebt, am besten einer Minderheit, die sich nicht richtig wehren kann. Gut machen sich dabei auch Manifeste, Kränze an Gedenkstätten, Demonstrationen, das Rasseln mit dem Justizsäbel. Damit kann man viel kaschieren und sich selbst und der Öffentlichkeit immer wieder versichern, wie anständig man doch ist und wie moralisch man es doch meint. Doch damit fördert man die Fehlentwicklung nur noch mehr, denn mit einer Bekämpfung der Ursachen hat das wenig zu tun, sehr wohl aber mit einer Verschleierung und Stabilisierung der Ursachen. Aber vielleicht wollen gewisse Macher gerade das?

Sie gehören zu jenen, die mitverantwortlich sind für das, was in den Massenme-

dien geschieht. Haben Sie im Gegensatz zu vielen anderen Mitmachern bisher das Wesentliche richtig gemacht?

Aber kommen wir auf den Kern Ihrer Äußerung: Sie wissen genausogut wie ich, daß die Randgruppe der sogenannten rechtsradikalen Gewalttäter keine politische Chance hat und daß sie auch kein autonomes Produkt typischer Deutschheit darstellt (was immer das auch sein mag). Sie könnten lediglich im Rahmen einer Operation zur Macht kommen, die von den tatsächlich herrschenden Kreisen organisiert würde, so wie das ja auch 1933 der Fall war. Meinen Sie nicht, daß Ihr Wunsch nach dem atomaren Holocaust an allen Deutschen, den Sie für den Fall des von Ihnen befürchteten Sieges dieser Operation verwirklicht sehen möchten, einerseits überwiegend gegen die Falschen gerichtet ist und andererseits völlig im Widerspruch steht zu dem moralischen Anspruch, den Sie für sich reklamieren? Befinden Sie sich durch Ihren Haßausbruch nicht in der moralischen Gesellschaft jener, die Sie so angreifen? Oder wollen Sie behaupten, eine Ausrottung aller Deutschen wäre im Falle der Wiederkehr nationalsozialistischer Verhältnisse ein Akt der Notwehr? Wie ist es dann mit dem Recht auf Notwehr gegenüber den Machthabern im In- und Ausland, die uns solche Verhältnisse aufoktroyieren? Das ganze derzeitige Gerede über den drohenden rechtsradikalen Umsturz ist die frechste Chuzpe dieser Republik, nach dem Muster: ein paar silberne Löffel stehlen, einen anderen dafür verhauen und dann laut schreien, man werde verfolgt, worauf dann hundert Freunde des Diebes das gleiche schreien. Die Rechtsradikalen sind hierbei lediglich Staffage.

Und noch etwas. Wenn ich richtig informiert bin, dann gehören Sie dem jüdischen Volk an. Die Deutschen müßten somit als Nichtjuden für Sie zu den Fremden zählen. Ihr Wunsch wäre damit kein radikaler Ausdruck des Selbsthasses, sondern des Fremdenhasses. In diesem Fall wäre Ihr Engagement gegen Fremdenhaß ein Fall doppelter Moral. Allerdings wäre das nach den Lehren der Thora und des Talmud gerechtfertigt. Vielleicht hängen Sie diesen Lehren an? Nach diesen Lehren sind bekanntlich alle Völker auszurotten, die sich nicht dem Herrschaftsanspruch Jahwehs und dem in seinem Auftrag handelnden Bundesvolk unterwerfen; ausgenommen sind seit 1948 nur jene Menschen und Völker, für die nicht nur der Jakobsegen, sondern auch der Esausegen gilt. Diese höchst bedeutsame Einschränkung übersehen die meisten Anhänger der Lehren der Thora und des Talmud. Falls Sie ein Anhänger dieser Lehren sind, würde sich Ihr Ausrottungswunsch praktisch nicht nur gegen jene richten, die "das Gesetz" verletzen, sondern auch gegen jene, die unter dem Schutz des Esausegens stehen. Nach den Lehren der Thora wäre das ein Bruch des Bundes, der zur Vernichtung führt.

Die Chaotisierung, Radikalisierung und Imperialisierung der Verhältnisse, wie dies derzeit unter dem Deckmantel der Humanität und Weltverbrüderung veranstaltet wird, führt, wird dies weiter fortgesetzt, nur in einen Zerstörungs- und Entrechtungsprozeß, der zum Schluß alle, auch die Macher und Mitmacher verschlingt. Zukunftsweisend kann allein eine Denk- und Verhaltensweise sein, die allen Völkern das gleiche Recht auf Erhaltung und freie Entwicklung ihres Lebens und ihrer Kultur im Rahmen einer freiheitlichen nationalen und internationalen Rechtsordnung zuspricht.

Mit bestem Gruß,

Roland Bohlinger

Deutsche Vorherrschaft in Europa?

Teil II/1: Gibt es eine Befreiung von den falschen Traditionen?

Von Roland Bohlinger

In NATION 7/1992 legten wir dar, weshalb sich Deutschland noch in diesem Jahrzehnt zur vorherrschenden Macht in Europa und darüberhinaus entwickeln dürfte. Zur Erinnerung werden nachfolgend die Hauptargumente noch einmal in Stichworten wiederholt:



Familienportrait – Europas verschwägerte Monarchen hielten ihr von Gott gegebenes System für ewigkeitserprobt.

Wiedervereinigung 1989. Schwinden des Ost-West-Gegensatzes. Beseitigung der Gefahr, im Kriegsfall durch NATO oder Warschauer Pakt ausgelöscht zu werden. Auflösung der UdSSR. Zerfall des Kommunismus im Osten mit Rückwirkungen auf kommunistische Gruppen im Westen. Wirtschaftlicher, kultureller, biologischer und politischer Niedergang der überwiegend deutschfeindlich regierten Staaten USA und Großbritannien. Anwachsen der nationalen Freiheitsbestrebungen in den Völkern Osteuropas, Asiens, Afrikas. Abwendung vieler dieser Bestrebungen von christlich-abendländischen, proamerikanischen und kapitalistischen Denkweisen. Bündnis Deutschlands mit Frankreich und umliegenden Staaten. Zunehmende Beseitigung der Gefahr, daß Deutschland wieder zwischen zwei mächtige Fronten gerät. Deutschland als Brücke zwischen Ost und West. Deutschlands Schlüsselrolle beim Wiederaufbau im Osten. Deutschland führende Wirtschaftsmacht in Europa und darüberhinaus. Nach der Gesundung Mitteldeutschlands noch größere Wirtschaftsstärke. Zusätzliche Steigerung der wirtschaftlichen und politischen Stärkung Deutschlands durch das Zusammenwachsen mit nahestehenden, überwiegend germanisch geprägten Ländern (Österreich, Dänemark, Holland, Belgien, Luxemburg) und mit Frankreich.

Probleme der Wiedervereinigung zwingen die Deutschen, Intelligenz, Innovation, Kapital verstärkt deutschen Interessen dienstbar zu machen. Ostdeutschland kehrt vermutlich im Rahmen einer EG-Assoziierung zurück. Wohlfahrtsstaat wird weitgehend abgebaut, das führt zu veränderten Auslesebedingungen in der Gesellschaft. Aufstieg traditionell antiamerikanischer, antibritischer und z. T. antizionistischer und nichtchristlicher, aber deutschfreundlicher Staaten wie Japan, China, Korea, Indien, arabische Staaten. Niedergang des mosaischen und des christlichen Jahwismus, Wiederaufstieg des konkurrierenden islamischen Jahwismus. Abstieg des roten Faschismus. Ökologische Sachzwänge erzwingen Machtabbau. Der bevorstehende wirtschaftliche Zusammenbruch der Industrieländer und die offen antideutsche Regierungsweise in Bonn führen zu einem Rechtsruck und vermutlich am Schluß zu einer nicht auf Deutschland beschränkten Revolution. Im Rahmen dieser Entwicklung Zerfall der USA. Israel muß mit den Arabern Frieden schließen und wird danach langsam aufgesogen. Aus der ganzen Entwicklung gehen Deutschland und die ihm nahestehenden verbündeten Staaten als zentrale Ordnungsmacht in Europa und neben Japan weltweit hervor. Das große Problem ist nur: welcher Geist, welche Gruppen werden dann diese zentrale Ordnungsmacht regieren? Abschließend betonten wir:

„Es kann natürlich nicht in unserer Zielrichtung liegen, daß die Führungsrolle, die Deutschland jetzt in den Schoß fällt, für imperialistische Zwecke gebraucht wird. Worauf wir hinwirken müssen, das ist die Überwindung imperialistischer und liberalistisch-materialistischer Kräfte zugunsten einer freiheitlich-rechtsstaatlichen, das Eigenle-

ben der Völker achtenden, von Verantwortung gegenüber dem Leben und der Zukunft getragenen, kulturellen Höherentwicklung."

Rettung durch systemimmanente Politik?

Eine Bewegung, die politisch verändernd wirken möchte, versucht gewöhnlich, bestehende *Machtstellungen* in Staat, Wirtschaft, Organisation und vielleicht auch Kirchen zu *erobern*. Sie unternimmt das in der Erwartung, es ließen sich mit dem Besitz und *Gebrauch dieser Machtstellungen* die erstrebten Änderungen, auch solche grundlegender Art, erreichen. Man kann eine derartige Politik als „systemgemäß" bezeichnen. *)

Eine systemgemäße Politik kann auf *gesetzlich erlaubte* oder *unerlaubte* Weise erfolgen. Die gesetzlich erlaubte ist die *offen systemgemäße*. Sie zeichnet sich durch folgende Wesenszüge aus:

- Einordnung in die vorherrschenden Sach- und Verwaltungszwänge,
- Befolgung der geltenden Spielregeln und
- Gebrauch der bei Machtkämpfen im System üblichen Mittel.

Das heißt, sie zeigt vor allem eine zumindest vorläufig gemeinte Anerkennung der herrschenden Wirtschaftsform, der zentralistischen Beamtenherrschaft und des Parteien- und Verbandswesens, folgt mehr oder minder dem Mißbrauch der heutigen Werbe- und Erziehungsmöglichkeiten und übt sich in viele Arten gesetzlich erlaubten Betrugs und Zwangs ein.

Daher kann eine derartige Kampfesweise, wird sie länger und zunehmend erfolgreich angewandt, nur zur Gewöhnung der meisten Kämpfer an die benutzten systemgemäßen Formen, befolgten Regeln, angewandten Mittel führen,

Legale Eroberung bestehender Herrschaftspositionen im System führt zur Anpassung an das Wesen des Systems

dann zum Verrat an den ursprünglichen Zielen durch erwachendes Gefallen an ausgedehnter Macht verleiten und schließlich in eine begrenzte bis völlige innere und äußere Anpassung einmünden, ergänzt durch Verfilzung mit gleichfalls um die Macht buhlenden Gruppen und begleitet von heftigen, vielleicht sogar blutigen Kämpfen mit Volksteilen, die von Gegnern aufgehetzt werden. Das heißt: die neue politische Strömung, die ursprünglich von einer Begeisterung für hohe systembefreiende Ziele getragen wurde, verstrickt sich in systemgemäße Verhaltensweisen und endet nicht in Befreiung und schöpferischem Aufbau, sondern in einer als „Reform" auftretenden *Neuanpassung des Systems*, was praktisch aber nichts anderes darstellt als eine *Festigung und Ertüchtigung des Systems*. Im Grundsätzlichen gilt das gleiche für den politischen Weg von Personen, die in einen bereits bestehenden politischen Verband mit den besten Absichten und großen Hoffnungen eintreten, entweder um ihn „umzufunktionieren" oder, um dort einen „Marsch durch die Institutionen" anzutreten. Eine Fülle von Lehrbeispielen bietet die Geschichte des Parteienwesens. Es gab bisher noch keine Partei, die nicht mit einem großen, wohltönenden Programm aufgetreten wäre, die nicht Freiheit und Gerechtigkeit, Sicherheit und Wohlstand, Frieden, Beseitigung der Ausbeutung und noch manches andere Schöne versprochen hätte – aber das meiste blieb Wortgeklingel, wenn es nicht sogar bewußt täuschen sollte. Es ist bis heute noch keiner systemgemäß auftretenden Partei oder auch außerparlamentarischen Organisation gelungen, das System *wesentlich und dauerhaft zum Guten zu führen*. Keine kam über systemausgliedernde Ansätze, über weitgehend äußerliche Neuerungen bis mittlere Verbesserungen, über Flickwerk und wohlmeinende Reden hinaus. Sie alle wirkten, wenn auch oft wider Willen und Hoffnung, in irgendeiner Form bei der Fortentwicklung und Festigung des Systems mit. Sie taten das selbst dann, wenn sie nur als Auffangbecken für Unzufriedene oder als demokratisches Feigenblatt dienten – denn dann dienten sie dazu, die Menge über das Wesen des Systems zu täuschen, über dessen zunehmend zerstörerische, lebensabschnürende Entwicklung.

Umfunktionierung und Marsch durch die Institutionen?

Der hier aufgezeigte politische Irrtum wird zwar vielfach schon erkannt. Aber er wird dann nur zu oft



Der linksradikale künstlerisch-zynische Chronist George Grosz portraitierte die seiner Auffassung nach „Stützen der Weimarer Republik".

*) *Hier und später verwendete Bedeutung des Begriffes „System": Das durch hierarchische Gliederung und weitgehend rücksichtsloses Macht- und Luststreben der verschiedensten Art und ideologischen Förderung gekennzeichnete Kräfte- und Formengefüge, das heute überall auf der Erde die Völker und gesellschaftlichen Zusammenschlüsse zunehmend, allerdings in unterschiedlicher Stärke, durchdringt, und in dem zahlreiche, sich aus Machtgier und Machtneid meist untereinander bekämpfende imperialistische Verbände eine vorherrschende und treibende Rolle spielen.*

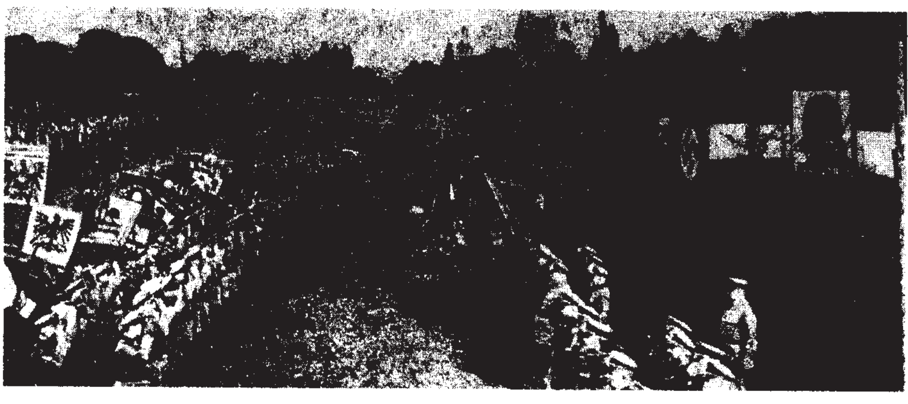
gegen einen anderen, noch gefährlicheren Irrtum eingetauscht: gegen den Irrtum, die Vorherrschaft im System könnte auch ohne Anpassung und ohne Unterwanderung, nämlich „von außen", durch eine *gewaltsam erobernde* Kampfesweise erworben werden.

Versuch einer von außen kommenden Eroberung des Systems ist ebenfalls ein Irrweg

Gewaltsam kann eine Vorherrschaft im System nur durch eine *Über*macht erlangt werden. Für den Erwerb einer solchen Macht gilt aber dasselbe wie für jeden anderen *unmittelbar im System* angestrebten Erwerb umfangreicher Macht: Er kann in der Hauptsache nur erfolgen unter Anpassung an die bestehenden Sach- und Tätigkeitszwänge. Das wiederum kann, obwohl teilweise andere Zwänge zu beachten sind als bei gesetzlich erlaubter Kampfesweise, auch hier nur systemeingliedernd wirken. So erfordert diese Kampfesweise, daß unter anderem große Mengen an Geld und Waffen erworben werden, also Mittel, die sich hauptsächlich in der Hand bereits vorherrschender Kreise befinden und die von diesen kaum umsonst zu haben sein dürften, zumindest nicht ohne Preisgabe eines Teils der eigenen Unabhängigkeit. Mag hier jedoch in manchen Fällen die Hoffnung noch berechtigt sein, es könnten im entscheidenden Augenblick alle eingegangenen Bindungen mißachtet oder gar zerrissen werden, so ist die gleiche Hoffnung um so trügerischer bezüglich einer anderen, viel schwerer wiegenden Verstrickung: Diese Verstrickung erwächst aus dem Umstand, daß heute das System nicht, wie noch einige Jahrhunderte zuvor, auf einzelne Staaten beschränkt ist, sondern daß es inzwischen überstaatlich weltumspannend wurde. Daher müssen Vorbereitungen für eine gewaltsame Machteroberung überwiegend *im Untergrund* getroffen werden. Das heißt aber, daß die Vorbereitungen zum Umsturz von einer Geheimgesellschaft straff geleitet, durch ein Netz von Lügen, Listen und Irreführungen getarnt, durch Bundesgenossen und gepreßte oder gekaufte Verräter aus den herrschenden Kreisen zusätzlich gestützt und gefördert werden müssen.

Zwang zur Geheimbündelei

Mit anderen Worten: es müssen entscheidende Wesenszüge des Systems übernommen werden, insbesondere Mißtrauen, Unwahrhaftigkeit, Anpassung der Gesittung an machtpolitische Zwecke, straffe



Die Gleichschaltung der Jahre 1933/34 würgte auch viele positive deutsch-nationale und völkische Ansätze ab – im Bild: Übernahme des „Stahlhelm" in die SA.

Lenkung der Gefolgschaft. Die Lenkung muß hier sogar noch umfassender und härter ausfallen als dort. Denn die Umsturzvorbereitungen müssen geheim bleiben. Daher müssen alle ungehorsamen und unzuverlässigen Mitglieder zu vollständigem Gehorsam gebracht, notfalls beseitigt werden. Auch die aus dem gegenseitigen Mißtrauen erwachsende Bespitzelung, dann die zur Vertarnung notwendige Verschlagenheit und Irreführung, schließlich der Gebrauch einer Zweckmoral – das alles wird sich in einer umstürzlerischen Geheimgesellschaft besonders kräftig entfalten und damit zugleich eine tiefgreifende sittliche Verwahrlosung der Mitglieder und eine negative Auslese schaffen.

Zwang zur Gewaltanwendung

Zu der *umständebedingten* Übernahme und teilweisen Übersteigerung systemgemäßer Verhaltensweisen gesellt sich aber noch eine *zielbedingte* Verstrickung. Sie entsteht durch jene Art Gewaltanwendung, die für die gewaltsame Kampfesweise kennzeichnend ist. Es handelt sich hier nämlich um eine Gewaltanwendung, die sich in erster Linie an Machtzwecken ausrichtet, darum häufig über reine Notwehrmaßnahmen – also über Abwehr unmittelbarer Gefahr für Leben und Freiheit – hinausgeht, dadurch gewalttätige Züge gewinnt und so den Machtkampf zum bloßen Streit um die Vorherrschaft im System entarten läßt.

Historische Lehrbeispiele

Die letzten Jahrhunderte der Menschheitsgeschichte bieten genügend Lehrbeispiele. Sei es die französische, russische oder chinesische Revolution, seien es die mittel- und lateinamerikanischen oder andere Revolutionen – sie alle brachten den Völkern, rechnen wir die Errungenschaften gegen die Verluste auf, keine sittlich und geistig wesentliche Höherentwicklung, sondern meist nur neue Schlagworte und neue Fahnen mit neuen Herren, neuem Unrecht, neuem Raub und neuen Kriegen.

Im übrigen tritt die gewaltsame Kampfesweise nur selten in reiner Form auf. Sie zeigt sich meist vereint mit einer gesetzlich erlaubten Kampfesweise, erwartet von dieser Schutz, Förderung und Verschleierung, womit auch hier unter Beweis gestellt wird, daß sie mit dem System genügend verwachsen ist.

Selbstverständlich kämpft jede politische Bewegung nicht allein um Machtstellung in Staat, Wirtschaft



Christliche Hierarchien...

und Verbänden. Für eine solche Beschränkung versammeln sich in ihr zu viele unruhige Köpfe. Je mehr von einer politischen Bewegung nicht nur die Eroberung herrschender Machtstellungen, sondern auch eine innere Wandlung, eine geistige und sittliche Veränderung der Gesellschaft nicht mit systemgemäßen,

Korrektur systemimmanenter Politik durch Förderung innerer Wandlung?

sondern mit systemfremden bis system-befreienden Mitteln betrieben wird, je mehr also vor allem mit Aufklärung, mit Verbreitung einer geistig und sittlich hochstehenden Weltanschauung, mit Entwicklung zum selbständigen Denken und verantwortungsbewußtem Handeln, mit der Entwicklung unabhängiger Kulturorganismen, ausbeutungsfreier Wirtschaftsgebilde und einer durch ihren Charakter bestimmten Elite gearbeitet wird – desto mehr wirkt eine solche Bewegung systemausgliedernd und -befreiend, desto mehr wird sie aber auch von denen, die im System herrschen, als echte Bedrohung und nicht nur als eine lästige Nebenbuhlerei betrachtet und bekämpft.

Sollte aber das Unwahrscheinliche geschehen, daß die meisten führenden Mitglieder einer systemgemäß zur Herrschaft gelangten Bewegung nach aller Anpassung und Bindung auf dem Weg zur Macht immer noch unbeirrt die ursprünglichen Ziele erstreben, so wäre damit nicht viel gewonnen. Nunmehr

Nach dem Sieg Entfernung der noch nicht Angepaßten

müßten sie sofort einen neuen Machtkampf bestehen, einen innerhalb der eigenen Reihen: Sie müßten sich durchsetzen gegen die weit überwiegende Mehrheit der Anhänger, die durch innere Anpassung längst schon den Kern der Sache verrieten, außerdem gegen Postenjäger und eingesickerte Gegner. Spätestens jetzt würde das System obsiegen, nämlich über Mehrheitsentscheidungen.

Systemänderung mit Systemmitteln?

Aber selbst dann, wenn auch diese Hürde überwunden werden könnte, wäre es immer noch wenig sinnvoll, den Kampf vor allem auf die Eroberung der Schlüsselstellungen in Staat, Wirtschaft und Verbänden zu richten. Die meisten dieser Schlüsselstellungen sind nämlich in Aufbau, Personalbestand und Leistungsbereich zu systemgemäß und in ihrer Verwendungsfähigkeit zu sehr von einem gegenseitigen, in den Grundzügen weitgehend festliegenden Zusammenspiel abhängig, als daß sie in nennenswertem Umfang zu anderen als den bisherigen Zwecken benutzt werden könnten. Aber auch jene wenigen Machtstellungen, deren Verwendungsbereich nicht so eng begrenzt ist, böten nur unzureichend Hilfe. Worauf es ankommt, das ist ein durchschlagender und nicht ein halber Erfolg, da dieser allzuleicht von der negativen Hauptmasse wieder aufgesogen wird.

Mit anderen Worten: durch Machteinsatz in Staat, Wirtschaft und Verbänden läßt sich zwar manches regeln. Aber eine umfassende Befreiung und Höherentwicklung läßt sich damit nicht erzeugen. Denn diese Befreiung und Höherentwicklung muß aus dem Inneren des Menschen selbst kommen. *Und zwar schon deshalb, weil die heute bestehende Unfreiheit und Kulturöde keine Hülle, keine Folge einer nur übergestülpten Herrschaft darstellt, sondern tief in den Bewußtseinsinhalten, Willensrichtungen und Fähigkeiten der meisten Menschen ankert.* Ein Machteinsatz kann deshalb die seelische Verankerung und damit den Wesenskern des ganzen Systems nur teilweise aber nicht gründlich auflösen.

Das zentrale Problem: die geistige und materielle Verankerung des Systems in der Gesellschaft

Sinnvoll, wenn auch nicht aus sich selbst heraus vom System befreiend, könnte bestenfalls folgende Art



...und kommunistische Bannerträger als Stützen universalistischer Systeme.

des Machteinsatzes sein: Es werden einer bereits vorhandenen systemausgliedernden Bewegung Hilfsmittel überlassen, zum Beispiel Geldmittel und Teile des Nachrichten-, Forschungs- und Erziehungswesens, außerdem wird ihr und dem ganzen Volk jeder politisch mögliche Schutz gegen machtgierige Angriffe von innen und von außen gewährt, also vor allem der Schutz durch das Rechts- und Verteidigungswesen.

Sinnvoll allein: die Unterstützung systemausgliedernder Bewegungen mit Mitteln des Systems?

Allerdings dürfte auch hier bald ein Rückschlag eintreten: Das System, das außerhalb dieses rebellisch werdenden Gemeinwesens nach wie vor herrscht, würde seine Zukunft durch diese Entwicklung gefährdet sehen und darum versuchen, sie durch wirtschaftliche Blockade, Krieg und andere Mittel zu vernichten.

Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich außerdem folgende Erkenntnis: der Nationalsozialismus konnte gar nicht anders, als das Wesen des alten Systems weitgehend zu reproduzieren. Nach dem Gesetz, nach dem er angetreten war, mußte er auch enden: in den Armen der das System beherrschenden imperialistischen Machtgruppen. Die Unterstützungen, die der Nationalsozialismus durch etablierte Kreise im In- und Ausland erhielt, durch Banken, Konzerne, Kirchen und Militär, ja sogar durch jüdische Kreise, diese Unterstützungen erfolgten nur selten in bewußt verschlagener Absicht. Sie sind natürlich auch kein Beweis, daß die Führung des Nationalsozialismus für den „Feind" gearbeitet hat. Sie sind lediglich Ausdruck der üblichen Bündnisbestrebungen, Hilfsangebote und Hilfegesuche der verschiedenen im System vorhandenen Gruppen, die besonders intensiv sind, wenn eine neue besonders aktive Gruppe auftaucht.

Diese Unterstützungen wirkten aber in Verbindung mit den bestehenden geistigen und materiellen, vornehmlich christlich-kapitalistisch-liberalistischen Strukturen der Gesellschaft in die gleiche Richtung: die zahlenmäßig schwachen, wenn auch sehr aktiven positiven Kräfte, jene, die nach völkischer und kultureller Befreiung und Höherentwicklung, nach Rechtsstaatlichkeit, nach sozialer Gerechtigkeit, nach Entmachtung des Gegners strebten, wurden schrittweise so integriert, umarmt und von andersgerichteten Kräften durchsetzt, daß sie schließlich entweder weitgehend angepaßt, erdrückt, in Resignation versetzt oder entmachtet, ausgegrenzt oder gar beseitigt wurden.

Der Nationalsozialismus als typischer Fall einer systemstabilisierenden Systemreform unter schließlicher Ausgrenzung der echten Opposition

Den Rest besorgte der Krieg mit seinen Zugzwängen und Zerstörungen.

Fortsetzung folgt

Hitler – Agent oder Opfer der Hochfinanz und des Vatikan?

Von Roland Bohlinger

Mehrere Briefe erreichten uns in letzter Zeit, in denen die Frage nach der Finanzierung Hitlers gestellt wurde. Ich bringe nachfolgend eine Liste von Quellen- und Literaturstellen zu diesem Thema; der größte Teil des angegebenen Materials befindet sich in meinem Besitz, ist aber auch über Bibliotheken frei zugänglich. Die Veröffentlichung der Liste wird helfen, die Frage der Verantwortung für Hitlers Aufstieg neu zu stellen. Das gilt auch und gerade hinsichtlich der Tatsache, daß Hitler von jüdischen Führungskreisen massiv unterstützt worden ist.

Hitler wurde vor der Machtergreifung von vielen Seiten finanziell unterstützt. Die größten Summen kamen nicht aus Deutschland, wie oft behauptet wird (z. B. bei Thyssen, „I paid Hitler"), sondern aus dem Vatikan und aus Kreisen der Regierungen, Hochfinanz und Großindustrie in England, USA, Sowjetunion, Holland und Frankreich.

Es wäre jedoch falsch, Hitler deswegen als „Agenten" seiner Geldgeber hinzustellen oder als „Mann der Hochfinanz" oder der „Großindustrie". Hitler handelte in der Frage der Finanzierung seines Aufstiegs sicher recht widerwillig, aber gemäß den unumgehbaren Zwängen im herrschenden System. Denn die in diesem System wirkenden Zwänge erlauben eine Eroberung der im System vorhandenen Machtpositionen nur bei erheblicher finanzieller Unterstützung durch jene Kreise, die hierzu finanziell imstande sind, die also bereits vorherrschen und somit meist schon ein integrierter Bestandteil des Systems darstellen.

Die wichtigsten Geldgeber – der Vatikan, führende, meist jüdische Häuser in der Wallstreet und Londoner City sowie Stalin – unterstützten Hitler nicht, weil sie seine Ziele oder die seiner Bewegung und deren Umfeld begrüßten oder über das Geld steuern wollten. Sie wollten ganz einfach eine Erstarkung Deutschlands unter der Führung einer nationalen Bewegung. Daher waren die größten Geldgeber, jene aus den USA, zuerst auch nicht zu Hitler, sondern zu Ludendorff gegangen. Doch zu ihrer Enttäuschung drehte ihnen Ludendorff den Rücken zu.

Warum interessierte diese Kreise die Erstarkung Deutschlands unter nationaler, antisemitischer, antikommunistischer und teilweise antikapitalistischer Führung?

1. Nur mit einem starken Deutschland ließ sich ein zweiter großer Krieg führen, der viel kostete und daher der Hochfinanz und der Großindustrie auch viel Gewinn einbrachte.

2. Nur mit einem starken Deutschland ließ sich ein Krieg führen, mit dem die deutsche Volkskraft endlich so niedergebrochen werden konnte wie im Ersten Dreißigjährigen Krieg, und der es ermöglichte, endlich die NEW-WORLD-ORDER durchzusetzen.

3. Innerhalb der schen Bewegung und in ihrem Umfeld gab es Strömungen, die eine ernste Bedrohung für die alten imperialistischen Mächte darstellten. Eine solche Bedrohung bekämpft man am besten, indem man ihr zunächst im Gebiet des „Hauptfeindes" – nämlich Mitteleuropa – zum Sieg verhilft.

Das hat zur Folge, daß alle jene Menschen sichtbar werden, die sich zu dieser Bewegung oder ihrem Umfeld bekennen oder sich dafür einspannen lassen. Nun heißt es nur noch, den bereits bestehenden imperialistischen Grundcharakter des Systems – wie er z. B. in seinen religiösen und ideologischen, wesentlich christlich-jüdisch bestimmten Grundlagen, in seinem Erziehungswesen, in seiner weitgehend zentralistischen Verwaltung oder in seiner Wirtschaftsweise (mit Naturausbeutung, Zins- und Bodenwucher, räuberischem Steuersystem usw.) zum Ausdruck kommt – bis hin zur Entstehung einer offenen Gewalt- und Willkürherrschaft zu fördern. Danach muß das ganze Herrschaftsgebiet des „Feindes" in einen totalen Krieg verwickelt werden. Diese Eskalation erlaubt es dann „Gegengewalt" anzuwenden, dabei das gegnerische Volk biologisch und wirtschaftlich zu schwächen und seine offen sichtbar gewordene Führungsschicht zu beseitigen. Nach der Niederlage kann der Kampf dann fortgesetzt werden, indem man diesem Volk eine willfährige destruktive neue Führungsschicht, eine neurotische Gehirnwäsche, eine Einkreuzung fremder Volksteile und eine wirtschaftliche und kulturelle Versklavung verpaßt.

Mit anderen Worten: Hitler konnte tun, was er wollte. Die Falle war schon von Anfang an aufgestellt und kaum zu umgehen. Meine politische Theorie hierzu habe ich in NATION 10/11-92 dargelegt.+)

Die Lehre daraus in Kurzfassung: Nicht die Machteroberung im bestehenden System bringt die Befreiung, sondern einerseits der Aufbau von weitgehend autarken Machtpositionen von unten her und außerhalb des Systems und andererseits die Schwächung des Gegners, indem man ihm auf geistigem und moralischem Gebiet die Kampfscharen nimmt.

+) Aufsatz: „Deutsche Vorherrschaft in Europa? Teil II: Gibt es eine Befreiung von den falschen Traditionen?"





Lehnte Geld der Wallstreet kategorisch ab: General Ludendorff.

Roland Bohlinger

Aus gegebenem Anlaß

Hetze und Verleumdung sind im politischen Kampf ein häufig angewandtes Mittel. Ihre Bedeutung als politisches Kampfmittel wäre allerdings bei weitem nicht so groß, gäben die meisten Menschen darauf die richtige Antwort: nämlich, indem sie mit Verachtung jedem Angriff begegnen, wo der Angreifer jemanden herabsetzt oder gar verleumdet, ohne dem Angegriffenen gleichzeitig Gelegenheit zur Erwiderung zu geben.

Solange diese Art der Antwort nicht als ein Gebot politischer Sauberkeit gilt und zur herrschenden Sitte erhoben ist, so lange wird es auch nicht gelingen, die Herrschaft der Unanständigen zu brechen. Und genau so lange wird es auch immer wieder erforderlich sein, auf Herabsetzungen und Verleumdungen zu erwidern, so sehr das dem Betroffenen auch zuwider sein mag. Wer falsch und negativ dargestellt wird, kann zwar mit Nichtachtung darüber hinwegsehen, aber er muß trotzdem immer wieder eingreifen, um politischen Schaden abzuwenden.

Wer die von mir verfaßten Veröffentlichungen liest, müßte ohne jede Schwierigkeit erkennen, wofür ich mich einsetze, nämlich für einen wirklich freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, für die Erhaltung und Verständigung aller Völker und für eine allgemeine kulturelle Höherentwicklung. Ebenso müßte er ohne Schwierigkeit erkennen, daß ich mich gegen jede Art von Imperialismus, Priesterherrschaft und Krieg wende und, daß ich das nicht selektiv betreibe, sondern grundsätzlich, ohne jede Ausnahme. Das unterscheidet mich von meinen Gegnern. Diese verurteilen z.B. Herrenrassenwahn und nationalsozialistische Gewaltherrschaft, aber Vergleichbares auf der eigenen Seite finden sie durchaus in Ordnung, z.B. den Auserwähltheitswahn, wie er von bestimmten jüdischen Kreisen vertreten wird, oder die zahlreichen Gewaltherrschaften unter kommunistischer, christlicher, islamischer oder demokratischer Fahne.

Aber gerade diese Ausnahmslosigkeit ist es, die meinen Gegnern mißfällt. Ich schlage mich auf keine ihrer Seiten - und das erkennen sie zurecht als Bedrohung. Kürzlich meinte ein Fernsehmoderator, die (von mir herausgegebene Zeitschrift) NATION könnte gefährlich werden, da dort eine Linie vertreten werde, gegen die schwer zu argumentieren sei.

Nun, wenn die üblichen Mittel "demokratischer Erziehung" nichts fruchten, wird das wahre Gesicht gezeigt. So gab es neben einigen anderen Freundlichkeiten in diesem Jahr bereits fünf Brandanschläge gegen mein Verlags- und Wohnanwesen. In allen Brandfällen konnte der Schaden in Grenzen gehalten werden, weil die Brände immer kurz nach dem Entstehen bemerkt wurden. Es verbrannten jedoch mehrere Autos und beim letzten Brand wurde ein Teil des Dachstuhls zerstört. Polizeischutz wird mir trotzdem verweigert. Diesen bekommen Asylbewerberheime. Auch wenn dort überwiegend Kriminelle sitzen (siehe meine Studie zum Thema Kriminalität unter Asylbewerbern und den Aufsatz "Überfremdung und Kriminalität" in NATION 4-5/1993.)

Im Übrigen nochmals zur Klarstellung für alle, besonders für jene mit der Vorliebe für Schubladen und Totschlagworte :

Die *Politischen Grundprinzipien der NATION* sind von mir verfaßt. Sie stellen einerseits ein Bekenntnis dar, andererseits sind sie als Mahnung an den Leser und an die Autoren der NATION gedacht. Und sie sind ganz bewußt an den Anfang jeder Ausgabe der NATION gestellt, seit ich Herausgeber dieser Zeitschrift bin. An sich sollte das ausreichend Klarheit schaffen. Wir leben jedoch in einer Zeit geistiger und ethischer Verwirrung, wo es den meisten Menschen schwerfällt, bei bestimmten Reizthemen klar zu denken, und noch schwerer, sich klar zu bekennen.

Daher halte ich es für angebracht, hier zusätzlich drei Dokumente auszugsweise wiederzugeben. Das erste Dokument ist ein Brief von mir an die Schriftleitung der *Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung* vom 28.4. 1978. Dieser Brief wurde anschließend von mir veröffentlicht. Es heißt darin u.a.:

"Nun, wer die geschichtswissenschaftliche Entwicklung genauer kennt, weiß, daß sie bestimmten Kreisen zunehmend unangenehm wird. Man ließ sich von Mitgliedern der *Jewish Agency* 1942 auf ein Pferd setzen, das schon vor 1933 ausgesucht und aufgezäumt worden war, ritt es dann ganz gerne, vielfach auch im guten Glauben - und nun, wo der Glaube schwindet und ungeheurer Schaden durch restlose Enthüllung der Wahrheit droht, da weiß man nicht, wie man von dem Pferd herunterkommen soll, ohne sich die Knochen zu brechen. Totschweigen, Verbote oder selbst ein 'Dritter Durchgang' werden da nicht helfen. - Offenbar haben zu wenige unter Ihnen bemerkt, daß sich bereits erfüllt hat, was im *'Jakob-Segen'* ausgesprochen wird, daß sich deshalb nun der *'Esau-Segen'* auszuwirken beginnt! Der Verfasser jener alttestamentarischen Symbolgeschichte von *'Jakob'* und *'Esau'* war weise, er wußte, wenn *'Jakob'* nach seinem endgültigen Sieg über *'Esau'* die Grenze überschreitet und mit allen Mitteln den *'Esau'* an der Selbstbefreiung - *'um auch Herr zu sein'* - hindert, dann richtet

er sich gegen *'Gott'*. In Wirklichkeit gibt es zwar nicht den Gott der Thora, aber es gibt den 'Gott der Geschichte': nämlich die innere Gesetzlichkeit der Geschichte, die mit den Naturgesetzen und den Seelengesetzen des Menschen zusammenhängt. Wer gegen diese Gesetzlichkeit handelt, den trifft sie. *'Jakob'* befindet sich bereits mitten in diesem Vorgang:

Nahum Goldmann wiederholte auf dem 29. Zionistischen Kongreß in Jerusalem seine anscheinend *'paradoxale und brutale These, das Überleben des [jüdischen] Volkes sei heute mehr gefährdet, als in den schlimmsten Zeiten des Nazi-Regimes. Statistisch errechnet werde die Zahl der bewußten amerikanischen Juden in wenigen Jahren auf 4-5 Millionen zusammenschrumpfen' ('Jüdische Rundschau',* 2.3.1978, S. 1). Nach Berichten in Ihrer Zeitung ist die wirkliche Lage aber noch viel schlimmer. Der jüdischen Gemeinschaft im deutschsprachigen Raum gelingt es nicht einmal eine eigene Jugendzeitschrift zu erstellen, sie muß eine amerikanische ins Deutsche übersetzen. Auf einer Jugendtagung in Würzburg waren nur 15 Jugendliche erschienen, kaum zehn waren als wirklich aktiv anzusehen. In den unter den Nichtjuden tätigen Hilfsorganisationen des Jahwismus sieht es kaum besser aus. Ich befürchte jedoch, daß Sie nicht begreifen, warum und wie gründlich die Gesetzlichkeit der Geschichte allmählich wirkt. Ich befürchte, daß Sie glauben, die alten Wege weiter beschreiten zu können. Das wäre tödlich, tödlich für Ihr Volk und für viele andere Völker. Allerdings nicht deshalb, weil *'Esau'* mit Gewalt antworten würde! Das wird nicht geschehen. Vielmehr wird das Ende herbeigeführt durch die falsche Grundhaltung dem Leben und der menschlichen Seele gegenüber, die Moses weitgehend von den ägyptischen und anderen Priestern übernahm und die sich dann in vielerlei Ableitungen, sei es im Christentum, Islam, Spinozismus, Marxismus, Freudismus und anderswo fortentwickelte und heute die ganze Menschheit bedroht.

Jedes Volk auf unserer Erde ist ein Ausdruck des göttlichen Willens zur Vielfalt und zugleich auch eine sehr wichtige Voraussetzung zur Entwicklung von Kultur und zur Erfüllung des menschlichen Lebenssinnes. Ebenso ist jedes Volk und jede Gruppe in einem Volk wie auch jeder einzelne Mensch befähigt, sich von falschen Verhaltensweisen zu lösen. Aber aller Wandel zum Besseren beginnt mit dem Erkennen wesentlicher Zusammenhänge, wesentlicher Wahrheit. Springen Sie vom falschen Pferd und dienen Sie *uneingeschränkt* der kritischen Auseinandersetzung im Dienste der Wahrheitsfindung und Wahrheitsverbreitung! Damit dienen sie der Menschheit am besten und gewinnen Ihre Jugend zurück."

+

1980 veröffentlichte ich das Buch von Eustace Mullins *Die Bankierverschwörung*, zu dem ich dann noch einige Ergänzungen im Anhang hinzufügte. Darunter war auch ein Text, den ich mit Walther Soyka zusammen verfaßt hatte. Das Buch erlebte eine Auflage von 30.000 Stück. Der Text, den ich gleich zitieren werde, wurde noch einmal 1981 im Vorwort zur Reprintausgabe des Buches von Friedrich Wichtl und Robert Schneider: *Weltfreimaurerei - Weltrevolution - Weltrepublik* abgedruckt. Zuvor hatte ich in diesem Vorwort noch folgendes geschrieben:

"Schneider führt ... auf S. 87/88 ganz richtig aus, daß *'völkische Anschauungen ... keineswegs zu einer Überhebung der einen Rasse gegenüber einer anderen'*, sondern zum *'Gegenteil'*, zur **Bejahung einer Gleichberechtigung** und Ablehnung jeder *'Vergottung'* der eigenen Rasse führen. Der Verfasser lehnte also das im Dritten Reich vielfach auftretende *'Herrenrassedenken'* ab, trotzdem blieb er aber in dieser Angelegenheit an der Oberfläche. Mathilde Ludendorff, die in dem vorliegenden Buch auch einmal zitiert wird, hat in ihrem philosophischen Werk eingehend nachgewiesen, daß **einerseits die seelische Unterschiedlichkeit der einzelnen Rassen eine Tatsache und schöpfungsgewollte Vielfalt der Arten mit der teilweise daraus folgenden Vielfalt der Kulturen und Gesittungen darstellt, daß aber diese Unterschiedlichkeit andererseits nicht dazu führt, daß der einzelne Angehörige einer Rasse seiner Entscheidungsfreiheit auf moralischem Gebiet enthoben ist und daher auch nicht von vorneherein durch seine Rasse moralisch höher oder tiefer steht als der Angehörige einer anderen Rasse.** Schneiders oberflächliche Sichtweise auf diesem Gebiet und die Tatsache, daß die auf dem Jahwehglauben aufbauende Kirche fast nur innerhalb des jüdischen Volkes und lediglich ihre Derivate - vor allem das Christentum, der Islam und die Freimaurerei - auch und besonders außerhalb des jüdischen Volkes verbreitet sind, führte dazu, daß der Verfasser nicht immer genügend differenzierte zwischen den Juden allgemein (als Angehörige eines Volkes oder einer Rasse) und jenen Juden, die **als Beteiligte an einer bestimmten theokratisch-imperialistischen Bewegung aufgetreten sind, zu der im Grunde auch die Derivate und damit auch Angehörige nichtjüdischer Völker gehören.** In dieser Hinsicht sind wir heute durch die Ereignisse im Dritten Reich besonders und zurecht sensibilisiert...

Vor etwa einem Jahr brachte ich das Buch von Eustace Mullins *Die Bankierverschwörung* heraus. Der Zusammenhang zwischen der *'Bankierverschwörung'* und der

'Plutoniumverschwörung', dem *'Jahwismus'*, der *'Freimaurerei'* und ähnlicher Gruppen ist vielen Sachkennern bekannt. Im Anhang zu dem genannten Buch wurden Ausführungen von Walther Soyka abgedruckt, an deren Zustandekommen ich beteiligt war. Es waren Worte sowohl an die *'herrschenden'* Kreise als auch an die *'beherrschten'*, eingedenk der Erkenntnis, daß die ersteren überwiegend durch religiöse bis okkulte Vorstellungen geistig gebunden sind und daß diese geistige Bindung bei allen Bemühungen um Befreiung beachtet und teilweise auch als Mittel eingesetzt werden muß, ohne daß es zu einer Verächtlichmachung oder zu anderen Unrechtshandlungen kommt."

Und nun folgt der erwähnte, schon in dem Buch *Die Bankierverschwörung* zitierte Text:

"Das Brockhaus-Taschenbuch 75 *Christliche Prophetie und Nuklearenergie* von Bernhard Gilberth ist seit 1962 schon oft nachgedruckt worden. Vor fast 19 Jahren schrieb Philberth u. a.:

'Daß wir die nächsten Monate in Frieden überdauern, ist sehr wahrscheinlich, daß wir die nächsten Jahrzehnte in Frieden überdauern, ist sehr unwahrscheinlich: vorausgesetzt, daß keine religiöse Umkehr die geistige Situation wandelt.'

Als Nichtchrist habe ich am 7.12.1980 an Bundeskanzler Helmut Schmidt geschrieben. Ich wies ihn auf das *'Gesetz über Sabbathjahr und Erlaßjahr'* hin, das seit der Zerstörung des Tempels Salomos (70 n.d.Zw.) nicht mehr angewendet wird. Das im 3. Buch Moses, Kapitel 25 als *Erlaßjahr, Halljahr* oder *Jobeljahr* beschriebene Umverteilen von angehäuften Vermögenswerten in jedem 50. Kalenderjahr macht mit der Einsicht ernst, daß der Planet Erde endliche Größe hat. Anders die Zins- und Zinseszinswirtschaft, die von der Vorstellung eines unendlich aufblähbaren Erdballes ausgeht.

Bei der Absendung meines Briefes an Schmidt wußte ich noch nichts von der Aktion des *Bad Harzburger Taschenbibelbundes*, von der am 4.12.1980 die *Mainzer Allgemeine Zeitung* berichtete:

'Alle Abgeordneten des neuen Bundestages haben vom Taschenbibelbund in Bad Harzburg eine Schrift mit den Kernaussagen der Bibel zugesandt bekommen. Wie der Informationsdienst der evangelischen Allianz berichtet, hat der Taschenbibelbund in einem Begleitschreiben den Abgeordneten 'Kraft, Weisheit und den erforderlichen Mut zur rechten Entscheidung gewünscht."

Ich hoffe, daß Helmut Schmidt und die Bundestagsabgeordneten in diesen *'Kernaussagen'* auch 3. Mos. 25, Vers 10,13,14, 17,25,28,35,36,47,48 und 54 finden, ebenso wie 1. Mos. 33, wo die Versöhnung Esaus mit Jakob geschildert wird. Auch ich hoffe auf Kraft, Weisheit und Mut bei den anstehenden, vor allem innerseelischen Entscheidungen, die wohl im Sinne von Philberth als *'religiöse Umkehr'* bezeichnet werden können.

Für mich ist es aus seelengesetzlichen Gründen undenkbar, daß es eine einheitlich planende und handelnde Hochfinanz gibt. Obwohl die nach außen wirkenden Ereignisse zunächst eine solche *'Einheit'* vermuten lassen, habe ich beim Lesen der beiden Bände von Bernhard M. Baruch's Lebenserinnerungen (*Gute 88 Jahre* (1958) und *Die Jahre des Dienens* (1961), beide im *Kindler Verlag*, München) Äußerungen gefunden, die mich lebhaft an eine bestimmte jüdische Legende erinnert haben. Sie kommt in verschiedenen Lesarten vor, über die Gershom Scholem in seinem Buch *Judaica* (*Suhrkamp Verlag* 1968, S. 223) schreibt:

'Nach manchen dieser Legenden ist einer der 36 Verborgenen der Messias. Wäre das Zeitalter dessen würdig, würde er als solcher offenbar werden.' ('Die 36 verborgenen Gerechten in der jüdischen Tradition')

Im selben Buch schreibt Scholem 'Zum Verständnis der messianischen Idee im Judentum' (S. 72):

'Die Ankunft des Messias selber ist an unmögliche, jedenfalls höchst paradoxe Bedingungen gebunden, niemals wohl melancholischer und menschlich-vertrackter als in dem, einen Gedanken des Sohar zuspitzenden Wort, der Messias werde nicht eher kommen, als bis die Tränen Esaus versiegt sein werden. Unter allen Bedingungen der Erlösung wahrlich die überraschendste und zugleich unmöglichste! Denn die Tränen Esaus sind die, die er nach Genesis 27:38 [1. Mos. 27, Vers 38] *vergoß, als er von Jakob um den Segen Isaaks betrogen wurde.'*

Ich gehe davon aus, daß wir geistig-metaphysisch das *'Joch Jakobs'* bereits abgeschüttelt haben. Das schreibt u.a. auch Seefahrtoberlehrer Kapitän Harm Menkens in einem Brief, den er am 9.12.1980 an alle Bonner Bundestagsabgeordneten schickte und in dem es heißt:

'Als ich Herrn Rabbiner Berger (Bremen) am 11.5.1979 besuchte, betonte dieser, daß die Juden als auserwähltes Volk auch 'besondere Pflichten' hätten. Den gleichen 'besonderen Pflichten' unterliegen aber auch diejenigen Nachkommen Esaus, die das Joch Jakobs - ohne diesem zu fluchen - entsprechend dem Esau erteilten Segen (1. Mose 27,40) vom Halse gerissen haben und auch Herr sind.

Dieses war aber erst möglich, nachdem der Jakobssegen (1. Moses 27,28-29) mit dem Eintritt des messianischen Zeitalters am 14.5.1948 voll erfüllt war. Aus der hohen Verantwortung heraus, daß sich der Unterzeichnende zu den Nachkommen Esaus rechnen darf, bitte ich Sie, den Inhalt dieses Briefes und der beigefügten Anlagen sorgfältig zu lesen und zu prüfen!

Zunächst darf ich Ihnen die Broschüre Atomkrieg 1979/1980 überreichen. Diese Schrift hatte ich bereits den Abgeordneten des vorherigen Bundestags im Mai 1979 aus aktuellem Anlaß unter dem Titel "Atomkrieg im Mai?" zugestellt. Da sich die von mir aufgezeigten Gefahren in den vergangenen Monaten zu politischen Tatsachen entwickelt haben und in zunehmendem Maße zu eskalieren drohen, erlaube ich mir - auch wegen der zwischenzeitlich erfolgten Mandatsänderungen -, Ihnen diese Druckschrift nochmals zuzusenden. Als Ergänzung zu meinen Ausführungen füge ich noch ein Flugblatt 'Aufruf an alle Bürger Europas: Wehrt Euch!' von Prof. Dr. Karl Bechert bei.

Gleichfalls überreiche ich einen offenen Brief von Walther Soyka (Absolv. rer. pol.) an den Herrn Bundeskanzler vom 7.12.1980 mit den Aufsätzen 'Jüdischer Glaube gestaltet Realpolitik' und 'Noch einmal der Esau-Segen' von Mathilde Ludendorff sowie die Druckschrift 'Atomtod droht uns allen! - Gibt es einen Weg zur Rettung? - Ja ...' (1957) des Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. in der Anlage. Diese Unterlagen enthalten Ausführungen zur Frage des Jakob- und Esau-Segens. Insbesondere werden Vorschläge gemacht, wie man die ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West mittels der Religionsphilosophie Dr. Mathilde Ludendorffs abbauen kann. Dann käme auch die' Zeit für eine Beschränkung der Atomrüstungen mit dem Ziel ihrer gänzlichen Beseitigung'. Bedeutsam scheinen mir auch die Ausführungen über das Halljahr (3. Mose 25) zu sein; statt eines Wirtschaftskrieges müßte das Jahr 1981 fünfzig Jahre nach der Wirtschaftskrise von 1931 gemäß Mose 25,10 als Halljahr (Jobeljahr, Erlaßjahr) ausgerufen werden, in dem jeglicher wieder zu seiner Habe und zu seiner Sippe kommen sollte.'

In seinem Buch *Gesinnung und Tat* (*Verlag Huber*, Frauenfeld und Stuttgart 1969, S. 102) zitiert Lothar Rothschild aus dem jüdischen Midrasch:

'Will aber jemand ein Gerechter sein, so kann er es, selbst wenn er ein Heide ist.'

Offenbar ist es daher unschädlich, daß B. M. Baruch über sich in seinem Buch *Gute 88 Jahre* schreibt:

'Obwohl ich an keinem bestimmten Glauben hänge, achte ich alle Religionen, und ich weiß, daß ein wahrhaft religiöser Mensch aus seinem Glauben Glückseligkeit bezieht.'

Mir wurde schon vor mehr als 20 Jahren in Wien vom ehemaligen Knesset-Abgeordneten Eliezar Livneh, der aus altem Rabbinergeschlecht stammt, gesagt, daß mit dem Eintritt ins messianische Zeitalter *'das alte Gesetz'* seine Wirksamkeit für die Gläubigen verliert. Ohne Verrat an ihrem Volk zu begehen, könne daher er, ebenso wie Baruch und auch Bruno Kreisky von sich sagen, daß sie nicht mehr dem mosaischen Glauben anhängen. Allerdings ist dies keineswegs schon eine allgemein anerkannte Haltung oder religiöse *'Umkehr'*, wie z.B. ein als *'Bericht aus Jerusalem'* bezeichneter Aufsatz zeigt, der u.a. Worte des Thora-Weisen Schabatai Schiloh im *Terra Sankta Gebäude* zu Jerusalem wiedergibt. Der Bericht erschien im August 1980 in der Monatsschrift *Nachrichten aus Israel* (Herausgeber: *Verein für Bibelstudium in Israel Beth-Shalom*, CH-8330 Pfäffikon ZH). Dort wird über Schiloh unter der Überschrift berichtet *'Der Messias kommt'*:

'Mit einer Fülle von Bibelstellen wies er nach, daß das Kommen des Messias in der Zeit von frühestens 1978 bis spätestens 1981 geschehen sein muß ... Immer wieder betonte er: 'Ich zeige ihnen nicht eine Sache, die man glauben muß, sondern die sie offen sehen können.' Dabei nahm er seinen Stift und begann zu rechnen:

1517 begann in Jerusalem die Herrschaft der Osmanen, die nach acht Jubeljahren, das sind 400 Jahre, enden sollte, was auch durch die Briten 1917 geschah. Dem sollte ein weiteres Jubeljahr (50) Niemandszeit folgen und danach sollte Jerusalem wieder dem Volk Israel zufallen, siehe 1967. Alle diese Berechnungen finden ihre Wurzel im Buch Daniel und im kabbalistischen Werk Sohar aus dem 13. Jahrhundert. Sohar sagt, daß sechseinhalb Jahre nach der Heimholung Jerusalems (1967) Gog und Magog (1973) beginnt. Der nächste Krieg wird dann schon der 'push-button' Krieg der Supermächte gegen Israel sein. Durch ein weltweites Holocaust, beginnend in Nah-Ost, werden zwei Drittel der Menscheit vernichtet.'

Daß solche apokalyptischen Voraussagen in Erfüllung gehen können, steht fest. Sie müssen es aber nicht. Gemäß der oben erwähnten Legende, die mir beim Lesen von Baruch's Lebenserinnerungen einfiel, ruht das Schicksal der Welt auf 36 unbekannten oder verborgenen Gerechten. Wenn auch nur ein einziger von ihnen ausfällt, geht die Welt unter, weil ihr das Fundament fehlt.

Gersholm Scholem beendet seinen Bericht über diese Legende:

'Der verborgene Gerechte, wenn er irgend etwas ist, ist eben dein und mein Nachbar, dessen wahre Natur uns ewig unergründlich bleibt und über den kein moralisches Urteil abzugeben uns diese Vorstellung ermahnen will. Es ist eine von einer etwas anarchischen Moral getragene, aber eben deswegen um so eindrucksvollere Warnung. Der Mitmensch mag der verborgene Gerechte sein.' (S. 225)

Im Jahr 1960 schrieb Bernhard M. Baruch im Buch *Die Jahre des Dienens:*

'Nach fünfzehn Jahren ist die Deutschlandfrage noch immer das Hauptproblem des Friedens. Aber die Ge-

schehnisse der letzten Jahre haben die meisten von uns dazu gebracht, unsere Ansichten über Deutschlands Behandlung zu überprüfen. In meiner Kindheit gab es ein Sprichwort, daß 'nur ein Maultier und ein Meilenstein niemals ihren Sinn änderten'. Ich habe nie zu jener Kategorie gehören wollen und habe daher hinsichtlich der Deutschlandpolitik meine Ansicht geändert.'

Baruch schrieb dies, nachdem 1952 Mathilde Ludendorff öffentlich auf die zentrale Bedeutung nicht nur des *'Jakobsegens'* sondern auch des *'Esausegens'* (1. Mos. 27:40) für alle Thora- und Bibelgläubigen hingewiesen hatte, da dort als gottgewollt das *'Abreißen des Jochs Jakobs'* d.h. die allgemeine Völkerbefreiung und die damit einhergehende Versöhnung zwischen *'Jakob und Esau'* verkündet wird. Ich finde, daß Baruchs Sinneswandel in den fünfziger Jahren den Beginn einer grundlegenden Weichenstellung innerhalb von Kreisen der Hochfinanz anzeigt, welche die Beschreitung eines Weges ermöglicht, der die *'Tränen Esaus'* versiegen läßt, da er beiden Seiten Gerechtigkeit, Freiheit und schließlich die Versöhnung bringt. Die Neuauflage der *Bankierverschwörung* hat gerade diesen Kreisen zu signalisieren, daß Esau aufgestanden ist, um der menschlichen Entwicklung den *'apokalyptischen Stachel'* zu nehmen. Die Hand Esaus zu ergreifen, ist jetzt die Aufgabe Jakobs. Vielleicht ist ein Hinweis hilfreich, den ich in der Abhandlung von Gersholm Scholem 'Zur Neuauflage des *Stern der Erlösung*' fand (*Judaica*, S. 232):

'Freilich, in der so faszinierenden wie problematischen Lehre von der Vorwegnahme der Erlösung im jüdischen Leben hat Rosenzweig entschlossen und feindselig Stellung gegen die offene Tür im sonst so geordneten Haus des Judentums genommen: gegen die Katastrophentheorie der messianischen Apokalyptik, die man wohl als den Punkt bezeichnen darf, an dem sich heute noch theokratische und bürgerliche Lebenshaltung unversöhnlich gegenüberstehen. Die tiefe Tendenz, dem Organismus des Judentums den apokalyptischen Stachel zu nehmen, mit der Rosenzweig der letzte und sicher einer der stärksten Exponenten einer sehr alten und sehr mächtigen, in vielen Gestalten kristallisierten Bewegung im Judentum ist, bedingt bei ihm wohl auch den seltsam kirchlichen Aspekt, unter dem hier manchmal unversehens das Judentum erscheint. Die Apokalyptik, die als ein ohne Zweifel anarchisches Element für Lüftung im Haus des Judentums gesorgt hat, die Erkenntnis von der Katastrophalität aller historischen Ordnung in einer unerlösten Welt, hat hier in einem tief um Ordnung besorgten Denken eine Metamorphose durchgemacht, in der die zerstörende Macht der Erlösung nur mehr als Unruhe in das Uhrwerk des Lebens im Licht der Offenbarung eingebaut erscheint. Denn daß der Erlösung nicht nur eine befreiende, sondern auch eine zerstörende Gewalt innewohnt - eine Wahrheit, der allzuviele Theologen des Judentums sehr ungern sich eröffnen und der auszuweichen eine ganze Literatur sich plagt - konnte freilich einem Denker vom Range Rosenzweigs niemals verborgen bleiben: so suchte er sie wenigstens in einer höheren Ordnung der Wahrheit aufzuheben. Wenn der Blitz der Erlösung das Weltall des Judentums steuert, so ist hier das Leben des Juden der Blitzableiter, der seine zerstörende Gewalt zu brechen bestimmt ist.' (Erstmals im *Frankfurter Israelit. Gemeindeblatt*, Sept. 1931, S. 15-18 zur Neuauflage des *Stern der Erlösung* von Franz Rosenzweig zehn Jahre nach dessen erstem Erscheinen von Gershom Scholem veröffentlicht.)

Franz Rosenzweig, der sich 1921 dem Dienst an der Wahrheit als einem Dienst für eine höhere Ordnung zugewandt hatte, trug auf Seiten Jakobs erheblich zur Wandlung der geistigen Situation bei, die der Gründung der *Internationalen Bankenallianz* 1913 in Paris zugrunde gelegen war. Baruch kennzeichnete diese Situation so:

'Solange ein Mensch glaubt, er könne einen Mitmenschen überlisten und ausspielen, wird immer der Zeitpunkt eintreten, da er das versuchen wird.' (*Gute 88 Jahre*, S. 307)

Im Gegensatz zum hier beschriebenen Listdenken, das auch die 'Bankierverschwörung' kennzeichnet, sagt Baruch in *Die Jahre des Dienens*:

'Ich habe stets den Standpunkt vertreten, daß jeder Mensch das Recht hat, eine falsche Meinung zu haben, aber kein Mensch darf Tatsachen falsch darstellen.' (S. 512)"

Hier endet das Zitat aus dem Buch *Die Bankierverschwörung.*

Aller politischen Tugend Anfang ist die richtige Darstellung von Tatsachen. Ohne die Kenntnis von Tatsachen ist Erkenntnis und ohne Erkenntnis ist weder Erlösung noch Rechtsfindung noch Freiheit möglich. Sowohl Wichtl als auch Schneider haben sich redlich bemüht, Tatsachen darzustellen. Jede geschichtliche Forschung ... ist jedoch nicht von Irrtümern und Fehlinterpretationen freizuhalten. Soll Geschichtsforschung ihre wichtigste Aufgabe erfüllen, nämlich Lehrmeisterin für die Gestaltung der Zukunft zu sein, dann ist von entscheidender Bedeutung nicht der Irrtum in nebensächlichen Dingen, sondern die Erkenntnis von Grundwahrheiten, insbesondere die Erkenntnis von wesentlichen Entwicklungsrichtungen und Ursachen."

Und schließlich sei aus meinem Offenen Brief an Herrn Ignatz Bubis zitiert, der u.a. in der NATION 3/93 veröffentlicht wurde. Darin heißt es, nachdem ich auf die Mordpläne und -vorbereitungen der jüdischen *Kach* gegen "rechtsgerichtete" Deutsche eingegangen war sowie auf die Tatsache, daß mit der *Kach* Teile des jüdischen Rabbinats, die israelische Regierung, verschiedene internationale jüdische Organisationen und die us-amerikanische Regierung zusammenarbeiten und, daß die Bundesregierung diese Aktivitäten duldet:

"Quintessenz: in Deutschland herrschen nicht die Deutschen vor, sondern das jüdische Rabbinat, das ohne ernsthafte Gegenwehr der deutschen Regierung u.a. mit 'Erziehung', jüdisch-christlicher Unierung, Förderung der Multikulturierung, ständiger Anheizung der deutschen Schuldneurose und auch mit Terror seine Ziele durchzusetzen versucht.

Aber, meine lieben Herren Rabbiner - ist so viel Selbstenthüllung im Kampf gegen einige deutsche Patrioten nicht sehr töricht und gar nicht nach den Vorschriften Jahwehs? Wo doch alles in dreifache Nacht gehüllt bleiben soll! Im Glauben, den totalen Sieg in Händen zu halten, haben Sie dem Goj zuviel enthüllt - wird das [gemeint ist durch 'Jahweh'] nicht streng bestraft? Haben Sie das ganz vergessen? Und haben Sie vergessen, daß ein totaler Sieg politisch nie möglich und nach der Thora auch gar nicht prophezeit ist? Prophezeit und Gesetz ist, daß am Schluß Esau *'das Joch'* seines Bruders Jakob *'vom Halse reißen und auch Herr sein'* wird (1. Mos. 27/40). **Haben Sie also vergessen, daß es heißt: die Nachkommen Jakobs und Esaus, also die Juden, die ihnen affiliierten Nichtjuden (z.B. Christen oder Freimaurer) und die übrigen Nichtjuden sollen und werden einträchtig und gleichberechtigt, mithin selbstbestimmt und friedlich nebeneinander leben?** Wie können Sie da nicht nur den Mord an gewalttätigen Rechtsradikalen (was bestenfalls als eine Art Notwehr im alttestamentarischen Sinn verständlich wäre, wirklich rechtens wäre nur ein Vorgehen nach dem geltenden Gesetz), sondern Mord an den führenden **gewaltverneinenden Trägern und Erfüllern des *'Esau-Segens'*** planen? **Wie können Sie nicht nur die zur Versöhnung ausgestreckte Hand zurückweisen, sondern den Besitzer dieser Hand vernichten wollen?** Wie mir mitgeteilt wurde, soll u.a. auch ich auf der Tötungsliste stehen.*) Wie töricht! **Haben Sie vergessen, daß das Ziel der Geschichte, das in der zentralen Prophezeihung Ihrer Religion zum Ausdruck kommt, in der Überwindung des Imperialismus besteht, und zwar durch Versöhnung der Völker und ihre Heilung durch Selbstbewahrung, Selbstbestimmung und freie kulturelle Entfaltung im Rahmen einer allgemeinen Rechts- und Friedensordnung, die getragen ist von der Überzeugung, daß die Schöpfung und das Dasein jedes Menschen und jedes Volkes h e i l i g ist?** Und haben Sie vergessen, daß dieses Ziel nicht verwirklicht werden kann ohne die helfende Hand Esaus, d.h. der *'Wissenden'* unter *'Esau'*, also den Trägern des *'Esau-Segens'*, die mit den *'Wissenden'* unter *'Jakob'* die *'Erlösung'* bewirken müssen? Sah nicht Jahweh für einen so schweren Verstoß gegen das Gesetz die Vernichtung Jakobs vor? **Die Träger des *'Esau-Segens'* wollen diese Vernichtung nicht. Im Gegenteil, sie sind die *'schützende Hand 'Gottes' gegen die Vernichtung'*! Für sie sind alle Völker, auch das Volk Jakobs, *'Ideen Gottes'*. Sie wollen die friedliche Erhaltung, Selbstbestimmung, Freiheit und kulturelle Höherentwicklung ausnahmslos aller Völker, auch und gerade, wenn sie, wie der Verfasser, nicht Anhänger Ihrer Religion sind. Also meine Herren Rabbiner, ergreifen Sie die ausgestreckte Hand, bevor es zu spät ist!** Das Zeitalter Jakobs geht zu Ende, so oder so. Nach Ihrem Glauben ist dies das von Jahweh bestimmte Gesetz. Nach meiner Überzeugung, und der meiner Freunde, ist das die Folge der geltenden Seelen- und Naturgesetze und bestimmter moralischer bzw. religiöser Grundentscheidungen in den Völkern. Das bricht sich in zunehmendem Maße überall in der Welt Bahn.

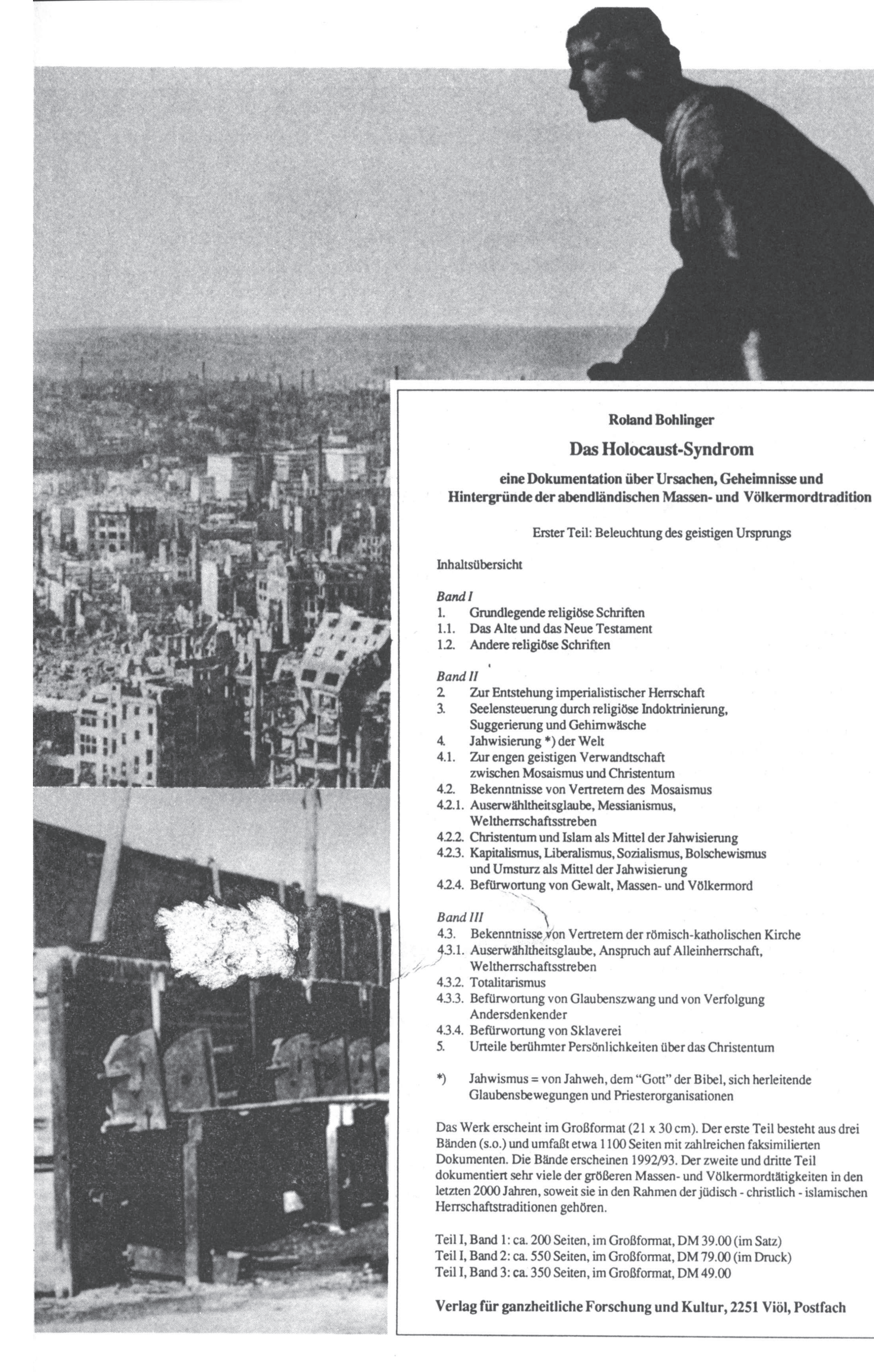
Und noch etwas: Viele unter Ihnen sind zwar der Auffassung, daß sie im alten Stil weiterarbeiten können. Man trägt sich in Ihren Kreisen sogar mit dem Gedanken, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der USA noch mehr als bisher auf die EG und hier insbesondere auf Deutschland zu setzen. Es bleibt auch kaum etwas anders übrig! Man diskutiert sogar, Deutschland zur vorherrschenden Macht in der Welt zu machen - natürlich unter Ihrer Leitung. Auch in diesem Punkt, so paradox das zu sein scheint, bleibt Ihnen kaum etwas anderes übrig - falls Sie im alten Stil fortfahren wollen. Das ist auch der Grund für die gegenwärtige Richtung Ihrer Politik: Der totalen Domestikation der Deutschen einschließlich vehementer Förderung ihrer rassischen Überfremdung. Diese Zielsetzung kann man inzwischen sogar in der *'New York Times'* und der *'Washington Post'*, die sich beide im Besitz Ihrer Leute befinden, nachlesen. Wie unvorsichtig! Und abermals: wie töricht! Der Gang der Geschichte läuft in eine andere Richtung, nicht zuletzt gerade dank Ihrer törichten Politik!

Daher nochmals: **es gilt jetzt, das Zeitalter Jakobs und Esaus herbeizuführen, das Zeitalter der Versöhnung und Befriedung! Eine Alternative hierzu gibt es nicht."**

Ich denke, hiermit ist das Wesentliche ausgesagt und dokumentiert. **Wer mich künftig in Kenntnis dieser Ausführungen noch in die antisemitische oder rechtsradikale Schublade steckt, richtet sich selbst.**

---

*) Nachträgliche Anmerkung: Dieser Text stammt aus einem Brief, in dem es vor allem um die Aktivitäten der *Kach* ging, die inzwischen, durch das Blutbad von Hebron im Februar 1994, in die Schlagzeilen kam. Ich hatte Herrn Bubis und der Bundesregierung (in einem parallel an Herrn Kohl und gesondert noch an alle Bundestagsabgeordneten gerichteten Brief) vorgehalten, daß sie die Planung der *Kach*, in der Bundesrepublik terroristische Aktivitäten zu entwickeln, ohne Widerspruch hinnehmen und eindeutig mit der Mutterorganisation der *Kach*, der *JDL*, und dem dahinter stehenden *B'nai B'rith* zusammenarbeiten.



Die philosophischen Werke Mathilde Ludendorffs

	Titel	Preis
	Triumph des Unsterblichkeitwillens, 328 Seiten	kt. DM 12,00

Der Seele Ursprung und Wesen

	Titel	Preis
1. Teil:	Schöpfungsgeschichte, 160 Seiten	Ln. DM 30,00
2. Teil:	Des Menschen Seele, 302 Seiten	Ln. DM 39,60
3. Teil:	Selbstschöpfung, 285 Seiten	Ln. DM 39,60

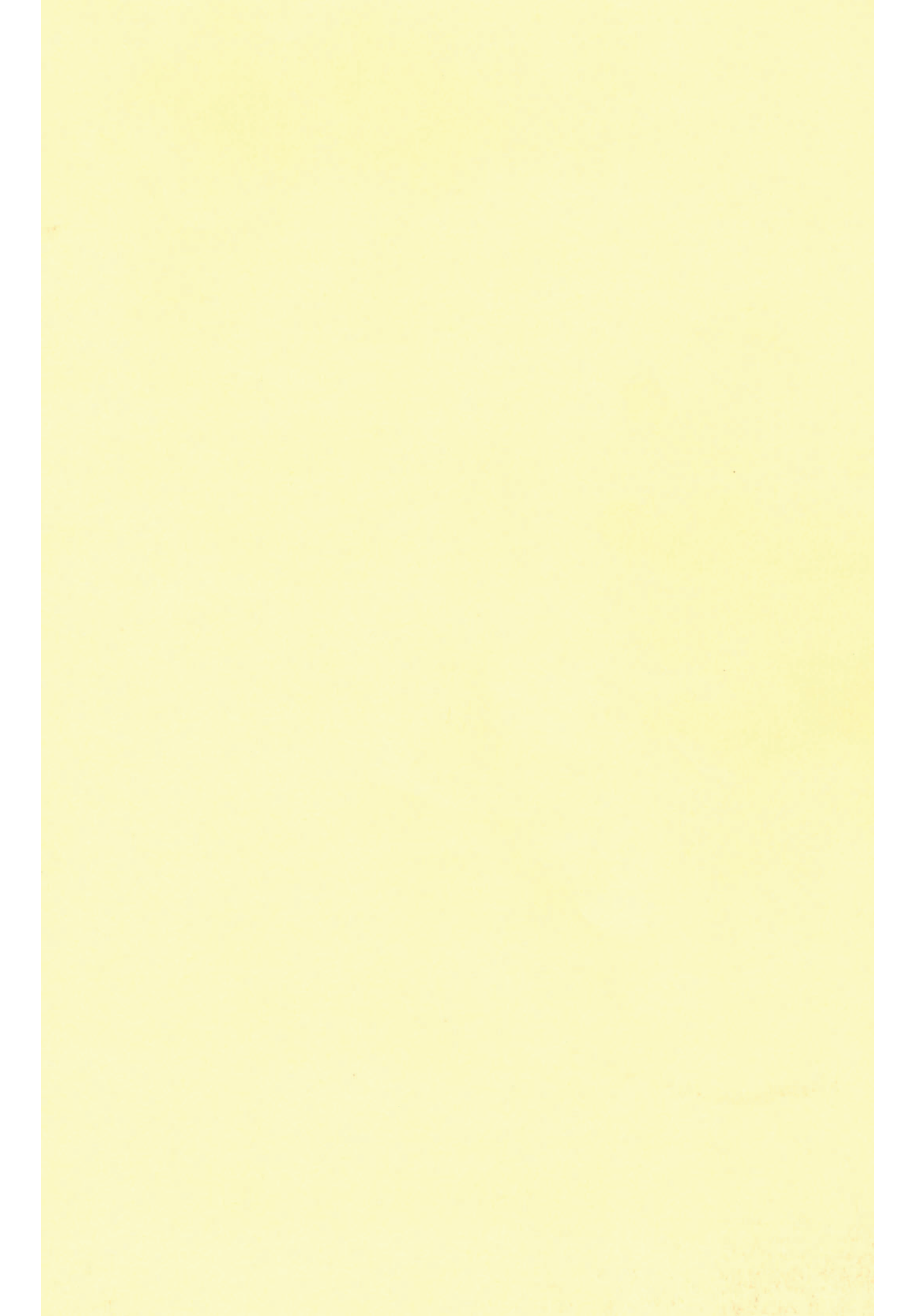
Der Seele Wirken und Gestalten

	Titel	Preis
1. Teil:	Des Kindes Seele und der Eltern Amt Eine Philosophie der Erziehung, 475 Seiten	Ln. DM 44,00
2. Teil:	Die Volksseele und ihre Machtgestalter Eine Philosophie der Geschichte, 516 Seiten	Ln. DM 44,00
3. Teil:	Das Gottlied der Völker Eine Philosophie der Kulturen, 462 Seiten	Ln. DM 44,00

	Titel	Preis
	Das Hohe Lied der göttlichen Wahlkraft, 264 S.	Ln. DM 44,00
	In den Gefilden der Gottoffenbarung , 370 Seiten	Ln. DM 44,00

Das Jenseitsgut der Menschenseele

	Titel	Preis
1. Teil:	Der Mensch, das große Wagnis der Schöpfung	Ln. DM 44,00
2. Teil:	Unnahbarkeit des Vollendeten, 300 Seiten	Ln. DM 44,00
3. Teil:	Von der Herrlichkeit des Schöpfungsziels, 380 S.	Ln. DM 44,00



ROLAND BOHLINGER

VERFASSUNGSHÜTER ODER TYRANNENKNECHTE?

Verfassungsschützer im Dienst verfassungsfeindlicher Umtriebe

Meine Auseinandersetzung mit dem Innenminister in Schleswig-Holstein

Teil 2

Das Innenministerium bestätigt indirekt die Vorwürfe.

Besteht eine kriminelle Verbindung zwischen Innenministerium, Verfassungsschutz, linksradikalem Terrorismus und Freimaurerei zum Schutz freimaurerischer und anderer volks- und verfassungsfeindlicher Umtriebe?

VERLAG FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG

ROLAND BOHLINGER

VERFASSUNGSHÜTER ODER TYRANNENKNECHTE?

Verfassungsschützer im Dienst verfassungsfeindlicher Umtriebe

Meine Auseinandersetzung mit dem Innenminister in Schleswig-Holstein

Teil 2

Das Innenministerium bestätigt indirekt die Vorwürfe.

Besteht eine kriminelle Verbindung zwischen Innenministerium, Verfassungsschutz, linksradikalem Terrorismus und Freimaurerei zum Schutz freimaurerischer und anderer volks- und verfassungsfeindlicher Umtriebe?

VERLAG FÜR GANZHEITLICHE FORSCHUNG

SCHRIFTENREIHE DES DEUTSCHEN RECHTS- UND LEBENSSCHUTZ-VERBANDS

Heft 9

Herausgeber: Roland Bohlinger

Diese Veröffentlichung kam zustande in Verbindung mit dem *Arbeitskreis zur Erforschung und Verhütung von Verbrechen des Massen- und Völkermords*

Verlag für ganzheitliche Forschung, D-25884 Viöl
Eigendruck

ISBN 3-927933-52-X

Roland Bohlinger - Verlag für ganzheitliche Forschung
Postfach
D-25884 Viöl

An den
Innenminister des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Prof. Dr. Hans Peter Bull
Düsternbrooker Weg 92

D-24100 Kiel

Viöl, 10.1.1995

Betr.: **Wiederholung meines Einspruchs vom 5.9.1994, Anmahnung des Bescheids**

Sehr geehrter Herr Innenminister Prof. Dr. Bull,

am 5.9.1994 sandte ich Ihnen ein Schreiben. **Es war als *Einspruch* zu werten.** Doch es war Gefahr im Verzug, und so sah ich mich genötigt, das Schreiben zugleich als *Offenen Brief* zu behandeln.

Das Schreiben umfaßte 47 Seiten, dazu kamen umfangreiche Anlagen.

Seit etwa drei Monaten liegt das Schreiben gedruckt vor und ist seitdem im Buchhandel erhältlich, und zwar unter dem Titel: *Verfassungshüter oder Tyrannenknechte? - Verfassungsschützer im Dienst verfassungsfeindlicher Umtriebe.*

Der *Grund* für meinen Einspruch war, daß Sie mich öffentlich, nämlich im *Verfassungsschutzbericht 1993*, des *"Rechtsextremismus"* beschuldigt und Ihre Beschuldigung *nicht schlüssig begründet*, sondern ausschließlich mit *Scheinbeweisen* versehen hatten. Die Scheinbeweise bestanden aus *Falschbehauptungen* oder gröbsten *Verdrehungen der Sachverhalte.*

So kämpfe ich seit meiner Jugend mit großem Einsatz *für* die *Verwirklichung* freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlicher Verhältnisse und *gegen jede Art* von Gewalt- und Willkürherrschaft, Imperialismus, Völker-, Kultur- und Umweltzerstörung. Diese Tatsache ist offenkundig. Doch Sie unterstellten mir Gegenteiliges. Sie warfen mir absolut wahrheitswidrig fortgesetzte *"Leugnung des Holocaust"* vor, die Herausgabe *"antisemitischer Agitationsschriften"* und bezeichnenderweise auch noch *"Kampf gegen die Freimaurerei"*, obwohl es sich bei der Freimaurerei offensichtlich um eine Organisation handelt, die imperialistische Ziele verfolgt, nach dem autoritären Führungsprinzip aufgebaut ist und immer wieder wegen Verbindungen zum organisierten Verbrechen ins Gerede kommt. Darüber hinaus warfen Sie mir eine *Mitgliedschaft* im *Bund für Gotterkenntnis* vor, obwohl ich nicht Mitglied dieses Bundes bin. Ich schätze allerdings die Philosophie, für die sich dieser Bund einsetzt, wobei diese Philosophie, *im Gegensatz zu vielen Religionen und Ideologien in diesem Land, eindeutig nicht im Widerspruch zur verfassungsmäßigen Grundordnung steht,* vielmehr bestens geeignet ist als *geistige Grundlage für eine antiimperialistische, freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie und eine internationale, der Erhaltung und Verständigung aller Völker dienende Rechtsordnung.*

Ich habe bis heute noch nicht einmal eine Bestätigung von Ihnen bekommen, daß Sie meinen Einspruch erhalten haben, geschweige denn, daß Sie es für angemessen hielten, auf den Einspruch in irgendeiner Form zu antworten, oder gar, ihn tatsachen- und vorschriftengemäß zu bescheiden!

> **Angesichts dieser abermaligen Mißachtung der rechtlichen Normen mir gegenüber, angesichts der Schwere der Vorwürfe, die ich Ihnen in meinem Schreiben gemacht habe - bis hin zur Äußerung des Verdachts, daß Sie und Ihr Verfassungsschutz terroristische Aktivitäten mir gegenüber begünstigen - und angesichts der Tatsache, daß mit Ihrer Kenntnis mein Schreiben an Sie nebst Anlagen in gedruckter Form im Buchhandel vertrieben wird,**

ist Ihr Schweigen auf meinen Einspruch schon recht bemerkenswert. Oder meinen Sie nicht auch, daß dies alles den Eindruck vermittelt, daß meine Vorwürfe im Wesentlichen zutreffen? Und meinen Sie nicht auch, daß diese Tatsachen den Eindruck vermitteln, daß Ihnen die Verfassung und Ihr Verfassungsschutzauftrag nur dann etwas gelten, wenn diese Ihren politischen Interessen dienstbar gemacht werden können? Falls dieser Eindruck falsch sein sollte, dann stellen Sie ihn bitte richtig. In diesem Fall stellen Sie bitte auch klar,

- **weshalb Sie mir rechtswidrig jeden Personenschutz verweigern,**
- **weshalb Sie mir rechtswidrig nicht einmal den Schutz ermöglichen, den ich im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten selbst ergreifen darf (Verweigerung der Reparatur meiner genehmigten Schrotflinte, Verweigerung eines Waffenscheins),**
- **weshalb Ihre Staatsanwaltschaft in der Sache des vermutlichen Giftmordversuchs an mir keine - jedenfalls keine für mich erkennbaren - Ermittlungen vornahm,**
- **weshalb das terroristische Netz um die Zeitschrift *radikal* von Ihnen kaum behindert das Feuer- und Bombenlegen gegen politische Gegner zusammen mit technischen Anleitungen öffentlich propagieren und diese Propaganda in seiner Zeitschrift offen, sogar in Jugendzentren, vertreiben kann, und das trotz der Tatsache, daß dieses Netz von Ihnen selbst als terroristisch eingeschätzt wird (s. Ihren eigenen VS-Bericht), verschiedentlich unter Mitwisserschaft von Informanten des VS und des BKA und vermutlich auch noch von anderen "Diensten" terroristisch aktiv gewesen ist und 1987 versuchte, mich samt einem meiner Söhne durch einen Spreng- und Brandanschlag zu beseitigen, was nur wegen meiner Aufmerksamkeit mißlang,**
- **weshalb Sie überhaupt linke Terroristennetze begünstigen und nicht auffliegen lassen, obwohl darin genügend Agenten des VS, des BKA, des BND und des Mossad tätig sind - etwa deshalb, um damit Terrorakte nach dem Muster von Solingen durchführen zu lassen, worüber ich inzwischen genügend Material vorliegen und teilweise auch veröffentlicht habe?**
- **weshalb Sie rechtswidrig meine Person samt privater Wohnanschrift in Ihrem Verfassungsschutzbericht nennen,**
- **weshalb Sie rechtswidrig in Ihrem Verfassungsschutzbericht meine Person als "rechtsextrem" diffamieren und mit unwahren und entstellenden Ausführungen angreifen, womit Sie mich für Medien und linksautonome Gewalttäter praktisch für "vogelfrei" erklären.**

Ich hielt Ihnen in meinem Einspruch vom 5.9.1994 u.a. vor:

1. Verdacht auf Beteiligung an terroristischen Maßnahmen gegen mich und meinen Verlag.

Ich trug hierzu u.a. vor:

"Sie haben gegen mich Vorwürfe erhoben, die heutzutage äußerst wirkungsvoll sind, vor allem den

Vorwurf des "Rechtsextremismus".

Ihre Vorwürfe führen nicht nur zu einer *Rufschädigung,* sondern auch zu einer *Geschäftsschädigung.* Überdies animieren solche Vorwürfe bestimmte extreme Kreise *zu gewalttätigen Angriffen,* wie sich in der Vergangenheit schon mehrfach gezeigt hat ...

- In diesem Jahr kam es bereits zu **fünf Brandanschlägen** auf mein Anwesen. Ob diese Anschläge politisch motiviert waren, ist bislang nicht erkennbar. Auf jeden Fall wurde mir trotz der Häufung dieser Anschläge *jeder Polizeischutz verweigert.*

- Seit 1978 kam es zu mehreren **Mordversuchen** gegen mich. Der letzte scheint im vergangenen Frühjahr erfolgt zu sein. Damals widerfuhr mir eine schwere Vergiftung mit Nervengiften und die zu dieser Vergiftung vorliegenden Untersuchungsergebnisse lassen kaum einen anderen Schluß zu, als daß es sich hierbei um die Folge eines Anschlags handelte.

Interessant ist, daß die deswegen erstattete *Strafanzeige bislang unbearbeitet blieb.* Warum? Die Staatsanwaltschaft unterliegt Ihren Weisungen. Haben Sie in dieser Sache eine Weisung erteilt?

- Im Jahre 1987 wurde ein **Spreng- und Brandanschlag** gegen mein Verlagsgebäude unternommen, während ich mich zusammen mit einem meiner Söhne darin aufhielt. Der Erfolg dieses Anschlags wurde von mir im letzten Augenblick verhindert ... Danach erschien in der linksextremistischen Zeitschrift *radikal* das *Bekenner- und Diskussionspapier* einer nichtgenannten Terrorgruppe, in dem nicht nur der Anschlag geschildert wurde, sondern zugleich verkündet wurde, *"auf welcher Grundlage ... wir die Diskussion um politischen Mord führen."*

Interessant ist, was im Zusammenhang mit diesem Anschlag sonst noch geschah:

- Die *Strafanzeige* gegen die Herausgeber der Zeitschrift und deren Verbreitung *blieb unbearbeitet* ...., obwohl die Anzeige rechtzeitig eingereicht worden war und es sich hier nicht nur um ein Pressedelikt, sondern um ein *Bekenntnis zu Brandschatzung und Mord* an bestimmten politischen Gegnern handelte.

- Die *Verhaftung* der Gruppe, aus der heraus der Anschlag erfolgt sein dürfte, kam später durch Zufall zustande: aufgrund von Hinweisen Dritter. *Die Haft wurde aber bald wieder aufgehoben, die Strafverfolgung eingestellt.* Zuvor hatte sich schon aus vielen Indizien ergeben, daß dieser angebliche Flügel der *RAF* nicht nur Beziehungen zu einigen Abgeordneten der *GRÜNEN,* zu *linken Gewerkschafts- und Kirchenkreisen* und zu Personen im Umfeld der *taz* unterhielt, sondern auch zu Personen innerhalb des *BKA.* Das *BKA* wiederum hat vor Jahren mit dem *OSI* und mit dem *MOSSAD,* der nachgewiesenermaßen vor *politischen Morde*n nicht zurückscheut, eine Vereinbarung getroffen, im Kampf gegen die sogenannte rechtsradikale Opposition zusammenzuarbeiten. Eine Kopie der Vereinbarung liegt mir vor. In diesem Umfeld operieren - allem Anschein nach mit Duldung der Bundesregierung und mit Unterstützung der Regierungen in Israel und den USA - neuerdings auch noch Killer-Kommandos der *KACH* und der *ADL,* wie ich am 12.4.1993 in einem Brief an den Bundeskanzler sowie noch eingehender in einem Artikel darlegte, der in der Zeitschrift NATION (1993/3/10ff.) erschien. Meine Sicht wurde nicht widerlegt. Im Gegenteil, durch die Art, wie das Bundeskanzleramt mir antwortete, nämlich den entscheidenden Fragen auswich, wurde der Verdacht nur noch verstärkt. Denn: wer ausweicht, will etwas verbergen. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß mir von Leuten aus den USA umfangreiches Material vorgelegt worden ist, wonach die *ADL* nicht nur eng mit der *JDL,* dem

B'nai B'rith und israelischen und amerikanischen Regierungskreisen verquickt ist, sondern auch mit einem Teil des organisierten Verbrechens in den USA.

Einige Monate nach meiner Veröffentlichung geriet die *KACH* durch den *Massenmord von Hebron* in die Schlagzeilen ...

Ich bin Vertreter der *"Esau-Fraktion"*. Nach *Lehre der Thora* ist die Hinrichtung eines Vertreters der *Esau-Fraktion* nicht gestattet; auch und gerade dann nicht, wenn er, wie ich, kein Anhänger der *Thora* und Nichtjude ist. Erfolgt die Hinrichtung trotzdem, führt sie nach Lehre der Thora zu schwersten Bestrafungen der *"Jakob-Fraktion"* durch Jahweh. Daher gibt es führende Vertreter des jüdischen Volkes, die mich und meinen Kampf für die Erhaltung, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung *aller* Völker auf der Grundlage einer *allgemeinen* Rechts- und Friedensordnung respektieren und jegliche unsachliche Auseinandersetzung mit mir ablehnen. Wie sonst z.B. wäre es mir vorletztes Jahr möglich gewesen, in der geistigen Hochburg des amerikanischen Judentums, im *Union Hebrew College* in Cincinnati, wo auch der *B'nai B'rith* seinen offiziellen Sitz hat, ungehindert Studien zu treiben und viele Gespräche über grundsätzliche Fragen mit verschiedenen, dort arbeitenden und lehrenden Rabbinern zu führen! Ich wohnte sogar in ihrem *Dormitary.* Ich bin eben kein "Antisemit", sondern "Fachmann für Judaistik", unter anderem. Und ich kämpfe mit den *Mitteln* der *Wissenschaft* und der *Publizistik*

> für die Erhaltung und Selbstbestimmung *jedes* Volkes, auch des jüdischen Volkes, ebenso wie für die *Befreiung aller* Völker von Imperialismus, Ausbeutung, Gewaltherrschaft, Krieg und Völkermord.

Ich bin also ein *Verteidiger und Förderer* freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlicher Strömungen und ein Erforscher und Kritiker imperialistischer, rechtsfeindlicher Bestrebungen innerhalb wie außerhalb des Judentums. Forscher und Publizisten mit dieser Einstellung gibt es auch im jüdischen Volk. Man lese z. B. nur die in Deutschland erscheinende *Semit-Times.*

Und noch etwas. Die Zeitschrift *radikal* erscheint nach wie vor; sie wird in zahlreichen Verkaufsständen und Jugendzentren offen ausgelegt und verkauft, obwohl darin immer wieder "Steckbriefe", Aufforderungen zu Gewalttaten gegen bestimmte Personen, Anleitungen zum Bombenbasteln u.a.m. enthalten sind. Das geschieht, obwohl in Ihrem Hause der offensichtlich rechtswidrige Inhalt der Zeitschrift gut bekannt ist (s. *Verfassungsschutzbericht 1993,* S. 59 u.a.). Also geschieht dieses Treiben ohne ernsthafte Abwehr *Ihres Ministeriums.* Warum? Handeln Sie nach der Empfehlung des Macchiavelli, daß der kluge Herrscher sich seine eigene Opposition hält? ...

In dem Umfeld, in dem *radikal* angesiedelt ist, bewegen sich im übrigen auch die *Atze-* und *Avanti*-Gruppierungen in Kiel und in anderen Städten (in Schleswig-Holstein vor allem noch in Lübeck und Flensburg). Die *Atze-Gruppe* bereitet derzeit wieder eine Aktion gegen mich vor. Im letzten Jahr kam es zu einer äußerst verlogenen Hetzkampagne dieser Gruppe, die auch mir galt. Sie sollte zur Vorbereitung terroristischer Aktionen gegen mich und andere dienen. Die hiergegen erstattete Strafanzeige blieb ohne Erfolg, trotz des Vorliegens *eindeutiger Straftatbestände,* trotz Kenntnis der *Kontaktadresse,* trotz des *Vorhandenseins eines Informanten Ihres Ministeriums in dieser Gruppe* und trotz *Einschätzung dieser Gruppe als* und *militant-autonom (=terroristisch)* in Ihrem eigenen Verfassungsschutzbericht (1993, S. 59 u.a.).

Da dies alles

unter Ihrer Oberhoheit

geschieht und nirgendwo erkennbar ist, daß Ihr Ministerium ernsthaft versucht, gegen diesen **tatsächlich vorhandenen Extremismus** einzuschreiten,

kommen Sie Ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Schutzpflicht nicht nach.

Damit sind Sie *mitverantwortlich* für die gegen mein Leben und meinen Besitz gerichteten Straftaten, und zwar für jene, die in letzter Zeit stattfanden und für jene, die in nächster Zeit zu erwarten sind.

Ihr Ministerium reagiert nicht einmal, trotz mehrfacher Anmahnung, auf meinen Antrag, mir die Reparatur meiner Schrotflinte zu gestatten, obwohl ich über eine Waffenbesitzkarte für diese Waffe verfüge. Hätte Ihr Ministerium gute Gründe für die Ablehnung, würde es diese sicherlich nennen. Aber es schweigt. Hat man also nur schlechte Gründe? Bis zum Beweis des Gegenteils muß ich daher annehmen, daß mir selbst die *rechtlich* zustehende *Möglichkeit* einer wirksamen *Notwehr gegen meine Ermordung und Brandschatzung* bewußt, also vorsätzlich, *verwehrt* werden soll.

Das aber läßt den Verdacht aufkommen, daß hier eine Komplizenschaft mit linksextremen Gewalttätern und Mördern vorliegt.

Dieser Verdacht wird erhärtet durch folgende Tatsachen:

- Ihr Amt veröffentlichte in seinem Verfassungsschutzbericht keine personenbezogenen Daten über linksextreme Gruppen, sehr wohl aber über mich. Warum diese unterschiedliche Behandlung? Insbesondere wird in Ihrem Verfassungsschutzbericht nicht die Postadresse meines Verlags angegeben, sondern die kleine Siedlung, in der ich wohne. Auch hier frage ich: warum? Um es linksautonomen Gewalttätern besonders leicht zu machen? Jedenfalls verstießen Sie damit gegen ihr eigenes Landesverfassungsschutzgesetz, nämlich gegen § 21, Abs. 2.
- Außerdem sollen nach § 6 Absatz 1 des Landesverfassungsschutzgesetzes *"in der Regel"* nur verfassungswidrige Bestrebungen *"einer Organisation oder einer unorganisierten Gruppe"* Gegenstand der Ausforschungen und der Berichterstattung des Verfassungsschutzes sein. Weder mein Verlag noch ich selbst sind eine *"Organisation"* oder eine *"unorganisierte Gruppe"*.
- Schließlich heißt es in einer *"Antwort der Bundesregierung"* auf eine Anfrage der *PDS* im Bundestag (*Bundestags-Drucksache* 12/5863, 8.11.1993):

  "... eine Kommentierung von Verlagsprogrammen oder eine politische Einordnung von Verlagsunternehmen durch staatliche Stellen [ist] *weder zulässig noch geboten."*

  Diese Äußerung geschah unter Bezugnahme auf Artikel 5 des Grundgesetzes. Mit anderen Worten:

Ihr Verfassungsschutzbericht über mich und meinen Verlag verletzt unabhängig von der Art seiner inhaltlichen Aussagen in mehrfacher Hinsicht geltendes Recht. Ich werde von Ihnen praktisch als Jagdziel öffentlich ausgeschrieben. Warum? "

2. Die *inhaltlichen* Aussagen im Verfassungsschutzbericht erfüllen zumindest den Tatbestand der üblen Nachrede.

Zunächst zitierte ich die in Ihrem Bericht auf Seite 33 beginnende Passage, wo Sie mich und meinen Verlag des Rechtsextremismus beschuldigen, ohne dafür irgendeinen konkreten Beweis vorzulegen. Ich wiederhole hier noch einmal das Wichtigste:

2.1. Zur Behauptung: **Leugnung des Holocaust** führte ich u.a. aus:

"Ihnen dürfte bekannt sein, daß nach den Gesetzen dieses Landes die *"Leugnung des Holocaust"* eine **Straftat** darstellt. Doch nach den Gesetzen dieses Landes ist *ebenfalls* eine Straftat, wer einen Anderen öffentlich beschuldigt, eine Straftat begangen zu haben, auch noch wiederholt (*"langjährig besetztes Themenfeld"*), obwohl er wegen der behaupteten Straftat nicht rechtskräftig verurteilt worden ist. Erst recht ist es strafbar, wenn er wegen der behaupteten Tat nicht angeklagt worden ist, und noch mehr, wenn er sie offensichtlich nicht einmal begangen hat.

Es ist offensichtlich, daß ich weder als "Verleger und Autor" noch als "Herausgeber" der NATION noch als Privatmann die behauptete Tat begangen habe, geschweige denn, daß ich wegen einer solchen Tat angeklagt oder gar verurteilt worden bin. Gegenteiliges haben Sie nicht nachgewiesen. Ja, Sie haben nicht einmal ansatzweise *versucht*, dieses nachzuweisen."

Danach legte ich meinen wirklichen Standpunkt dar und fügte hinzu:

"Im übrigen dürfte es allgemein bekannt sein, daß ich immer wieder **in Wort und Schrift sowie auf dem Rechtsweg g e g e n jede Art von Massen und Völkermord, Krieg und Gewaltherrschaft** aufgetreten bin, vor allem, wenn es um aktuelle Vorgänge innerhalb unseres Landes ging. Als *Beispiele* nenne ich

- meine Aufsatzreihe *"Die Vernichtung des Holocaust-Syndroms"*,
- meine in Vorbereitung befindliche Buchreihe *Das Holocaust-Syndrom*,
- die von mir besorgte Herausgabe der Buch- und Schriftenreihe *Genozid* und
- mein Schreiben vom 11.06.1991 an alle Abgeordneten des deutschen Bundestages, in dem es um die *"Beteiligung von Abgeordneten des deutschen Bundestages an Völkermordmaßnahmen"* ging,
- außerdem bin ich Vorsitzender des *Arbeitskreises zur Erforschung und Verhütung von Verbrechen des Massen- und Völkermordes.*

Aus der gleichen Einstellung heraus wurde ich

- 1956 zum ersten erfolgreichen *Totalverweigerer von Wehr- und Ersatzdienst* in der Bundesrepublik,
- danach trat ich juristisch und publizistisch für eine *antiimperialistisch-patriotische Verweigerung des Wehrdienstes innerhalb der NATO* ein und gegen das von Luns verkündete "Recht" der NATO auf den atomaren Erstschlag,
- weiterhin wehrte ich mich in rund *40 Verwaltungsstreitverfahren* als Kläger und als Prozeßbevollmächtigter für fast tausend weitere Kläger *gegen den Betrieb von Atomanlagen*, was u.a. auch zur **offenen Unterstützung meiner Person durch politische Führer Ihrer Partei** geführt hat, vor allem, nachdem ich in Haft kam wegen meiner grundsätzlichen Weigerung, Prozeßkosten aus Atomverfahren zu bezahlen (peinlich, diese Unterstützung - oder vielleicht ein Stück echter Anständigkeit und lebendiger freiheitlich-rechtsstaatlicher Gesinnung in Ihrer Partei?).

Durch diese und viele weitere Tätigkeiten in gleicher Richtung zeigte ich **ganz eindeutig und unter hohem persönlichem Einsatz** - bis hin zur Inkaufnahme meiner Ermordung und der ständigen Gefährdung meiner wirtschaftlichen Existenz - wo ich **tatsächlich** stehe. In diesen Tätigkeiten drückt sich ein konsequentes Verhalten seit meiner Jugend aus, ohne irgendwelche Anlehnungen an Gruppen des "Establishments", seien es Parteien, Kirchen, Verbände oder Konzerne, aber auch ohne Anlehnungen an extreme Randgruppen oder geheime Gesellschaften."

2.2. In Ihrem Bericht wird behauptet, ich sei **Anhänger des *Bundes für Gotterkenntnis*.**

Diese Behauptung war falsch. Ich bin kein "Anhänger" des *BfG*.

Die Philosophie Mathilde Ludendorffs ist allerdings die weltanschauliche Grundlage des *BfG*. Und diese Philosophie wird von mir durchaus geschätzt. Ich wies Sie in diesem Zusammenhang aber darauf hin:

"Doch damit bin ich noch nicht *"BfG-Anhänger"*. Ich schätze auch unsere Verfassung. Das macht mich aber noch lange nicht zum Mitglied des sogenannten Verfassungsschutzes."

Sodann wies ich Sie darauf hin, daß die *Ludendorffsche Philosophie* in insgesamt 13 philosophischen Werken schriftlich niedergelegt sei, es daher ohne weiteres möglich sein müßte, irgendwelche Beweise vorlegen zu können, welche Ihre Behauptungen über diese Philosophie rechtfertigen könnten. Doch solche Zitate wurden von Ihnen nicht vorgelegt. Sie lassen sich auch nicht vorlegen. Denn es handelt sich bei Ihren Behauptungen lediglich um eine Beschimpfung und üble Nachrede, wenn nicht um eine bewußte Verleumdung.

Ich stellte daraufhin den unbewiesenen Behauptungen im Verfassungsschutzbericht die Behauptung entgegen,

> "daß die Philosophie Mathilde Ludendorffs **bestens geeignet ist, als geistige Grundlage für freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliches Verhalten zu dienen.** Von den religiösen Grundlagen der meisten, in diesem Staat anerkannten Religionsgemeinschaften kann das nicht behauptet werden."

Anschließend führte ich aus:

> "Und noch etwas: seit wann sind religiöse oder weltanschauliche Vereinigungen Gegenstand der observierenden und berichtenden Tätigkeit des Verfassungsschutzes?
>
> An sich wäre eine kritische Beurteilung solcher Vereinigungen durchaus zu begrüßen. Aber werden nun künftig auch **christliche, mosaische, islamische und andere Religions- und Weltanschauungsvereinigungen auf die Verfassungsmäßigkeit ihres Charakters untersucht?** Zum Beispiel hinsichtlich eines
>
> - Bestehens imperialistischer Zielsetzungen
> - oder der Praktizierung des autoritären Führungsprinzips
> - oder der Anwendung von Suggestion, Höllenverängstigung, Gehirnwäsche und anderen menschenverachtenden Manipulationspraktiken
> - oder der Befürwortung und Anwendung von Glaubenszwang, Terror und Mord?
>
> Können Sie mir sagen,
>
> **nach welchen Grundsätzen Sie Ihre Beurteilung vornehmen?**
>
> Können Sie mir vor allem sagen,
>
> warum der *Bund für Gotterkenntnis*, dem nach meiner Kenntnis die vorstehend aufgezählten, für viele Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften *typischen* Charakteristika *allesamt* fehlen, Gegenstand Ihres *Verfassungsschutzberichts 1993* ist, jedoch keine jener Vereinigungen, denen sie *nicht* fehlen?
>
> **Könnte es vielleicht sein, daß nach Ihrer Meinung und der Ihres Amtes eine imperialistische Zielsetzung, die Praktizierung des autoritären Führungsprinzips, die Anwendung von Gehirnwäsche oder die Befürwortung von Glaubenszwang, Terror und Mord nicht verfassungswidrig sind? Oder sind Sie einfach nur Parteigänger einer dieser Vereinigungen, vielleicht mit dem Auftrag, eine grundlegende Alternative zu diesen Vereinigungen, wie sie der *Bund für Gotterkenntnis* zu verwirklichen versucht, zu verfolgen?"**

2.3. Sie warfen mir außerdem **Kampf gegen die Freimaurerei** vor.

Diesen Vorwurf halte ich für besonders aufschlußreich. Ich führte dazu u.a. aus:

> "Die Freimaurerei ist ein **Geheimbund.** Geheimbünde sind grundsätzlich *nicht freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlich* organisiert, sondern mehr oder weniger nach dem **autoritären Führungsprinzip**. Das liegt in ihrem Wesen begründet, Geheimbund sein zu wollen. Darüberhinaus ist ein Geheimbund ein Bund, der Geheimnisse hat. **Warum aber hat er Geheimnisse?** Sind es Geheimnisse, die das Licht der Öffentlichkeit zu *scheuen* haben? So scheint es. Denn das, **was**

recht und richtig ist, braucht sich nicht zu verbergen. Und schon gar nicht braucht dieses den Schutz des Innenministers. Denn das, was recht und richtig ist, kann sich, wird es zu Unrecht angegriffen, *offen,* notfalls *vor Gericht,* selbst verteidigen. Vor allem dann, wenn dieser Bund in diesem Staat keiner politischen Verfolgung unterliegt und führende Persönlichkeiten im In- und Ausland Mitglied in diesem Bund sind. Die Freimaurerei hat es aber bisher tun- sich mit lichst vermieden, sich mit mir offen auseinanderzusetzen. Auf der wissenschaftlichen Ebene zöge sie auch den Kürzeren. Sie ging auch nicht wegen meiner Veröffentlichungen vor Gericht. Warum? *Ist es also doch nicht so recht und richtig, was sie treibt?"*

Dann legte ich dar, daß im Strafgesetz der Bundesrepublik Deutschland bis 1968 jede Geheimbündelei verboten gewesen war, und zwar in § 128 StGB. Für die Strafbarkeit war noch nicht einmal der Nachweis einer kriminellen Zielsetzung erforderlich, denn die Geheimbündelei selbst war bereits eine Straftat. Ich knüpfte daran die Bemerkung:

"Was lange Zeit und aus guten Gründen strafbar gewesen ist, kann nicht plötzlich ohne Grund ein solches Rechtsgut geworden sein, daß Kritik daran unzulässig, ja verfassungswidrig wäre!"

Außerdem stellte ich fest:

"Wer es mit dem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat wirklich ernst meint, also nicht nur zum Schein dafür eintritt, der muß *jede* Art von Geheimbündelei ablehnen, gleichgültig, ob diese nun durch einen Strafgesetzparagraphen verboten ist oder nicht.

Ich jedenfalls lehne *jede* Geheimbündelei zur Durchsetzung politischer, wirtschaftlicher oder anderer Ziele *grundsätzlich* ab, also nicht nur jede "freimaurerische", sondern auch jede "rechte", "linke", "christliche", "heidnische" oder sonstige Geheimbündelei. Ich habe mich in dieser Beziehung in vielen Veröffentlichungen klar geäußert."

Nach einigen weiteren Darlegungen führte ich aus:

"Normalerweise richtet sich die Kritik an der Freimaurerei gegen ihre politischen Zielsetzungen und Tätigkeiten, weniger gegen die Art ihrer Verfaßtheit und gegen das Streben ihrer Mitglieder, sich gegenseitig politische und geschäftliche Vorteile zuzuschieben. Manche Zielsetzungen und Tätigkeiten der Freimaurerei lassen sich durchaus unter verfassungs- und strafrechtlichen Gesichtspunkten als unzulässig einstufen. Sie dürften nach meiner Ansicht ausreichen, um ein Verbotensein nach Artikel 9 II GG. feststellen zu lassen. Die derzeitigen politischen Verhältnisse lassen eine derartige Feststellung allerdings nicht zu, auch wenn Artikel 9 II GG. bereits als rechtliche Grundlage für das Verbot der *SRP* und der *KPD* gedient hat.

In der Politik geschehen immer wieder Verbrechen. Es hat jedoch den Anschein, daß derzeit in allen europäischen Ländern die Zusammenarbeit zwischen Politikern und dem sogenannten organisierten Verbrechen erheblich zunimmt. Dabei taucht in den Berichten immer wieder der Name der Freimaurerei auf. Mir liegen hunderte solcher Berichte vor, vor allem aus Italien. Dort gerieten ins Rampenlicht nicht nur *angeblich* "irreguläre" oder "illegitime" Abspaltungen der Freimaurerei, wie einige Zeit zuvor die berüchtigt gewordenen Loge "P2" - die in Wirklichkeit alles andere als "irregulär" gewesen war -, **sondern neuerdings auch der "reguläre" Teil der Freimaurerei, und zwar wegen Zusammenarbeit mit der Mafia und wegen vieler weiterer krimineller Aktivitäten.** "

Ich zitierte dann aus der Fülle des mir vorliegenden Materials eine Reihe von Berichten aus angesehenen Zeitungen. Danach führte ich aus:

"Geht es Ihnen, Herr Innenminister, um den Schutz der vorstehend skizzierten Aktivitäten, die nun t a t s ä c h l i c h die freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliche Verfaßtheit dieser Republik und ganz Europas bedrohen? Wenn nein, worum geht es dann?

Jedenfalls: Die Freimaurerei steht *nicht* unter Artenschutz. Sie ist auch *kein besonders geschütztes Verfassungsorgan.* Sie ist nach dem **autoritären Führungsprinzip** verfaßt und daher **von vornherein verdächtig, verfassungswidrig ausgerichtet zu sein.** Sie ist außerdem ein **Geheimbund.** Sie hat also etwas zu verbergen. **Aufklärung** darüber, was sie verbirgt und was

sie im Geheimen oder offen treibt, sowie **Kritik** an ihr ist daher **nicht nur zulässig, sondern geboten. Das gilt vor allem angesichts der unbestreitbaren Tatsache, daß die Freimaurerei mit dem organisierten Verbrechen vernetzt ist.** Natürlich ist nicht jeder Freimaurer in dieser Richtung aktiv. Diese Tatsache tut aber der anderen Tatsache keinen Abbruch. **Das gilt auch im Hinblick darauf, daß viele Freimaurer weniger in die Niederungen gewöhnlichen Banditentums verstrickt sind, sondern mehr und viel wirkungsvoller in verfassungs- und strafgesetzwidrige Machenschaften auf höheren Ebenen.** Ich habe das sogar persönlich, im Rahmen meiner atomrechtlichen Verwaltungsstreitverfahren, immer wieder kennenlernen können. **Also: Kritik an der Freimaurerei ist eindeutig rechtgemäß und notwendig. Rechtswidrig ist hingegen die Inkriminierung dieser Kritik als angeblich verfassungsfeindlich und "rechtsextrem".** Die Inkriminierung der Kritik als "rechtsextrem" ist im übrigen auch noch grotesk, denn die Freimaurerei ist in zahlreichen sogenannten rechten Szenarien aktiv, z.B. innerhalb der rechten Koalition in Italien. Berlusconi selbst ist Mitglied der Loge P2, die schon vor bald 25 Jahren und dann später nochmals einen sogenannten rechten Umsturz geplant hatte, was aber rechtzeitig noch ans Licht kam. Typisch ist, daß unter Berlusconi die Loge P2 vor Gericht rehabilitiert wurde und daß seit seiner Machtübernahme die Antimafia-Koalition und der damit verbundene Kampf gegen die Vernetzung der Freimaurerei mit dem organisierten Verbrechen, also der Kampf für den Rechtsstaat, demontiert wird (s. dazu den oben zitierten Artikel des Mafia-Experten Werner Raith aus der *taz* vom 6.5.94). Natürlich ist auch typisch, daß der in Italien immer lauter gewordene Ruf nach Bekämpfung der Mafia und Korruption, nach Verwirklichung rechtsstaatlicher und konstruktiver Verhältnisse, zunächst zur Stärkung "rechter" Tendenzen führte, daß aber von Anfang an die alten Machtsysteme in dieser Gegenströmung mitmischten und sie jetzt führen. Viele der mutigen Vorkämpfer dieser Strömung hat man inzwischen liquidiert oder kaltgestellt. Im Prinzip ist das ein ähnlicher Vorgang wie bei der faschistischen Machtergreifung unter Mussolini, der ja selbst auch Freimaurer gewesen ist, es später aber mehr mit der Kirche hielt (s. u.a. das in meinem Verlag erschienene Buch des linksliberalen englischen Autors Avro Manhattan: *Der Vatikan und das XX. Jahrhundert,* Struckum [1984]).

Im übrigen handelt der, der wie Sie Kritik an der Freimaurerei unter Mißbrauch seiner Machtstellung inkriminiert, nicht nur rechtswidrig, er macht sich auch noch **verdächtig, selbst an verfassungswidrigen Umtrieben der Freimaurerei beteiligt zu sein ...**

In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß Sie in Ihrem Verfassungsschutzbericht an der einzigen Stelle, wo überhaupt Verlage behandelt werden, - nämlich die angeblich "rechtsextremistischen", mein Verlag eingeschlossen, - eine Reihe von Zahlen verwenden, die nach der *okkulten Zahlensymbolik,* wie sie die Freimaurerei so gern pflegt, **Vollendung der eigenen Herrschaft und Vernichtung des Gegners** bedeuten. Das ist natürlich reiner Zufall."

2.4. Ihr letzter Vorwurf war, daß ich **antisemitische Agitationsschriften** aus der Zeit des Dritten Reiches verlege.

Dazu führte ich u. a. aus:

"Auch dieser Vorwurf ist, soweit er als Begründung für "Rechtsextremismus" herhalten soll, völlig fehl am Platze.

Ausschließlich zu **Forschungszwecken** veröffentliche ich seit Jahren **Faksimile-Drucke mit wissenschaftlichem Inhalt,** keine "Agitationsschriften", auch keine "antisemitischen".

Da es sich um Nachdrucke für Forschungszwecke handelt, können aus Gründen der Objektivität die Inhalte nicht verändert werden. Dies ist auch deswegen nicht möglich, da die Nachdrucke in faksimilierter Form erscheinen. Im übrigen müssen sie in faksimilierter Form auch deshalb erscheinen, da die Auflagenhöhe oft niedrig ist, sich daher ein Neusatz wirtschaftlich nicht trägt.

Allerdings handelt es sich bei den Nachdrucken meist um geschichtswissenschaftliche Arbeiten. Geschichtswissenschaftliche Arbeiten sind nie frei von Mängeln, Irrtümern, Fehlurteilen und Tendenzen, vor allem zeitbedingter Art. Rein thematisch geht es bei den nachgedruckten Arbeiten meistens um **Aufklärung über imperialistische und rassistische Strömungen,** auch über solche innerhalb des Judentums.

Von imperialistischen und vielfach auch von rassistischen Strömungen ist heutzutage k e i n Volk frei, auch nicht das jüdische Volk. Wer Gegenteiliges behauptet, oder geschichtswissenschaftliche Kritik an diesen Strömungen inkriminiert, setzt sich dem Verdacht aus, *Parteigänger dieser imperialistischen Strömungen* zu sein. In diesem Fall kann er aber nicht mehr behaupten, daß er sein Handeln ausschließlich nach freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen Grundsätzen ausrichtet."

Anschließend zitierte ich eine Reihe von Dokumenten eindeutigen Inhalts. Einleitend dazu führte ich aus:

"Das *Alte Testament*, vor allem die *Thora* (die Bücher Moses) sind die religiöse Grundlage der Jahweh-Anhänger innerhalb des jüdischen Volkes. Diese Grundlage ist jedermann zugänglich und so kann auch jedermann dort nachlesen, daß der darin auftretende "Gott" Jahweh seinen Anhängern immer wieder die Ausrottung anderer Völker befiehlt, vor allem jener, die sich ihm und seinem "Bundesvolk", dem jüdischen Volk, nicht unterwerfen.

Massen- und Völkermord gelten zurecht als das Abscheulichste, das denkbar ist. Sie gelten als Symbol für *das Böse*. Doch das *absolute Böse* geht noch darüber hinaus. Das absolut Böse ist, wenn eine sogenannte Religion sich einen Gott zur Anbetung und zum Gehorchen erkoren hat, der Massen- und Völkermord befiehlt und allen jenen unter seinen Anhängern mit Vernichtung droht, die seinen Mordbefehlen nicht Folge leisten. Dieser "Gott" übertrifft selbst "Satan". Denn der "Satan" gibt sich nicht als der gute, sondern nur als der gefallene, schlecht gewordene Gott aus.

Wenn etwas absolut rechtextremistisch, imperialistisch und rassistisch ist, dann ist es diese Religion."

Und nun folgten zahlreiche Belege zu dieser Behauptung. Danach schrieb ich:

"Abschließend bleibt festzustellen, daß die vorstehend gebrachten Zitate dringend vermuten lassen, daß die vielleicht mächtigste religiöse und politische Strömung innerhalb des jüdischen Volkes: der Jahwismus oder Mosaismus, die Weltherrschaft sowie Massen-und Völkermord als religiös-politische Kampfziele, als Auftrag Gottes betrachtet. Diese dringende Vermutung wird zur Gewißheit, betrachtet man das sonstige Material zu diesem Thema: das hier vorgelegte Material ist nämlich nur ein winziger Bruchteil des gesamten vorhandenen Materials. **Von entscheidender Bedeutung ist hierbei, daß der Jahwismus-Mosaismus die zahlreichen, hier nur auszugsweise wiedergegebenen Stellen im *Alten Testament,* wonach Gott-Jahweh seinem Bundesvolk, dem jüdischen Volk, den Auftrag erteilt hat, die nichtjüdischen Völker zu unterjochen und alle, die widerstreben, auszurotten, seit mehreren Jahrtausenden als unverrückbare Lehre und Richtschnur ansieht und nicht aus seiner Religionsurkunde entfernt, und zwar trotz vielfacher Kritik daran und trotz der hierdurch verursachten zahlreichen Verfolgungsmaßnahmen von nichtjüdischer Seite. Dieser Tatbestand läßt sich beim besten Willen nicht bestreiten. *Meine* Reaktion auf die religiös-politischen Vernichtungsforderungen des Jahwismus-Mosaismus ist aber keine Gegenreaktion auf gleicher oder verwandter moralischer Ebene, sie ist nicht Haß oder gar Vernichtungswille gegen das jüdische Volk. Vielmehr erstrebe ich die Befreiung des jüdischen Volkes vom "Bann" des Jahwismus-Mosaismus, ebenso, wie ich die Befreiung meines Volkes und aller anderen Völker von gleich und ähnlich geartetem "Bann" erstrebe - z.B. von dem des Christentums, des Islams, des Shintoismus usw. Es handelt sich hier tatsächlich um so etwas wie die Wirksamkeit eines Banns, nämlich um die Folgen einer vor Jahrtausenden von einigen Priestern begonnenen Gehirnwäsche, die die Op-**

fer - Priester wie Laien - veranlaßt, diese Gehirnwäsche immer wieder an sich selbst und ihren Mitmenschen zu vollziehen und dadurch zu tradieren. Eine wirksame Befreiung von diesem "Bann", vor allem von der Tradierung dieses "Banns", kann nur von außen erfolgen. Für diese Befreiung kämpfe ich. Die von mir herausgegebene Veröffentlichung: *Die geheime Verführung* ist eine der Maßnahmen zu dieser Befreiung. Im übrigen: wer jemanden befreien will, haßt ihn nicht, er liebt ihn, er sieht in ihm vor allem den Menschen und seine Leiden, das Göttliche, das in ihm leidet, und er nimmt es auf sich, im Kampf für ihn und das Göttliche in ihm, auch selbst zu leiden. Was könnte es anderes sein, als Liebe, die ihn bewegt?"

Nach einigen weiteren Ausführungen, die sich mit der Rechtswidrigkeit von Gehirnwäsche und anderen Formen des Seelenmißbrauchs befaßten, hieß es:

"Sie können nicht behaupten, daß es Ihnen bei Ihrer Inkriminierung um den Schutz des jüdischen Volkes geht. Mir geht es schon darum. Sie hingegen haben in dem Schriftsatz vom 30. 6.1994 an das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht in der Streitsache Menkens gegen Sie deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Sie **das Streben nach Erhaltung der Identität des deutschen Volkes und anderer Völker für verfassungswidrig halten.** Ich erstrebe eine **Erhaltung der Identität *aller* Völker** - und das ist nun sehr wichtig - **mit Mitteln im Rahmen einer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung und in Verbindung mit einem Streben, das einerseits auf Befreiung *aller* Völker von imperialistischen Machtgruppen, Krieg und Gewaltherrschaft und andererseits auf kulturelle Höherentwicklung gerichtet ist. Das ist eindeutig verfassungsgemäß.** So heißt es im sogenannten *Teso-Urteil* des Bundesverfassungsgerichts, worin eine Verfassungsbeschwerde abgelehnt wurde, die sich gegen die Ablehnung eines Antrags auf Einbürgerung eines Mannes mit italienischem Vater und deutscher Mutter richtete:

> *"Das Festhalten an der Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates* [also des deutschen Volkes, R.B.] *ist normativer Ausdruck dieses Verständnisses und dieser Grundentscheidung ... Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die* ***verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten."***
>
> (BVerfGE, 1977, S. 137ff. (Mohr, Tübingen 1988))

Daraus folgt, daß der von Ihnen im Verfahren *Menkens gegen Sie* vorgetragene, **gegen die Erhaltung der Identität des deutschen Volkes und anderer Völker gerichtete Grundsatz eindeutig verfassungswidrig ist.** Daraus folgt weiterhin, daß der gegen mich gerichtete Vorwurf des angeblichen Antisemitismus nicht deshalb erhoben wurde, um die *Identität* des jüdischen Volkes zu schützen, denn wer als Teil einer deutschen Regierung sogar die Erhaltung der Identität des eigenen Volkes für verfassungswidrig hält, dürfte es schwer haben, glaubhaft zu machen, daß er jedoch die Identität des jüdischen Volkes erhalten möchte. Zugleich folgt daraus, daß Ihr Vorwurf des Antisemitismus auch nicht deshalb erfolgt sein kann, um die *Würde* des jüdischen Volkes zu schützen Denn wer die Identität eines anderen nicht als schützenswert ansieht, der hält auch dessen Würde nicht für schützenswert, denn Würde und Identität sind untrennbar miteinander verbunden. Daraus folgt letztendlich, daß Ihr ideologischer und Ihr rechtlicher Ansatz nur einen logischen Schluß zulassen: **Es geht Ihnen bei der Inkriminierung der von mir veröffentlichten Schriften über imperialistische Strömungen innerhalb des jüdischen Volkes um nichts anderes, als um den Schutz dieser imperialistischen Strömungen. Es sei denn, das alles schert Sie nicht, es dient Ihnen nur zu meiner Diffamierung, um mich als unbequemen Widerstandskämpfer loszuwerden...**

Und noch eine Schlußfolgerung ist hier fällig: Wer die *Erhaltung der Identität* eines Volkes nicht für erstrebenswert ansieht, ja, sie sogar als verfassungswidrig inkriminiert, richtet sich damit auch gegen die *Erhaltung der Völker an sich*, denn die Existenz der Völker steht und fällt mit der Erhaltung ihrer Identität. Mit anderen Worten: hier enthüllt sich, daß Ihr Verfassungsschutzamt genau das treibt, was es mir nachsagt oder besser: nachlügt. Es verstößt gegen § 220 a StGB. In § 220a StGB wird Völkermord unter Strafe gestellt, und zwar nicht nur der physische, sondern auch der psychische.

Seit meinem siebzehnten Lebensjahr habe ich mich gegen jede Art von Gewalt und Willkürherrschaft, Krieg, Massen- und Völkermord gewandt. Bis über die Grenzen Deutschlands hinaus wurde ich durch meinen kompromißlosen Kampf in Dutzenden von atomrechtlichen Verwaltungsstreitverfahren, durch zahlreiche Veröffentlichungen und als Mitbegründer des *Instituts für biologische Sicherheit*, des ersten privaten Umweltschutz-Instituts in Deutschland bekannt. Obwohl ich dabei auch deutliche Unterstützung aus sogenannten demokratischen Parteien, darunter auch aus Ihrer Partei, bekam, verhehle ich nicht, daß ich auch sehr starken Widerstand gegen meine Tätigkeit erfuhr, vor allem, weil ich der Meinung bin, daß die holocaustische und imperialistische Tradition in der deutschen und europäischen Geschichte 1933 nicht ihren Anfang und 1945 nicht ihr Ende fand. **Sie wird bis heute weiter fortgesetzt, in einigen Bereichen sogar besonders erfolgreich. Für mich ist die Frage, was in der Vergangenheit geschehen ist, ob in Auschwitz, Katyn, Dresden und Hiroshima oder an irgendwelchen anderen Orten, von sekundärer Bedeutung. Für mich hat primär die Zukunft Bedeutung. Daher mache ich auch nicht halt vor den holocaustischen Tendenzen und Praktiken der heute regierenden Kreise, insbesondere innerhalb der BRD. Im Gegenteil, die Vergangenheit läßt sich nicht mehr ändern, aber die Zukunft können wir noch mitgestalten und daher muß vor allem jenen geschichtegestaltenden Kräfte entgegengetreten werden, die hier und heute holocaustische Traditionen entwickeln oder fortsetzen!**

Ich denke, daß diese moralisch, rechtlich und politisch konsequente Art auch der Hauptgrund ist, weshalb ich immer wieder auf unsachliche bis gewalttätige Weise angegriffen werde. Man ist zwar gegen Massen- und Völkermord der Anderen, den eigenen möchte man aber, um der Verwirklichung seiner Glaubens- und Machtziele willen ungestört weiter betreiben. Oder sehen Sie eine andere Erklärung?"

Sie haben auf alle diese schweren Vorwürfe nicht geantwortet, obwohl Sie verwaltungsrechtlich dazu verpflichtet sind. Wer so handelt, läßt es zu, daß daraus der Schluß gezogen wird, die Vorwürfen wären im Wesentlichen berechtigt. Nach einem höchstrichterlichen Urteil dürfen sie für wahr angesehen werden.

3. Ich fordere und beantrage daher,

- daß Sie mir gegenüber unverzüglich auf den Boden des Rechts zurückkehren, insbesondere die gegen mich gerichteten Aktivitäten linker Terror-Netzwerke unterbinden und jede Beteiligung an diesen Aktivitäten durch Personen aus dem Verfassungsschutz, dem BKA oder irgendwelchen Logen einstellen lassen,
- daß Sie Ihren Verfassungsschutzbericht in Bezug auf meine Person unverzüglich richtigstellen und diese Richtigstellung in sämtlichen Tageszeitungen des Landes veröffentlichen,
- daß Sie mir bis zum 23.1.1995 bestätigen, daß Sie meinen Forderungen nachkommen.

Roland Bohlinger

Der Innenminister · Postfach 11 33 · 2300 Kiel 1

Der
Innenminister
des Landes
Schleswig-Holstein



Herrn
Roland Bohlinger
Postfach

25884 Viöl

Ihr Zeichen / vom	Mein Zeichen / vom	Telefon (0431)	Datum
Ihr Schreiben vom 10.01.1995	IV 720 d 061-S-380000	596-3037	24.01.1995

Verfassungsschutzbericht 1993

Sehr geehrter Herr Bohlinger,

Minister Dr. Bull, dem Ihre Eingaben sämtlich vorgelegen haben, hat mich gebeten, den Eingang Ihres Schreibens vom 10. Januar d. Js. zu bestätigen. Soweit Sie mit diesem Schreiben eine Stellungnahme zu Ihrem als "Einspruch" bezeichneten Schreiben vom 05.09.1994 anmahnen, weise ich zu Ihrer Information darauf hin, daß der Verfassungsschutzbericht kein Verwaltungsakt ist und somit förmliche Rechtsbehelfe nicht gegeben sind.

Ihre Gegenvorstellungen habe ich zur Kenntnis genommen, ebenso wie Ihre inhaltsgleiche Veröffentlichung in der "Schriftenreihe des deutschen Rechts- und Lebensschutzverbandes" (Heft 7/1994). Ihre sich gegen die Sicherheitsbehörden richtende Unterstellung einer "Komplizenschaft mit linksextremistischen

Postleitzahlen ab 1.7.1993:
Briefpost: Postfach 1133 * 24100 Kiel
Pakete, Einzelzustellung, Dienstgebäude: 24105 Kiel

Düsternbrooker Weg 92
2300 Kiel 1
Telefon (0431) 56 30 41
Telefax (0431) 5 96-30 38
Telex 299 822

Gewalttätern und Mördern" weise ich zurück. Ich bin nicht bereit, über absurde Vorwürfe dieser und ähnlicher Art einen weiteren Schriftwechsel zu führen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage

Dr. Hans-Joachim Wegner

Roland Bohlinger
Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur
D-25884 Viöl, Postfach

An das
Innenministerium des Landes Schleswig Holstein
z.H. von Herrn Innenminister Prof. Dr. Hans-Peter Bull
und Herrn Dr. Hans-Joachim Wegner

Düsternbrooker Weg 92

D-24100 Kiel

Viöl, 07.02.1995

Betr.: Mein Einspruch vom 5.9.1994
Meine Erinnerung vom 10.1.1995

Bezug: Ihr Schreiben vom 24.1.1995, Zeichen IV 720 d / 061-S-380000
Eingang des Schreibens: 26.1.1995

Sehr geehrter Herr Innenminister Prof. Dr. Bull,
sehr geehrter Herr Dr. Wegner,

Ihre Antwort auf meine Schreiben vom 5.9.1994 und 10.1.1995 habe ich erhalten.

Bei Auseinandersetzungen halte ich es so, daß ich dem Kontrahenten die *Freiheit* lasse zu einer *moralisch und rechtlich richtigen Entscheidung.*

Das geschah auch im vorliegenden Fall. Daher habe ich auch nicht sofort rechtliche Schritte ergriffen gegen jenes Verhalten, das ich in meinem Brief vom 5.9.1994 beanstandet hatte.

Sie, Herr Innenminister, zogen es jedoch vor, auf meinen ersten Brief nicht zu antworten. Daher mußte ich einen zweiten schreiben. Die Antwort, die auf dieses zweite Schreiben erfolgte, kann ich aber nicht als korrekte Entscheidung Ihrerseits anerkennen.

Eine moralisch und rechtlich richtige Entscheidung wäre es gewesen, wenn Sie, Herr Innenminister, sich bemüht hätten, zu meinen einzelnen Vorhaltungen redlich und sachlich Stellung zu nehmen, und wenn Sie dort, wo Sie fehlerhaft handelten, versucht hätten, sich zu korrigieren und den durch Ihr Fehlverhalten entstandenen Schaden wiedergutzumachen. Das ist aber *in keiner Weise* geschehen. Bestenfalls haben Sie durch Ihr bisheriges Verhalten *nichts von dem, was ich Ihnen vorhalte,* widerlegt. Das gilt besonders dort, wo Sie nach wie vor jede Stellungnahme unterlassen. Doch ich denke, daß Sie es wissen: wer nicht widerspricht, muß die Vermutung gegen sich gelten lassen, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zutreffen. Dazu gibt es sogar eine höchstrichterliche Entscheidung. Und damit keine Mißverständnisse aufkommen: ein bloßes Abstreiten ohne nähere Begründung ist im vorliegenden Fall kein überzeugender Widerspruch: Bloßes Abstreiten entkräftet nicht die Vermutung, im Gegenteil, so etwas ist eher geeignet, die Vermutung zu verstärken. Das gilt erst recht, wenn solches Abstreiten nicht einmal durch Sie selbst geschieht, sondern durch einen Dritten, nämlich durch Sie, Herr Dr. Wegner, der Sie nicht einmal Ihre Legitimation nachweisen, mir in dieser Sache eine Stellungnahme im Namen des Herrn Innenministers zuleiten zu dürfen, ganz zu schweigen davon, daß Sie in dieser Sache gar

nicht die Auffassung des Herrn Innenministers wiedergeben, sondern offensichtlich nur Ihre persönliche private Meinung, nach der ich nicht gefragt habe. Oder haben Sie, Herr Dr. Wegner, den Verfassungsschutzbericht und das sonstige Verhalten, das im Namen des Herrn Innenministers stattfand, zu verantworten? Vielleicht sind Sie einer der Schatten des Herrn Innenministers? Und vielleicht warfen Sie, Herr Innenminister, kürzlich das Handtuch, weil Sie nicht mehr wollten, daß irgendwelche Schatten in Ihrem Namen etwas tun, was Sie gar nicht gutheißen?

Im übrigen nahm ich mit geziemender Aufmerksamkeit zur Kenntnis, daß Sie, Herr Dr. Wegner, die Auffassung vertreten,

> *"daß der Verfassungsschutzbericht kein Verwaltungsakt ist und somit förmliche Rechtsbehelfe nicht gegeben sind."*

Wenn ich diese Äußerung richtig interpretiere, heißt das doch, daß der Inhalt, die Veröffentlichung und die Verbreitung des Verfassungsschutzberichts in einem verwaltungsrechtlich nicht normierten, also rechtsfreien Raum erfolgt. Falls ich Ihre Äußerung jedoch falsch interpretiere, bitte ich um Berichtigung und um eine ordentliche Rechtsbelehrung. Zugleich bitte ich den Herrn Innenminister, mir mitzuteilen, ob *er* und sein Haus Ihre Auffassung teilt.

Um nichts unversucht zu lassen, gebe ich Ihnen, Herr Innenminister, noch einmal Gelegenheit, in der vorliegenden Angelegenheit endlich in korrekter Weise zu verfahren. Ich setze Ihnen hierfür eine Frist bis zum 20.2.1995.

Mit bestem Gruß

Roland Bohlinger

Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur
D-25884 Viöl, Postfach



An das
Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
- Pressestelle -
Düsternbrooker Weg 92

D-24100 Kiel

Viöl, 10.03.1995

Betrifft: Unser Schreiben/Fax vom 01.03.1995

Sehr geehrte Damen und Herren,

da wir auf unser o.g. Schreiben noch keine Antwort erhalten haben, möchten wir an dieses Schreiben hiermit erinnern. Wir hatten dort angefragt,

> *"ob die uns zugegangene Nachricht zutrifft, daß Herr Dr. Hans-Joachim Wegner Leiter der Rechtsabteilung des Innenministeriums und studierter Jurist ist. Falls diese Nachricht falsch sein sollte, teilen Sie uns bitte die wirkliche Funktion von Herrn Dr. Wegner mit, wir benötigen diese Information zur Vervollständigung unserer Darstellung in einer Veröffentlichung."*

Mit freundlichen Grüßen

Roland Bohlinger

Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur
D-25884 Viöl, Postfach

An den
Innenminister des Landes Schleswig Holstein
z.H. Herrn Dr. Hans-Joachim Wegner
Düsternbrooker Weg 92

D-24100 Kiel

Viöl, 10.03.1995

Betrifft: Unser Schreiben/Fax vom 01.03.1995

Sehr geehrter Herr Dr. Wegner,

da auf unser o.g. Schreiben bis heute noch keine Antwort erfolgte, möchte ich an dieses Schreiben erinnern. Ich hatte dort angefragt:

> *"in Sachen unserer "Auseinandersetzung" betreffend den Verfassungsschutzbericht 1993 möchte ich mich hiermit erkundigen, welche Funktion Sie im Innenministerium unter Herrn Prof. Dr. Bull inne hatten und welche Sie jetzt bekleiden."*

Mit bestem Gruß

Roland Bohlinger

Der Innenminister • Postfach 1133 • 24100 Kiel

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein

Verlag für ganzheitliche
Forschung und Kultur
z. H. Herrn Roland Bohlinger
Postfach

25884 Viöl

Pressereferat

Ihr Zeichen / vom	Mein Zeichen / vom	Telefon (0431)	Datum
20.03.95	IV MB 3	596-2617 Thomas Giebeler	15. März 1995

Sehr geehrter Herr Bohlinger,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20. März 1995.

Bitte haben Sie Verständnis, daß das Pressereferat nicht befugt ist, Angaben über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums gegenüber Dritten abzugeben.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Giebeler

Dienstgebäude:
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon (0431) 596-1
Telefax (0431) 596-3131
Telex 299 871 ireg d
Bus: Linie 6, 8

Roland Bohlinger - Verlag für ganzheitliche Forschung
Postfach
D-25884 Viöl

An den
Innenminister des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Dr. Ekkehard Wienholtz
Düsternbrooker Weg 92

D-24100 Kiel

Viöl, 23.3.1995

Betr.: Rechtswidrige Tätigkeiten des Innenministeriums
gegen mich und meinen Verlag

Sehr geehrter Herr Innenminister Dr. Wienholtz,

am 7.2.1995 setzte ich Ihrem Vorgänger, Herrn Prof. Dr. Hans-Peter Bull eine letzte Frist zur Bereinigung einer Angelegenheit, die mich und meinen Verlag betraf. Als Frist hatte ich den 20.02.1995 gesetzt. Die Frist verstrich, ohne daß aus dem Innenministerium heraus irgend etwas geschah. Durch eine schwere Erkrankung war ich gehindert, darauf früher als jetzt zu reagieren.

Ich stelle fest:

1.1 In meinem Brief vom 7.2.1995 hatte ich geschrieben:

> *"Bei Auseinandersetzungen halte ich es so, daß ich dem Kontrahenten die Freiheit lasse zu einer moralisch und rechtlich richtigen Entscheidung.*
>
> *Das geschah auch im vorliegenden Fall. Daher habe ich auch nicht sofort rechtliche Schritte ergriffen gegen jenes Verhalten, das ich in meinem Brief vom 5.9.1994 beanstandet hatte.*
>
> *Sie, Herr Innenminister, zogen es jedoch vor, auf meinen ersten Brief nicht zu antworten. Daher mußte ich einen zweiten schreiben. Die Antwort, die auf dieses zweite Schreiben erfolgte, kann ich aber nicht als korrekte Entscheidung Ihrerseits anerkennen.*
>
> *Eine moralisch und rechtlich richtige Entscheidung wäre es gewesen, wenn Sie, Herr Innenminister, sich bemüht hätten, zu meinen einzelnen Vorhaltungen redlich und sach-*

lich Stellung zu nehmen, und wenn Sie dort, wo Sie fehlerhaft handelten, versucht hätten, sich zu korrigieren und den durch Ihr Fehlverhalten entstandenen Schaden wiedergutzumachen. Das ist aber in keiner Weise geschehen. Bestenfalls haben Sie durch Ihr bisheriges Verhalten nichts von dem, was ich Ihnen vorhalte, widerlegt. Das gilt besonders dort, wo Sie nach wie vor jede Stellungnahme unterlassen. Doch ich denke, daß Sie es wissen: wer nicht widerspricht, muß die Vermutung gegen sich gelten lassen, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zutreffen. Dazu gibt es sogar eine höchstrichterliche Entscheidung. Und damit keine Mißverständnisse aufkommen: ein bloßes Abstreiten ohne nähere Begründung ist im vorliegenden Fall kein überzeugender Widerspruch: Bloßes Abstreiten entkräftet nicht die Vermutung, im Gegenteil, so etwas ist eher geeignet, die Vermutung zu verstärken. Das gilt erst recht, wenn solches Abstreiten nicht einmal durch Sie selbst geschieht, sondern durch einen Dritten, nämlich durch Sie, Herr Dr. Wegner, der Sie nicht einmal Ihre Legitimation nachweisen, mir in dieser Sache eine Stellungnahme im Namen des Herrn Innenministers zuleiten zu dürfen, ganz zu schweigen davon, daß Sie in dieser Sache gar nicht die Auffassung des Herrn Innenministers wiedergeben, sondern offensichtlich nur Ihre persönliche private Meinung, nach der ich nicht gefragt habe. Oder haben Sie, Herr Dr. Wegner, den Verfassungsschutzbericht und das sonstige Verhalten, das im Namen des Herrn Innenministers stattfand, zu verantworten? Vielleicht sind Sie einer der Schatten des Herrn Innenministers? Und vielleicht warfen Sie, Herr Innenminister, kürzlich das Handtuch, weil Sie nicht mehr wollten, daß irgendwelche Schatten in Ihrem Namen etwas tun, was Sie gar nicht gutheißen?

Im übrigen nahm ich mit geziemender Aufmerksamkeit zur Kenntnis, daß Sie, Herr Dr. Wegner, die Auffassung vertreten,

> *"daß der Verfassungsschutzbericht kein Verwaltungsakt ist und somit förmliche Rechtsbehelfe nicht gegeben sind."*

Wenn ich diese Äußerung richtig interpretiere, heißt das doch, daß der Inhalt, die Veröffentlichung und die Verbreitung des Verfassungsschutzberichts in einem verwaltungsrechtlich nicht normierten, also rechtsfreien Raum erfolgt. Falls ich Ihre Äußerung jedoch falsch interpretiere, bitte ich um Berichtigung und um eine ordentliche Rechtsbelehrung. Zugleich bitte ich den Herrn Innenminister, mir mitzuteilen, ob er und sein Haus Ihre Auffassung teilt."

1.2. Auf dieses Schreiben erhielt ich keine Antwort.

1.3. Meine zweimalige Anfrage bei Herrn Dr. Hans-Joachim Wegner, "welche Funktion" er im Innenministerium unter Prof. Dr. Hans-Peter Bull innehatte und welche er jetzt bekleide, wurde nicht beantwortet.

Die gleichgerichtete Frage, die ich an die Presseabteilung des Innenministeriums richtete, wurde nach Anmahnung damit beantwortet, daß jede Auskunft verweigert wurde.

2.0. Daraus folgt:

2.1. Ihr Vorgänger im Amt war nicht bereit, zu meinen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Herr Dr. Hans-Joachim Wegner äußert in seinem Schreiben vom 24.1.1995:

> *"Minister Dr. Bull, dem Ihre Eingaben sämtlich vorgelegen haben, hat mich gebeten, den Eingang Ihres Schreibens vom 10. Januar d. Js. zu bestätigen".*

Anschließend erfolgte aber die ganze Stellungnahme im Namen des Herrn Dr. Hans-Joachim Wegner. Es heißt in dessen Schreiben unmittelbar anschließend:

> *"Soweit Sie mit diesem Schreiben eine Stellungnahme zu Ihrem als 'Einspruch' bezeichneten Schreiben vom 5.9.1994 anmahnen, weise ich zu Ihrer Information darauf hin, daß der Verfassungsschutzbericht kein Verwaltungsakt ist und somit förmliche Rechtsbehelfe nicht gegeben sind.*
>
> *Ihre Gegenvorstellung habe ich zur Kenntnis genommen, ebenso wie Ihre inhaltsgleiche Veröffentlichung in der 'Schriftenreihe des Deutschen Rechts- und Lebensschutz-Verbands' (Heft 7/1994). Ihre sich gegen die Sicherheitsbehörden richtende Unterstellung einer 'Komplizenschaft mit linksextremistischen Gewalttätern und Mördern' weise ich zurück. Ich bin nicht bereit, über absurde Vorwürfe dieser und ähnlicher Art einen weiteren Schriftwechsel zu führen."*

Also: Ihr Vorgänger, Herr Prof. Dr. Hans-Peter Bull, drückte sich um eine Stellungnahme. Und dann tritt irgendeine Eminenz auf, die zu feige ist, ihre Funktion im Innenministerium bekannt zu geben, und deren Funktion auch von der Presseabteilung des Innenministeriums bewußt verschwiegen wird, so, als hätten wir es hier mit einer kriminellen Verschwörung zu tun, worum es sich vermutlich auch tatsächlich handelt, und gibt seine eigene, seine völlig unerhebliche eigene private Meinung zum Besten, und erklärt noch obendrein, sozusagen als kriminelles Privatissimo: gegen den Inhalt des Verfassungsschutzberichtes gäbe es keine "förmlichen Rechtsbehelfe".

2.2. Das heißt nichts anderes, als daß in meinem Fall bislang niemand im Innenministerium bereit war, zu den im Namen des Innenministeriums erfolgten Worten und Taten zu stehen. Ein erstaunliches Schauspiel von Feigheit und Verantwortungslosigkeit!

2.2.1. Ich halte dem Innenministerium vor, es bestünde begründeter Verdacht, daß es mir den gesetztlich garantierten Schutz gegen terroristische Aktivitäten verweigere, daß es darüber hinaus meine Schutzlosigkeit noch bewußt durch eigene Maßnahmen gegen mich fördere und schließlich, daß es terroristische, u.a. gegen mich gerichtete Bestrebungen linksextremistischer Kreise nicht ernsthaft bekämpfe, sondern dulde und zumindest auf diese Weise fördere. Ob Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Verfassungsschutzes auch noch direkt mit dem linksextremistischen terroristischen Netz verbandelt sind, z. B. über "Informanten", lasse ich vorerst dahingestellt. Jedenfalls schweigt sich das Innenministerium zu diesen Vorwürfen aus, trotz mehrerer z.T. veröffentlichter Briefe. Der Widerspruch des Herrn Dr. Wegner gegenüber den Vorwürfen ist unbeachtlich, da er nicht im Namen des Innenministers erfolgt, sondern lediglich als private Meinung dieses Herrn auftritt. Außerdem enthält dieser Widerspruch nur eine pauschale Zurückweisung

eines Teils der Vorwürfe, keine Widerlegung der dazu vorgetragenen Gründe. Mithin muß davon ausgegangen werden, daß die Vorwürfe zutreffen.

2.2.2. Ich halte dem Innenministerium außerdem vor, daß es meine weltanschaulich-religiöse Einstellung öffentlich diffamiere. Hierauf wird überhaupt nichts erwidert und damit die Berechtigung meines diesbezüglichen Vorwurfs bestätigt.

2.2.3. Ich halte dem Innenministerium vor, daß ich von ihm öffentlich der fortgesetzten Begehung von Straftaten bezichtigt wurde, nämlich der fortgesetzten "Leugnung des Holocaust", obwohl dies eindeutig nicht zutrifft und ich niemals wegen "Leugnung des Holocaust" angeklagt, geschweige denn verurteilt worden bin. Das Ganze geschah, obwohl oder gerade weil ich seit meiner Jugend immer und sehr nachdrücklich gegen jede Art von Massen- und Völkermord aufgetreten bin, mich aber nicht auf Vorgänge in der Vergangenheit beschränkte, sondern vor allem aktuelle Vorgänge aufgriff, was verständlicherweise einigen Kreisen in diesem Land mißfällt. Ich schrieb in meinem Brief vom 10.1.1995 an Ihr Ministerium auf Seite 6:

"Im übrigen dürfte es allgemein bekannt sein, daß ich immer wieder ***in Wort und Schrift sowie auf dem Rechtsweg g e g e n jede Art von Massen- und Völkermord, Krieg und Gewaltherrschaft*** *aufgetreten bin, vor allem, wenn es um aktuelle Vorgänge innerhalb unseres Landes ging. Als Beispiele nenne ich*

- *meine Aufsatzreihe "Die Vernichtung des Holocaust-Syndroms",*
- *meine in Vorbereitung befindliche Buchreihe "Das Holocaust-Syndrom",*
- *die von mir besorgte Herausgabe der Buch- und Schriftenreihe "Genozid" und*
- *mein Schreiben vom 11.06.1991 an alle Abgeordneten des deutschen Bundestages, in dem es um die "Beteiligung von Abgeordneten des deutschen Bundestages an Völkermordmaßnahmen" ging,*
- *außerdem bin ich Vorsitzender des Arbeitskreises zur Erforschung und Verhütung von Verbrechen des Massen- und Völkermordes.*

Aus der gleichen Einstellung heraus wurde ich

- *1956 zum ersten erfolgreichen Totalverweigerer von Wehr- und Ersatzdienst in der Bundesrepublik,*
- *danach trat ich juristisch und publizistisch für eine antiimperialistisch-patriotische Verweigerung des Wehrdienstes innerhalb der NATO ein und gegen das von Luns verkündete "Recht" der NATO auf den atomaren Erstschlag,*
- *weiterhin wehrte ich mich in rund 40 Verwaltungsstreitverfahren als Kläger und als Prozeßbevollmächtigter für fast tausend weitere Kläger gegen den Betrieb von Atomanlagen, was u.a. auch zur* ***offenen Unterstützung meiner Person durch politische Führer Ihrer Partei*** *geführt hat, vor allem, nachdem ich in Haft kam wegen meiner grundsätzlichen Weigerung, Prozeßkosten aus Atomverfahren zu bezahlen (peinlich, diese Unterstützung - oder vielleicht ein Stück echter Anständigkeit und lebendiger freiheitlich-rechtsstaatlicher Gesinnung in Ihrer Partei?).*

Durch diese und viele weitere Tätigkeiten in gleicher Richtung zeigte ich ***ganz eindeutig und unter hohem persönlichem Einsatz*** *- bis hin zur Inkaufnahme meiner Ermordung und der ständigen Gefährdung meiner wirtschaftlichen Existenz - wo ich* ***tatsächlich*** *stehe. In diesen Tätigkeiten drückt sich ein konsequentes Verhalten seit meiner Jugend aus, ohne irgendwelche Anlehnungen an Gruppen des "Establishments", seien es Parteien, Kirchen, Verbände oder Konzerne, aber auch ohne Anlehnungen an extreme Randgruppen oder geheime Gesellschaften."*

Dieser Darstellung wurde von Ihrem Ministerium ebensowenig widersprochen wie meiner Feststellung, daß ich mich niemals und schon gar nicht fortgesetzt der "Leugnung des Holocaust" schuldig gemacht habe.

Da meinen diesbezüglichen Vorwürfen gegenüber dem Innenministerium nicht widersprochen worden ist, sind auch diese durch das Innenministerium selbst als zutreffend bestätigt.

2.2.4. Ich wurde im Verfassungsschutzbericht schließlich noch wegen der Veröffentlichung wissenschaftlicher Schriften zu demokratie- und rechtsstaatfeindlichen imperialistischen Bestrebungen angegriffen, und zwar ohne nähere Begründung, darunter wegen Kritik an einer politischen Geheimorganisation, die in der Vergangenheit immer wieder durch ihre Verbindungen zum organisierten Verbrechen, vor allem zur Mafia, aufgefallen ist. Das wurde mir als rechtsextremistisch ausgelegt, obwohl selbst in ganz gewöhnlichen, auch linken Tageszeitungen des In- und Auslandes, wie ich durch zahlreiche Zitate nachgewiesen habe, kein anderer Standpunkt zur Sprache kommt, als der von mir vertretene.

Auch hier schwieg das Innenministerium zu meinen Vorwürfen. Das heißt, das Innenministerium widersprach auch nicht dem Vorwurf, daß es einerseits demokratie- und rechtsstaatsfeindliche imperialistische Bestrebungen gegen wissenschaftliche Kritik zu schützen versuche und daß es andererseits diese wissenschaftliche Kritik als "rechtsextremistisch" diffamiere.

2.2.5. Am Schluß meines Briefes vom 10.1.1995 schrieb ich:

"Seit meinem siebzehnten Lebensjahr habe ich mich gegen jede Art von Gewalt- und Willkürherrschaft, Krieg, Massen- und Völkermord gewandt. Bis über die Grenzen Deutschlands hinaus wurde ich durch meinen kompromißlosen Kampf in Dutzenden von atomrechtlichen Verwaltungsstreitverfahren, durch zahlreiche Veröffentlichungen und als Mitbegründer des Instituts für biologische Sicherheit, des ersten privaten Umweltschutz-Instituts in Deutschland, bekannt. Obwohl ich dabei auch deutliche Unterstützung aus sogenannten demokratischen Parteien, darunter auch aus Ihrer Partei, bekam, verhehle ich nicht, daß ich auch sehr starken Widerstand gegen meine Tätigkeit erfuhr, vor allem, weil ich der Meinung bin, daß die holocaustische und imperialistische Tradition in der deutschen und europäischen Geschichte 1933 nicht ihren Anfang und 1945 nicht ihr Ende fand. ***Sie wird bis heute weiter fortgesetzt, in einigen Bereichen sogar besonders erfolgreich. Für mich ist die Frage, was in der Vergangenheit geschehen ist, ob in Auschwitz, Katyn, Dresden und Hiroshima oder an ir-***

gendwelchen anderen Orten, von sekundärer Bedeutung. Für mich hat primär die Zukunft Bedeutung. Daher mache ich auch nicht halt vor den holocaustischen Tendenzen und Praktiken der heute regierenden Kreise, insbesondere innerhalb der BRD. Im Gegenteil, die Vergangenheit läßt sich nicht mehr ändern, aber die Zukunft können wir noch mitgestalten und daher muß vor allem jenen geschichtegestaltenden Kräften entgegengetreten werden, die hier und heute holocaustische Traditionen entwickeln oder fortsetzen!

Ich denke, daß diese moralisch, rechtlich und politisch konsequente Art auch der Hauptgrund ist, weshalb ich immer wieder auf unsachliche bis gewalttätige Weise angegriffen werde. Man ist zwar gegen Massen- und Völkermord der Anderen, den eigenen möchte man aber, um der Verwirklichung seiner Glaubens- und Machtziele willen, ungestört weiter betreiben. *) Oder sehen Sie eine andere Erklärung?"

3.0. Da das Innenministerium sich zu allen meinen Vorwürfen beharrlich ausschweigt, kann daraus eigentlich nur eine Schlußfolgerung gezogen werden:

Alle Vorwürfe treffen zu.

Darunter befindet sich auch der Vorwurf, das Innenministerium von Schleswig-Holstein benutze in meinem Fall den Verfassungsschutz nicht zum Schutz der Verfassung, sondern zum Schutz verfassungsfeindlicher Umtriebe, wobei begründeter Verdacht besteht, daß diese verfassungsfeindlichen Umtriebe die Begünstigung oder gar Förderung terroristischer Maßnahmen aus linksextremistischen Kreisen gegen mich und meinen Verlag einschließen.

4.0. Sie sind der neue Innenminister des Landes. Da Sie bisher in der vorliegenden Sache vermutlich keine verantwortliche Rolle innehatten, richtet sich dieser Brief nicht gegen Sie. Was jedoch auf dieses Schreiben hin geschieht, das obliegt Ihrer Verantwortung.

Sie haben sicher Verständnis dafür, daß ich diesen Brief als offenen Brief behandle und ihn zusammen mit den übrigen Unterlagen veröffentliche.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Bohlinger

---

*) In der Anlage eines von vielen Beispielen, wie berechtigt diese Aussage ist.

Dokumente und Argumente zur Völkermord-Tradition heute vorherrschender Kreise. (6) *

Durch das Wirtschaftsembargo gegen den Irak sollen bereits eine halbe Million Kinder aus Mangel an Nahrungsmitteln und Medikamenten gestorben sein. Weil der Irak sich militärisch nicht restlos unterwirft, soll das Embargo fortgesetzt werden. Damit sind weitere 1, 5 Millionen Kinder vom Tode bedroht. Das Embargo erfolgte anscheinend auf Betreiben von jüdischer Seite aus.

"UN-Prüfungskommission legt in der nächsten Woche Irak-Bericht vor

Verschweigt Bagdad Rüstungsinformationen?

AP New York.- Die irakische Regierung hat der Prüfungskommission der Vereinten Nationen Informationen über Teile ihrer Rüstungsindustrie vorenthalten.

Dies geht aus dem neuen Bericht der sogenannten Waffenstillstandskommission hervor, der dem UN-Sichterheitsrat nächste Woche präsentiert werden soll. Aus Kreisen des Weltsicherheitsrats in New York verlautete am Wochenende, damit sei die Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak vorerst ausgeschlossen.

Vor allem Rußland und Frankreich hatten sich in den vergangenen Wochen wiederholt für die Aufhebung des Wirtschaftsembargos eingesetzt, das die Vereinten Nationen nach der irakischen Invasion in Kuweit vor vier Jahren gegen das Land verhängt hatten.

Der Kommissionsbericht führt dem Vernehmen nach Beispiele dafür an, daß Irak immer noch nicht sein gesamtes Rüstungsprogramm offengelegt hat, wie in der Waffenstillstandsvereinbarung im April 1991 ausdrücklich gefordert worden war. Genannt werden unter anderem ein aus China stammendes Radarsystem für die Lenkung verschiedener Raketenypen und Maschinen zur Produktion von Kriegsgerät. Auch die zögerliche Informationspolitik über biologische Waffen soll in dem Bericht bemängelt werden.

Die UN-Kommission legt dem Sicherheitsrat alle sechs Monate eine aktuelle Einschätzung über die Einhaltung der Vereinbarungen vor. Die Erfüllungen der Abrüstungsforderungen ist die Voraussetzung für die Aufhebung der Sanktionen.

Unterdessen teilte ein Repräsentant der Vereinten Nationen am Wochenende in Kairo mit, daß im Irak seit der Verhängung des Wirtschaftsembargos eine halbe Million Kinder gestorben seien. Auch der Vertreter des internationalen Kinderhilfswerks Unicef in Bagdad, Thomas Ekfal, warnte nach Informationen der ägyptischen Nachrichtenagentur Mena am Sonnabend **vor einer weiteren Verlängerung der Sanktionen. Sollten die Boykottmaßnahmen auch in der nahen Zukunft aufrecht erhalten werden, seien 1,5 Millionen irakische Kinder vom Tode durch Hunger und Krankheiten bedroht."**

(Zit. aus: *Welt am Sonntag,* 18. Dezember 1994)

Anmerkung 1:

Der UN-Sicherheitsrat befindet sich nach meiner Einschätzung weitgehend unter mosaistisch-freimaurerischem Einfluß. Aber auch dann, wenn diese Einschätzung falsch wäre, ist und bleibt es bezeichnend, mit welcher Gleichgültigkeit hier ein Massensterben von Kindern von jenen Kreisen in Kauf genommen wird, die sich ständig moralisch in die Brust und propagandistisch in Schale werfen wegen ihres "Kampfes gegen den Nazismus", gegen eine "Wiederholung", "Bagatellisierung" oder "Leugnung" von "Massen- und Völkermord", während es in Wirklichkeit allein um Ausdehnung ihrer Macht geht. Von was für einem Gesindel werden wir nur regiert!

R.B.

Anmerkung 2:

Nach Fertigstellung dieses Dokuments samt der ersten Anmerkung gelangte folgende Nachricht auf meinen Schreibtisch:

"Am 9. Februar 1995 konnte ich einen interessanten Leitartikel in der *Washington Jewish Week* lesen, der wieder einmal zeigt, daß die Vereinigten Staaten jetzt lediglich ein Machtinstrument des Zionismus sind. Es handelt sich in diesem Fall um die 'amerikanische' Politik gegenüber Iran. Der in jüdischen Händen befindliche Senator Al D'Amato schlug im Kongreß ein neues Gesetz vor, das eine totale Handelsblockade zwischen den USA und Iran vorschreibt. Laut der Zeitung herrscht gegenwärtig ein (allzu)reger Handel in Öl zwischen denbeiden Ländern. Die großen US-Ölfirmen kaufen das Öl und dadurch erhält Iran Devisen, mit denen es *'fundamentalistischen*

* Siehe zu dieser Rubrik auch Nr. 512, 523, 525, 542, daneben Nr. 122, 132, 171, 175, 184, 212, 213, 214, 231, 232, 307, 456.

Welt am Sonntag, 18. Dez. 94

UN-Prüfungskommission legt in der nächsten Woche Irak-Bericht vor

Verschweigt Bagdad Rüstungsinformationen?

AP New York

Die irakische Regierung hat der Prüfungskommission der Vereinten Nationen Informationen über Teile ihrer Rüstungsindustrie vorenthalten.

Dies geht aus dem neuen Bericht der sogenannten Waffenstillstandskommission hervor, der dem UN-Sicherheitsrat nächste Woche präsentiert werden soll. Aus Kreisen des Weltsicherheitsrats in New York verlautete am Wochenende, damit sei die Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak vorerst ausgeschlossen.

Vor allem Rußland und Frankreich hatten sich in den vergangenen Wochen wiederholt für die Aufhebung des Wirtschaftsembargos eingesetzt, das die Vereinten Nationen nach der irakischen Invasion in Kuwait vor vier Jahren gegen das Land verhängt hatten.

Der Kommissionsbericht führt dem Vernehmen nach Beispiele dafür an, daß Irak immer noch nicht sein gesamtes Rüstungsprogramm offengelegt hat, wie in der Waffenstillstandsvereinbarung im April 1991 ausdrücklich gefordert worden war. Genannt werden unter anderem ein aus China stammendes Radarsystem für die Lenkung verschiedener Raketentypen und Maschinen zur Produktion von Kriegsgerät. Auch die zögerliche Informationspolitik über biologische Waffen soll in dem Bericht bemängelt werden.

Die UN-Kommission legt dem Sicherheitsrat alle sechs Monate eine aktuelle Einschätzung über die Einhaltung der Vereinbarungen vor. Die Erfüllung der Abrüstungsforderungen ist die Vorraussetzung für die Aufhebung der Sanktionen.

Unterdessen teilte ein Repräsentant der Vereinten Nationen am Wochenende in Kairo mit, daß im Irak seit der Verhängung des Wirtschaftsembargos eine halbe Million Kinder gestorben seien. Auch der Vertreter des internationalen Kinderhilfswerks Unicef in Bagdad, Thomas Ekfal, warnte nach Informationen der ägyptischen Nachrichtenagentur Mena am Sonnabend vor einer weiteren Verlängerung der Sanktionen. Sollten die Boykottmaßnahmen auch in der nahen Zukunft aufrecht erhalten werden, seien 1,5 Millionen irakische Kinder vom Tode durch Hunger und Krankheiten bedroht.

Terrorismus in der Welt begehen kann, sein Militär aufbaut, und sich A-Waffen anschafft.' [Vor allem natürlich A-Waffen - der übliche zionistische Propagandaschwindel, um eine arabisch-islamische 'Weltbedrohung' und speziell eine 'Bedrohung Israels' zu konstruieren, gegen die alle zivilisierten Völker aufstehen müssen, siehe das 'Golfkrieg-Szenario'. R.B.] Dann schreibt diese jüdische Zeitung noch diesen Satz: 'Die amerikanische Politik gegenüber **Irak und Iran ist jedoch fest unter dem Motto 'Doppelte Abriegelung' vorgeschrieben**..."

Fast zur gleichen Zeit las ich in Verbindung mit der Ernennung des jüdischen, ehemaligen *australischen* **Geheimdienstmannes Martin Indyk zum ersten *jüdischen* U.S.Botschafter nach Israel, daß er der Entwickler der "Doppelten Abriegelungsstrategie" gegenüber Irak und Iran gewesen war.** Indyk kam m. W. von Australien und erhielt eine **hohe Stellung bei AIPAC, der von Israel bezahlten Lobby beim amerikanischen Kongreß.** Bald danach entdeckten wir ihn - den immer noch australischen Bürger - als **Sicherheitsberater im Weißen Haus.** Erst als man ihn für den **U.S.Botschafterposten in Tel Aviv** in Betracht zog, nahm er die U.S.Bürgerschaft an. **In Israel ist er dann natürlich auch gleichzeitig Staatsbürger des jüdischen Staates.** Man muß sich wundern, wessen Interessen er dort wirklich vertreten will? Ich glaube, wir alle wissen es." (Hans Schmidt, USA-Bericht 4/1995, April 1995)

Roland Bohlinger
Postfach
D-25884 Viöl

An Herrn
Abgeordneter des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Düsternbrooker Weg 1

D-24100 Kiel

Viöl, 23.03.1995

Betrifft: Rechtswidrige Tätigkeiten des Innenministeriums von Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Verfassungsschutz. Zusammenarbeit mit linken Terroristen.

Sehr geehrter Herr [redacted]

das Innenministerium von Schleswig-Holstein hat sich schwerer Rechtsbrüche mir gegenüber schuldig gemacht. Es weigert sich aber, zu seinen Worten und Taten zu stehen. Erst recht weigert es sich, die Sache in Ordnung zu bringen. Es ließ sogar erklären, daß gegen seine Worte und Taten "förmliche Rechtsbehelfe nicht gegeben" seien. Ich verlange einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der die in meinem Fall sichtbar werdenden rechtswidrigen und verfassungsfeindlichen Umtriebe untersucht, insbesondere dem hinreichend begründeten Verdacht nachgeht, daß das Innenministerium u.a. mir gegenüber terroristische Aktivitäten von linksextremistischen Gruppen begünstigt oder gar fördert.

Näheres erfahren Sie aus den Anlagen. Die Anlagen wurden bereits veröffentlicht, um weiteren Vertuschungsmanövern vorzubeugen.

Mit freundlichen Grüßen

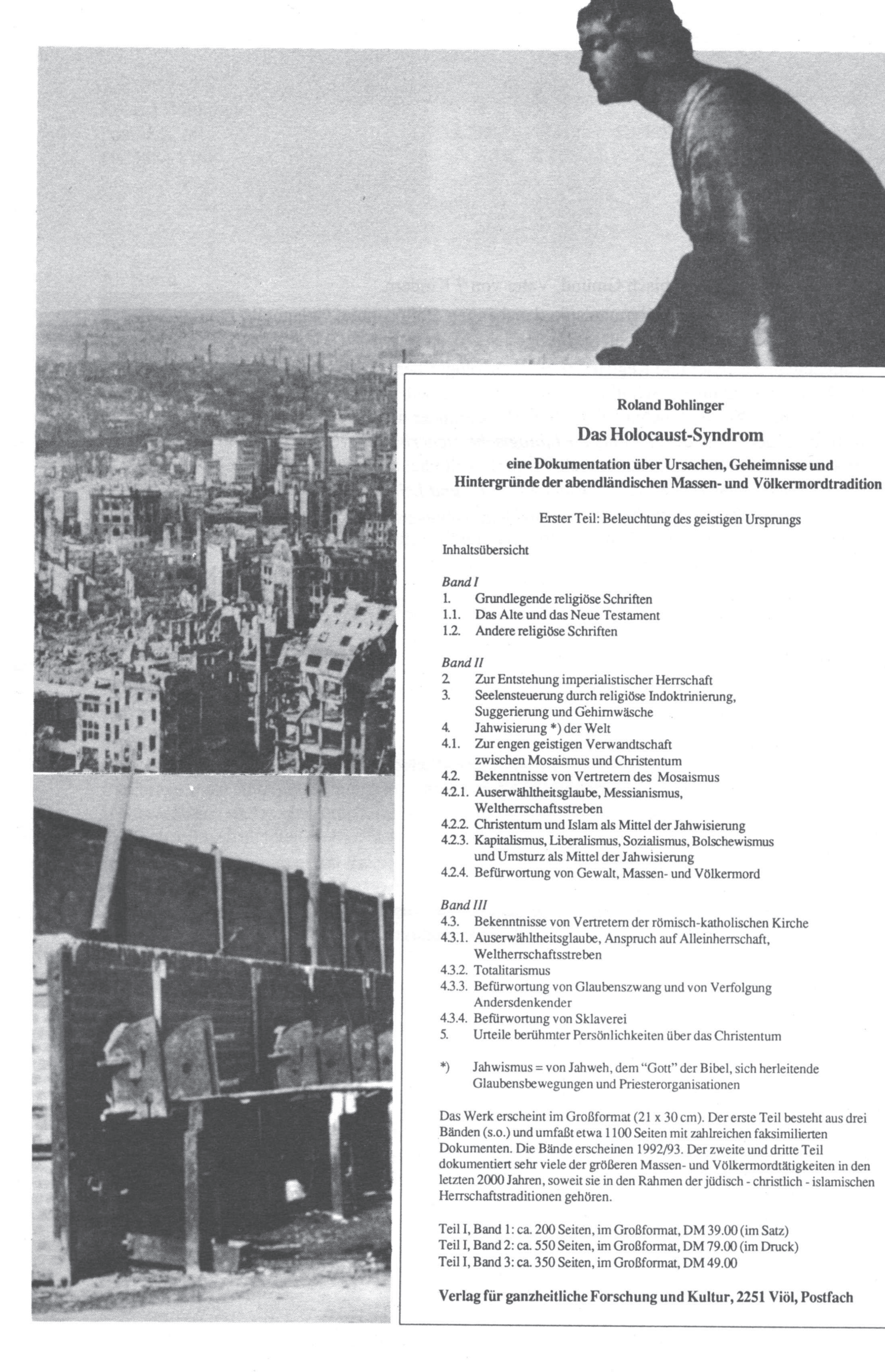
Roland Bohlinger

Zum Autor:

Geboren 1937 in Schwäbisch Gmünd, Vater von 7 Kindern.

Studium: Geschichte und Germanistik, daneben u.a. Philosophie, Pädagogik, Zeitungswissenschaft und Verfassungsrecht.

Tätigkeiten: Zeichner und Registrator bei archäologischen Ausgrabungen, Lehrer, Bauarbeiter, Mitarbeiter in einem Schulbuchverlag. Seit 1972 selbständig als Verleger, Lehr- und Lernmittelhändler, Versandbuchhändler. 1976 Mitbegründer des ersten privaten Umweltschutzinstituts in der BRD, des *Instituts für biologische Sicherheit.* 1976-1987 über 40 Prozesse gegen Atomanlagen als Kläger und als Prozeßbevollmächtigter für hunderte weiterer Kläger. Gründer und Vorsitzender des *Deutschen Rechts- und Lebensschutz-Verbands*. Heute u.a. Leiter des *Instituts für ganzheitliche Forschung,* Herausgeber mehrerer Zeitschriften, Inhaber mehrerer Verlage. Veröffentlichung von rund dreißig Schriften und Büchern zu historischen, juristischen, wirtschaftlichen, psychoanalytischen u. a. Themen.


Roland Bohlinger
Das Holocaust-Syndrom
eine Dokumentation über Ursachen, Geheimnisse und Hintergründe der abendländischen Massen- und Völkermordtradition
Erster Teil: Beleuchtung des geistigen Ursprungs
Inhaltsübersicht
Band I
1. Grundlegende religiöse Schriften
1.1. Das Alte und das Neue Testament
1.2. Andere religiöse Schriften
Band II
2. Zur Entstehung imperialistischer Herrschaft
3. Seelensteuerung durch religiöse Indoktrinierung, Suggerierung und Gehirnwäsche
4. Jahwisierung *) der Welt
4.1. Zur engen geistigen Verwandtschaft zwischen Mosaismus und Christentum
4.2. Bekenntnisse von Vertretern des Mosaismus
4.2.1. Auserwähltheitsglaube, Messianismus, Weltherrschaftsstreben
4.2.2. Christentum und Islam als Mittel der Jahwisierung
4.2.3. Kapitalismus, Liberalismus, Sozialismus, Bolschewismus und Umsturz als Mittel der Jahwisierung
4.2.4. Befürwortung von Gewalt, Massen- und Völkermord
Band III
4.3. Bekenntnisse von Vertretern der römisch-katholischen Kirche
4.3.1. Auserwähltheitsglaube, Anspruch auf Alleinherrschaft, Weltherrschaftsstreben
4.3.2. Totalitarismus
4.3.3. Befürwortung von Glaubenszwang und von Verfolgung Andersdenkender
4.3.4. Befürwortung von Sklaverei
5. Urteile berühmter Persönlichkeiten über das Christentum
*) Jahwismus = von Jahweh, dem "Gott" der Bibel, sich herleitende Glaubensbewegungen und Priesterorganisationen
Das Werk erscheint im Großformat (21 x 30 cm). Der erste Teil besteht aus drei Bänden (s.o.) und umfaßt etwa 1100 Seiten mit zahlreichen faksimilierten Dokumenten. Die Bände erscheinen 1992/93. Der zweite und dritte Teil dokumentiert sehr viele der größeren Massen- und Völkermordtätigkeiten in den letzten 2000 Jahren, soweit sie in den Rahmen der jüdisch - christlich - islamischen Herrschaftstraditionen gehören.
Teil I, Band 1: ca. 200 Seiten, im Großformat, DM 39.00 (im Satz)
Teil I, Band 2: ca. 550 Seiten, im Großformat, DM 79.00 (im Druck)
Teil I, Band 3: ca. 350 Seiten, im Großformat, DM 49.00
Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, 2251 Viöl, Postfach

Die philosophischen Werke Mathilde Ludendorffs

	Triumph des Unsterblichkeitwillens, 328 Seiten	kt. DM 12,00

Der Seele Ursprung und Wesen

1. Teil:	Schöpfungsgeschichte, 160 Seiten	Ln. DM 30,00
2. Teil:	Des Menschen Seele, 302 Seiten	Ln. DM 39,60
3. Teil:	Selbstschöpfung, 285 Seiten	Ln. DM 39,60

Der Seele Wirken und Gestalten

1. Teil:	Des Kindes Seele und der Eltern Amt Eine Philosophie der Erziehung, 475 Seiten	Ln. DM 44,00
2. Teil:	Die Volksseele und ihre Machtgestalter Eine Philosophie der Geschichte, 516 Seiten	Ln. DM 44,00
3. Teil:	Das Gottlied der Völker Eine Philosophie der Kulturen, 462 Seiten	Ln. DM 44,00

	Das Hohe Lied der göttlichen Wahlkraft, 264 S.	Ln. DM 44,00
	In den Gefilden der Gottoffenbarung, 370 Seiten	Ln. DM 44,00

Das Jenseitsgut der Menschenseele

1. Teil:	Der Mensch, das große Wagnis der Schöpfung	Ln. DM 44,00
2. Teil:	Unnahbarkeit des Vollendeten, 300 Seiten	Ln. DM 44,00
3. Teil:	Von der Herrlichkeit des Schöpfungsziels, 380 S.	Ln. DM 44,00

